

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

WILHELM DEIST

Seekriegsleitung und Flottenrebellion 1918

HELMUT METZMACHER

Deutsch-englische Ausgleichsbemühungen im Sommer 1939

GEORGE H. STEIN / H. PETER KROSBY

Das finnische Freiwilligen-Bataillon der Waffen-SS

DOKUMENTATION

Die Regierungsbildung in Thüringen als Modell der Machtergreifung

BIBLIOGRAPHIE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel †, Theodor Schieder, Werner Conze,
Karl Dietrich Erdmann und Paul Kluge

Schriftleitung:

DR. HELMUT KRAUSNICK

München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Wilhelm Deist* Die Politik der Seekriegsleitung und die
Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918 341
- Helmut Metzmacher* . . . Deutsch-englische Ausgleichsbemühungen
im Sommer 1939 369
- George H. Stein* /
H. Peter Krosby Das finnische Freiwilligen-Bataillon der
Waffen-SS. Eine Studie zur SS-Diploma-
tie und zur ausländischen Freiwilligen-
Bewegung 413

DOKUMENTATION

- Die Regierungsbildung in Thüringen als Modell der Machtergreifung.
Ein Brief Hitlers aus dem Jahre 1930 (*Fritz Dickmann*) 454

BIBLIOGRAPHIE 113

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 435651.
Preis des Einzelheftes DM 9.- = sfr. 10.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonne-
ment (4 Hefte) DM 30.- = sfr. 34.65 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im
Abonnement jährlich DM 24.-. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten,
die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ im Abonnement
beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 44.-; für Stu-
denten DM 38.- (zuzüglich Versandkosten). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen
und der Verlag entgegen.

Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit ausdrück-
licher Genehmigung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer
10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M.,
Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmen-
abkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der
Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser
dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen
zu erteilen.

*Diesem Heft liegen ein Prospekt des Musterschmidt-Verlags, Göttingen, ein Prospekt der Nymphen-
burger Verlagshandlung, München, und drei Prospekte der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, bei.*

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

14. Jahrgang 1966

4. Heft/Oktober

WILHELM DEIST

DIE POLITIK DER SEEKRIEGSLEITUNG UND DIE REBELLION DER FLOTTE ENDE OKTOBER 1918

Über den äußeren Verlauf der Meuterei von den ersten Befehlsverweigerungen am 29. Oktober auf der in und vor Wilhelmshaven versammelten Flotte bis zur Überwältigung des Reichskriegshafens Kiel durch die Mannschaften des III. Geschwaders am 4. November besteht weitgehend Klarheit. Auch die tieferen Ursachen, die zur Meuterei der zum Symbol des wilhelminischen Kaiserreiches gewordenen Waffe führten, sind vielfach erörtert worden. Seit den Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstags und des Dolchstoßprozesses des Jahres 1925 sind darüber hinaus einige Tatsachen über den äußeren Anlaß der Meuterei bekanntgeworden¹. Kontrovers ist jedoch nach wie vor die Beurteilung der Motivation und Zielsetzung des geplanten Flottenvorstoßes geblieben, dessen Ausführung durch die Meuterer verhindert wurde².

¹ Für den äußeren Verlauf sind die zeitgenössischen Berichte nicht zu entbehren; vgl. vor allem F. Fikentscher, *Die Wahrheit über den Zusammenbruch der Marine*, in: *Politische und militärische Zeitfragen*, Heft 29, Berlin 1920. Die zum Teil wertvollen Zeugenaussagen während des Dolchstoß-Prozesses sind auszugsweise in den von den Kontrahenten herausgegebenen Zusammenstellungen veröffentlicht: *Der Dolchstoß-Prozeß in München*, Oktober – November 1925, *Eine Ehrenrettung des deutschen Volkes*, München 1925, und E. Beckmann, *Der Dolchstoß-Prozeß in München vom 19. Oktober bis 20. November 1925*, München 1925. Im Werk des Untersuchungsausschusses (WUA) beschäftigen sich die Doppelbände 9 und 10 der IV. Reihe ausschließlich mit Marinefragen. Das dort ausgebreitete, reichhaltige Material – in Verbindung mit den jetzt zugänglichen Akten des Marinearchivs – ist in seiner Fülle noch keineswegs entsprechend berücksichtigt worden. Die Beiträge von H. Neu, *Die revolutionäre Bewegung auf der deutschen Flotte 1917–1918*, Stuttgart 1930, und von H. Kutscher, *Admiralsrebellion oder Matrosenrevolte? Der Flotteneinsatz in den letzten Tagen des Weltkrieges*, Stuttgart 1933, können ihrer Fragestellung nach nicht mehr befriedigen. Vgl. neuerdings K. Zeisler, *Die revolutionäre Matrosenbewegung in Deutschland im Oktober/November 1918*, in: *Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/1918*, Berlin 1957, S. 187 ff.

² K. D. Erdmann sieht das Ziel des Flottenvorstoßes in der Entlastung des Landheeres und wertet dies – dem Urteil A. Rosenbergs folgend – als einen militärisch vernünftigen Entschluß; vgl. B. Gebhardt, *Handbuch der deutschen Geschichte*, 8. Aufl., Bd. 4 (Nachdruck 1960), S. 78. W. Conze nennt – bei Annahme des gleichen Zieles – den Befehl eine „offenbare Unsinnigkeit“; vgl. W. Conze, *Die Zeit Wilhelms II. und die Weimarer Republik*, *Deutsche Geschichte 1890–1933*, Tübingen 1964, S. 120. Die Annahme, daß der Flotteneinsatz vornehmlich der Entlastung des Landheeres dienen sollte, ist ebenfalls unstritten. Seit den Novembertagen 1918 wurde von sozialistischer Seite die These vertreten, daß dem Flottenvorstoß weniger militärische Überlegungen als vielmehr überkommene Vorstellungen von den Ehrenpflichten des Offiziers zugrunde lagen. W. Dittmann, *Die Marine-Justizmorde von 1917 und die Admirals-Rebellion von 1918*, Berlin 1926, hat diese Ansicht mit aggressiver

Für alle Maßnahmen der Flottenführung und für die Vertretung der Marineinteressen im Rahmen der Kriegführung und der Politik in den letzten Kriegswochen ist die Errichtung der Seekriegsleitung unter Admiral Scheer am 11. August 1918 von entscheidender Bedeutung geworden. Mit dieser grundlegenden Neugestaltung der Befehlsverhältnisse hatten die seit Beginn der Ära Tirpitz schwebenden Auseinandersetzungen um die Spitzengliederung der Kaiserlichen Marine ihr vorläufiges Ende gefunden. Es ist bekannt, daß dieser Streit während der ersten Kriegsjahre in besonders scharfer Weise zwischen Flottenkommando, Admiralstab, Reichsmarineamt und Marinekabinett an der Frage des Einsatzes der Hochseeflotte und der Führung des unbeschränkten U-Bootkrieges entbrannte. Hier ist nicht der Ort, die Stadien dieser Auseinandersetzung im einzelnen zu verfolgen³, es sei aber festgehalten, daß das Loyalitätsverhältnis des Seeoffizierkorps zu seinen obersten Repräsentanten, den Admiralen v. Holtzendorff und v. Capelle, durch diese Vorgänge auf unheilvolle Art erschüttert wurde. Selbst vor der Person des Kaisers machte die Kritik aus dem Korps nicht halt⁴.

Ebenso bedeutsam wie die Auswirkungen dieser sich lang hinziehenden Krise war die Tatsache, daß das Ringen um die Form und das Ausmaß der Kriegführung der Marine sich verband mit dem innerpolitischen Streit um die Kriegsziele und

Schärfe vertreten. Unterstützt wurde seine Vermutung durch eine Aufzeichnung des ehemaligen Kapitäns z.S. und Chefs des Stabes der Seekriegsleitung, v. Levetzow, dem das Kriegstagebuch jener Kommandobehörde zur Verfügung stand und der deutlich zu erkennen gab, daß der Einsatz als eine Lebens- und Ehrenfrage der Marine angesehen wurde; vgl. M. v. Levetzow, *Der letzte Akt*, in: *Südd. Monatshefte*, Jg. 21 (1924), Heft 7, S. 55ff., abgedruckt auch in: A. Niemann, *Revolution von oben – Umsturz von unten*, Berlin 1928, S. 404ff. Levetzow hat sich in manchen Passagen getreu an den Wortlaut des Kriegstagebuches gehalten, allerdings auch wesentliche Teile ganz unberücksichtigt gelassen. Da im folgenden auf breiterer Aktengrundlage dasselbe Thema behandelt werden wird, ist auf den jeweiligen Verweis auf die Schrift von Levetzow verzichtet worden. Hinzuweisen ist ferner auf den kürzlich erschienenen, von Admiral a. D. Gladisch bearbeiteten Band des amtlichen Seekriegswerkes: *Der Krieg in der Nordsee*, Bd. 7, Frankfurt/M. 1965. Gladisch (S. 529ff.) beschränkt sich in Bezug auf die Vorgeschichte des Flottenvorstoßes auf die Mitteilung der Entscheidungen der Seekriegsleitung und des Flottenkommandos, ohne auf deren politische Motive einzugehen.

³ Für den grundsätzlichen Aspekt der Frage vgl. W. Hubatsch, *Der Admiralstab und die obersten Marinebehörden in Deutschland 1848–1945*, Frankfurt/M. 1958, und die dort verzeichnete Literatur, sowie F. Forstmeier, *Aus der Geschichte des Deutschen Flottenkommandos*, in: *Beiträge zur Wehrforschung*, Bd. IV (1964), S. 9ff.

⁴ Kontreadmiral v. Trotha berichtete in einem Brief vom 10. 7. 1916 an Kapitän z.S. v. Levetzow über einen Besuch des Vertreters des Admiralstabes im Gr. Hauptquartier, Kapitän z.S. v. Bülow, dem er u. a. gesagt habe: „Besonders betont habe ich den Punkt, daß ein ersprießliches Arbeiten unmöglich wäre, da wir zum Chef des Admiralstabes als Mittelsperson nicht mehr das geringste Vertrauen hätten, wir glaubten ihm weder, daß er die Flotte beim Kaiser richtig vertritt, noch daß er uns die Allerh. Ansichten sachlich übermittelt.“ Vgl. Militärgeschichtliches Forschungsamt/Dokumentenzentrale (MGFA/DZ), *Nachlaß M. v. Levetzow*, Box 5, Briefe und Schriftsachen, Bd. 5. – In dem Tagesbefehl vom 7. 9. 1915 verlangte der Kaiser gegenüber der Kritik aus dem Seeoffizierkorps „die pflichtmäßige Unterordnung unter Meinen Willen als Oberster Kriegsherr“; vgl. *Ursachen und Folgen*, hrsg. v. H. Michaelis und E. Schraepfer, Bd. II, S. 494f.

dem durch das Tirpitz-Interview entfachten Kampf um den unbeschränkten U-Bootkrieg. Er wurde von Anfang an von der rechtsgerichteten Mehrheit des Reichstages getragen und von den entsprechenden außerparlamentarischen Gruppen in vielfältiger und nachdrücklicher Weise gefördert. Die verschiedensten Marinebehörden – der Staatssekretär v. Tirpitz selbst und unter seiner Regie das Nachrichtenbüro des Reichsmarineamts, später die Presseabteilung des Admiralstabes u. a. – haben diese politischen Kräfte als willkommene Bundesgenossen akzeptiert und nach Kräften unterstützt⁵. Der mit allen Mitteln der Publizistik – trotz Zensur – und der Intrige geführte Kampf richtete sich gegen die politische Führung des Reiches. Es kann dabei nicht übersehen werden, daß die überwiegende Mehrheit des Seeoffizierkorps sich in dieser Auseinandersetzung mit politischen Kräften verband, die zu den schärfsten und erbitterten Gegnern der Innenpolitik des Reichskanzlers gehörten. Admiral Scheer hat sich in der Auseinandersetzung um die U-Bootkriegführung, die in der Anfangsphase des Krieges auch innerhalb der Marine selbst umstritten war, von Anfang an – in Denkschriften vom November und Dezember 1914 – für seine verschärfte Form eingesetzt und scheute als Chef der Hochseestreitkräfte im Juni 1916 nicht davor zurück, den Chef des Admiralstabes und auch den Kaiser durch Befehle an die U-Boote der Hochseestreitkräfte vor die Alternative zu stellen: entweder unbeschränkter U-Boot-Handelskrieg oder Verwendung der U-Boote gegen ausschließlich militärische Ziele. So war es nicht verwunderlich, daß Scheer im Sommer 1918 als neuer Chef des Admiralstabes sofort ein riesiges U-Bootbauprogramm unter dem Namen „Scheer-Programm“ in Szene zu setzen suchte.

Mit dieser Bezeichnung „Scheer-Programm“ klang ein weiteres Motiv an, das zur Errichtung der Seekriegsleitung führte. Im Jahre 1916, kurz nachdem Hindenburg zum Chef des Generalstabes des Feldheeres ernannt worden war, wurden die ungeheuren Produktionsforderungen der Obersten Heeresleitung an die Kriegsindustrie unter dem Namen „Hindenburg-Programm“ bekannt. Hieran suchte die Seekriegsleitung anzuknüpfen, um ihre Gleichberechtigung mit der OHL auch in der Öffentlichkeit zu demonstrieren und dem seit Beginn des Krieges angeschlagenen Prestige der Marine wieder aufzuhelfen. Tirpitz, dessen Stellung vor Kriegsausbruch jedem Vergleich mit Repräsentanten der Armee gewachsen war, registrierte in seinen Kriegsbriefen schon im August 1914 die zunehmende Isolierung, in die er nicht nur aus politischen und personellen Gründen geraten war⁶. Die unglücklichen

⁵ So hat – als ein Beispiel unter vielen – Levetzow einen Vortrag vor dem Großherzog von Sachsen-Weimar über die Skagerrak-Schlacht dazu benützt, um den Großherzog für den unbeschränkten U-Bootkrieg zu gewinnen und verband damit zugleich eine Denunziation des Reichskanzlers; vgl. den Schriftwechsel hierüber im Juli/August 1916 im Nachlaß Levetzow, Box 3, Briefe und Schriftsachen, Bd. 5. Die im folgenden erwähnten Denkschriften Scheers finden sich ebenfalls im Nachlaß Levetzow, Box 21, Seekriegsführung Juli 1914 – Januar 1916. Für die Vorgänge im Juni 1916 vgl. die grundlegende Studie über die Vorgeschichte des unbeschränkten U-Bootskrieges von K. E. Birnbaum, *Peace Moves and U-Boat Warfare*, Stockholm 1958, S. 117.

⁶ Vgl. A. v. Tirpitz, *Erinnerungen*, Leipzig 1920, S. 394f., 409, 411; besonders deutlich

Gefechte vor Helgoland und auf der Doggerbank, die Auswirkungen der britischen Fernblockade auf die deutsche Seekriegführung versagten der Marine, vor allem ihrem Seeoffizierkorps, den ins öffentliche Bewußtsein dringenden Erfolg, der neben der Anerkennung auch den Nachweis der Notwendigkeit der von Tirpitz konzipierten Schlachtflotte erbracht hätte. Die Seeschlacht vor dem Skagerrak mit ihren geringen strategischen Auswirkungen brachte nur eine momentane Aufwertung der Marine, sie wurde überdies bald von der Tatsache der Übernahme der OHL durch Hindenburg und Ludendorff überschattet. Die großen Erfolge des U-Bootkrieges waren kein Ersatz für die von einer Seeschlacht ausgehenden Wirkungen, ja sie konnten dem Gedanken der Schlachtflotte sogar gefährlich werden.

Diese verschiedenen Motive vereinigten sich für die Mehrzahl der führenden Offiziere der Hochseestreitkräfte zu dem Ziele, durch eine Straffung der Führung, d. h. durch ihre Zentralisierung, den Einsatz der bisher nur locker zusammengefaßten Marinestreitkräfte wirkungsvoller zu gestalten und damit den der Marine zukommenden Platz neben, nicht unter der OHL wieder tatkräftig auszufüllen⁷. Nach dem Sturz von Tirpitz im März 1916 war allein Admiral Scheer, der Führer der Hochseestreitkräfte in der Skagerrakschlacht, die Persönlichkeit, die nach Meinung des Seeoffizierkorps in der Lage war, eine solche Reorganisation mit der gebotenen Konsequenz durchzuführen.

Im Juli 1918 fanden die entscheidenden Unterredungen der beteiligten Persönlichkeiten unter besonders nachhaltiger und umsichtiger Aktivität des Chefs des Stabes des Kommandos der Hochseestreitkräfte, des Kontreadmirals v. Trotha, statt. Sie hatten zum Ergebnis, daß Admiral v. Holtzendorff, der zunächst willens war, der „Kriegspsychose des Seeoffizierkorps“ zu trotzen, seinen Abschied nahm und Admiral Scheer zu seinem Nachfolger als Chef des Admiralstabes ernannt wurde⁸.

in einem Brief an Admiral v. Capelle v. 20. 3. 15 – Bundesarchiv-Militärarchiv, Nachlaß E. v. Capelle, K 08-17/1, AB 9.

⁷ Den deutlichsten Ausdruck fand dieses Streben in einem Brief Levetzows an Scheer vom 7. 7. 1918 – Nachlaß Levetzow, Box 21, Seekriegführung, Januar–August 1918. In ihm heißt es: „In dieser Schwäche [des Admiralstabes] sind in immer steigendem Maße Gelegenheiten verpaßt, wo die Marine in enger vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der O.H.L. ihr Dasein kraftvoll hätte bekunden können und müssen, so hat die Marine das Vertrauen zu ihrer Leitung und die O.H.L. das Vertrauen zur Marine verloren. . . . Je länger der Krieg dauerte, um so krasser mußte der Unterschied hervortreten zwischen der mitten in weltbewegender Tat stehenden O.H.L. und dem in Berlin weilenden, von den verschiedensten Einwirkungen hin und her gezerrten Admiralstab. So sind die Zügel dem Admiralstab entglitten und die Armee steht im Begriff sie an sich zu reißen. So liegen die Dinge zur Zeit. Will die Marine aus diesem Zustand heraus die Interessen ihrer Seekriegführung selber in die Hand nehmen und der Marine ihre großen Aufgaben für die Zukunft weisen, so muß es geschehen in festem Vertrauen auf die eigene Kraft in entschluß- und tatkräftiger Zusammenarbeit mit der O.H.L., in einem Verhältnis, getragen von starkem gegenseitigem Vertrauen.“ Vgl. auch die Einleitung des Beitrages von Levetzow, *Der letzte Akt*, S. 55.

⁸ Über die Vorgeschichte des Führungswechsels enthält der Schriftwechsel Levetzows eine Fülle von Material. Vgl. auch die Aufzeichnungen des Kabinettschefs, G. A. v. Müller, *Regierte der Kaiser?*, hrsg. v. W. Görlitz, Göttingen 1959, S. 590 ff. Das Zitat stammt aus einem Brief Müllers an Capelle vom 28. 7. 1918, vgl. Nachlaß Capelle, K 08-17/2, AB 8.

Damit war eine Entscheidung gefallen, die weit über die Bedeutung eines normalen Revirements hinausging. Die Tagebucheintragungen des Admirals v. Müller lassen erkennen, daß auch er sich bis zuletzt der Tragweite dieser Wachablösung nicht bewußt war, ein Zeichen für das taktisch kluge Vorgehen der Offiziere um Scheer, Trotha und Levetzow. Am 7. August kam es zu einer ersten Auseinandersetzung, als Kapitän z.S. v. Levetzow den Kabinettschef mit der geplanten Form und den Befugnissen der neuen Seekriegsleitung konfrontierte. Müller erkannte den wesentlichen Punkt, wenn er notierte, „daß der Kaiser eine ‚Seekriegsleitung‘ innerhalb des Admiralstabes ablehnen werde, weil Se. Majestät selbst die Seekriegsleitung sei“⁹. Levetzow hatte schon am 7. Juli 1918 auf Veranlassung von Scheer diesem brieflich seine Ansichten über Ziel und Organisation der Seekriegsleitung dargelegt und kurz darauf Scheers volle Zustimmung zu seinen Vorstellungen erhalten. In diesem Brief hieß es zu dem von Admiral v. Müller erwähnten Punkt, nachdem der Aufgabenbereich der Seekriegsleitung umschrieben worden war, bezeichnenderweise: „Und doch wird der nominelle Kaiserliche Oberbefehl durch diese Maßnahmen nicht beeinträchtigt“. Bezeichnend ist dieser Satz auch insofern, als daraus hervorgeht, daß das Bild des Kaisers als aktiver Oberbefehlshaber der Marine, so wie er es in der Ordre vom 14. März 1899 selbst von sich gezeichnet hatte und wie es bis in den Sommer 1918 in weitgehendem Maße aufrechterhalten worden war, beim Seeoffizierkorps der Flotte verblaßt war¹⁰. Die Voraussage Admirals v. Müller erfüllte sich nicht. Während des entscheidenden Thronvortrages am 11. August akzeptierte der Kaiser die Errichtung der Seekriegsleitung, obwohl er sich noch zwei Tage zuvor Müller gegenüber ablehnend geäußert hatte. Einer der Offiziere um Scheer konnte daher an jenem 11. August befriedigt an Admiral v. Trotha schreiben: „Nach hartem Kampfe ist heute Mittag die Übernahme der Geschäfte des Chefs des Admiralstabes durch Admiral Scheer erfolgt und gleichzeitig die Befehlsgewalt in dem von uns gewünschten Sinne erledigt.“ Damit fand auch in der Marine eine in der Sache begründete Entwicklung ihren Abschluß¹¹, die in der Armee praktisch schon seit Beginn des Krieges, offenkundig seit der Übernahme der OHL durch Hindenburg und Ludendorff, vollzogen worden war: die Ausschaltung des Kaisers von der führenden Teilnahme an den Entscheidungen der Kriegführung und die Unterordnung sämtlicher militärischer Stellen in allen die Kriegführung betreffenden Angelegenheiten unter *eine* militärische Kommandostelle. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der OHL, die der neue Chef des Stabes

⁹ G. A. v. Müller, *Regierte der Kaiser?*, S. 399.

¹⁰ Die Kabinettsordre ist abgedruckt bei W. Hubatsch, *Der Admiralstab*, S. 237ff., Anlage 16. Für den Brief Levetzows vgl. Anmerk. 7.

¹¹ Obwohl sich die neue Organisation der Marinebehörden nicht mehr voll auszuwirken vermochte, ist kaum ein Zweifel daran berechtigt, daß mit der Gründung der Seekriegsleitung der Weg zu einer zentralen Kommandobehörde beschritten worden war, trotz gelegentlicher, abweichender Äußerungen der Beteiligten; vgl. W. Hubatsch, *Der Admiralstab*, S. 177ff., und F. Forstmeier, *Flottenkommando*, S. 23f. Vgl. die Mitteilung über die Befehlsmöglichkeiten der Seekriegsleitung im *Marineverordnungsblatt*, 49. Jg. 1918, S. 252, datiert vom 28. 8. 1918.

der Seekriegsleitung, v. Levetzow, von allem Anfang an forderte und auch von seiner Seite aus betrieb, hat sich für die Marine, besonders seit der Übersiedlung der Seekriegsleitung in das Große Hauptquartier, zweifellos günstig ausgewirkt. Eine Reihe bisher strittiger Fragen konnte in direkter Aussprache bereinigt bzw. einer Lösung nähergebracht werden. Angesichts der sich überstürzenden Ereignisse auf den Landkriegsschauplätzen kam es allerdings nicht zu dem von Scheer und Levetzow angestrebten gleichberechtigten Nebeneinander der beiden Kommandobehörden; Ludendorffs Zurückhaltung gegenüber der Marine blieb Scheer nicht verborgen¹².

Nach der Übernahme der Geschäfte hat sich die SKL mit aller Energie die Planung und Durchführung des sog. Scheer-Programmes zum Ziel gesetzt. Es sah vor, daß die Rate der monatlich fertiggestellten U-Boote von damals 12,7 im Laufe der Zeit (Oktober 1919) auf 36 erhöht werden sollte, um der ständig steigenden Zahl der Verluste und der durch das Konvoi-System der Angelsachsen verminderten Wirkung des U-Bootkrieges begegnen zu können. In seinen Dimensionen war das Programm durchaus vergleichbar mit seinem Vorbild, dem Hindenburg-Programm. Abgesehen von den Vorarbeiten im Reichsmarineamt, die weiter zurückreichten, sind die Verhandlungen mit den Beteiligten überraschend schnell erfolgreich abgeschlossen worden. In enger Zusammenarbeit mit Stinnes wurde die beteiligte Industrie gewonnen¹³.

Die Zustimmung dieser Kreise gründete sich auf die überschaubare Kapazität ihrer Werke und auf die nicht ungünstige Rohstofflage, deren Kontingentierung durch die dringliche Priorität des U-Bootbaues für ihre Werke nur günstige Auswirkungen haben konnte. Die entscheidende Voraussetzung für die Realisierung des Scheer-Programms war demnach weder die Bereitstellung der nötigen Rohstoffe noch die vorhandene Kapazität der Werften und der Zuliefererindustrie, sondern einzig und allein die Verfügbarkeit der entsprechenden Zahl hochqualifizierter Facharbeiter. Diese Kräfte konnten nur auf dem Wege über die OHL und das preußische Kriegsministerium durch Zurückstellungen aus dem Feldheer oder Umgruppierungen innerhalb des Reklamiertenheeres der Heimat gewonnen werden. Es ist aufschlußreich, daß die SKL in dieser Frage nur mit der OHL verhandelte und volles Einverständnis erzielte. Allerdings schränkte Oberst Bauer, der für Ersatz an Menschen und Material zuständige Offizier der OHL, seine Zustimmung durch den offensichtlich nicht sehr nachdrücklich betonten Hinweis

¹² Vgl. eine entsprechende Bemerkung Scheers in einem Brief an Levetzow vom 9. 5. 1919 im Nachlaß Levetzow, Box 4, Briefe und Schriftsachen, Bd. 10.

¹³ Vgl. M. v. Levetzow, Der letzte Akt, S. 56f. Nach dem Kriegstagebuch (KTB) der Seekriegsleitung (MGFA/DZ, Marinearchiv, Fasz.: 4055) fand am 12. 9. 1918 eine erste Besprechung mit Hugo Stinnes statt (Eintragung vom 14. 9. 1918), der am 14. 9. 1918 eine gemeinsame Sitzung der SKL mit dem Staatssekretär des Reichsmarineamts und dem Chef des U-Bootsamts folgte. In Berlin wurde einem größeren Kreis von Industriellen am 19. 9. 1918 (Eintragung vom 21. 9. 1918) der Plan der SKL durch den Staatssekretär vorgelegt. Die endgültige Zustimmung der Industriellen wurde in einer abschließenden Besprechung in Köln am 1. 10. 1918 (Eintragung vom 6. 10. 1918) eingeholt.

auf die Lage ein und sicherte die volle Zahl der geforderten Arbeitskräfte erst nach Abflauen der augenblicklichen Kämpfe zu. Angesichts der Bauer genau bekannten, hoffnungslosen Ersatzsituation Ende September 1918¹⁴ kann man seinem offenkundig unverantwortlichen Handeln nur dann einen Sinn abgewinnen, wenn man unterstellt, daß er das ganze Scheer-Programm vornehmlich als eine nach innen und außen wirkende Propagandaaktion ansah. Das große U-Boot-Bauprogramm der SKL charakterisiert sich demnach, einmal ganz abgesehen von den Ereignissen des Oktober, als ein Plan, der den Realitäten in keiner Weise mehr entsprach.

Während der Verhandlungen um das Scheer-Programm spielte sich eine Episode ab, die ein scharfes Licht auf den Anspruch der SKL warf, die einzige, zentrale Kommandobehörde der Marine zu sein, und die bewies, daß sie diesen Anspruch gegenüber den anderen Immediatbehörden durchzusetzen vermochte. Als Ersatz für Admiral v. Capelle, als Staatssekretär des Reichsmarineamts, war von dem Kabinettschef mit Billigung Scheers der Admiral Paul Behncke ausersehen worden. Behncke hatte die Geschäfte übernommen und befaßte sich intensiv mit der Vorbereitung des Scheer-Programms. Er leitete am 19. September eine Sitzung mit den beteiligten Industriellen unter Führung von Stinnes, der offensichtlich mit dem Ergebnis der Besprechung keineswegs zufrieden war und dies die SKL wissen ließ. Während des Thronvortrages am 22. September verlangte und erreichte Scheer unter Berufung auf die Kritik aus Industriekreisen die Abberufung Behnckes und seine Ersetzung durch den bisherigen Chef des U-Bootsamtes, v. Mann-Tiechler. Der zuständige Kabinettschef war zwar kurz vor dem Thronvortrag informiert worden, aus der Form seiner Aufzeichnungen über diesen Vorgang geht jedoch hervor, daß er in eine Statistenrolle gedrängt worden war¹⁵.

Levetzow hatte bereits im Juli die Notwendigkeit eines umfangreichen personellen Revirements zunächst innerhalb des Admiralstabes gefordert und gegen den Widerstand des Kabinettschefs auch durchgesetzt. Es ist bisher kaum beachtet worden, daß diese personellen Maßnahmen auch außerhalb der Zentralbehörden bedeutende Veränderungen mit sich brachten. Insbesondere die Hochseeflotte wurde hiervon betroffen, so daß ihre Einsatzfähigkeit wenn nicht in Frage gestellt, so doch eingeschränkt war. In einem Brief an Levetzow vom 22. August faßte Trotha die Situation folgendermaßen zusammen: „Bei uns schieben die Verhältnisse sich auch langsam hin. Die Unruhe in allen führenden Stellen und die Unsicherheit zwischen den Kommandanten wird noch eine Weile dauern. Am schlimmsten steht es da zunächst bei den Kleinen Kreuzern, für die Kommandanten zu finden reichlich schwierig ist.“ Eine genauere Untersuchung des Umfangs der in der Zeit von August bis Oktober vorgenommenen Personalveränderungen, be-

¹⁴ Vgl. H. v. Kuhl, Entstehung, Durchführung und Zusammenbruch der Offensive von 1918, in: WUA, IV. Reihe, Bd. 3, 1928, S. 58ff. Zu Bauers Haltung vgl. M. v. Levetzow, Der letzte Akt, S. 57.

¹⁵ G. A. v. Müller, Regierte der Kaiser?, S. 417, und KTB der SKL, Anlagenband, Anlage IV. Behncke hat die Vorgänge in einer Niederschrift vom Oktober 1918 in seiner Sicht dargestellt – Bundesarchiv-Militärarchiv, Sammlung Kaiserliche Marine, K 05-3/5.

schränkt auf die Kommandanten und I. Offiziere der drei Linienschiffsgeschwader und der drei Aufklärungsgruppen, ergibt, daß jeweils knapp die Hälfte der Kommandanten (48,4%) und der I. Offiziere (45,4%) ausgewechselt wurden. Dabei konnte es vorkommen, daß sowohl der Kommandant als auch der I. Offizier eines Schiffes versetzt wurden, mit der Folge, daß nicht nur die seemännische Führung des Schiffes sondern auch der innere Dienst in eine in ihrer Dauer sicher sehr unterschiedliche Phase der Unsicherheit geriet¹⁶. Diese Unsicherheit wurde verschärft durch die sich ständig steigernden Anforderungen des U-Bootkrieges an das Seeoffizierkorps, die dazu führten, daß gerade die Offiziergruppen – Oberleutnants z. See und jüngere Kapitänleutnants –, die für den Kontakt zur Besatzung, für die Aufrechterhaltung der Disziplin von entscheidender Bedeutung waren, nur noch in ungenügender Zahl der Flotte zur Verfügung standen.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die geschilderten personellen Verhältnisse die innere Struktur der Flotte gerade in dem Zeitpunkt der gefährlichsten militärischen und politischen Krise des Krieges geschwächt hatte. Admiral v. Trotha hat diese Situation in einem Brief an Levetzow vom 8. Oktober in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht: „Und dann geben Sie uns Meurer bald wieder! Wir brauchen wenigstens einige Persönlichkeiten. Wir haben davon in letzter Zeit ungeheuer viel hergeben müssen. Mit nur Mittel- und schlechter Waare können wir die Aufgaben den Besatzungen gegenüber nicht lösen.“¹⁷ Aus der Bemerkung Trothas geht hervor, daß der Wechsel in den Führungspositionen der Flotte sich insgesamt negativ ausgewirkt hat – eine Tatsache, die für die Beurteilung der Rebellion Ende Oktober nicht ohne Bedeutung ist.

Für den hoffnungsvoll begonnenen Aufbau einer anspruchsvollen, zentralen Seekriegsleitung, für das im Entstehen begriffene, ehrgeizige U-Boot-Bauprogramm, dessen Durchführung ganz von der Unterstützung durch die OHL abhängig war, mußte die Waffenstillstandsforderung Ludendorffs von tiefgreifender Wirkung sein. Bei der Unterrichtung über die neue Lage am 29. September richtete Scheer sofort die Frage an Ludendorff, ob das U-Boot-Bauprogramm weiter betrieben werden könne. Es ist von einiger Bedeutung, daß Ludendorff schon in diesem Moment die weitere Aufrechterhaltung des Programms mit dem Hinweis auf die Möglichkeit

¹⁶ Der Brief Trothas findet sich im Nachlaß Levetzow, Box 4, Briefe und Schriftsachen, Bd. 9. Indirekt bestätigte Trotha die Bedeutung dieser Umgruppierungen, als er im Dolchstoß-Prozeß ausführte: „Das [Gründung der SKL] hätten wir nie getan, wenn wir nicht Vertrauen zur Besatzung gehabt hätten; denn dadurch wurde eine große Umkommandierung von Offizieren notwendig. Kommandanten, die ihr Schiff lange in der Hand hatten, mußten es aus der Hand geben.“ Vgl. H. Herzfeld, Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkrieg, Leipzig 1928, S. 284. – Die Personalveränderungen ergeben sich aus den Angaben der Ehrenrangliste der Kaiserlich Deutschen Marine 1914–1918, bearb. v. Kontreadmiral a. D. Stoelzel, Berlin 1930. Es hat sich allerdings ergeben, daß die Angaben gerade für die Schlußphase des Krieges in manchen Punkten lückenhaft sind. Auf den folgenden Schiffen hat nachweislich ein Wechsel sowohl des Kommandanten als auch des I. Offiziers stattgefunden: „Bayern“, „v. d. Tann“, „Königsberg“, „Brummer“. Unklare Fälle blieben unberücksichtigt.

¹⁷ Vgl. Nachlaß Levetzow, Box 4, Briefe und Schriftsachen, Bd. 9.

des Scheiterns der Verhandlungen mit den Alliierten motivierte¹⁸. Wenn der SKL damit gewissermaßen ein Wechsel auf die Zukunft ausgestellt wurde, so war doch das Entscheidende, daß Ludendorff gleichzeitig erklärte, kein einziger Mann des Heeres könne für die Durchführung des Scheer-Programms zur Verfügung gestellt werden. Zwar milderte Oberst Bauer auf der zwei Tage später in Köln stattfindenden Sitzung mit den Industriellen die scharfe Erklärung seines Chefs, indem er schon für Oktober die Freistellung einiger Arbeiter für die U-Boot-Industrie ankündigte, verfolgte damit aber, wie erwähnt, auch einen propagandistischen Zweck und konnte gegenüber der Forderung des Staatssekretärs v. Mann auf 15–20 000 Arbeiter keine verbindlichen Zusagen geben. Die erste Konsequenz der Waffenstillstands-forderung der OHL für die Seekriegsleitung bestand demnach in der Aufgabe des Scheer-Programms für eine unbestimmte Zeit.

Entschiedener wehrte sich die SKL gegen die zweite Konsequenz der Waffenstillstands-forderung, gegen die Infragestellung des unbeschränkten U-Bootkrieges. Unmittelbar nach der Unterredung mit Ludendorff wurden Scheer und Levetzow durch den Kaiser selbst mit der Tatsache konfrontiert, daß ohne ihre Mitwirkung über die Einstellung des U-Bootkrieges während der vom Kaiser erwarteten Friedensverhandlungen gesprochen und Einverständnis erzielt worden war¹⁹. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts v. Hintze präziserte zwei Tage später, am 1. Oktober, seine Forderungen in einem Gespräch mit dem stellv. Chef des Admiralstabes in Berlin dahin, daß eine Voraussetzung für den von der OHL geforderten Abschluß eines Waffenstillstandes die Einstellung des U-Bootkrieges während der Dauer des Waffenstillstandes sei. Eine solche Maßnahme sei angesichts der Unmöglichkeit der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gerechtfertigt. Gleichzeitig mit dieser Mitteilung erreichte eine überaus ernste Lagebeurteilung des Chefs der Operationsabteilung der OHL, Oberst Heye, den Admiral Scheer. Heye machte unmißverständlich klar, daß der Krieg verloren sei und Frieden geschlossen werden müsse. „Es handelt sich nicht um eine Panik, sondern um eine Erkenntnis, zu deren Ausspruch man sich nicht rechtzeitig entschließen konnte.“²⁰ Hier zeigte

¹⁸ Für die Vorgänge am 28. und 29. 9. 1918 im Gr. Hauptquartier vgl. B. Schwertfeger, Die politischen und militärischen Verantwortlichkeiten im Verlaufe der Offensive von 1918, in: WUA, IV. Reihe, Bd. 2, 1928, S. 260 ff. Scheer war vor der Unterredung mit Ludendorff durch Admiral v. Müller über die Lage unterrichtet worden; vgl. G. A. v. Müller, Regierte der Kaiser?, S. 421. Nach dem KTB der SKL (Eintragung vom 30. 9. 1918) erklärte Ludendorff, daß „er die Durchführung des großen Ubootsprogramms für sehr nützlich halte, wenn wir nicht den Frieden erhielten, den wir brauchten, da wir nicht die Waffen strecken wollen.“ Vgl. hierzu S. A. Kaehlers Aufsatz „Vier quellenkritische Untersuchungen zum Kriegsende 1918“, in: Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Aufsätze und Vorträge, hrsg. von W. Bußmann, Göttingen 1961, S. 259–305, insbesondere S. 264.

¹⁹ Der Kaiser suchte Scheer, der sich übergangen fühlte, durch einen Hinweis auf die Abendtafel, bei der er mit Hintze sprechen könne, zu beschwichtigen; KTB der SKL, Eintragung vom 30. 9. 1918. Die Forderung Hintzes vom 1. 10. 1918 wurde der SKL durch ein Telegramm des stellv. Admiralstabes in Berlin übermittelt; vgl. Nachlaß Levetzow, Box 21, Seekriegsführung, Chef des Stabes der Seekriegsleitung, Bd. 2.

²⁰ Die Mitteilung Heyes, die vom Vormittag des 1. 10. 1918 stammte, gelangte in Form

sich bereits die für den Verlauf der innerdeutschen Verhandlungen um den Abschluß eines Waffenstillstandes entscheidende, kaum überbrückbare Diskrepanz in der Beurteilung der militärischen Situation innerhalb der OHL selbst. Die SKL stimmte zwar widerwillig, aber doch ohne grundsätzliche Positionen aufzugeben der Forderung Hintzes zu, da sie sich die Lagebeurteilung Ludendorffs zu eigen machte. Das kam besonders deutlich zum Ausdruck, als sich Scheer und Ludendorff am 6. Oktober näher mit den Modalitäten des abzuschließenden Waffenstillstandes befaßten. Ludendorff bestätigte, daß die auszuhandelnden Bedingungen einer Wiederaufnahme des Kampfes nicht im Wege stehen dürften, daß weniger ein Waffenstillstand als vielmehr eine Waffenruhe anzustreben sei. Die SKL hat bis zu den Verhandlungen um die Beantwortung der zweiten Note Wilsons vom 14. Oktober trotz anders lautender Nachrichten aus dem Großen Hauptquartier und aus Berlin an dieser optimistischen Sicht der Dinge festgehalten²¹.

Wie für die überwiegende Mehrheit der politisch und militärisch führenden Kräfte des Kaiserreiches war der Umschlag von einer den Ernst der Lage keineswegs verkennenden aber doch siegesgewissen Stimmung in ein Gefühl der Ohnmacht, der hereinbrechenden Katastrophe auch für die SKL so überraschend gekommen²², daß es durchaus verständlich war, wenn sie Ludendorffs Ansicht den Vorzug gab und damit sich selbst über die Realitäten hinwegtäuschte. Wie weit die Selbsttäuschung innerhalb der SKL Platz griff, mag daraus entnommen werden, daß nach Ausweis des Kriegstagebuches am 6. Oktober der Gedanke erörtert wurde, ob sich die Marine gegebenenfalls nur teilweise an der erwähnten Waffenruhe beteiligen solle. Dieser eigenartige Gedanke entsprang u. a. der Vorstellung der betonten Eigenständigkeit der Kaiserlichen Marine, deren Verwirklichung sich die SKL zum Ziel gesetzt hatte. Sie in der durch die OHL heraufbeschworenen Situation zu bewahren, verband sich für die SKL mit dem selbstverständlichen Willen zur patriotischen Tat, d. h. in diesem Fall zur Weiterführung des Kampfes mit der erfolgreichsten Waffe der Marine, dem Unterseeboot.

Die Auseinandersetzungen um die Einstellung bzw. Milderung des unbeschränkten U-Bootkrieges noch vor Abschluß des Waffenstillstandes begannen mit dem Bekanntwerden der Versenkung des britischen Passagierdampfers „Leinster“ durch

einer Meldung eines in Spa verbliebenen Offiziers an den in Köln weilenden Levetzow; vgl. Nachlaß Levetzow, Box 21, Seekriegsführung, Chef des Stabes der Seekriegsleitung, Bd. 2.

²¹ Für die Verhandlungen am 6. 10. 1918 vgl. KTB der SKL, Eintragung vom 7. 10. 1918. Die Eintragung geht zurück auf eine Aufzeichnung des Korvettenkapitäns Frhr. v. Weizsäcker, des Verbindungsoffiziers der SKL bei der OHL; vgl. MGFA/DZ, Marinearchiv, Fasz.: 560, SKL im Gr. H. Qu., Waffenstillstandsangelegenheiten, Bd. 1. Der stellv. Chef des Admiralstabes wurde von der SKL verschiedentlich angewiesen, der Reichsleitung gegenüber zu erklären, daß die Einstellung des U-Bootkrieges frühestens bei Abschluß des Waffenstillstandes und nur gegen hohe Gegenleistungen des Feindes in Frage käme.

²² Scheer schrieb hierzu in einem Brief an Levetzow vom 26. 1. 1919 – Nachlaß Levetzow, Box 4, Briefe und Schriftsachen, Bd. 10 –: „Es erscheint mir überhaupt als die größte Unbegreiflichkeit: dieser Umschlag von Siegeszuversicht zu völligem Zusammenbruch und besonders niederziehend dabei, daß sich die Revolution unter unseren Augen in der Marine in aller Gründlichkeit und Gemächlichkeit vorbereitete.“

ein deutsches Unterseeboot. Hintze, nunmehr Vertreter des Auswärtigen Amtes bei der OHL, machte bereits am 14. Oktober Admiral Scheer den Vorschlag, die U-Bootkommandanten anzuweisen, die Versenkung von Passagierdampfern nach Möglichkeit zu vermeiden²³. Scheer hat sich auf ein solches Verfahren, getreu seiner prinzipiellen Stellungnahme aus dem Jahre 1916, nicht eingelassen und jede Verwässerung des unbeschränkten U-Bootkrieges aus technischen Überlegungen und aus Sorge um die Sicherheit der eigenen Boote strikt abgelehnt. Auch unter dem Eindruck der zweiten Note Wilsons, in der die Einstellung des U-Bootkrieges gefordert wurde, hat Scheer an dieser Ansicht festgehalten.

Als sich während der Verhandlungen des Kriegskabinetts herausstellte, daß die Aufgabe des U-Bootkrieges als *Vorleistung* für notwendig angesehen wurde, hat Scheer sich der Rückendeckung Ludendorffs versichert und veranlaßte damit, daß sich die Auseinandersetzung zu einer prinzipiellen Kontroverse zwischen politischer und militärischer Führung verschärfte. Nachdem beide Seiten die Entscheidung des Kaisers angerufen hatten, endete die Auseinandersetzung mit einer Niederlage Ludendorffs, die mittelbar zum Sturz des Generals beitrug. Die Ankündigung der Einstellung des Handelskrieges mit U-Booten wurde mit kaiserlicher Billigung in die Antwortnote an den Präsidenten Wilson aufgenommen²⁴.

Admiral Scheer hat während der Verhandlungen mit allem Nachdruck seinen Standpunkt vertreten. Temperamentvoll unterstützt von seinem Chef des Stabes, Kapitän z.S. v. Levezow, hat er nichts unversucht gelassen, um das Kabinett und den Kaiser von der Stichhaltigkeit seiner Ansicht zu überzeugen. Trotzdem fällt auf, daß sein Einsatz weit weniger prinzipiell war als der Ludendorffs. Zweifellos spiegelte sich darin in erster Linie der beherrschende Einfluß der OHL in allen politischen und militärischen Fragen, während die SKL gerade erst begonnen hatte, das Ansehen der Marine wieder zu festigen und zu heben. Die relativ ruhige Hinnahme der praktischen Ausschaltung der Marine aus dem weiteren Verlauf der Kampfhandlungen durch die Einstellung des U-Bootkrieges – so mußte von politischer Seite die Entscheidung interpretiert werden – in einer Phase höchster nationaler Spannung durch die SKL ist jedoch nur verständlich, wenn man hinzunimmt, daß Admiral Scheer und sein Stab von vorneherein eine Alternative für diesen Fall in ihre Überlegungen einbezogen hatten. Sie sah den vollen Einsatz der Hochseeflotte vor.

Überlegungen dieser Art wurden in den ersten Oktobertagen an die SKL heran-

²³ Vgl. KTB der SKL, Eintragung vom 15. 10. 1918. Im Verlauf des Gespräches unterbreitete Hintze dem Chef des Admiralstabes folgenden merkwürdigen Vorschlag: „... nach seiner Meinung könne die Marine dem Auswärtigen Amt sagen, es möchte erklären, was es für gut befände, die Marine würde sich dadurch in keiner Weise gebunden fühlen“. Scheer lehnte ein solches Verfahren mit Entschiedenheit ab.

²⁴ Zum Verlauf der Verhandlungen vom 17. bis 21. Oktober vgl. die umfassende Dokumentation in: Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Bd. 2: Die Regierung des Prinzen Max von Baden, bearb. von E. Matthias und R. Morsey, Düsseldorf 1962, S. 220ff., und die in Anmerk. 32 erwähnte Anlage XI des KTB der SKL.

getragen, nachdem Scheer selbst am 30. September die Versammlung der Flotte in der Nordsee angeordnet, ihren Einsatz – ohne nähere Erläuterung – jedoch vorläufig nicht für erforderlich gehalten hatte. Das Flottenkommando wurde am 4. Oktober durch den nach Spa entsandten Korvettenkapitän v. Yorck über die Lage näher unterrichtet²⁵. Die entsprechende Eintragung im Tagebuch eines Angehörigen der Flottenführung läßt nun erkennen, daß die dunkleren Töne in diesem Bericht mehr zum Ausdruck kamen, als dies bei der SKL der Fall war, d. h. daß die schon erwähnte Lagebeurteilung durch Oberst Heye – vermittelt durch Korvettenkapitän Frhr. v. Weizsäcker – im Vordergrund stand. Auch der Gedanke eines letzten Aufgebotes – Ludendorff in den Mund gelegt – taucht auf. Außerdem wird eine Äußerung des Generalquartiermeisters wiedergegeben, die für die Marine untragbar sein mußte und nicht unwesentlich zum Entschluß des Einsatzes der Hochseeflotte beigetragen haben dürfte. „Ludendorff ließ übrigens durchblicken, daß einer event. Forderung Englands um Auslieferung der deutschen Flotte wohl auch nachgegeben werden müßte, daß überhaupt die Marine wohl in der Hauptsache die Zeche bezahlen müßte.“ Unter diesem Eindruck hat Trotha, als Chef des Stabes des Hochseekommandos, am 6. Oktober seine „Überlegungen in ernster Stunde“ verfaßt, die am folgende Tage vom Flottenchef gebilligt und schließlich am 8. Oktober der SKL übersandt wurden²⁶. Sie lauten:

- „1). Auch jetzt muß allen anderen Überlegungen vorangehen: ‚Wie kann der Ubootskrieg in stärkster Wirkung erhalten werden‘.
- 2). Die Erfüllung dieser Hauptforderung verlangt von der Flotte Sicherung der Minensuch bzw. räum- und Geleitaufgaben. Deckung der Ubootstützpunkte in der Nordsee. Allgemeiner Rückhalt für unsere Stellung in der Nordsee und Dänemark gegenüber.
- 3). So ist die Flotte durch den Ubootskrieg gebunden; ein Vorstoß der gesamten Hochseestreitkräfte, um einen Erfolg auf dem Wasser zu suchen, auch auf das Risiko des vollen Einsatzes hin, würde das Aufgeben der Grundlage für den U-Krieg bedeuten. –
- 4). Ein solcher Einsatz kommt daher nur in Frage:
- a. wenn der Gegner in die Deutsche Bucht oder in die Belte einbricht.
 - b. wenn der Ubootskrieg völlig aufgegeben wird.
 - c. wenn eine schwere Schädigung der englischen Seemacht mehr Vorteil für uns verspricht als die Weiterführung des U-Krieges oder
 - d. unsere Flotte sonst einem schmachvollen Ende entgegengeht.
- 5). Der Flotte steht ein solcher Schlußkampf als höchstes Ziel vor Augen, um nicht diesen Krieg beschließen zu müssen, ohne daß die in ihr steckende nationale Kraft voll zur schlagenden Wirkung gekommen ist.

²⁵ Vgl. KTB der SKL, Eintragung vom 3. 10. 1918.

²⁶ Die „Überlegungen“ finden sich sowohl im Operations-Kriegstagebuch des Kommandos der Hochseestreitkräfte (K. d. H.) als Anlage IV (MGFA/DZ, Marinearchiv, Fasz.: 4055) als auch im Original und in Abschriften im Nachlaß Levetzow, Box 4, Briefe und Schriftsachen, Bd. 9.

6). Aus einem ehrenvollen Kampf der Flotte, auch wenn er ein Totenkampf wird in diesem Kriege, wird – wenn unser Volk nicht überhaupt national versagt – eine neue deutsche Zukunfts-Flotte hervorwachsen; einer durch schmachvollen Frieden gefesselten Flotte ist die Zukunft gebrochen.

7). Die Entscheidung über diese Fragen muß von höchster Stelle erfolgen. Die Hochseeflotte ist in diesen letzten Stunden des Krieges ein so wesentlicher Faktor der staatlichen Kraft, daß der Flottenchef von seinem Standpunkt aus nicht ohne Weiteres bestimmen darf, wann der Augenblick kommt ihn auszuspielen. T 6/10.“

Aus dem Begleitbrief Trothas vom 8. Oktober an Levetzow geht hervor, daß der Gedanke an den Einsatz der Flotte im Mittelpunkt seiner Überlegungen stand, der U-Bootkrieg wird mit keinem Wort erwähnt. „Es liegt auf der Hand, daß uns ein Schrecken der Scham erfaßt, bei dem Gedanken, die Flotte könne, ohne zum Schlagen gekommen zu sein, der inneren Vernichtung überliefert werden. Der Einsatz, um mit Ehren unterzugehen, lohnt doch auch noch, denn eine schwere Wunde würden wir England schon noch beibringen. . . . Sie empfinden es selbst wie wir; trotzdem beschwöre ich Sie: Lassen Sie die Kraft unserer Flotte nicht verschachern oder elend verkommen.“

Auch von anderer Seite wurde der SKL der Einsatz der Hochseeflotte nahegelegt. Kapitän z.S. Michaelis sah in einem baldigen, sichtbaren Erfolg, der nur noch zur See errungen werden könne, die einzige Möglichkeit, einen Stimmungsumschwung im Lande zu erzielen, der das Reich vor einer „Generalkatastrophe“ retten könne²⁷. Ein solcher voller Einsatz der Flotte sei zwar ein „glatter Hazard“, aber da das Reich vor der Alternative Verständigungs- oder Unterwerfungsfrieden stehe, sei der Einsatz der – im Verhältnis zum Gesamtpotential – relativ kleinen Flotte gerechtfertigt. „Daher kann, nüchtern gewogen, unter Umständen ein schlechter Friede doch besser sein als eine Katastrophe des Gesamtheeres, für die Flotte ist letzteres Risiko weit geringer.“ Die Rücksicht auf den U-Bootkrieg dürfe kein Hindernis sein, denn selbst mit den zurückkehrenden Resten der Flotte werde eine Weiterführung des U-Bootkrieges möglich sein.

Von den beiden Stimmen hatte die Trothas das größere Gewicht. Trotha und Michaelis waren sich in der Zielsetzung einig, sie unterschieden sich jedoch sehr deutlich in ihrer Motivation. Hier der mühsam gebändigte, gefühlsbetonte, pathetische, mehr am Eigeninteresse der Flotte orientierte Aufruf, dort der Versuch, aus der politisch-militärischen Gesamtsituation heraus der Flotte den Weg zu weisen unter kühler Abwägung der in jedem Falle für sie eintretenden Folgen.

Als Chef des Stabes des Hochseekommandos hatte Trotha natürlicherweise die günstigsten Möglichkeiten seiner Konzeption die Wege zu ebnen. Bereits am

²⁷ Der Brief Michaelis' ist datiert vom 5. 10. 1918, vgl. Nachlaß Levetzow, Box 4, Briefe und Schriftsachen, Bd. 9. Michaelis war zu jener Zeit Direktor des Allgemeinen Marine-departements im Reichsmarineamt. Er hat in einem Brief vom 10. 3. 1926 an Hans Delbrück den Gedanken eines Flottenvorstoßes im Rückblick auch öffentlich vertreten; vgl. WUA, IV. Reihe, Bd. 10, I, S. 380 ff.

10. Oktober legte er Admiral v. Hipper den Plan zu einem Vorstoß der Flotte in die Straße von Dover zur grundsätzlichen Genehmigung vor²⁸. Der Kreis der Mitarbeiter an der Ausarbeitung des endgültigen Operationsbefehls sollte auf die drei Admiralstabsoffiziere des Flottenkommandos beschränkt bleiben. Mit der Zustimmung Hippers begannen nun die Arbeiten an dem später berühmt gewordenen O-Befehl Nr. 19 vom 24. Oktober 1918.

Daß die SKL Ziel und Motivation des Trothaschen Planes billigte, kam in dem Antwortschreiben Levetzows vom 11. Oktober zum Ausdruck²⁹. Im Gegensatz zu Michaelis betonte Levetzow darin die Notwendigkeit der Erhaltung der Flotte als Rückgrat des U-Bootkrieges. Und im Gleichklang mit dem Trothaschen Pathos schrieb er: „Es wird, solange wir noch kämpfen können, nie und nimmer zugegeben werden, im Friedensschluß einem Vertrag zuzustimmen, der auf eine Verschlechterung oder Verkümmern unserer Flotte ausgeht.“

Die zweite Wilson-Note, die in den Morgenstunden des 16. Oktober bekannt wurde, führte zu einer weiteren Klärung und Fixierung der Absichten der SKL. Obwohl sie, wie erwähnt, bis zum 20. Oktober in den Verhandlungen mit dem Auswärtigen Amt und dem Kriegskabinetttarr an der Aufrechterhaltung des unbeschränkten U-Bootkrieges festhielt, war schon vor Beginn der Verhandlungen in Berlin die Erkenntnis gewachsen, daß die Chancen einer Weiterführung des U-Bootkrieges sowohl während der Waffenstillstandsverhandlungen³⁰ als auch nach einem evtl. Scheitern dieser Verhandlungen immer geringer wurden. Korvettenkapitän v. Weizsäcker hatte am 12. Oktober eine Unterredung mit Oberst Heye, in der diesem die Frage vorgelegt wurde, wie die OHL „tatsächlich“ die Lage beurteile und wie dringlich der Abschluß eines Waffenstillstandes sei³¹. Heye ließ wiederum, wie am 1. Oktober, keinen Zweifel darüber, daß der Krieg verloren, der Abschluß eines Waffenstillstandes gleichbedeutend mit dem Ende des Krieges überhaupt sei und daß die Dringlichkeit der Waffenstillstandsforderung von Ende September durch die weitere Entwicklung der Lage nur zugenommen habe.

Die SKL hat diese düstere Prognose, wie angedeutet wurde, nicht zur Grundlage ihrer Verhandlungen mit den politischen Instanzen gemacht, intern jedoch die Konsequenzen gezogen. In der Zeit zwischen dem Bekanntwerden der zweiten Note Wilsons und dem Beginn der Verhandlungen in Berlin führten die Erörterungen innerhalb der SKL zur Festlegung des nun zu verfolgenden Zieles, das in der folgenden Aufzeichnung³² klar umrissen wurde:

²⁸ Vgl. Operations-Kriegstagebuch des K. d. H., Anlage VIII.

²⁹ Nachlaß Levetzow, Box 18, Auszüge aus den Handakten v. Trotha 1917/1918, Abschrift.

³⁰ Vgl. die Unterredung Hintzes mit Scheer am 14. 10. 1918, siehe Seite 351, Anmerk. 25.

³¹ Bericht Weizsäckers vom 15. 10. 1918, dem eine mündliche Berichterstattung an die SKL vorausgegangen war; Nachlaß Levetzow, Box 21, Seekriegsführung, Chef des Stabes der Seekriegsleitung, Bd. 2.

³² Vgl. KTB der SKL, Anlagenband, Anlage XI, S. 1f. Die Aufzeichnung ist auch abgedruckt bei W. Hubatsch, Der Admiralstab, S. 180. Hubatsch interpretiert die Aufzeichnung nach dem Datum ihrer Abfassung (25. 10. 1918), jedoch geht aus der Überschrift hervor, daß es sich um Überlegungen der Tage vom 15.–21. 10. 1918 handelt und aus dem Text

- „1.) Eine Beschränkung der Ubootsverwendung auf den Kreuzerkrieg oder Ausnahmen von Passagierschiffen bedeuten technisch gleichviel die völlige Einstellung. Gründe liegen auf der Hand.
- 2.) Bei Einstellung des Ubootkrieges begeben wir uns des letzten Offensivmittels, das uns bei Fortgang der Waffenhandlungen noch zu Gebote steht.
- 3.) Trotzdem ist die Marine bereit, schweren Herzens dies Opfer zu bringen, wenn dafür ein Waffenstillstand erreicht wird, wie ihn die Armee nötig hat. Die Marine hat keinen Waffenstillstand nötig.
- 4.) Die Wahrscheinlichkeit, daß bei Fortgang oder Wiederaufnahme der Kampfhandlungen das Einverständnis der Regierung zum uneingeschränkten Ubootkrieg wieder zu erlangen sei, ist äußerst gering.
- 5.) Die Bindung der Hochseestreitkräfte durch den Ubootkrieg, dessen Rückgrat sie bilden, entfällt damit. Die Flotte erhält ihre operative Freiheit wieder.
- 6.) Es ist unmöglich, daß die Flotte alsdann in dem Endkampf, der einem baldigen oder späteren Waffenstillstand vorausgeht, untätig bleibt. Sie muß eingesetzt werden. Wenn auch nicht zu erwarten ist, daß hierdurch der Lauf der Dinge eine entscheidende Wendung erfährt, so ist es doch aus moralischen Gesichtspunkten Ehren- und Existenzfrage der Marine, im letzten Kampf ihr Äußerstes getan zu haben.“

Nach den eindeutigen Formulierungen dieses Programms, dessen Gedankengänge in der Folge nicht auf den engen Kreis der Seekriegsleitung beschränkt blieben, war es nicht verwunderlich, daß die Mannschaften der Flotte später von einer geplanten „Todesfahrt“ sprachen. Der Gedanke Trothas hatte sich endgültig durchgesetzt. Eine durchaus erwägenswerte Einordnung der Aktion und ihrer Folgen in das politisch-militärische Gesamtgeschehen, in das Schicksal der Nation, – etwa in der Richtung der Überlegungen des Kapitäns z.S. Michaelis³³ – wurde durch den letzten Satz ausdrücklich beiseite geschoben. Die Rechtfertigung für den Einsatz der Flotte wurde nicht in strategischen Notwendigkeiten, nicht in der durchaus möglichen Entlastung der schwerkämpfenden Armee gesucht, sie wurde vielmehr von den verantwortlichen Männern der SKL allein in einem traditionellen Ehrenkodex, dessen Basis im Zeichen der totalen Mobilisierung aller Volkskräfte im Kriege immer schmäler und brüchiger geworden war, gefunden. Stellt man angesichts dieses Planes die Frage der Verantwortlichkeit der SKL gegenüber den für die Gesamtkriegführung verantwortlichen Instanzen – Kaiser, Reichskanzler, OHL –, so wird deutlich, wie weit die Desintegration der Gesamtstaatsführung bereits gediehen war. Hatte Trotha in seinen „Überlegungen“ noch davon gesprochen, daß über den Einsatz der Flotte von „höchster Stelle“ entschieden werden

ergibt sich, daß die in der Niederschrift entwickelte Marschroute am 16. 10. 1918 morgens feststand. Vgl. im übrigen M. v. Levetzow, *Der letzte Akt*, S. 59 f.

³³ Vgl. hierzu Prinz Max von Baden, *Erinnerungen und Dokumente*, Berlin 1927, S. 574 ff., der im Sinne seiner gegenüber Wilson verfolgten Politik eine positive Stellungnahme zu einem mit der Reichsleitung abgesprochenen – und hierauf liegt der Nachdruck – Flottenvorstoß erkennen läßt. Vgl. auch ebenda S. 445 ff.

müsse – womit nach seinen späteren Äußerungen nicht nur die SKL gemeint sein konnte – so war nun von einer solchen Entscheidung nicht mehr die Rede. Das Wort Levetzows bei der Gründung der SKL von dem „nominellen Oberbefehl des Kaisers“ zeigte sich hier und in den späteren Verhandlungen in seiner vollen Bedeutung.

Unmittelbar nach der Ankunft in Berlin hatte Levetzow eine Unterredung mit dem ebenfalls in Berlin weilenden Trotha, den er mit den Überlegungen der SKL bekannt machte. Wiederum war es Trotha, der die Ansichten der SKL konkretisierte und ihr den seit dem 10. Oktober ausgearbeiteten Plan für einen Vorstoß der Flotte in den Kanal vorlegte. Sowohl Scheer als auch Levetzow erklärten sich mit der Anlage des Einsatzes einverstanden, versprachen der Flotte volle Freiheit in der Durchführung und weitestgehende Unterstützung. Scheer ließ aber keinen Zweifel daran, daß der Einsatz der Flotte nur bei einer, allerdings zu erwartenden, Einstellung des unbeschränkten U-Bootkrieges in Frage käme. Es ist interessant, daß Trotha damals diese Voraussetzung, die er selbst eindrücklich am 6. Oktober formuliert hatte, nicht mehr aufrechterhielt, vielmehr gegenüber Levetzow die Durchführung des Flotteneinsatzes auch bei Weiterführung des U-Bootkrieges für möglich hielt³⁴.

Während dieser ersten mündlichen Aussprache nach dem Umschwung vom 29. September zwischen Scheer und Levetzow auf der einen und Trotha auf der anderen Seite wurde mit voller Klarheit auch die alles entscheidende Frage nach der Einsatzfähigkeit der Flotte gestellt. Im Kriegstagebuch der SKL heißt es hierzu: „Kapitän v. L. fragt Adm. von Trotha ob er personell und materiell die Struktur der Flotte so einschätze daß mit ihr zur Zeit eine größere Operation gewagt werden könne – Adm. v. Trotha bejaht diese Frage uneingeschränkt und legt einen O-Plan (Vorstoß in den Kanal) vor, . . .“ Diese dienstliche Stellungnahme stand im Widerspruch zu der erwähnten brieflichen Äußerung Trothas vom 8. Oktober³⁵, in der er sich über die unbefriedigende Offizierpersonallage der Flotte beklagt hatte, und bestimmte in verhängnisvoller Weise den weiteren Gang der Ereignisse. Wie weit Trotha sich damit von einer nüchternen Einschätzung der Situation auf der Flotte entfernte, wird noch zu zeigen sein. Die weiteren Maßnahmen und die Entscheidungen der SKL für einen letzten Einsatz der Flotte waren jedoch durch die verantwortliche Meldung Trothas zumindest formal gedeckt.

Nachdem sich am 20. Oktober herausgestellt hatte, daß weder die OHL noch der Kaiser es vermochten, den Widerstand des Reichskanzlers und des Kriegskabinetts gegen eine Weiterführung des U-Bootkrieges zu brechen, unternahm Admiral Scheer am Abend dieses Tages noch einen letzten, ebenfalls ergebnislosen Versuch, den Kanzler zu einer Befristung des Zugeständnisses zu bestimmen. Während der Unterredung fiel von Admiral Scheer das Wort, das später als Unterrichtung über

³⁴ Vgl. KTB der SKL, Anlagenband, Anlage XI, S. 3 (Handschriftliche Ergänzung der Anlage durch Levetzow), und Operations-Kriegstagebuch des K. d. H., Anlage V, datiert vom 18. 10. 1918.

³⁵ Siehe Seite 348, Anmerk. 17.

den Flotteneinsatz, ja als dessen Billigung durch den Reichskanzler ausgegeben wurde. In der Formulierung des Kriegstagebuches der Seekriegsleitung lautet der Passus folgendermaßen: „Der Admiral sagte dann noch, daß die endgültige Entscheidung über Einschränkung des Ubootskrieges insofern sehr wichtig sei, als operative Maßnahmen der S.K.L. davon abhängen. Die Hochseeflotte sei nunmehr der Bindung in ihrer operativen Freiheit durch Aufgabe des Ubootskrieges ledig.“ Auf diesen doch sehr deutlichen Hinweis, der durch die zweimalige Verwendung des Wortes „operativ“ weit über die dem Kaiser gegenüber gebrauchte Formulierung hinausging, folgte – nach Ausweis des Kriegstagebuchs – keine irgendwie geartete Antwort des Kanzlers. Das ist um so erstaunlicher, als Prinz Max zuvor sehr deutlich seine Ansichten und Forderungen zum Ausdruck gebracht hatte. „Er beschwor dann den Admiral noch auf das eindringlichste, daß sich die Marine in das Unabänderliche fügen müsse, da Zwischenfälle, die die Friedensaktion stören könnten, auf jeden Fall vermieden werden müssen. Der Admiral sagte nunmehr vollste Loyalität der Marine zu, die nur dadurch zu gewährleisten sei, daß alle Uboote zurückgerufen werden müßten.“⁹⁶ Es wird sich kaum klären lassen, ob die Niederschrift vom 25. Oktober den Gang der Besprechung getreu wiedergegeben hat, auffallend ist jedoch, daß Scheer die zwar auch vom U-Bootkrieg ausgehende, jedoch sehr allgemein gehaltene Aufforderung des Kanzlers an die Marine mit einer nur auf den U-Bootkrieg beschränkten Loyalitätserklärung beantwortet hat. Mit Sicherheit kann demnach gesagt werden, daß die SKL weder den Kaiser noch den Reichskanzler von ihren konkreten Absichten und noch weniger von dem Ausmaß der geplanten Operation unterrichtet hat und ihre Hinweise betont allgemein hielt, weil sie Eingriffe der Reichsleitung befürchtete. Die bewußte Ausschaltung jeglichen Einflusses der politischen Führung des Reiches ist zugleich ein Beweis dafür, daß sich die SKL über die Regelwidrigkeit ihres Verfahrens durchaus im klaren war. Eigenartigerweise war es Trotha, der in einer Besprechung in Wilhelmshaven am 22. Oktober die Notwendigkeit eines Einvernehmens mit der Reichsleitung erwähnte. Er erörterte in einem größeren Zusammenhang die Opportunität des Flotteneinsatzes und erklärte zum Schluß: „Er [der Flotteneinsatz] wäre weiter falsch, wenn er im Gegensatz zu den Gesamtabsichten der OHL und der Reichsleitung erfolgte.“ Levetzow erwiderte, ohne auf den zitierten Passus direkt einzugehen, daß Admiral Scheer die „volle Verantwortung“ für das Unternehmen über-

⁹⁶ Für die Unterredung zwischen dem Reichskanzler und Admiral Scheer vgl. KTB der SKL, Anlagenband, Anlage XI, S. 17 f.; die entsprechenden Bemerkungen während des Thronvortrages am 18. 10. 1918 finden sich in demselben Aktenstück, S. 6f. Ein Bericht über die entscheidende Unterredung zwischen Kaiser und Kanzler am 20. 10. 1918 ist abgedruckt in: Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Bd. 2, S. 284ff. Zur Frage der Unterrichtung von Kaiser und Kanzler bzw. über deren Notwendigkeit vgl. R. Scheer, Deutschlands Hochseeflotte im Weltkrieg, Berlin 1919, S. 490, 493; R. Scheer, Vom Segelschiff zum U-Boot, Leipzig 1925, S. 555ff.; A. Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, hrsg. v. K. Kersten, Frankfurt/M. 1955, S. 259; H. Kutscher, Admiralsrebellion oder Matrosenrevolte?, S. 80f.

nehme und daß sich die Unterrichtung anderer Stellen, „soweit sie nötig gewesen sei“, auf eine allgemeine Mitteilung – der hier erörterten Art – beschränkt habe³⁷.

Die einzige Person außerhalb des engen Kreises der Marineoffiziere, die von der geplanten Operation näher unterrichtet wurde, war Ludendorff. Nach seiner Rückkehr aus Berlin suchte Admiral Scheer den General auf und führte, nach einem Rückblick auf die Verhandlungen über die Beantwortung der Wilson-Note, aus, daß die Flotte, ehe sie zu einem „Handelsobjekt in einem schimpflichen Frieden“ würde, eingesetzt werden müsse; daß sie nicht untätig bleiben dürfe, während die Nation auf das schwerste kämpfe. In Anlehnung an die Gedankengänge des Kapitäns z.S. Michaelis versprach er sich davon einen Aufschwung der Stimmung in der Heimat und äußerte die Überzeugung, daß selbst im Falle einer schweren Schlacht noch genügend Großkampfschiffe übrig bleiben würden, um einem möglicherweise wieder aufzunehmenden U-Bootkrieg den nötigen Rückhalt zu gewähren. Wie weit die Befürchtung eines Eingriffes von Außenstehenden in das Unternehmen der Marine ging, zeigte sich darin, daß Admiral Scheer den General bat, von seinen Mitteilungen keinen Gebrauch zu machen.

Wenn der Plan der SKL auch nicht mit den Intentionen der politischen Führung koordiniert worden war, so entsprach er jedoch völlig den Zielen und Erwartungen des Ersten Generalquartiermeisters. Ludendorff erhoffte sich „eine kräftige Ohrfeige“ Wilsons für das Berliner Kabinett, d.h. amerikanische Forderungen, die den Reichskanzler und mit ihm das Kriegskabinett zum Abbruch der Verhandlungen zwingen würden. Über die unausweichlichen Folgen eines solchen Bruches für Volk und Staat äußerte sich Ludendorff nicht. Auch ihm ging es im Grunde nicht mehr um das Abwägen militärischer Möglichkeiten, sondern um die Wahrung der Ehre der Armee und der Nation, die sich für ihn aus der selbstverständlichen Ehrauffassung des Offiziers zwingend ergab. Der aus denselben Motiven entsprungene Plan des Flotteneinsatzes fügte sich, auch in seiner zeitlichen Planung, ohne Zwang in das Bild der künftigen Entwicklung, wie es Ludendorff vor Augen stand, ein

³⁷ Über die Besprechung am 22. 10. 1918 in Wilhelmshaven berichtet das KTB der SKL, Anlagenband, Anlage XIII (datiert vom 25. 10. 1918) und das Operations-Kriegstagebuch des K. d. H., Anlage IX. Levetzow hat die präzise Fragestellung Trothas in seinem Bericht nicht erwähnt. Am 30. 10. 1918 erklärte er gegenüber Kapitän z. S. v. Restorff, dem stellv. Chef des Marinekabinetts, „daß Seine Majestät über den geplanten Vorstoß bisher nichts gemeldet sei, da es sich um eine der Unternehmungen handle, für die eine Allerhöchste Genehmigung nicht erforderlich sei.“ Vgl. A. Niemann, *Revolution von oben – Umsturz von unten*, 4. bis 6. Auflage, 1928, S. 392. Als Niemann diese Notiz Restorffs Levetzow zur Stellungnahme übersandte, bestätigte Levetzow den Sachverhalt – „die dort [Thronvortrag vom 18. 10. 1918] dem Kaiser erstattete allgemeine Meldung genügt vollauf“ – und fügte noch hinzu: „Der Kaiser hat das auch durchaus verstanden und niemals der S. K. L. einen Vorwurf nicht genügender Information gemacht; offenbar nicht verstanden hat die Mitteilung der Prinz Max, das ist nicht weiter zu verwundern, er verstand ja nicht einmal sein eigenes Metier. Im übrigen ging es ihm auch gar nichts an, . . .“ Nachlaß Levetzow, Box 25, *Revolution 1918*, Bd. 2, Brief vom 16. 6. 1927. Vgl. auch Trothas Aussage im Münchener Dolchstoß-Prozeß in: *Der Dolchstoß-Prozeß in München, Eine Ehrenrettung des deutschen Volkes*, S. 53.

und vervollständigte es dadurch. Der Armeebefehl und der O-Befehl der Flotte, beide vom 24. Oktober, waren die Konsequenzen, die von der obersten Führung der Armee und der Marine in seltener Einheitlichkeit des Denkens und Handelns aus der politischen, nicht der militärischen Situation des Oktobers 1918 gezogen wurden³⁸.

Es gilt nun, die Entwicklung auf der Flotte selbst näher zu betrachten. Seit der grundsätzlichen Zustimmung des Flottenchefs zur Ausarbeitung eines den Ansichten Trothas entsprechenden Operationsbefehls am 10. Oktober waren die Pläne so weit vorangetrieben, daß der Kreis der Beteiligten erweitert werden mußte. Am 21. Oktober, nachdem die Entscheidung in Berlin gefallen war, wurden die Befehlshaber der Sicherungstreitkräfte, der U-Boote und der Torpedo-Boote über Anlage und Einzelheiten der Unternehmung unterrichtet³⁹. Die Bedenken des Befehlshabers der U-Boote gegen einen Vorstoß in den Kanal auf Grund von Nachrichten über neue britische Minensperren wurden unter Hinweis auf das günstigere voraussichtliche Kampfgebiet (Terschelling) nicht berücksichtigt. Bereits am 23. Oktober erhielt ein U-Boot den Befehl, in der Nacht vom 28./29. bzw. 29./30. Oktober die britische Linienschiffsflotte in Scapa Flow unter vollem Einsatz des eigenen Bootes anzugreifen, mit dem Ziel, den Feind „vor der Entscheidungsschlacht“ möglichst zu schwächen⁴⁰.

Am 22. Oktober hatte der Chef des Stabes der SKL eine Reihe von Besprechungen in Wilhelmshaven, über die das Tagebuch der Seekriegsleitung ausführlich berichtet⁴¹. Zunächst übermittelte er Admiral Hipper mündlich – ein außergewöhnlicher Fall während des Weltkrieges – den Befehl zum Einsatz der Flotte und unterrichtete den Flottenchef über die Berliner Verhandlungen. Die Frage Hipper, wie sich die SKL die Weiterführung des Seekrieges bei einer dilatorischen Antwort Wilsons vorstelle, beantwortete er mit dem Hinweis, daß der Kanzler eine Wiederaufnahme

³⁸ Die Eintragung vom 1. 11. 1918 über die Besprechung zwischen Ludendorff und Scheer im KTB der SKL geht zurück auf einen Bericht Weizsäckers vom 25. 10. 1918, vgl. Nachlaß Levetzow, Box 21, Seekriegsführung, Chef des Stabes der Seekriegsleitung, Bd. 3. Zum Armeebefehl vom 24. 10. 1918 vgl. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Bd. 2, S. 325 ff., und S. A. Kaehler, Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, S. 269 ff.

³⁹ Über die Besprechung vgl. die Eintragung vom 23. 10. 1918 im Operations-Kriegstagebuch des K. d. H. Es handelte sich dabei um die Kapitäne z. S. H. Zenker, A. Michelsen und P. Heinrich.

⁴⁰ Vgl. MGFA/DZ, Marinearchiv, Fasz.: 888, Kommando der Hochseestreitkräfte, Übung B (O-Befehl Nr. 19).

⁴¹ Für die Berichte über die Verhandlungen vgl. die entsprechenden Angaben in Anmerk. 37. Im Nachlaß Levetzow, Box 21, Seekriegsführung, Chef des Stabes der Seekriegsleitung, Bd. 3, liegt das Original des Befehls vom 22. 10. 1918 mit folgendem Wortlaut: „E. E. habe ich von Admiral Scheer folg. Befehl d. S. K. L. zu überbringen: ‚Die Hochseefl. erhält d. Weisung baldigst zum Angriff auf d. engl. Fl. vorzugehen.‘ Dazu können alle verfügbaren Streitkräfte d. K. M. herangezogen werden.“ Die entsprechende Eintragung im KTB der SKL lautet: „Hochseestreitkräfte sollen zum Angriff und Schlagen gegen engl. Flotte eingesetzt werden.“

des U-Bootkrieges für unwahrscheinlich erklärt habe. Trotha gegenüber war er in der Beantwortung derselben Frage während einer gesonderten Besprechung in engstem Kreise offener. Bei der Wiederaufnahme des Krieges würde der Kampf, nach den in Berlin gewonnenen Eindrücken, höchstens 4–6 Wochen dauern. In dieser Zeitspanne könne aber mit einer Wirkung des U-Bootkrieges nicht gerechnet werden; Admiral Scheer halte daher den Einsatz der „Flotte zum Endkampf“ jetzt für unerlässlich. In derselben Besprechung ist dann auch die Frage erörtert worden, ob der „Kaiser für diese Unternehmung sich auf der Flotte einschiffen solle“. Zu einem Ergebnis scheint man in diesem Punkte nicht gekommen zu sein. Die Tatsache jedoch, daß im engsten Kreise diese Überlegungen angestellt wurden, lassen den besonderen Charakter der Unternehmung erkennen⁴². Nimmt man die Äußerungen Levezows über die voraussichtliche Weiterentwicklung des Krieges hinzu, so wird kein Zweifel daran mehr möglich sein, daß das pathetische Wort Trothas vom 8. Oktober von dem in „Ehren untergehen“ mit dem Flottenvorstoß Wirklichkeit werden sollte.

Levezow, der gegenüber dem Flottenchef auf eine baldige Durchführung des Vorstoßes in den Kanal gedrungen hatte, vermittelte am selben Tage dem gesamten Flottenstab sein Bild von dem Ablauf der Berliner Verhandlungen vom 16. bis 20. Oktober. Über Form und Tenor der Ausführungen berichtet das Kriegstagebuch nichts. Nach den Eintragungen über jene Verhandlungen selbst kann aber kein Zweifel daran bestehen, daß die Entscheidung der politischen Führung bezüglich des unbeschränkten U-Bootkrieges einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Der Gang der Verhandlungen, die in ihnen zutage tretenden Schwankungen des Urteils der handelnden Personen und die dem Soldaten wesensfremde Form der Aussprache, in der anscheinend nebensächliche und rein formale Gesichtspunkte ausführlich erörtert wurden, hatten in der von Levezow diktierten Aufzeichnung ihren ironisierenden, zum Teil spöttischen Niederschlag gefunden⁴³. Es wäre verwunderlich, wenn er diese Empfindungen – in welcher Form auch immer – in dem ihm vertrauten Kreise von Seeoffizieren nicht zum Ausdruck gebracht hätte. Wenn im Kriegstagebuch auch ausdrücklich vermerkt wurde, daß die „die Operationen berührenden Gesichtspunkte“ von Levezow nicht erwähnt wurden, so kann der Zweck der Information einer größeren Gruppe von Offizieren doch nur darin bestanden haben, den Standpunkt der Marine und ihre Aufgabe in dieser Zeit der Umwälzung aufzuzeigen. Nach der Einstellung des U-Bootkrieges gab es nur eine Alternative für die Marine: Resignation oder das Wagnis eines letzten, ehrenvollen Kampfes.

Die Vermutung, daß Levezow den Gedanken an einen letzten Einsatz der Flotte in dieser Besprechung hat anklingen lassen, wird bestärkt durch die Meldung eines Seeoffiziers aus Cuxhaven, daß er bereits am 25. Oktober, also nur drei Tage später, in einer Gesellschaft von dem „überall“ umlaufenden Gerücht einer in Kürze

⁴² Vgl. hierzu S. A. Kaehler, Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, S. 291.

⁴³ Vgl. Anmerk. 32.

stattfindenden „großen Seeschlacht“ gehört habe⁴⁴. Neben einer nicht näher zu bestimmenden Zahl von Seeoffizieren der SKL wurden bis zur Ausgabe des Befehls zum Flottenvorstoß am 29. Oktober nach dem Ausweis des Kriegstagebuches des Kommandos der Hochseestreitkräfte nur einige wenige, im einzelnen zu bezeichnende Offiziere über den Plan direkt unterrichtet. Mit Levetzows Rede vom 22. Oktober wurde die erste größere Gruppe offiziell mit der Gesamtlage vertraut gemacht. Es liegt nahe, eine der Quellen für das erwähnte Gerücht in diesem Kreise zu vermuten.

Nach der Fertigstellung des Einsatzbefehls, der das Datum vom 24. Oktober trägt, wurden einzelne vorbereitende Maßnahmen notwendig, deren Zweck, schon um der feindlichen Spionage zu begegnen, verschleiert wurde⁴⁵. Nach den ergebnislosen Verhandlungen der Heeres- und Seekriegsleitung in Berlin am 25. und 26. Oktober drängte Levetzow nochmals auf eine baldige Ausführung der Unternehmung. In den Morgenstunden des 27. Oktober legte Kapitänleutnant Grimm in Köln Admiral Scheer den Einsatzbefehl vor, der ihn mit einigen, in diesem Zusammenhang unwesentlichen Ergänzungen genehmigte⁴⁶. Daraufhin wurden am 28. Oktober vom Hochseekommando die Verbandschefs mit ihren ersten Gehilfen für den 29. Oktober abends 8 Uhr zur Unterrichtung über den für den 30. Oktober vorgesehenen Flottenvorstoß auf das Flaggschiff des Flottenchefs befohlen⁴⁷.

Über den Verlauf dieser Sitzung sind wir nicht unterrichtet, damit fehlt auch die über das rein Militärische hinausgehende Begründung und Rechtfertigung des Flottenvorstoßes durch Hipper, die für das weitere Verhalten des Hochseekommandos von Interesse gewesen wäre. Bereits um 10 Uhr abends, also nur zwei Stunden nach Beginn der Sitzung, berichtete der Chef des III. Geschwaders, Vizeadmiral Kraft, daß auf drei seiner insgesamt fünf Linienschiffe Ausschreitungen vorgekommen seien⁴⁸. Eine Eintragung im Tagebuch eines Angehörigen der Flottenführung vermerkt, daß diese Meldung verbunden war mit der Mitteilung über Äußerungen von Mannschaften dieser Schiffe, die klar zum Ausdruck brachten,

⁴⁴ Es handelt sich dabei um die Meldung des Kapitänleutnants Glimpf vom 26. 10. 1918 – MGFA/DZ, Marinearchiv, Fasz.: 888, Kommando der Hochseestreitkräfte, Übung B (O-Befehl Nr. 19). Auf die Parolen und Gerüchte unter den Besatzungen wird hier nicht eingegangen. Sie dürften alle in der Zeit zwischen dem 22. und 27. 10. 1918 entstanden sein. Die Versammlung der gesamten Hochseeflotte auf der Reede von Wilhelmshaven war ein außergewöhnliches Ereignis. Der letzte Vorstoß der gesamten Hochseeflotte hatte am 24. 4. 1918 stattgefunden, der diesem vorhergehende am 16. 10. 1916. Vgl. H. v. Waldeyer-Hartz, Admiral Hipper, Leipzig [1933], S. 255.

⁴⁵ Operations-Kriegstagebuch des K. d. H., Eintragung vom 23. 10. 1918, vgl. auch den Bericht des Kontreadmirals Meurer über „Ereignisse auf dem 4. Geschwader während der Revolutionstage“ – Bundesarchiv-Militärarchiv, Sammlung Seekrieg 1914–1918, K 07 -1/2.

⁴⁶ KTB der SKL, Anlagenband, Anlage XIV.

⁴⁷ MGFA/DZ, Marinearchiv, Fasz.: 1701, Kommando des I. Geschwaders, O-Aktenstücke, AB 132.

⁴⁸ Operations-Kriegstagebuch des K. d. H., Niederschrift vom 31. 10. 1918. Bei den Schiffen handelte es sich um „König“, das Flaggschiff des Geschwaders, um „Markgraf“ und um „Kronprinz Wilhelm“.

daß sie passiven Widerstand gegen den Einsatz der Flotte üben würden, der das Ziel habe, die Übergabe der Schiffe nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen durch ihre Versenkung bei der geplanten Unternehmung zu verhindern. Die Meldung, der schon andere bedenkliche Vorkommnisse vorausgegangen waren⁴⁹, hat den Stab des Hochseekommandos offensichtlich in einige Verwirrung gestürzt. Vier Stunden später⁵⁰ erreichte die Teilnehmer der erwähnten Sitzung die Mitteilung, daß der Plan aufgegeben sei. Von irgendwelchen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Disziplin war in der Mitteilung nicht die Rede. Diese Entscheidung Hipfers, die einer völligen Aufgabe des mit so hohen Erwartungen verbundenen Endkampfes auf Grund erster Anzeichen⁵¹ von Unbotmäßigkeiten gleichkam, war der erste Schritt auf dem Wege zur vollständigen Revolutionierung der Flotte. Mit der Versammlung der Flotte auf der Reede von Wilhelmshaven brach nicht nur der Plan, sondern auch der geistige Boden, auf dem er entstanden war, jäh in sich zusammen.

Wenn bisher die Reaktion der Mannschaften auf die Ereignisse des Oktobers unerwähnt blieb, so entspricht das dem Stil, in dem der Plan konzipiert und bis in die Abendstunden des 29. Oktober vorbereitet wurde. Zur gleichen Zeit, als Admiral Scheer erklärte, die Marine habe einen Waffenstillstand nicht nötig, gab der Matrose Stumpf die unter den Mannschaften herrschende Stimmung mit der Parole „Friede in Sicht“ wieder⁵². Damit ist der Spannungszustand bezeichnet, in dem sich die Vorstellungen der führenden Kreise der Marine einerseits und der Mannschaften andererseits über den weiteren Verlauf des Krieges bewegten und der sich in der Explosion des 29. und 30. Oktober löste.

Nach den Unruhen auf der Flotte im August 1917 lag es nahe, auch die Rebellion der Mannschaften im Oktober 1918 auf dieselben Ursachen zurückzuführen. In der polemischen Auseinandersetzung während der Jahre der Weimarer Republik sahen vor allem ehemalige Seeoffiziere in der parteipolitischen, d. h. sozialistischen Verhetzung der Mannschaften den Grund für den inneren Zusammenbruch der Marine und verzeichneten damit in einseitiger Weise den Charakter beider Ereignisse⁵³. Zweifellos bestand insofern ein Zusammenhang, als sich die Situation der Mannschaften zwischen 1917 und 1918 in keiner Weise geändert hatte. Das enge Zusammenleben der Masse der Mannschaften auf beschränktem Raum, der gleichbleibende – nur durch die Unternehmung gegen Ösel im Oktober 1917 unterbrochene – Takt eines eintönigen und nichts destoweniger aufreibenden militärischen Dienstes und schließlich die nach wie vor bestehende Kluft zwischen Offizier und

⁴⁹ Vgl. z. B. die Zusammenstellung bei K. Zeisler, Die revolutionäre Matrosenbewegung in Deutschland im Oktober/November 1918, S. 193 ff.

⁵⁰ MGFA/DZ, Marinearchiv, Fasz.: 3811, Kriegstagebuch I. Geschwader, Bd. 4, Eintragung vom 30. 10. 1918, 2 Uhr Vm.

⁵¹ Erst am 31. 10. 1918 kam es bei der Verhaftung von Mannschaften der Schiffe „Thüringen“ und „Helgoland“ zu einer gefährlichen Zuspitzung der Lage.

⁵² WUA, IV. Reihe, Bd. 10, II. S. 295.

⁵³ Vgl. die Aussagen ehemaliger Seeoffiziere während des Dolchstoß-Prozesses in München und die in Anmerk. 1 nachgewiesene Literatur.

Mann auf den großen Schiffen war 1918 ebenso gegeben wie 1917. Die Anfälligkeit einer solchen, in ihrer Aktivität gehemmten Masse allen Parolen gegenüber mußte sich unter dem Eindruck äußerer Ereignisse naturgemäß wesentlich steigern, besonders dann, wenn das Vertrauen zur militärischen Führung nicht mehr vorhanden war⁵⁴. Die parteipolitische Agitation, die sowohl von rechts wie von links in der Flotte ebenso wie in der Armee betrieben wurde, konnte also nur ein zusätzliches Element der Unruhe darstellen.

Zwei Ereignisse waren es, die in ihrer schnellen zeitlichen Aufeinanderfolge die latent vorhandene, auf die Beendigung des als bedrückend und unwürdig empfundenen Zustandes gerichteten Stimmung der Mannschaften zum Vorschein kommen ließen und in der nun allgegenwärtigen Parole eines unmittelbar bevorstehenden Friedens zum Ausdruck kamen. Der Regierungswechsel in Berlin und die erzwungene Rückkehr nicht nur der Torpedo- und U-Boote, sondern auch der Werftarbeiter aus den belgischen Häfen konfrontierte die Mannschaft mit der Realität⁵⁵. Gerade die Rückkehr der Flandernboote und die Umstände, unter denen sie erfolgte, hat auf die Mannschaften einen besonders tiefen, unmittelbaren Eindruck gemacht.

In dieser Atmosphäre, die sich in den folgenden Wochen noch verschärfte, hatte der Gedanke eines „Endkampfes“ in der Form des Trothaschen Planes keinen Platz. Unter dem Eindruck des militärischen Zusammenbruchs und nach den zermürbenden Jahren des Krieges war die Masse der Mannschaften für einen Heroismus der letzten Stunde nicht zu gewinnen – besonders nicht in der Form eines einfachen Befehls, wie es versucht wurde.

Der Friedensparole der Mannschaften entsprach ein zeitweises Verstummen der Offiziere, die unter dem Eindruck der Waffenstillstandsbitte und den ersten Auswirkungen der „Revolution von oben“ ihre militärischen Erwartungen und politischen Überzeugungen zusammenbrechen sahen. Wie die Masse des Bürgertums, unter Einschluß weiter Kreise der Sozialdemokratie, standen sie den sich überstürzenden Ereignissen zunächst fassungslos gegenüber. Unter diesen Voraussetzungen

⁵⁴ Im Werk des Untersuchungsausschusses (IV. Reihe) sind in den Bänden 9 und 10 eine große Zahl von Zeugnissen gesammelt worden, die von den verschiedensten Seiten das gestörte Verhältnis zwischen Offizier und Mann beleuchten. Hier sei nur auf drei Autoren – selbst der Welt der Seeoffiziere eng verbunden – hingewiesen. F. Fikentscher, *Die Wahrheit über den Zusammenbruch der Marine*, S. 10 ff., sah in der Kluft zwischen See- und Ingenieuroffizier, sowie dem ungelösten Deckoffizierproblem einen wesentlichen Faktor für den jähen Zerfall des Offizierkorps. Die schärfste Kritik übte Prof. W. Birk in seinen Beobachtungen über die Kieler Revolution, denen zwar widersprochen, die aber nicht widerlegt wurden; vgl. E. Alboldt, *Die Tragödie der alten deutschen Marine*, Berlin 1928, S. 155 ff. Selbst der Marine-Oberpfarrer A. Klein, der wie Fikentscher der Überzeugung war, daß die Revolution von außen in die Marine hineingetragen wurde, stellte fest (Artikel: *Der Zusammenbruch der Flotte von innen gesehen*, *Südd. Monatshefte*, Jg. 16, 1918/1919, S. 446 ff.), „auf der Seite der Vorgesetzten, der Offiziere, hatte man sich in falsche Sicherheit gewiegt, war man nicht im Bilde, ließ man sich, trotz mancher ersten Warnung, überraschen; und, als das Unheil hereinbrach, fehlte es an Entschlossenheit und richtigem Eingreifen . . .“. Aus dieser Formulierung geht hervor, daß die Vertrauensbasis schmal und brüchig geworden war.

⁵⁵ Vgl. WUA, IV. Reihe, Bd. 10, II (Tagebuch Stumpf), S. 295 ff.

blieb die Mannschaft sich selbst überlassen, und wenn der Versuch einer Einwirkung unternommen wurde, so geschah dies in Formen und mit Gründen, die den Mannschaften unverständlich, ja suspekt erschienen, die sie in jedem Falle nicht erreichten und damit ihr Ziel verfehlten⁵⁶. Nachdem der erste, lähmende Schock überwunden war, hat sich verständlicherweise nur eine kleine Minderheit der Offiziere den neuen Realitäten auch gebeugt. Die Kritik an der Linie und an den konkreten Maßnahmen der neuen Regierung blieb nicht auf SKL und Hochseekommando beschränkt. Admiral Hipper sah sich in einer Sitzung der Verbandschefs und Führer am 15. Oktober veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß im Offizierkorps kein Zweifel darüber herrschen dürfe, daß es sich hinter die kaiserliche Regierung zu stellen und jede Kritik an ihr zu unterlassen habe⁵⁷. Angesichts der überlieferten Äußerungen von Offizieren unmittelbar vor Ausbruch der Rebellion darf der Erfolg dieses Appells bezweifelt werden. Es wird sich wohl kaum mehr mit Sicherheit entscheiden lassen, ob diese Äußerungen einer verbitterten Reaktion angesichts eines als unaufhaltsam empfundenen Geschehens entsprangen oder der Ausdruck eines festen Willens waren, gegebenenfalls unter Einsatz aller Mittel das Geschick zu wenden bzw. den Versuch zu unternehmen, das Rad der Geschichte aufzuhalten. Die Entscheidung des Hochseekommandos in der Nacht vom 29./30. Oktober und das Verhalten der Masse der Seeoffiziere nach Ausbruch der Meuterei stand im Zeichen der Resignation, während zumindest in der Gestalt Levetzows der unbeugsame Wille zur Tat spürbar wurde.

Auch wenn man annimmt, daß eine tiefe Kluft bzw. eine „chinesische Mauer“ – von der der Matrose Stumpf gesprochen hat – zwischen Offizier und Mannschaft bestand, so ist es doch unwahrscheinlich, daß das Offizierkorps insgesamt von den Vorgängen unter den Mannschaften während jener Oktobertage völlig unberührt geblieben sein sollte. Die Resignation und vor allem die Untätigkeit des Offizierkorps nach dem 29. Oktober wird zu einem nicht unwesentlichen Teil auf dieses Wissen um die allgemeine Stimmung der Mannschaften zurückgeführt werden können. Überrascht wurde das Offizierkorps nicht durch die in der Rebellion zutage

⁵⁶ So gab das K. d. H. z. B. am 3. 10. 1918 einen ganz geheimen Befehl über die Räumung Flanderns heraus, der den Kommandanten in geeigneter Form mitgeteilt werden sollte, damit diese nach der Bekanntgabe der Tatsache durch die OHL Fragen richtig beantworten könnten. Zur selben Zeit war aber die Rückkehr der Flandernboote das Tagesgespräch unter den Besatzungen. Vgl. auch die Kritik Korvettenkapitäns B. v. Selchow, der im Admiralstab für den „Vaterländischen Unterricht“ verantwortlich war, an der Durchführung dieses Dienstzweiges auf der Flotte – Bundesarchiv, Nachlaß Selchow, Log.-Buch Nr. 37, S. 7368. In einer Weisung des Chefs der Marinestation der Ostsee, Admiral Bachmann, vom 18. 10. 1918 hieß es, nachdem die Eigenschaften eines guten Kompagnieführers aufgezählt worden waren: „Das setzt voraus, daß er seinen Leuten nahe steht. Ich habe den Eindruck gewonnen (. . .), daß dies nicht überall der Fall ist; daß der Kompagnieführer sich zu sehr auf die Erledigung des Bürodienstes beschränkt und darüber die lebendige und dauernde Fühlungnahme mit seinen Leuten außer Acht läßt.“ MGFA/DZ, Marinearchiv, Fasz.: 4863, Marinestation der Ostsee, Mobilmachung 1914, Allgemeines, Bd. 2.

⁵⁷ Operations-Kriegstagebuch des K. d. H., Eintragung vom 15. 10. 1918.

tretenden Ansichten der Mannschaften, sondern von der Form, in der sie mit Nachdruck vertreten wurden.

Die Flottenführung, insbesondere Admiral v. Trotha⁵⁸, hat sich, nach der ganzen Anlage der Flottenunternehmung, über diese Verhältnisse keine Rechenschaft abgelegt. Inwieweit Trotha von den Verbandsführern und Kommandanten über die tatsächliche Lage auf den Schiffen informiert wurde, läßt sich nicht mehr nachweisen. Auf der anderen Seite deutet aber auch nichts darauf hin, daß er sich intensiv um derartige Informationen bemüht hat. Bei den engen Verhältnissen in Wilhelmshaven wird auch Trotha die Erregung unter den Mannschaften nicht entgangen sein, aber der Glaube an die Macht des Befehls und der Wille zur Tat ließen nüchternen Erwägung keinen Raum⁵⁹. Als er von gewiß unverdächtiger Seite darauf hingewiesen wurde, daß eine Revolution unvermeidlich geworden sei und ihm entsprechende Vorsichtsmaßregeln angeraten wurden, legte er diese Mitteilung mit den Worten beiseite, daß die Berichte der Frontteile ganz anders lauteten und dementsprechend nichts zu veranlassen sei⁶⁰. Die Erfahrungen von 1917 schienen aus dem Bewußtsein geschwunden zu sein. In der Befangenheit dieser Vorstellungen und Überzeugungen wird es verständlich, daß Trotha am 16. Oktober sowohl Scheer als auch Levetzow gegenüber ohne Bedenken die Flotte unter Einschluß der Mannschaften für einsatzbereit erklären konnte. Dieses Fehlurteil⁶¹ ist verantwortlich für den besonderen Verlauf des revolutionären Geschehens bis zum 9. November 1918.

Abschließend sei ein Vorgang erwähnt, der sowohl auf den Flotteneinsatz als auch auf die ausgedehnte Diskussion der Flottenrebellion während der Nachkriegszeit ein bezeichnendes Licht wirft. Am 30. Oktober unterzeichnete Hipper einen

⁵⁸ In einer Beurteilung Hippers durch Scheer vom 1. 12. 1917 bemängelte der damalige Flottenchef, daß Hipper seinem Stab zu sehr freie Hand lasse. MGFA/DZ, Marinearchiv, Fasz.: 7335, Personalakten Ritter von Hipper.

⁵⁹ In einem Tagebucheintrag Selchows vom Mai 1918 – Nachlaß Selchow, Log-Buch Nr. 37, S. 7368 – findet sich in bezug auf den „Vaterländischen Unterricht“ folgendes Urteil über Trotha: „... und Trotha, der Chef des Stabes, denkt wohl, es genüge, wenn befohlen würde. Ich fürchte, daß Pfarrer Deipser, mit dem ich mal vor einem Jahr auf der Hannover über den Chef des Stabes sprach, recht hat, wenn er meint, daß zum Befehlen immer 2 gehören, nämlich einer, der befiehlt – der ist sehr wichtig – und einer der gehorcht; der ist auch wichtig.“

⁶⁰ Nachlaß Selchow, Log-Buch Nr. 38, S. 7507, Eintragung vom 24. 10. 1918. Der Briefwechsel zwischen Selchow und Trotha liegt nicht vor. Selchow hatte sich schon im Sommer 1917 darüber Gedanken gemacht, wie einer Meuterei durch die Zusammenfassung besonders zuverlässiger Mannschaften begegnet werden könne; vgl. Nachlaß Selchow, Log-Buch Nr. 35, S. 6957 ff.

⁶¹ Scheer selbst spricht in seinem Buch „Deutschlands Hochseeflotte im Weltkrieg“, S. 462, von einem Mangel an Voraussicht im Hinblick auf den Geist der Mannschaften und fügt erklärend hinzu, daß er von keiner maßgebenden politischen Stelle irgendeinen Hinweis auf die weit fortgeschrittene Zerrüttung der inneren Verhältnisse erhalten habe. Als ob es eines ausdrücklichen Hinweises nach dem 29. September, der „Revolution von oben“, den Berichten Weizsäckers und der Kabinettsitzung vom 17. Oktober noch bedurft hätte! Das sollte gegenüber der weit ausholenden Argumentation von E. Förste, Zur Persönlichkeit von Admiral Scheer, in: Marine-Rundschau, 59 (1962), S. 17, festgehalten werden.

Aufruf an die Besatzungen, in dem jede Angriffsabsicht geleugnet und die Pflicht zur Verteidigung der bedrohten Seegrenzen in den Vordergrund gestellt wurde⁶². Die Offiziere suchten demnach nicht den Kampf gegen die feindliche Übermacht, sie ersehnten vielmehr den Frieden ebenso wie die Mannschaften. Wenn auch nicht mehr festgestellt werden kann, wer diesen Aufruf entworfen hat, so kann doch mit Sicherheit unterstellt werden, daß er mit Wissen Trothas dem Flottenchef zur Unterschrift vorgelegt wurde. Trotha war es dann auch, der mit allen Mitteln versuchte, dem Offizierkorps die Rückendeckung der Regierung zu sichern. Die SKL nahm den Gedanken auf und benutzte die Gelegenheit der Unterrichtung des Kaisers und Hindenburgs, um nun diese zu veranlassen, in dem erwähnten Sinne auf die Regierung einzuwirken⁶³. Der Wandel der Situation war ein vollkommener. Die Regierung, der man bisher mit Mißtrauen, ja Verachtung begegnet war, deren Repräsentanten, den Vizekanzler v. Payer, Levetzow noch vor wenigen Tagen⁶⁴ als einen „kleinen jämmerlichen Parteigänger ohne Sinn und Verstand für nationale Würde und Ehre“ bezeichnet hatte, sollte nun gezwungen werden, die Konsequenzen einer ihr verheimlichten, verfehlten und gescheiterten Aktion zu tragen. Die Selbstverständlichkeit, mit der dies geschah, erinnert an die Haltung Ludendorffs nach dem 29. September.

In der Situation der ersten Novembertage entsprach das Kriegskabinett dem Verlangen der Marineführung⁶⁵, verlangte aber gleichzeitig nähere Aufklärung über Ursachen und Umstände der Meuterei. An der Besprechung, die für den 6. November geplant war, sollten neben Trotha auch Levetzow und die Chiefs der Stäbe der beiden Stationskommandos teilnehmen.

Die Vorbesprechungen hierzu fanden am 3. November in Wilhelmshaven statt⁶⁶.

⁶² MGFA/DZ, Marinearchiv, Fasz.: 891, Soldatenrat Hochseekommando.

⁶³ KTB der SKL, Eintragung vom 2. 11. 1918. Die entsprechende Anlage fehlt im Anlagenband des KTB der SKL. Der Bericht über die Unterrichtung der OHL und des Kaisers findet sich jedoch in einer – allerdings nicht vollständigen – Abschrift des KTB der SKL im Nachlaß Levetzow, Box 22, Seekriegsführung, Chef des Stabes der Seekriegsleitung, G. G. Kriegstagebuch der Seekriegsleitung. Aus diesem Band sind auch die folgenden Zitate entnommen. Die Meldung an den Kaiser erfolgte am 2. 11. 1918, nachdem vorher mit Hindenburg darüber Einverständnis erzielt worden war, daß „die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Wehrmacht jetzt zunächst die wichtigste Aufgabe der Regierung sei.“ In einem Fernschreiben des Hochseekommandos vom 2. 11. 1918 an die SKL hieß es: „Regierung muß daher durch schriftlichen Erlaß unzweideutig erklären, daß Vorbedingung für Erfolg ihrer Friedenspolitik unbedingte Disziplin und daß alle Anordnungen und Maßnahmen der Kommandostellen im Sinne Auftrag der Regierung erfolgen.“

⁶⁴ Vgl. KTB der SKL, Anlagenband, Anlage XIV, datiert vom 29. 10. 1918.

⁶⁵ Vgl. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Bd. 2, S. 470, 495 (Anmerk. 34). Das undatierte Flugblatt der Reichsregierung trägt die Unterschrift des Reichskanzlers, Scheidemanns und Ritter von Manns. Abgedruckt bei Prinz von Baden, Erinnerungen und Dokumente, S. 572. Für die Kabinettsitzung vom 2. 11. 1918, in der der Staatssekretär des Reichsmarineamts über die Meuterei berichtete, vgl. A. Brecht, Aus nächster Nähe, Stuttgart 1966, S. 176 ff., insbes. S. 184f.

⁶⁶ Nachlaß Levetzow, Box 22, Seekriegsführung, Chef des Stabes der Seekriegsleitung, G. G. Kriegstagebuch der Seekriegsleitung.

Levetzow und Trotha standen vor der Notwendigkeit, Motive und Ziele des Flottenvorstoßes in eine Form zu kleiden, die der Politik des Kanzlers und des Kabinetts einigermaßen entsprach. Eine wahrheitsgemäße Berichterstattung in dieser Hinsicht barg die Gefahr eines Konfliktes mit der politischen Führung in sich, den es zu vermeiden galt, da er zur Desavouierung des Seeoffizierkorps durch Kanzler und Kabinett führen konnte. Levetzow und Trotha fanden eine Version, die in wechselnder Form in der literarischen Diskussion seither immer wieder zum Vorschein gekommen ist⁶⁷. Ausgehend von der Entscheidung des Kriegskabinetts, den unbeschränkten U-Bootkrieg als Vorleistung für den abzuschließenden Waffenstillstand einzustellen, heißt es in der Aufzeichnung, daß die Seekriegsleitung nunmehr die rein militärische Verwendung der U-Boote in größerem Maßstab durch Auslegen von U-Bootslinien außerhalb der Deutschen Bucht geplant habe. Um den Feind an diese U-Bootslinien heranzuführen, sollte die Flotte einen Ausfall in der Richtung der Hoofden machen. „Marschierte der Feind gegen die Deutsche Bucht, so mußte er diese Linien passieren, die also zur erhöhten Verteidigung der Deutschen Bucht und in Zusammenarbeit mit der Flotte zur Abwehr eines Angriffes auf die deutschen Küsten dienen.“ Die Aktion der Flotte erscheint gegenüber der Aufgabe der U-Boote völlig sekundär; allerdings wird die naheliegende Frage, warum für einen solchen rein unterstützenden Ausfall die gesamte Hochseeflotte in Aktion treten sollte, nicht beantwortet. – In dem auch in anderer Hinsicht heterogenen Gedankengang der Aufzeichnung wird das Bestreben deutlich, jegliche Angriffsabsicht der Marine überhaupt, insbesondere aber der Flotte zu leugnen und jedem Verdacht, daß bei den Überlegungen der Marineführung andere wie rein militärische Gesichtspunkte eine Rolle gespielt haben könnten, den Boden zu entziehen.

Auch ohne daß es zur Berichterstattung vor dem Reichskanzler kam, gelang es während der ersten Jahre der Weimarer Republik weitgehend, Beweggründe und Zielsetzung des Flottenvorstoßes in der erwähnten Weise zu verschleiern und damit zusätzliche Schwierigkeiten beim Aufbau der Reichsmarine zu vermeiden⁶⁸.

⁶⁷ Vgl. Anmerk. 2.

⁶⁸ In den herangezogenen Akten findet sich kein Hinweis dafür, daß die Besprechung stattgefunden hat; vgl. hierzu: Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Bd. 2, S. 491 (Anmerk. 14). Vgl. hierzu auch die Aussage des Korvettenkapitäns Gladisch über die durch ihn am 1. 11. 1918 dem Staatssekretär des Reichsmarineamts überbrachte Meldung über die Flottenmeuterei – WUA, IV. Reihe, Bd. 4, S. 341 ff. Für die Behauptung einer Meldung beim Reichskanzler hat sich kein Hinweis in den Akten gefunden. Auch in anderer Hinsicht bestehen Zweifel an der Genauigkeit der Aussage von Gladisch. Trotha hat sich nach dem 9. 11. 1918 mit großer Energie für die Interessen der Marine eingesetzt und sich dabei nicht gescheut, dem „Vorwärts“ einen Besuch abzustatten, um den Flottenvorstoß in der vereinbarten Weise zu erläutern; vgl. Der Dolchstoß-Prozeß in München, Eine Ehrenrettung des deutschen Volkes, S. 112 ff., 119 ff. Die Aktivität Trothas in den ersten Monaten nach der Revolution fand keineswegs einhellige Zustimmung innerhalb des Seeoffizierkorps. Levetzow sparte nicht mit scharfen, ätzenden Urteilen über das Verhalten Trothas in den entscheidenden Tagen nach dem 29. 10. 1918 und Scheer äußerte Trotha gegenüber: „Es wäre besser, wenn alle Verantwortlichen abgetreten wären.“ Nachlaß Levetzow, Box 4, Briefe und Schriftsachen, Bd. 10, Abschrift des Briefes vom 3. 1. 1919.

Die Meuterei der Besatzungen der Hochseeflotte richtete sich demnach gegen ein Vorhaben, das im Bewußtsein seiner Initiatoren, Trotha und Levetzow, die Ehre der Waffe, insbesondere die Ehre des Seeoffizierkorps wahren und damit der Weiterentwicklung der Waffe in der Zukunft dienen sollte. Die Erkenntnis, daß der volle Einsatz der Flotte an der verzweifelten Gesamtsituation der Nation nichts mehr zu ändern vermöge, konnte Absicht und Ziel der Unternehmung in der Vorstellung der handelnden Offiziere in keiner Weise beeinflussen. Gerade an diesem Punkte machte sich der Einfluß der neugeschaffenen SKL bemerkbar, deren ursprüngliche, allgemeine Zielsetzung der Motivation des Flotteneinsatzes entsprach und ohne deren Unterstützung, ja schließlichem Drängen die Auslösung des Unternehmens am 29. Oktober nicht denkbar gewesen wäre. Sowohl bei der Gründung der SKL als auch bei der Konzeption und Vorbereitung des Flotteneinsatzes wirkten jedoch auch Kräfte mit, die Ausdruck der seit Beginn des Krieges zunehmenden Politisierung weiterer Kreise des Seeoffizierkorps waren. Der daraus sich entwickelnde und sich vertiefende Gegensatz zur politischen Führung hat sich bei der Vorbereitung des Flottenvorstoßes zum letzten Mal zum Schaden der Gesamtheit verhängnisvoll ausgewirkt.

HELMUT METZMACHER

DEUTSCH-ENGLISCHE AUSGLEICHSBEMÜHUNGEN
IM SOMMER 1939

I.

Die deutsch-englischen Beziehungen, die im Herbst 1938 zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht so hoffnungsvoll intensiviert worden waren¹, hatten durch die Besetzung Prags am 15. März 1939 und die nachfolgenden Maßnahmen sowohl der britischen wie der deutschen Regierung² einen empfindlichen Rückschlag erlitten. In England hatte sich eine starke deutsch-feindliche Stimmung ausgebreitet, der sich auch die britische Regierung nicht ganz entziehen konnte. Die britische Öffentlichkeit drängte auf entschiedene Haltung gegenüber Deutschland und forderte, um der eigenen Sicherheit, vor allem aber um des Prinzips, der Ehre und des Ansehens willen jeder weiteren Aggression Hitlers mit Gewalt entgegenzutreten. In Deutschland ergingen sich nationalsozialistische Führung und Diplomatie, Presse und Rundfunk in Anklagen und Schimpftiraden gegen die angeblich anti-deutsche kriegerische britische „Einkreisungspolitik“.

Nach über zweimonatiger Abkehr der britischen Regierung von der Politik des Appeasement zeigte sich jedoch im Frühsommer 1939 erneut die Möglichkeit einer deutsch-englischen Verständigung. Die britische Regierung gab trotz der wiederholt ausgesprochenen Versicherung, sie werde gegen jedes gewaltsame Vorgehen von deutscher Seite alle militärischen Mittel einsetzen, wieder Zeichen der Bereitschaft zur Aufnahme deutsch-englischer Gespräche, um auf diesem Wege vielleicht doch noch zu einer Lösung der strittigen politischen Fragen zu gelangen.

Dem Wunsch der britischen Regierung nach einer friedlichen Lösung aller politischen Probleme und nach deutsch-englischen Verhandlungen gab Außenminister Halifax im Juni 1939 wiederholt Ausdruck. Am 8. Juni erklärte er, daß „jeglicher deutscher Anspruch für eine Erörterung am Runden Tisch offen“ sei.

¹ Dazu vgl. vor allem M. Gilbert/R. Gott, *Der gescheiterte Frieden*, Stuttgart 1964 (englische Originalausgabe: *The Appeasers*, Boston 1963), S. 148 ff. Wenn nicht anders angegeben, wird nach der deutschen Ausgabe zitiert.

² Am 31. März 1939 gab Chamberlain vor dem brit. Unterhaus die berühmte Garantieerklärung für Polen ab (dazu vgl. die interessanten Ausführungen von Gilbert/Gott, *Der gescheiterte Frieden*, S. 180 ff.). Es folgten weitere Beistandserklärungen Englands für Rumänien, Griechenland und die Türkei. Im April wurden die Verhandlungen mit der Sowjetunion aufgenommen. – Auf der anderen Seite baute Hitler seine Position nach Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren weiter aus. Am 22. März kam das Memelgebiet an das Reich zurück, am 23. März schloß die deutsche Regierung einen für die deutsche Kriegswirtschaft wichtigen Vertrag mit Rumänien. Am 28. April kündigte Hitler den deutsch-englischen Flottenvertrag von 1935 und den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt von 1934 und vereinbarte Nichtangriffspakte mit Dänemark, Estland und Lettland. Am 22. Mai bekräftigten Deutschland und Italien ihr Zusammengehen durch ein formelles Bündnis, den sog. „Stahlpakt“.

Großbritannien sei nur darauf bedacht, „daß die widersprechenden Ansprüche auf einer Grundlage gelöst werden, die einen dauernden Frieden sichert“. Halifax betonte nachdrücklich, der britischen Regierung liege daran, „daß diese Forderungen durch Verhandlungen und nicht durch Gewalt geregelt werden“³. Und am 29. Juni führte der britische Außenminister vor dem Chatham House aus, daß man – wenn „alle wirklich friedliche Lösungen“ wünschten – „die Probleme besprechen“ könnte, „die heute der Welt Angst bereiten“. In einer derartigen „neuen Atmosphäre“ könnte man „das Kolonialproblem, die Fragen der Rohstoffe, der Handelschranken, das Problem des Lebensraumes, die Beschränkung der Rüstungen“ und alle anderen, das Leben „aller europäischen Bürger“ berührenden Probleme „untersuchen“⁴.

Die Verhandlungsbereitschaft Londons gegenüber Berlin brachte auch der britische Botschafter Henderson in einem Gespräch mit Staatssekretär Weizsäcker am 13. Juni zum Ausdruck. Henderson legte die Auffassung seiner Regierung dar, „daß man dem heutigen Spannungszustand im Wege der Aussprache ein Ende machen könne und müsse. Inhalt eines Gesprächs London–Berlin könne sein, den Rüstungswettlauf zu stoppen und den Wirtschaftsaustausch zu beleben. Auch über die Kolonialfrage könne gesprochen werden“⁵.

Die Bereitschaft der britischen Regierung zu Verhandlungen mit Deutschland resultierte vor allem aus der während des Ringens um eine Allianz mit der Sowjetunion sich ständig vertiefenden Befürchtung, „aus der ersehnten ‚Friedensfront‘ in ein verabscheutes Kriegsbündnis hineinzugeraten“⁶. Die Sowjets wünschten einen Vertrag, der die Westmächte durch eine im russischen Sinne verstandene Interpretation des Begriffs „Aggression“ und den gleichzeitigen Abschluß eines politischen und militärischen Abkommens zwang, der Sowjetunion unter allen Umständen militärischen Beistand zu leisten⁷. London wollte jedoch die eigene Entscheidungsfreiheit nicht weiter einengen und in der Frage Krieg oder Frieden nach Polen nicht noch von der Sowjetunion abhängig werden. Die britische Regierung sah zudem mit wachsender Besorgnis, daß sie durch eine Blockbildung, die von deutscher Seite immer wieder als kriegerisch und als Mittel zur Einkreisung

³ Blaubuch der Britischen Regierung über die deutsch-polnischen Beziehungen und den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Großbritannien und Deutschland am 5. September 1939, Basel 1939 (im folgenden zit.: Brit. Blaubuch), Nr. 23.

⁴ Brit. Blaubuch, Nr. 25. Damit ist schon die Thematik der geheimen inoffiziellen deutsch-englischen Gespräche vom Juni/Juli/August 1939 angesprochen, auf die wir im einzelnen noch zu sprechen kommen. Halifax' Worte wiesen deutlich auf den Inhalt und den Gesamtton der Wilson-Hudson-Wohlthat-Dirksen-Gespräche hin.

⁵ Aufzeichnung Weizsäckers vom 13. 6. 1939, Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D (1937–1945), (im folgenden zit.: ADAP D), Bd. VI, Nr. 521.

⁶ H. Krausnick, *Legenden um Hitlers Außenpolitik*, in dieser Zeitschrift 2 (1954), S. 229.

⁷ Zur Stellung der brit. Regierung gegenüber der weitreichenden sowjetrussischen Interpretation des Begriffs „Aggression“ vgl. Telegramm v. Dirksens an das Auswärtige Amt vom 17. 7. 1939, ADAP D, VI, Nr. 521. Vgl. auch den Bericht Strangs an O. Sargent vom 20. 7. 1939, *Documents on British Foreign Policy 1919–1939, Third Series (1934–1939)*, (im folgenden zit.: DBFP III), Volume 6, Nr. 376.

Deutschlands bezeichnet wurde, Gefahr lief, die letzten Möglichkeiten einer konstruktiven Friedenspolitik einzubüßen. Sie war daher bereit, einem Deutschland, das wirklich den Willen hatte, Verhandlungen zu führen, in weitem Maße entgegenzukommen.

II.

In Deutschland wollten – neben politischen und militärischen Kräften – vor allem Kreise der Wirtschaft und Industrie die erneute Verhandlungsbereitschaft der britischen Regierung nutzen. Sie hielten im Interesse einer Verbesserung der schwierigen wirtschaftlichen Lage des Reiches⁸ eine stärkere deutsch-englische Zusammenarbeit in wirtschaftlicher Hinsicht für notwendig und wünschenswert, sie verfolgten aber auch „die Entwicklung der großen Politik mit Sorge“ und sahen in einem Ausgleich mit England die Möglichkeit, eine drohende kriegerische Auseinandersetzung mit Polen zu vermeiden⁹. Diese Kreise, zu denen führende Kräfte des deutschen Wirtschaftslebens gehört haben, wie der ehemalige Reichswirtschaftsminister und Präsident der Deutschen Reichsbank, H. Schacht, der Reichswirtschaftsminister W. Funk, der Ministerialdirektor z. b. V. im Amt für den Vierjahresplan, H. Wohlthat, und eine Anzahl namentlich nicht bekannter Großindustrieller und Geschäftsleute¹⁰, waren deswegen bemüht, die im Oktober 1938 begonnenen und im März 1939 abgebrochenen deutsch-englischen Wirtschaftsverhandlungen wiederaufzunehmen, um auf diesem Wege möglicherweise zu einer Verständigung, ja vielleicht zu einem vollständigen Ausgleich mit England zu gelangen.

An der Spitze dieser auf dem Wege über Wirtschaftsfragen und -gespräche um einen politischen Ausgleich mit England bemühten Kreise stand der Ministerialdirektor z. b. V. im Amt für den Vierjahresplan, Helmuth Wohlthat, der im Juni und Juli 1939 jene Gespräche mit britischen Regierungsvertretern geführt hat, deren Bedeutung teils unterschätzt, teils überschätzt wurde, die trotz der jüngsten Untersuchung der beiden englischen Historiker M. Gilbert und R. Gott¹¹ noch nicht erschöpfend behandelt worden sind, vor allem hinsichtlich der Überlegungen und Initiative der beteiligten Personen auf deutscher Seite, die auch bezüglich ihrer widersprüchlichen Aktenaussagen (die Gespräche haben in den deutschen und britischen Akten einen sich teilweise widersprechenden Niederschlag gefunden) bisher noch nicht auf Grund aller zur Verfügung stehenden Hilfsmittel bis ins letzte geklärt wurden¹².

⁸ Zur wirtschaftl. Lage des Reiches vgl. Gilbert/Gott, S. 148 f.

⁹ Aufzeichnung Wohlthats vom September 1962 zu Fragen, die Vf. Wohlthat gestellt hat (im folgenden zit.: Wohlthat-Aufzeichnung).

¹⁰ Vgl. Bericht Ashton-Gwatkins vom 7. 6. 1939, DBFP III, 5, Nr. 741.

¹¹ A. a. O. (Anm. 1), S. 170 ff.

¹² Nachdem Gilbert und Gott den Hauptgesprächspartner Wohlthats, Sir Horace Wilson, befragt und besonders den Standpunkt der englischen Seite dargestellt haben, will der Vf. durch mündliche und schriftliche Befragung Wohlthats, des Hauptgesprächspartners der Engländer auf deutscher Seite, vor allem auch ein Bild des deutschen Standpunktes und der

Wohlthat, seit 1954 Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium und Leiter der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung¹³, seit 1959 Ministerialdirektor z. b. V. im Amt für den Vierjahresplan unter Göring, war am Ausbau der deutschen Wirtschaftsverträge vor 1939 führend beteiligt gewesen: an den ersten grundlegenden Verträgen und Abkommen über den Zahlungsverkehr 1934/35 mit westeuropäischen Ländern, „die für die Handels- und Zahlungsbilanz ausschlaggebend waren“, ferner mit der Schweiz „als schwierigstem Gläubigerland“ und mit Rumänien als Lieferant von Getreide und Mineralöl (Vertrag vom 23. März 1939)¹⁴. Er hatte bei allen Wirtschaftsverhandlungen eine „überlegene Verhandlungskunst, . . . wirtschaftlichen Weitblick und . . . ungewöhnliche Energie“¹⁵ bewiesen.

Wohlthat besaß ausgezeichnete Beziehungen zu führenden britischen Finanz- und Wirtschaftskreisen, die zum Teil noch aus der Zeit vor 1933 stammten, in der er als internationaler Kaufmann in Ölen und Fetten viel in der Londoner City verkehrte¹⁶. Seit 1934 stand er in enger Verbindung mit Sir Horace Wilson, dem engsten Vertrauten Chamberlains in allen Fragen der Politik, Wirtschaft und Finanzen¹⁷, mit Ashton-Gwatkin, dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im Foreign Office, und mit Drummond-Wolff, einem Experten für Wirtschaftsfragen in der Konservativen Partei. Wohlthat weilte seit 1934 häufig zu Wirtschaftsgesprächen in London, wo er zum Teil wichtige wirtschaftliche und finanzpolitische Abmachungen mit der britischen Regierung getroffen hatte, so vor allem das freie Zahlungsabkommen zwischen London und Berlin, das ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu einem stärkeren deutsch-britischen Handelsaustausch war¹⁸.

III.

Am 6. Juni 1939 traf Wohlthat erneut zu Verhandlungen über Finanz- und Wirtschaftsfragen in London ein¹⁹.

Bemühungen geben, die von den deutschen Gesprächspartnern unternommen wurden, um offizielle deutsch-englische Verhandlungen in Gang zu bringen. Die Befragung erlaubt dem Vf., einige Unklarheiten, die vor allem durch das widersprüchliche deutsche und britische Aktenmaterial entstanden waren, zu beseitigen.

¹³ Vf. hatte am 21. 1. 1962 ein Gespräch mit Wohlthat, von dem er ein Protokoll anfertigte, das von Wohlthat durch beigefügte Anmerkungen (im folgenden in Anführungszeichen) berichtigt und somit bestätigt wurde (im folgenden zit.: Wohlthat-Protokoll).

¹⁴ Wohlthat-Protokoll.

¹⁵ H. W. Aust, Wirtschaftsraum Europa, in: Der deutsche Volkswirt, 51. 3. 1939.

¹⁶ Wohlthat-Protokoll. Nach seinem Abschied als aktiver Offizier nach dem Ersten Weltkrieg kam Wohlthat 1920 zum ersten Mal in die Londoner City.

¹⁷ Über Wilsons Einfluß und seine Stellung vgl. besonders Gilbert/Gott, S. 43 ff.

¹⁸ Wohlthat-Aufzeichnung.

¹⁹ ADAP D, VI, S. 542. Trotz der politischen Spannungen zwischen beiden Ländern seit Prag war es nicht ungewöhnlich, daß ein deutscher Wirtschaftsfachmann zu Verhandlungen nach London kam. Schon im April 1939 war Wohlthat auf Einladung der britischen Regierung in London gewesen, „um über die Finanzierung der Auswanderung von politisch, religiös und rassisch Verfolgten“ Besprechungen zu führen (Wohlthat-Aufzeichnung). Die deutsch-englischen Wirtschaftsgespräche, im März 1939 infolge der Prager Ereignisse abgebrochen, waren nach zweimonatiger Pause wieder aktiviert worden (vgl. Gilbert/Gott, S. 165). Im

Wenn Wohlthat in London war, suchte er gewöhnlich Wilson, auch Ashton-Gwatkin und andere ihm bekannte Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik auf, um mit ihnen die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage, im besonderen die deutsch-britischen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu erörtern. Ausgangspunkt der Gespräche waren jedesmal „wirtschafts- und finanzpolitische Fragen“²⁰. Wohlthat hatte stets Zutritt zu Sir Horace Wilson, mit dem ihn seit 1934 „ein geradezu freundschaftliches Verhältnis“ verband²¹. Auch bei seinem Londoner Besuch im April 1939 hatte Wohlthat mit Wilson gesprochen²². Wohlthat suchte auch Ashton-Gwatkin, mit dem er ebenfalls „näher bekannt“ war²³, häufiger auf²⁴.

Offiziell führte Wohlthat nun die im April begonnenen Verhandlungen über das Problem der jüdischen Auswanderung weiter und nahm an Besprechungen des Intergovernmental Committee teil²⁵. Er verhandelte auch in der Frage des Goldbestandes der Tschechischen Nationalbank²⁶. Weiter führte er angeblich auf Veranlassung Görings, Ribbentrops und Funks Besprechungen mit dem amerikanischen Botschafter Joseph Kennedy²⁷. Daneben war es Wohlthat ohne weiteres möglich, wie gewohnt Gespräche mit den ihm bekannten englischen Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik zu führen, so vor allem mit Sir Horace Wilson und Ashton-Gwatkin.

Es entspricht nicht den Tatsachen, wenn angenommen wurde²⁸, Göring sei bei seinem Bemühen um eine Verständigung mit England so weit gegangen, daß er den zu seinem engsten Mitarbeiterstab gehörenden Helmuth Wohlthat zweimal, im Juni und Juli 1939, sozusagen in geheimer Mission nach London entsandt habe, damit er in Gesprächen mit britischen Regierungsstellen die deutschen wirtschaftlichen und politischen Vorstellungen ausführlich darlege und die englische Verhandlungsbereitschaft sondiere²⁹.

Mai 1939 war Drummond-Wolff zu Wirtschaftsgesprächen nach Berlin gekommen, wo er auch mit Wohlthat gesprochen und wo bereits die Frage einer Devisenanleihe an Deutschland und die Kolonialfrage erörtert worden waren (vgl. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrates Rüter vom 14. 5. 1939, ADAP D, VI, Nr. 580; vgl. auch Bericht Selzams an Wiehl vom 11. 5. 1939, ebenda, Nr. 568. Dazu vgl. Gilbert/Gott, S. 170f.).

²⁰ Wohlthat-Aufzeichnung.

²¹ Wohlthat-Protokoll.

²² Wohlthat-Aufzeichnung.

²³ Ebenda.

²⁴ Wohlthat-Protokoll.

²⁵ ADAP D, VI, S. 542.

²⁶ Wohlthat-Aufzeichnung. Zur Frage des Goldbestandes der Tschechischen Nationalbank vgl. Gilbert/Gott, S. 166 ff.

²⁷ Wohlthat-Aufzeichnung.

²⁸ M. Braubach, *Hitlers Weg zur Verständigung mit Rußland*, Bonn 1960, Anmerk. 101, S. 47; F. Hesse, *Das Spiel um Deutschland*, Stuttgart 1953, S. 168 f.; L. B. Namier, *Europe in decay, A study in disintegration 1936-1940*, London 1950, S. 222.

²⁹ Hesse, *Spiel um Deutschland*, S. 171, bezeichnet Wohlthat als „Beauftragten Görings“, als „deutschen Unterhändler“. Er meint, Wohlthat sei für die Rolle eines Unterhändlers „unso geeigneter“ gewesen, „als es allgemein bekannt war, daß er dem Nationalsozialismus

Die Gespräche, die über den Rahmen der offiziellen Aufträge hinausgingen, führte Wohlthat aus eigenem Antrieb³⁰. Seine politischen Gespräche im April, Juni und Juli 1939 mit Ashton-Gwatkin, Wilson und Hudson entwickelten sich „aus persönlichen Kontakten neben den offiziellen Verhandlungen über Wirtschaftsabkommen und Abkommen über den Zahlungsverkehr“³¹. Wohlthat unterrichtete aber seinen Chef vor der Abreise im Juni und Juli von seiner Absicht, mit Vertretern der britischen Regierung Gespräche führen zu wollen. Göring gab ihm „freie Hand“³², verlangte aber von ihm, seine Gespräche streng vertraulich zu führen, nicht als offizieller Vertreter der deutschen Regierung, sondern als Privatmann zu sprechen. Man müsse auf die Empfindlichkeit Ribbentrops Rücksicht nehmen und jeden Konflikt mit dem Außenminister vermeiden. Er, Göring, habe nichts dagegen einzuwenden, wenn Wohlthat sich bemühe, in privaten Gesprächen auf eigenes Risiko festzustellen, ob ein Verhandlungsprogramm aufgestellt werden könne, das beide Regierungen interessiere³³.

Wahrscheinlich hatte Wohlthat schon am 6. Juni 1939³⁴ eine Unterredung mit Sir Horace Wilson, dem Staatssekretär des britischen Schatzamtes und Chef des „Civil Service“, an der auch Joseph Ball, der Direktor der Forschungsabteilung der Konservativen Partei, und Drummond-Wolff teilnahmen³⁵.

Das Gespräch fand in der Residenz des Duke of Westminster statt, der selbst nicht anwesend war³⁶. Über seinen Inhalt liegen uns weder von deutscher noch von britischer Seite unmittelbare Berichte oder Aufzeichnungen vor. Wir müssen für die Rekonstruktion der Unterredung Andeutungen und Hinweise in Wilsons, Wohlthats und Dirksens Berichten und Aufzeichnungen über die Juli-Gespräche verwenden.

Aus Wilsons Bericht vom 18. Juli 1939³⁷ können wir folgern, daß in der Unterhaltung grundsätzliche Fragen der deutschen und britischen Politik erörtert wurden.

völlig ablehnend gegenüberstand und aus seiner Kritik der meisten führenden Männer der NSDAP kein Hehl machte. Er ließ allein Göring gelten, allerdings mit der Einschränkung, daß er sich der Grenzen Görings dabei durchaus bewußt blieb“ (S. 168f.). – Auch Namier, *Europe in decay*, S. 222 spricht von Wohlthat als „emissary of Göring“.

³⁰ Wohlthat-Protokoll.

³¹ Wohlthat-Aufzeichnung.

³² Ebenda.

³³ Wohlthat-Protokoll.

³⁴ Wohlthat selbst besitzt keine Aufzeichnungen mehr über seine Gespräche im Juni mit Wilson und Ashton-Gwatkin. Das einzige, was er an schriftlichem Material über den Krieg hinaus gerettet hat, ist eine Fotokopie des „Vermerks“ vom 24. 7. 1939 über seine Gespräche mit Wilson und Hudson. Wohlthat kann deshalb auch nicht mit Sicherheit sagen, ob das Gespräch mit Wilson am 6. Juni stattgefunden hat. Er habe mehr Gespräche geführt, als aus den Akten bekannt sei, so daß er sich an das genaue Datum nicht zu erinnern vermag. Wohlthats Aufzeichnungen verbrannten 1943 in seiner Wohnung in Berlin. Als er 1947 aus der Internierung in Japan zurückkehrte, erfuhr er, daß der Inhalt seines Safes im Preußenhaus „verbrannt oder verkohlt“ war (Wohlthat-Aufzeichnung).

³⁵ Wohlthat-Protokoll. Vgl. auch Gilbert/Gott, S. 174.

³⁶ DBFP III, 6, Nr. 354; ADAP D, VI, Nr. 716; Gilbert/Gott, S. 174; Wohlthat-Protokoll.

³⁷ DBFP III, 6, Nr. 354.

Wilson wird vor allem dargelegt haben, daß England zur Politik der „aktiven Abwehr“, zu Verhandlungen mit der Sowjetunion gezwungen worden sei, und daß die britische Haltung eine Reaktion auf die „friedenstörende“ und expansive deutsche Politik sei³⁸. Es ist wohl wieder darüber gesprochen worden, wie man zu einer Entspannung in den deutsch-englischen Beziehungen gelangen, wie man offizielle deutsch-englische Verhandlungen erreichen könne, welche Fragen als Themen zukünftiger Verhandlungen ins Auge gefaßt werden könnten³⁹.

Am 7. Juni hatte Wohlthat, im Beisein von Legationsrat Dr. Weber von der deutschen Botschaft, eine Unterredung mit dem Leiter der Handelsabteilung im Foreign Office, Ashton-Gwatkin⁴⁰. Ashton-Gwatkin und Wohlthat „benutzten jede Gelegenheit zu mündlichen Aussprachen“ über ihre „Arbeitsgebiete“. Im Sommer 1939 kam es Wohlthat darauf an, in seinen Gesprächen mit Ashton-Gwatkin festzustellen, „inwieweit er einen Ausgleich mit Deutschland für möglich hielt“. Denn „eine konstruktive Politik für eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und England wäre gegen den Widerstand der Handelspolitiker im Foreign Office nicht möglich gewesen“. Ashton-Gwatkin gehörte zu den „hohen Beamten in London“, die Wohlthats Pläne unterstützten⁴¹.

Ashton-Gwatkin, an sich „ein strammer Befürworter einer wirtschaftlichen Befriedungspolitik“, der jedoch inzwischen eingesehen hatte, „daß der Nazismus über die Grenzen der Vernunft hinausgegangen war“⁴², wies in dem Gespräch vor allem darauf hin, Deutschland dürfe sich keinem Zweifel darüber hingeben, daß England bei einem Angriff auf Polen treu zu seinen Verpflichtungen stehen werde. Die Kriegsgefahr bestehe im Grunde darin, daß die deutsche Führung an der Entschlossenheit und dem Willen Englands zweifle, die übernommenen Verpflichtungen einzuhalten und keinen weiteren deutschen Machtzuwachs zu dulden⁴³.

Wohlthat entwickelte den Plan einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und England, der die Anerkennung deutscher Interessensphären in

³⁸ In Wilsons Bericht vom 18. Juli heißt es: „Wohlthat erinnerte sich an das Gespräch im Juni, besonders daran, daß Englands Haltung seinen Grund in den friedensstörenden Absichten Deutschlands gegenüber seinen Nachbarn habe. Wohlthat erinnerte sich an das Beispiel, wo im Juni-Gespräch Deutschland von mir als Ruhestörer hingestellt worden war.“ (DBFP III, 6, Nr. 354).

³⁹ Man ist sich wohl schon über einige prinzipielle Punkte einig geworden; denn Wilson erkundigte sich in dem Gespräch im Juli sofort sehr interessiert, ob der Rahmen, den man sich im Juni hinsichtlich möglicher deutsch-englischer Verhandlungen gesteckt habe, weiter ausgefüllt worden sei, was aus dem Bericht geworden sei, den Wohlthat nach der Unterredung vom 6. Juni für Göring abgefaßt hatte (DBFP III, 6, Nr. 354). Der Bericht muß wohl schon Wichtiges enthalten haben.

⁴⁰ Über dieses Gespräch besitzen wir lediglich eine Aufzeichnung Ashton-Gwatkins (DBFP III, 5, Nr. 741).

⁴¹ Wohlthat-Aufzeichnung.

⁴² Gilbert/Gott, S. 173.

⁴³ DBFP III, 5, Nr. 741.

Südost- und Osteuropa durch Großbritannien zur Voraussetzung hatte⁴⁴. Wohlthat betonte, daß seine Überlegungen von einflußreichen deutschen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kreisen unterstützt würden⁴⁵. Es wäre nützlich, durch offizielle, maßgebende Vertreter beider Länder die besprochenen wirtschaftspolitischen Gedanken unauffällig weiterzuentwickeln und auf ihre Möglichkeiten hin zu überprüfen⁴⁶.

Ashton-Gwatkin hielt Wohlthats Gedanken für sehr interessant und in einer friedlichen Atmosphäre durchaus für erwägenswert. Jedoch konnte seiner Meinung nach über wirtschaftliche Fragen erst mit Aussicht auf Erfolg verhandelt werden, wenn eine Regelung der politischen Fragen erzielt war. Die augenblickliche Situation sei aber nahezu ausweglos, man befinde sich in einem großen Dilemma von Mißverständnissen. England könne keine wirtschaftlichen Abmachungen mit einem Deutschland treffen, das seine Rüstungen unaufhaltsam vorantreibe. Ashton-Gwatkin meinte, das beste Friedenszeichen sei, wenn Hitler sein Kabinett umbilde und einige Männer aus seiner nächsten Umgebung entferne⁴⁷.

Beide Seiten waren sich darüber einig, daß man in einer durch Verhandlungen gewonnenen friedlichen Atmosphäre an die Regelung aller strittigen Fragen gehen und ein allgemeines Abkommen ins Auge fassen könne⁴⁸.

Am 8. Juni 1939 flog Wohlthat nach Berlin zurück. Er konnte Göring von seinen Unterredungen in London berichten. Der größeren Eindringlichkeit wegen fertigte er einen schriftlichen Bericht an, den er Göring zur weiteren Verwendung überreichte. Wohlthat reiste darauf zu Wirtschaftsbesprechungen nach Spanien. Als er vier Wochen später nach Berlin zurückkehrte, war Göring nicht zu erreichen. Wohlthat wußte nicht, welchen Weg sein Bericht inzwischen genommen hatte. Er vermutete, daß Göring ihm Hitler vorgelegt habe, wobei er annahm, Ribbentrop sei übergangen worden⁴⁹.

Am 17. Juli 1939 reiste Wohlthat erneut nach London, wo er als Leiter der deutschen Delegation an der seit 1936 alljährlich stattfindenden internationalen Walfang-Konferenz im britischen Ministerium für Landwirtschaft und Fischereiwesen teilnahm⁵⁰. Er unterzeichnete ein Walfangabkommen, führte Besprechungen über Flüchtlingsfragen und das Problem der jüdischen Auswanderung und hatte weiter ein Gespräch mit Sigismund Waley, Unterstaatssekretär im Schatzamt, über die Frage des Tschechen-Goldes und die de facto-Anerkennung des Protektorats

⁴⁴ Vgl. dazu DBFP III, 5, Nr. 741; Gilbert/Gott, S. 172f.

⁴⁵ Wohlthat erklärte: „Sicher vom Minister für Wirtschaft und vom Präsidenten der Deutschen Reichsbank, möglicherweise von Feldmarschall Göring, möglicherweise von der Armee und sicher von deutschen Industriellen und Geschäftsleuten“ (DBFP III, 5, Nr. 741).

⁴⁶ DBFP III, 5, Nr. 741.

⁴⁷ Ebenda. Ashton-Gwatkin meinte damit wohl vor allem Ribbentrop.

⁴⁸ DBFP III, 5, Nr. 741.

⁴⁹ Vgl. Bericht Wilsons vom 18. 7. 1939, DBFP III, 6, Nr. 354.

⁵⁰ Wohlthat war seit 1936 Leiter der deutschen Delegation für die Verhandlungen zum Abschluß internationaler Walfangabkommen.

Böhmen und Mähren durch die britische Regierung sowie über die Erteilung des Exequatur für den britischen Generalkonsul in Prag⁵¹.

Daneben setzte Wohlthat seine Privat-Gespräche vom Juni fort. Am 18. Juli hatte Wohlthat eine Unterredung mit Sir Horace Wilson, die von 15.15–16.30 Uhr dauerte⁵².

Auf Grund von drei vorliegenden Dokumenten: Wilsons Bericht über seine Unterredung mit Wohlthat vom 18. Juli 1939⁵³, Wohlthats „Vermerk“ über seine Gespräche mit Wilson und Hudson vom 24. Juli 1939⁵⁴ und Dirksens Aufzeichnung über Wohlthats Unterredungen mit Wilson und Hudson vom 21. Juli 1939⁵⁵, können wir uns ein ungefähres Bild von Verlauf und Inhalt der Unterredung Wohlthats mit Wilson machen, wobei Wohlthats „Vermerk“ als Hauptquelle anzusehen ist.

Zunächst ging das Gespräch um die deutsch-britischen Beziehungen im allgemeinen, um grundsätzliche Fragen der deutschen und britischen Politik. Wohlthat wies auf die Verschlechterung der deutsch-britischen Beziehungen in den letzten Monaten und Wochen hin. Er nannte zwei Gründe für die anti-britische Stimmung in Deutschland: 1. die durch die Verhandlungen mit Moskau äußerst intensiv betriebene „Einkreisungspolitik“, wodurch „die Beurteilung der Lage in Berlin ausschlaggebend beeinflusst“ werde; die von Premierminister Chamberlain und Außenminister Lord Halifax erklärte „Bereitschaft zur Aussprache“ werde dadurch unglaubwürdig⁵⁶. 2. die Erklärungen Chamberlains⁵⁷ und Halifax'⁵⁸, in denen der „Status von Danzig als gerecht“ bezeichnet und das Prinzip der „Balance of Power“ wieder „als Grundlage der englischen Außenpolitik“ erklärt worden seien. Berlin habe beide Erklärungen mit großem Mißfallen aufgenommen⁵⁹.

Wilson war überrascht über die deutsche Reaktion auf Chamberlains und Halifax' Reden. Gerade die Rede des Außenministers vor dem Chatham House habe die britische Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zur friedlichen Lösung aller bestehenden Probleme zum Ausdruck bringen sollen⁶⁰. Der Grund für die schlechten Beziehungen zwischen Berlin und London sei allein in der den Frieden bedrohenden Politik der deutschen Regierung zu suchen. Englands Haltung sei nur eine Reaktion

⁵¹ Vgl. Telegramm des deutschen Botschafters an das AA vom 22. 7. 1939, ADAP D, VI, Nr. 698; „Vermerk“ Wohlthats vom 24. 7. 1939, ebenda, Nr. 716; Telegramm Wohlthats an das AA vom 18. 7. 1939, Polit. Archiv 8375/E 591089.

⁵² Vgl. „Vermerk“ Wohlthats vom 24. 7. 1939, ADAP D, VI, Nr. 716.

⁵³ DBFP III, 6, Nr. 354.

⁵⁴ ADAP D, VI, Nr. 716.

⁵⁵ Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, hrsg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR. Bd. 2: Das Archiv Dirksens (1938–1939), Moskau 1949 (im folgenden zit.: Archiv Dirksens 2), Nr. 15.

⁵⁶ ADAP D, VI, Nr. 716.

⁵⁷ Erklärung des Premiers im Unterhaus vom 10. 7. 1939, Brit. Blaubuch, Nr. 35.

⁵⁸ Rede des Außenministers vor dem Chatham House vom 29. 6. 1939, ebenda, Nr. 25.

⁵⁹ ADAP D, VI, Nr. 716.

⁶⁰ Ebenda.

auf die expansiven Bestrebungen Hitlers⁶¹. Man müsse die britischen Garantien und Verpflichtungen als „einen Prozeß der Stärkung der englischen Stellung (process of firming the English position)“ ansehen. Dieser Prozeß könne nun als beendet betrachtet werden⁶².

Wilson sprach zu Wohlthat ganz persönlich, „wie zu einem befreundeten Kollegen“⁶³. Wohlthat sei doch auch, ebenso wie er, sehr stark daran interessiert, daß es wegen Danzig nicht zu einer „neuen grundsätzlichen Auseinandersetzung“ zwischen Deutschland und England komme, daß die Welt nicht in einen Krieg hineingezogen werde, der „die heute bestehende Zivilisation einer Krise größten Ausmaßes“ aussetzen würde. Das Gewissen lege die Verpflichtung auf, alles Menschenmögliche zu tun, um „durch sorgfältige Informationen und praktische Ratschläge“ die deutsche und britische Regierung zu veranlassen, alle Probleme auf friedlichem Wege zu lösen⁶⁴.

Wilson ging dann auf den Bericht ein, den Wohlthat über ihr Gespräch im Juni verfaßt und Göring vorgelegt hatte und über dessen Inhalt er Wilson nun in Kenntnis setzte. Wilson äußerte den Gedanken, daß ein Vertreter der britischen Regierung Hitler besuchen und mit ihm über politische, wirtschaftliche und militärische Fragen sprechen solle⁶⁵. Er fragte Wohlthat, warum er den im Juni mit ihm vereinbarten „Rahmen“ deutsch-englischer Gespräche nicht durch eine Anzahl von Verhandlungspunkten „aufgefüllt“ habe, die Gespräche für beide Länder annehmbar machten. Wohlthat wies auf Hitlers Rede vom 28. April hin, die alle wesentlichen Gesichtspunkte enthalte. Wilson nannte die Rede „zu phrasenhaft und verschwommen“. Die Gedanken müßten einfach, klar und deutlich zum Ausdruck gebracht werden. Er wolle ihn, Wohlthat, aber nicht drängen. Wilson stellte fest, daß die Initiative zu Verhandlungen von deutscher Seite ausgehen müsse⁶⁶. Doch solle man auf deutscher Seite wissen, daß England trotz der eingegangenen Verpflichtungen und der Verhandlungen mit Moskau eine Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit Deutschland sehe und suche. Aber erst müßten einmal die Bedingungen genannt werden, die Verhandlungen ermöglichen⁶⁷.

Soweit stimmen im wesentlichen Wilsons Bericht und Wohlthats „Vermerk“ überein⁶⁸.

⁶¹ DBFP III, 6, Nr. 354.

⁶² ADAP D, VI, Nr. 716.

⁶³ Ebenda. Nach Aussage Wohlthats (Wohlthat-Protokoll) ist das Gespräch keineswegs so förmlich verlaufen, wie es auf Grund der Akten erscheint. Auch Wilson erklärt (Gilbert/Gott, *The Appeasers*, S. 226, Anm.; in der dt. Übersetzung ist diese Anm. nicht enthalten), daß das Gespräch weniger förmlich gewesen sei, als es in Wohlthats Bericht erscheint.

⁶⁴ ADAP D, VI, Nr. 716.

⁶⁵ DBFP III, 6, Nr. 354.

⁶⁶ Entgegen der Aussage Wohlthats und Dirksens in den deutschen Akten erklärt hier Wilson nach den brit. Akten: England sei nicht so sehr an Verhandlungen interessiert, um die Initiative zu ergreifen (DBFP III, 6, Nr. 354).

⁶⁷ Ebenda.

⁶⁸ Allerdings erklärt Wohlthat im Gegensatz zu Wilson in seinem „Vermerk“, daß Wilson

Dirksens Aufzeichnungen und Berichten zufolge unterbreitete Wilson seinem deutschen Gesprächspartner im weiteren Verlauf des Gesprächs ein großzügiges und weitreichendes Verhandlungsangebot, das in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht die Grundzüge eines großen deutsch-englischen Abkommens enthielt. Auch Wohlthats „Vermerk“ läßt, wenigstens zum Teil, diesen Eindruck entstehen. Wilson sagt in seinem Bericht kein Wort von einem derartigen Angebot.

Wohlthats Aussagen gegenüber dem Verfasser geben uns nun Klarheit darüber, wie sein „Vermerk“ zu interpretieren ist, wie das Verhandlungsangebot zustandekam und wie die Unterredung weiter verlief.

Auf Grund der in Frage kommenden Akten und der Aussagen Wohlthats ergibt sich folgendes Bild über den weiteren Verlauf und Inhalt des Gesprächs: Wilson und Wohlthat sprachen über ein mögliches Verhandlungsprogramm und die Punkte, die dieses enthalten könnte. Sie erörterten dabei Gedanken und Vorstellungen von der Art, wie sie später in Wohlthats „Vermerk“ vom 24. Juli als „Programm einer deutsch-englischen Zusammenarbeit“ dargelegt wurden. Wilson gab Wohlthat die Kopie einer Rede von Halifax, die dieser einige Tage vorher gehalten hatte und die anscheinend zahlreiche Anregungen für deutsch-englische Gespräche enthielt⁶⁹. Beide Gesprächspartner waren sich schließlich darüber einig, „daß ein Programm diejenigen Punkte enthalten könnte“, die nach Wohlthats Meinung „für die deutsche Politik interessant sein würden“⁷⁰.

Wilson erklärte, daß „in jeder Weise“ in deutsch-englischen Erklärungen und Abkommen „der Wille zur Zusammenarbeit“ zum Ausdruck kommen sollte. Bei zukünftigen Besprechungen und Verhandlungen, die durch „die höchstgestellten Persönlichkeiten“ beider Länder geführt werden sollten, müßten zunächst einmal Abkommen über „die Grundzüge einer gemeinsamen deutsch-englischen Politik“ erzielt werden, die dann in Einzelverträgen auf Grund einer ständigen weiteren Zusammenarbeit weiter auszubauen seien. Sir Horace meinte, vielleicht sei er „zu

ihn „um eine Aufstellung der Punkte“ in einer „den Engländern verständlichen Form und Sprache“ gebeten habe, die „nach Auffassung des Führers zwischen beiden Regierungen zu besprechen wären“ (ADAP D, VI, Nr. 716).

⁶⁹ Gilbert/Gott, *The Appeasers*, S. 226, Anm. In der Rede Halifax' und in verschiedenen früheren Reden Chamberlains fand Wilson die Anregungen und Hinweise zu allen Punkten, die er mit Wohlthat erörterte (Ebenda). – Das in Wohlthats „Vermerk“ erwähnte Memorandum, das Wilson angeblich für die Unterredung vorbereitet hatte, das mit den Worten: „in the assumption of“ begonnen haben soll und das angeblich eine „offensichtlich“ von Chamberlain gebilligte Ausarbeitung über die Punkte enthielt, die „zwischen der Deutschen und Englischen Regierung behandelt werden müßten“ und die Wilson für eine zukünftige Verhandlung „auf Grund der Führerrede vom 28. April aufgestellt“ hatte, hat es anscheinend gar nicht gegeben. Wilson kann sich nicht erinnern, Wohlthat ein Memorandum gegeben zu haben (Gilbert/Gott, *The Appeasers*, S. 226, Anm.), und auch Wohlthat erklärt, das Memorandum Wilsons „nicht gelesen“ zu haben, wenn er auch noch zu der Aussage seines „Vermerks“ steht, daß Wilson auf Grund der Führerrede vom 28. April 1939 verschiedene Punkte für Verhandlungen aufgestellt habe, die erörtert worden seien, die jedoch nicht mit den Punkten seines Verhandlungsprogramms übereinstimmten (Wohlthat-Protokoll).

⁷⁰ Wohlthat-Protokoll.

optimistisch“. Die von ihm für möglich gehaltene Lösung der politischen Probleme erscheine sicher manchem „in der heutigen Lage“ unrealistisch. Er glaube aber, daß der „Führer“ wegen Danzig keinen Weltkrieg wolle⁷¹.

Das Gespräch wandte sich darauf der Frage zu, wie die Unterredungen in ein greifbares Stadium überführt werden könnten. Nach Ansicht Wilsons war entscheidend, „daß der Führer irgendeine Persönlichkeit autorisiere“, über die erwähnten Probleme zu sprechen⁷². Wenn Hitler durch einen solchen Schritt seinen Willen zu Verhandlungen bekunde, „sei englischerseits jeder Weg der weiteren Behandlung der Frage recht“⁷³.

Wilson betonte nachdrücklich, daß die Verhandlungen „im geheimen“ geführt werden müßten. Zunächst sei nur zwischen England und Deutschland zu verhandeln, Frankreich und Italien sollten erst nach einer Verständigung hinzugezogen werden. Vor allem müsse man vermeiden, daß Persönlichkeiten von den Besprechungen Kenntnis erhielten, „die grundsätzlich einer Verständigung feindlich gegenüberstünden“⁷⁴. Die Öffentlichkeit dürfe auf keinen Fall davon erfahren. Jede Aussprache werde dann unmöglich sein⁷⁵.

Wilson wies darauf hin, daß der Premierminister bis Mitte September Klarheit darüber haben müsse, ob überhaupt Verhandlungen stattfänden. Der Premier müsse wissen, mit welcher Devise er der Öffentlichkeit bei den bevorstehenden Wahlen gegenüberzutreten solle: Entweder: „Bereitschaft für einen kommenden Krieg“ oder: „Eine dauernde Verständigung mit Deutschland in Sicht und erreichbar“⁷⁶.

Sir Horace hielt eine gemeinsame Wirtschaftspolitik der „beiden größten europäischen Industriestaaten“ durchaus für möglich. Eine „planvoll gelenkte Zusammenarbeit“ in der Außenhandelspolitik beider Länder könne einen großen Wirtschaftsaufschwung herbeiführen. Was ihm, ebenso wie ja Wohlthat vorschwebte, sei kein politisches Manöver, – dazu sei die Lage viel zu ernst –, sondern „die Verwirklichung einer der größten politischen Kombinationen, die überhaupt denkbar wären“. Allerdings dürfe man auf deutscher Seite nicht glauben, die britische Regierung wolle „unter allen Umständen“ Verhandlungen. Wenn Hitler nicht grundsätzlich den Willen zu einer friedlichen Lösung der strittigen Fragen zum Ausdruck bringe, werde es keine Verhandlungen geben. Wilson stellte noch einmal ausdrücklich fest, daß „England und das Empire heute auf eine kriegerische Aus-

⁷¹ ADAP D, VI, Nr. 716. Nach Wohlthats „Vermerk“ erklärte Wilson, wenn die deutsche Politik keine territorialen Ansprüche mehr erhebe, werde es dem „Führer“ möglich sein, eine Form der Zusammenarbeit mit England zu finden, „die ihn als einen der größten Staatsmänner in die Geschichte eingehen ließe und die zu einem Umschwung der Weltmeinung führen würde“ (ADAP D, VI, Nr. 716).

⁷² Archiv Dirksens 2, Nr. 13.

⁷³ ADAP D, VI, Nr. 716.

⁷⁴ Wilson meinte damit auf englischer Seite wohl vor allem Churchill, Duff Cooper u. a., auf deutscher Seite wohl vor allem Ribbentrop.

⁷⁵ ADAP D, VI, Nr. 716.

⁷⁶ Archiv Dirksens 2, Nr. 13; vgl. auch ADAP D, VI, Nr. 716.

einandersetzung vorbereitet und dazu entschlossen“ seien, wenn Hitler die Danziger Frage auf militärischem Wege löse. Es schien ihm „von größter Wichtigkeit“, daß „bei der Mentalität mancher Kreise . . . kein falscher Eindruck von der englischen Bereitschaft zum Frieden oder zum Krieg entstehe“⁷⁷.

Wohlthat versprach, bei seiner Rückkehr nach Berlin festzustellen, „ob der Führer den Augenblick für gekommen halte“, Verhandlungen in Gang zu bringen. Wilson meinte darauf „sehr lebhaft“, wenn in dieser Frage Klarheit herrsche, so sei schon sehr viel erreicht⁷⁸. Er bot Wohlthat, falls er eine bestimmte Äußerung der britischen Regierung wünsche, eine Unterhaltung mit Chamberlain „noch am selben oder am nächsten Tage“ an⁷⁹. Wohlthat lehnte ab. Er „hielt es angesichts seiner inoffiziellen Besprechungen nicht für angezeigt, eine solche Unterhaltung herbeizuführen“⁸⁰.

Am 20. Juli 1939 führte Wohlthat von 17.30–18.30 Uhr eine Unterredung mit dem Unterstaatssekretär und Leiter der Überseeabteilung im britischen Handelsministerium, Hudson⁸¹, die durch Vermittlung des norwegischen Delegierten bei der Walfang-Konferenz zustandekam⁸².

Auf Grund des Protokolls Hudsons, das für uns die Hauptquelle darstellt⁸³, des „Vermerks“ von Wohlthat und der Aufzeichnung Dirksens ist es uns auch hier möglich, den mutmaßlichen Verlauf und Inhalt des Gesprächs nachzuzeichnen.

Hudson entwickelte in dem Gespräch „weitreichende Pläne über eine deutsch-englische Zusammenarbeit zur Erschließung neuer und zur Pflege bestehender Weltmärkte“. Einer deutsch-britischen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet ständen große Möglichkeiten offen. Rußland, China und die verschiedenen „kolonialen Einflußgebiete . . . seien Bereiche, die der Kapitalentwicklung unbegrenzte Möglichkeiten eröffneten und Abflußgebiete für die Schwerindustrie von Deutschland, England und den Vereinigten Staaten“⁸⁴. Hudson führte aus, daß nach Regelung und Lösung aller strittigen politischen Probleme also durchaus eine angemessene Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Großbritannien gefunden werden könnte, die „die Abschaffung der Tausch-

⁷⁷ ADAP D, VI, Nr. 716.

⁷⁸ DBFP III, 6, Nr. 354.

⁷⁹ ADAP D, VI, Nr. 716. Wohlthat berichtet nichts davon, daß Wilson ihm eine Unterredung mit Chamberlain anbot, damit der Premier das von Wilson unterbreitete Verhandlungsprogramm bestätigte, wie es Dirksen darstellt (Archiv Dirksens 2, Nr. 13).

⁸⁰ Archiv Dirksens 2, Nr. 15.

⁸¹ ADAP D, VI, Nr. 716.

⁸² Archiv Dirksens 2, Nr. 15. Der norwegische Delegierte teilte Wohlthat beim Lunch mit, daß Hudson ihn gern sprechen wolle (Wohlthat-Protokoll).

⁸³ Protokoll Hudsons über seine Unterredung mit Wohlthat vom 20. 7. 1939, DBFP III, 6, Nr. 370.

⁸⁴ DBFP III, 6, Nr. 370. Nur Hudson erwähnt die USA; Dirksen zufolge nannte Hudson auch das britische Empire, womit das gemeint sein könnte, was Hudson als „koloniale Einflußgebiete“ bezeichnete. Das Empire könne, wie Hudson laut Dirksen ausführte, „von England selbst nicht ausreichend versorgt werden. Deutschland könne hier weitgehend hinzugezogen werden“ (Archiv Dirksens 2, Nr. 15).

verträge, der Devisenbeschränkungen, der Einfuhrquoten usw.“ einschließen müßte⁸⁵. Wohlthat bezeichnete es als sehr schwierig für Deutschland, seinen Schuldenverpflichtungen und den „jährlichen Zahlungen für Zinsen und Amortisation“ nachzukommen. Deutschland benötige Kapitalhilfe. Sei England bei einer Einigung auf wirtschaftlichem Gebiet zu einer Kapitalhilfe bereit? Hudson beruhigte Wohlthat: Deutschland könne neben englischer auch mit amerikanischer Hilfe rechnen. Anzeichen dafür habe er im Mai bei Besprechungen in Amerika gefunden⁸⁶. Wenn Hitler die Bereitschaft zur Abrüstung erkennen lasse, könne man Deutschland jede nur mögliche Hilfe bei seinem weiteren wirtschaftlichen Aufbau gewähren. Hudson versicherte, daß die englische Allianz-Politik nur dem einen Ziel diene, die militärische Vorherrschaft eines einzelnen Staates auf dem Kontinent zu verhindern. Seine oben vorgetragene Ansicht sei kein Widerspruch zu dieser Theorie des Gleichgewichts. Zwischen militärischer und wirtschaftlicher Stärke sei entschieden zu unterscheiden⁸⁷.

Das Gespräch wandte sich dann Kolonialfragen zu. Nach Hudsons Meinung würde die englische Öffentlichkeit niemals einer Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien zustimmen. Das bedeute nun aber nicht, daß das Kolonialproblem nicht doch in einer für Deutschland befriedigenden Art gelöst werden könne⁸⁸.

Hudson und Wohlthat erörterten den Plan eines „Colonial Condominiums“ in Afrika⁸⁹, demzufolge die europäischen Kolonien in Afrika durch die europäischen Großmächte gemeinsam verwaltet werden sollten. Eine große zusammenhängende Zone müsse geschaffen werden, die „das tropische und subtropische Afrika in seinen größten Teilen umfassen würde“ und wozu „Togo, Nigeria, Kamerun, Kongo, Kenya, Tanganjika (Deutsch-Ostafrika), Portugiesisch- und Spanisch- West- und Ostafrika, Nordrhodesia“ gehören könnten. Eine eventuell stattfindende Konferenz müßte sorgfältig überlegen, wie dabei die Fragen technischer Art gelöst werden könnten: Die Frage der Rohstoff- und Nahrungsmittelproduktion, der Investition von Kapitalgütern, des Außenhandels, der Verwaltung, der polizeilichen und militärischen Kontrolle⁹⁰. Wenn so ein großer Teil Afrikas durch die europäischen Mächte als „Treuhand“ verwaltet würde, käme man der „verständlichen deutschen Beschwerde“ zuvor, „daß die Deutschen als Parias angesehen würden, die unfähig wären, Kolonien zu besitzen“⁹¹.

Darauf besprachen Hudson und Wohlthat grundsätzliche wirtschaftspolitische

⁸⁵ DBFP III, 6, Nr. 370.

⁸⁶ Ebenda. Vgl. Drummond-Wolfs Versuche, herauszufinden, wieviel Hitler benötigte, um das Devisenproblem zu lösen (ADAP D, VI, Nr. 380).

⁸⁷ DBFP III, 6, Nr. 370.

⁸⁸ Ebenda.

⁸⁹ ADAP D, VI, Nr. 716. Wohlthat berichtet in seinem „Vermerk“ ausführlich über diesen Plan. Auch Dirksen bringt ihn, aber nicht so detailliert. Hudson erwähnt ihn überraschenderweise überhaupt nicht in seinem Protokoll. Wohlthat bestätigte dem Vf., daß ein solcher Plan in dem Gespräch mit Hudson besprochen wurde (Wohlthat-Protokoll).

⁹⁰ ADAP D, VI, Nr. 716.

⁹¹ DBFP III, 6, Nr. 370.

Fragen, wobei auch die deutsch-britischen Beziehungen im allgemeinen zur Sprache kamen.

Hudson stellte wieder, wie schon Ashton-Gwatkin im Juni, die Frage, die für die englischen Gesprächspartner von entscheidender Bedeutung war, weil von ihrer Beantwortung die Möglichkeit abhing, die Gespräche in ein greifbares und offizielles Stadium zu überführen: ob ökonomische Überlegungen bei der Gestaltung der deutschen Politik überhaupt eine Rolle spielten⁹².

Wohlthat erwiderte, daß ökonomischen Überlegungen wohl im Auswärtigen Amt, im Reichswirtschaftsministerium und in Handels- und Industriekreisen große Bedeutung beigemessen werde, daß sie aber seiner Meinung nach die Überlegungen und politischen Entscheidungen des Führers kaum beeinflussten. Es sei sehr schwierig, dem Führer wirtschaftspolitische Überlegungen nahezubringen⁹³.

Hudson warnte vor den Folgen, die sich aus einer Fortführung der Politik Hitlers ergäben. Er beurteilte die augenblicklich herrschende Spannung sehr pessimistisch und meinte, sie werde, wenn nicht ein Beitrag zur Entspannung geleistet würde, bald in eine Katastrophe münden. Wie lange könne Deutschland überhaupt noch seine Rüstungsausgaben tragen?

Nach Wohlthats Meinung konnte Deutschland die Rüstungskosten nicht mehr lange aufbringen, „man nähere sich in Deutschland sehr rasch dem Ende“. Man müsse angesichts der gespannten und gefährlichen Situation schnell zu einem Übereinkommen gelangen. Die Schwierigkeit bestehe nur darin, den Führer zu bewegen, wirtschaftspolitische Gedanken in Erwägung zu ziehen. Er werde mit Dr. Funk und Göring unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Berlin sprechen⁹⁴.

Zum Schluß kam die Sprache noch auf Danzig. Wohlthat betonte, daß die Danziger Frage für die deutsche Führung von entscheidender Bedeutung sei. Darauf unterschied Hudson ausdrücklich zwischen einem Danzig in einem abgerüsteten und wirtschaftlich zusammenarbeitenden Europa und einem Danzig in einem hochgerüsteten und mobilisierten Europa⁹⁵. Das schien zu bedeuten, daß sich im ersten Falle wohl über eine Revision des Status von Danzig reden ließe.

Am selben Tage, am 20. Juli 1939, unmittelbar nach seiner Unterredung mit Hudson, hatte Wohlthat von 18.30–19.30 Uhr ein Gespräch mit Sir Joseph Ball⁹⁶, dem Leiter des Forschungsinstituts der Konservativen Partei. Inhalt der Unterredung waren vor allem die bevorstehenden Wahlen, die „nach vertraulicher Mitteilung“ Balls, des „Wahlkampfleiters“ der Konservativen Partei⁹⁷, am 14. November durchgeführt werden sollten. Wahrscheinlich wird Ball nach den Aussichten für deutsch-englische Verhandlungen gefragt und geäußert haben, daß Verhandlungen, wenn sie überhaupt stattfinden sollten, wegen der bevorstehenden

⁹² Ebenda.

⁹³ Ebenda.

⁹⁴ Ebenda.

⁹⁵ Ebenda.

⁹⁶ ADAP D, VI, Nr. 716.

⁹⁷ Wohlthat-Protokoll.

Wahlen bald beginnen müßten. Denn die Konservative Partei stehe vor der Entscheidung, ob sie den Wahlkampf mit der Parole des Krieges oder des Friedens mit Deutschland führen solle⁹⁸.

Am nächsten Tag, am 21. Juli, kam es dann von 15.00–15.30 Uhr angeblich noch einmal zu einer Unterredung Wohlthats mit Sir Horace Wilson⁹⁹, über deren Inhalt wir nur bei Dirksen einige Andeutungen finden¹⁰⁰. Wohlthats Bericht über sein Gespräch mit Wilson kann sich allerdings auch auf diese zweite Unterredung mit Wilson beziehen¹⁰¹.

Alle Gespräche Wohlthats erfolgten mit Wissen und Billigung des deutschen Botschafters in London, Herbert v. Dirksen¹⁰², der einer der eifrigsten Verfechter eines deutsch-britischen Ausgleichs war. Wohlthat erstattete Dirksen Bericht über seine Gespräche mit Wilson, Hudson und Ball. Dirksen unterstützte Wohlthat, „da er zu den Persönlichkeiten gehörte, die an einer konstruktiven Politik interessiert waren“¹⁰³.

⁹⁸ Dazu vgl. Gilbert/Gott, S. 174.

⁹⁹ ADAP D, VI, Nr. 716. Möglicherweise hat das Gespräch überhaupt nicht stattgefunden. Wilsons Terminkalender, in dem für den 21. Juli sieben Gespräche aufgezeichnet sind, erwähnt Wohlthat nicht an dem betreffenden Tag. Wilson kann sich auch nicht mehr an eine zweite Begegnung mit Wohlthat erinnern. Wohlthat unterscheidet – wie Gilbert und Gott richtig bemerken – in seiner Berichterstattung nicht genau zwischen den verschiedenen Gesprächen. Das mag seinen Grund darin haben – wie Gilbert und Gott vermuten –, daß Hudson und nicht Wilson in den Unterredungen die Initiative ergriff und Vorschläge machte. Wenn Wohlthat Wilson als den entscheidenden Initiator erscheinen läßt und wenn er vorgab, mit Wilson zwei Gespräche gehabt zu haben, so hatte das seinen Grund darin, daß Wohlthat glaubte, Wilsons Name habe mehr Gewicht in Berlin; möglicherweise hat er versucht, den Eindruck zu vermitteln, als sei Wilson sein hauptsächlichster Gesprächspartner gewesen, damit Berlin die Pläne ernster nähme (Vgl. Gilbert/Gott, *The Appeasers*, S. 226, Anm.). – Wohlthat vermag sich bei seinen zahlreichen Unterredungen, die er in jenen Tagen in London geführt hat, nicht mehr zu erinnern, ob er ein- oder zweimal mit Wilson zusammengetroffen ist (Wohlthat-Protokoll).

¹⁰⁰ Dirksen zufolge führte Wohlthat die zweite Unterredung mit Wilson herbei, um gegenüber der ersten größere Klarheit in einigen Punkten zu gewinnen. Wilson gegenüber begründete Wohlthat den Wunsch nach dieser zweiten Unterredung damit, daß er ihn über sein Gespräch mit Hudson in Kenntnis setzen und sich vergewissern wolle, „ob Hudson im Auftrag des Kabinetts gesprochen“ habe. Wilson erklärte, daß die Gedanken und Vorschläge Hudsons „von maßgebenden Kabinettsmitgliedern überlegt worden seien, ohne daß aber eine endgültige Feststellung in diesem Stadium erfolgt sei“. Laut Dirksen führte Wilson seine im ersten Gespräch entwickelten und dargelegten Gedanken, „die in einem von Premierminister Chamberlain gebilligten Verhandlungsprogramm ausgearbeitet waren“, noch weiter aus und bekräftigte sie noch einmal (vgl. Archiv Dirksens 2, Nr. 13).

¹⁰¹ Wenn das Gespräch überhaupt stattgefunden hat, so ist wohl – was die behandelten Gesprächsgegenstände anbetrifft – zwischen der ersten und zweiten Unterredung nicht scharf zu trennen.

¹⁰² Dirksen an das AA, 31. 7. 1939, Archiv Dirksens 2, Nr. 18.

¹⁰³ Wohlthat-Aufzeichnung. Dirksen sah sich – eigener Aussage zufolge – nach Prag vor drei Aufgaben gestellt: 1. die britische Politik vor den Folgen ihrer Einkreisungspolitik zu warnen, 2. konstruktive Möglichkeiten für eine Entspannung oder einen Ausgleich zwischen

Dirksen, der einen unmittelbaren politischen Ausgleich durch Verhandlungen zwischen maßgeblichen deutschen und englischen Politikern suchte, hatte vor den Gesprächen Wohlthats einen direkten Kontakt zwischen einer hochgestellten Persönlichkeit der britischen Politik und Hitler herstellen wollen. Infolge der Unterredungen Wohlthats mit Wilson und Hudson sah er seine Überlegungen in dieser Hinsicht zunächst als überflüssig an. Er setzte jetzt alle Hoffnungen auf die von Wohlthat geführten Gespräche¹⁰⁴.

Wilson und Wohlthat waren sich am Ende ihrer Gespräche darüber einig gewesen, daß ein Verhandlungsprogramm die Punkte enthalten könnte, die nach Wohlthats Meinung für die deutsche Politik von Interesse waren und von denen man hoffte, daß sie Hitler für deutsch-englische Verhandlungen gewinnen würden¹⁰⁵. „Dies war der Grund dafür“, daß Wohlthat auf der Grundlage der mit Wilson und Hudson erörterten Gedanken, Vorstellungen und Vorschläge in seinem „Vermerk“ vom 24. Juli „ein umfassendes Verhandlungsprogramm“ aufstellte¹⁰⁶. Über dieses Programm, über das sich Wohlthat schon in London im wesentlichen im klaren war, sprach er vor seiner am 21. Juli erfolgenden Abreise mit dem deutschen Botschafter¹⁰⁷. Wilson bestätigte dann in den Gesprächen mit Dirksen das Programm, das durch die Berichte des Botschafters offiziell wurde¹⁰⁸.

Das Verhandlungsprogramm sah auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet sehr bedeutsame und interessante Verhandlungsgegenstände vor.

1. Auf politischem Gebiet sollte es zunächst um zwei sehr wesentliche Punkte gehen:

a) Um eine gemeinsame deutsch-englische Erklärung, auf Gewaltanwendung bei der Lösung politischer Probleme zu verzichten („Joint Anglo-German declaration

Deutschland und England zu suchen, und 3. die deutsche Führung auf den Ernst der Lage und auf die Entschlossenheit der britischen Regierung hinzuweisen, im Falle eines deutschen Angriffs auf Polen treu zu den eingegangenen Verpflichtungen zu stehen (vgl. Archiv Dirksens 2, Nr. 29). Dirksen versäumte es in keinem seiner Berichte, die Stimmung der britischen Öffentlichkeit zu beschreiben und vor der Illusion zu warnen, England werde nicht wegen Danzig kämpfen.

¹⁰⁴ Archiv Dirksens 2, Nr. 29.

¹⁰⁵ Wohlthat-Protokoll. Wohlthat erklärt sogar in seinem „Vermerk“, Wilson habe ihn „wie bei früheren Gelegenheiten . . . um eine Aufstellung der Punkte“ in einer „den Engländern verständlichen Form und Sprache“ gebeten, die „nach Auffassung des Führers zwischen beiden Regierungen zu besprechen wären“ (ADAP D, VI, Nr. 716).

¹⁰⁶ Wohlthat-Protokoll.

¹⁰⁷ Ebenda. Es scheint so, als habe Wohlthat das „Programm einer deutsch-englischen Zusammenarbeit“ bereits in London in großen Zügen konzipiert, ohne allerdings Dirksen etwas Schriftliches in die Hand zu geben. Er unterrichtete ihn nur mündlich über das Programm. In einem Brief an Dirksen vom 25. 8. 1939 teilt Wohlthat dem Botschafter mit, er habe Weizsäcker gebeten, ihn, Dirksen, von seinem „Vermerk“ in Kenntnis zu setzen, „da es in der Kürze der Zeit in London damals nicht möglich war, daß ich Ihnen zur Bestätigung meines mündlichen Berichtes eine schriftliche Aufzeichnung hinterließ“ (vgl. Archiv Dirksens 2, Nr. 28).

¹⁰⁸ Wohlthat-Aufzeichnung; auch Wohlthat-Protokoll.

not to use aggression“)¹⁰⁹. Es sollte sich dabei nicht um einen „Nichtangriffspakt“ im bisher üblichen Sinne handeln, sondern um eine Erklärung über ein politisches Prinzip, „wonach beide Länder auf die Anwendung des gewaltsamen Angriffs als Mittel der Politik verzichten“. Wohlthat legte dar, daß nach Wilsons Auffassung eine derartige Erklärung, die natürlich ernst genommen werden müsse, die von England übernommenen Garantien im Grunde gegenstandslos mache¹¹⁰.

b) Um „Gegenseitige Nichteinmischungserklärungen (non interference)“ für das Britische Commonwealth of Nations und Großdeutschland. Nach Wohlthats Meinung sollten darunter auch die Gebiete „besonderen Interesses und wirtschaftlichen Einflusses“, die Länder im Osten und Südosten Europas, verstanden werden. Der politische Aspekt dieses Verhandlungspunktes sei, wie Wohlthat ausführte, mit besonderer Sorgfalt zu überlegen. Er ergebe sich wohl „am besten aus einer Prüfung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands“¹¹¹. Was die Frage des wirtschaftlichen Einflusses angehe, so sei England nur an der Behauptung seines Anteils am europäischen Geschäft interessiert¹¹².

Durch diese beiden Erklärungen sollte eine neue Basis geschaffen werden für die Behandlung der strittigen deutsch-polnischen Fragen. Die Danziger Frage, so meinte Wohlthat, würde nach einer „großen deutsch-englischen Verständigung“ für England „eine Nebenrolle“ spielen¹¹³.

c) In der Kolonial- bzw. Mandatsfrage sollte eine „deutsch-englische Erklärung über eine grundsätzliche Revision der entsprechenden Bestimmungen des Versailler Vertrages“ Gegenstand der Verhandlungen sein. Nach Wohlthats Ansicht „würde die englische Stellungnahme den Ausgangspunkt für das Aufrollen der Kolonialfrage im ganzen bedeuten, da auch andere Staaten außer Großbritannien Mandate verwalten, zu denen ehemalige deutsche Kolonialgebiete gehören“¹¹⁴.

2. Auf wirtschaftlichem Gebiet standen drei Punkte auf dem Programm:

a) Zunächst sollten eine „deutsch-englische Erklärung über eine gemeinsame Politik in der Versorgung“ Deutschlands und Großbritanniens mit Rohstoffen und Lebensmitteln und „Abkommen über die Ausfuhr der deutschen und englischen industriellen Produktion nach den hauptsächlichsten Märkten“ erreicht werden¹¹⁵.

¹⁰⁹ ADAP D, VI, Nr. 716. Dirksen spricht in seiner Aufzeichnung vom 21. Juli einfach von einem „Nichtangriffspakt“ (Archiv Dirksens 2, Nr. 13).

¹¹⁰ ADAP D, VI, Nr. 716. Nach Dirksen erklärte Wilson Wohlthat ausdrücklich, „daß der Abschluß eines Non-Aggression-Vertrages es England ermöglichen würde, von seinen Verpflichtungen gegenüber Polen loszukommen“ (Archiv Dirksens 2, Nr. 13).

¹¹¹ Deutlich wird hier der deutschen Führung nahegelegt, politische Fragen und Probleme vom wirtschaftlichen Standpunkt aus zu betrachten.

¹¹² ADAP D, VI, Nr. 716.

¹¹³ Ebenda. Vgl. auch Archiv Dirksens 2, Nr. 15.

¹¹⁴ ADAP D, VI, Nr. 716. Laut Dirksen ließ Wilson in dem Gespräch mit Wohlthat in der Frage der Rückgabe der Kolonien an Deutschland den Eindruck entstehen, als sei die britische Regierung „zum mindesten theoretisch zu weitem Entgegenkommen bereit“. Das britische Kabinett habe sich im Februar 1939 mit der Kolonialfrage befaßt und die Frage der Rückgabe der deutschen Kolonien eingehend erörtert (Archiv Dirksens 2, Nr. 13).

¹¹⁵ ADAP D, VI, Nr. 716.

Wohlthat war dabei der Meinung, daß drei Märkte vor allem „eine planvolle deutsch-englische Zusammenarbeit“ ermöglichen: das Britische Weltreich, und hier besonders Indien, Südafrika, Kanada und Australien, weiter China, wo man allerdings mit Japan zusammenarbeiten müsse, und schließlich Rußland. Die genannten Märkte böten „für alle Kräfte der Arbeit und des Kapitals unbegrenzte neue Möglichkeiten“. So könnte in Deutschland und auch in Großbritannien die Gefahr der Arbeitslosigkeit bei Umstellung der Rüstungs- auf Friedensproduktion abgewendet werden. Ziel müsse „eine großzügige deutsch-englische Wirtschaftsplanung“ sein, die auch „eine langfristige Finanzierung der größten Rohstoff- und Industrie-Projekte in anderen Erdteilen“ ermögliche. Durch die Lenkung der großen volkswirtschaftlichen Kräfte in Europa und in der Welt unter der Führung Englands und Deutschlands sei „ein nie dagewesener wirtschaftlicher Aufschwung und eine weitere Hebung des Lebensstandards der Völker“ möglich¹¹⁶.

b) Weiterhin sollte im Zusammenhang mit der deutsch-englischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Plan eines „Colonial Condominiums“ in Afrika diskutiert werden. Diesem Plan liege, so erklärte Wohlthat, „der Gedanke einer gemeinsamen Erschließung Afrikas durch die europäischen Kolonialmächte“ zugrunde. Es würde sich dabei „um ein großes zusammenhängendes Gebiet“ handeln, das „das tropische und subtropische Afrika in seinen größten Teilen“ umfasse¹¹⁷.

c) Nächster Verhandlungspunkt sei eine gemeinsame Erklärung über das Verhältnis der Währungen beider Länder „auf Grund einer internationalen Schuldenregelung für Deutschland“. Ebenfalls sollte verhandelt werden über „Kredite für die deutsche Reichsbank“¹¹⁸, über die „Wiederherstellung der Verbindung zwischen den europäischen Kapitalmärkten“, über eine „Regelung der Währungs- und Schuldenfragen Südosteuropas unter Führung des Berliner Marktes“, über eine „Anpassung der Meistbegünstigungsklausel an die besonderen Produktionsverhältnisse der europäischen Agrarvölker“¹¹⁹. Ferner sollte eine deutsch-englische Erklärung bezüglich des englischen Anteils „an den Märkten innerhalb der besonderen wirtschaftlichen Interessensphäre des Großdeutschen Reiches in Ost- und Südosteuropa“ Verhandlungsgegenstand sein¹²⁰.

¹¹⁶ Ebenda.

¹¹⁷ Ebenda. In Wohlthats Programm werden zu diesem Punkt noch weitere Detailangaben gemacht, die bereits in der Schilderung des Gesprächs Wohlthat-Hudson dargestellt wurden.

¹¹⁸ ADAP D, VI, Nr. 716. Nach Dirksen erklärte Wilson Wohlthat, auf der Grundlage einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit könne auch über eine „großzügige Wirtschaftshilfe für Berlin“ verhandelt werden (Archiv Dirksens 2, Nr. 13). Diese Formulierung Dirksens war unglücklich, sie mußte das übertriebene Selbstgefühl Ribbentrops und Hitlers empfindlich treffen.

¹¹⁹ ADAP D, VI, Nr. 716. Dazu vgl. H. Wohlthat, Großräume und Meistbegünstigung, in: Der deutsche Volkswirt, 25. 12. 1938. Vgl. auch Aufzeichnung Dirksens vom 21. Juli, Archiv Dirksens 2, Nr. 13.

¹²⁰ ADAP D, VI, Nr. 716. Dirksen berichtet weniger ausführlich, auf wirtschaftlichem Gebiet sei über das Programm einer „weltweiten deutsch-englischen Zusammenarbeit“ zu verhandeln, das sich mit der Frage der „Rohstoffe und deren Beschaffung für Deutschland“,

3. Auf militärischem Gebiet sah das Verhandlungsprogramm eine „deutsch-englische Erklärung über Begrenzung der Rüstungen und gemeinsame Politik gegenüber dritten Ländern“ vor. Wohlthat erklärte, es müßten Flotten-, Luft- und Heeresabkommen vereinbart werden, wobei das Flottenabkommen „auf den Erfahrungen des früheren Abkommens aufbauen“ sollte, das Luft- und Heeresabkommen „den besonderen strategischen Verhältnissen“ Deutschlands und Englands Rechnung zu tragen hatte. Die deutsch-britischen Abkommen seien dabei mit den Abkommen zu koordinieren, die mit dritten Ländern bereits beständen oder neu vereinbart würden¹²¹.

Das oben dargelegte Verhandlungsprogramm, das Wohlthat in seinem „Vermerk“ für Göring aufstellte, damit dieser es der deutschen Führung unterbreite, ist keineswegs plötzlich entstanden. Seit Prag, ja eigentlich schon seit Jahren überlegte Wohlthat in seinen Gesprächen mit den Engländern immer wieder, wie man auf friedlichem Wege alle politischen Probleme lösen, wie man aus dem Dilemma der Mißverständnisse und der gegensätzlichen Meinungen herauskommen und eine Verständigung zwischen beiden Ländern erreichen könnte. Das von Wohlthat dargelegte Programm war Ausdruck der seit langem gemeinsam angestellten Überlegungen, war das Ergebnis vieler Gespräche¹²². Das Gespräch Wohlthats mit Wilson am 18. Juli war nur ein Glied – allerdings ein wichtiges – in der Kette der gemeinsamen Überlegungen um ein beide Seiten, vor allem Hitler interessierendes Verhandlungsprogramm. Es ist in dem Gespräch nicht über alle, wohl aber über die wesentlichsten Punkte des Verhandlungsprogramms gesprochen worden, auch wurde das Programm nicht in der Unterredung formuliert und aufgestellt¹²³. Wohlthat zeichnete sich nicht etwa die einzelnen Punkte des von ihm in seinem „Vermerk“ erwähnten Wilson-Memorandums auf und gab sie in seinem Programm wieder. Wilsons Memorandum, das es – zumindest in der bisher angenommenen Form – anscheinend gar nicht gegeben hat, und Wohlthats Programm sind somit auch nicht identisch¹²⁴. Zu dieser Annahme hat vor allem Dirksen Anlaß gegeben, dessen Darstellung den Eindruck entstehen läßt, als habe Wilson das Programm Wohlthat in dem Memorandum unterbreitet¹²⁵.

der „industriellen Märkte“, der „Regelung des internationalen Schuldenproblems“ und des „Exchange of financial facilities“ befassen sollte (Archiv Dirksens 2, Nr. 13).

¹²¹ Ebenda.

¹²² Wohlthat-Protokoll.

¹²³ Nach Dirksen, demzufolge alle oben erwähnten Punkte in dem Gespräch Wohlthat-Wilson eingehend erörtert worden sind, soll Wilson auf Wohlthats Frage, ob man noch weitere Punkte als die erwähnten auf die Tagesordnung von Verhandlungen setzen könnte, geantwortet haben: natürlich sei das möglich, „der Führer brauche nur ein Stück weißes Papier zu nehmen und seine Punkte aufzuzeichnen; die englische Regierung wäre dann bereit, sie zu besprechen“ (Archiv Dirksens 2, Nr. 13).

¹²⁴ Wohlthat-Protokoll.

¹²⁵ Auch Wohlthats „Vermerk“ erweckt im Grunde diesen Eindruck. Dirksen ergänzt das (bei ihm mit den Worten „in the assumption that“ beginnende) Memorandum Wilsons mit: „Unter der Voraussetzung, daß eine politische Einigung mit Deutschland erreicht wird, würden die nachfolgenden Punkte in Kraft zu treten haben“, worauf dann die einzelnen

So ist auch Wohlthats Rolle beim Zustandekommen des Verhandlungsprogramms bisher unterschätzt oder nicht richtig gesehen worden. Wesentliche Teile des Programms wurden von Wohlthat mit angeregt: Der Gedanke des Gewaltverzichts, des „non interference“, der Kolonialplan, der Gedanke einer „planvoll gelenkten“ deutsch-englischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zahlreiche wirtschafts- und finanzpolitische Gedanken¹²⁶. Wenn Gilbert und Gott erklären, das Wilson-Memorandum sei „von Wohlthat zum Nutzen Görings in seine endgültige Form gebracht worden“, die „von Wilson gemachten Vorschläge“ – die mit den Punkten des Wohlthatschen Programms identifiziert werden –, seien mit jenen vereinigt worden, „die zwei Tage später von Hudson gemacht wurden“¹²⁷, so entspricht das einmal nicht der tatsächlichen Entstehungsgeschichte des Verhandlungsprogramms, zum anderen wird es dem Anteil Wohlthats an der Entstehung des Programms nicht gerecht¹²⁸. Wohlthat arbeitete auf Grund der in zahlreichen, besonders in den letzten Gesprächen mit Wilson, Hudson, Ashton-Gwatkin u. a. erörterten Gedanken und Überlegungen, Anregungen und Vorschläge das Verhandlungsprogramm aus, er war zu einem wesentlichen Teil der Initiator in den Gesprächen, stets unermüdlich bestrebt, ein Programm aufzustellen, das sowohl für die deutsche als auch für die britische Regierung von Interesse sein würde und worüber mit Aussicht auf Erfolg verhandelt werden konnte. Es war sein ganz persönlicher Erfolg, daß die von ihm aufgestellten Punkte des Verhandlungsprogramms von Wilson und damit

Punkte des in Wohlthats „Vermerk“ dargelegten Programms aufgezählt werden (vgl. Archiv Dirksens 2, Nr. 15).

¹²⁶ Wohlthat erklärte dem Vf., er habe 1939 ein Buch von Carl Schmitt über den Kellogg-Vertrag gelesen, das ihn zu den Gedanken der Gewaltverzichtserklärung und des „non interference“ angeregt habe. Den Titel des Buches weiß Wohlthat nicht mehr zu nennen (Wohlthat-Protokoll). Möglicherweise war es die Schrift: Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Beitrag zum Reichsbegriff im Völkerrecht, 1939. – Zu dem Kolonialplan habe ihn das Beispiel der internationalen Zollverwaltung angeregt, die Sir Robert Hart im alten China eingerichtet hatte. Die Zollverwaltung war eine internationale Verwaltung, die Jahrzehnte in vorbildlicher Weise gearbeitet habe und der Vertreter mehrerer europäischer Nationen angehörten. Sein Vorschlag für die Lösung der Kolonialfrage sei gewesen, nicht nur in den früheren deutschen Kolonien, sondern in allen europäischen Kolonien in Afrika die nationalen Verwaltungen durch eine internationale Verwaltung der europäischen Kolonialmächte zu ersetzen (Wohlthat-Protokoll). So ist auch die Annahme zu korrigieren, daß Hudson Wohlthat den Kolonialplan vorlegte und Wohlthat den Plan einfach in sein Programm übernahm. – Bei dem Gedanken einer planvoll gelenkten deutsch-englischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit sei der Rumänien-Vertrag vom 23. März 1939 Vorbild gewesen; vgl. H. W. Aust, Wirtschaftsraum Europa, in: Der deutsche Volkswirt, 31. 3. 1939, auch R.-W. Krugmann, Die Wirtschaftsplanung mit Rumänien, ebenda.

¹²⁷ Gilbert/Gott, S. 175.

¹²⁸ Da Wilson das Verhandlungsprogramm Wohlthats Dirksen gegenüber bestätigte bzw. sein Einverständnis erklärte, bedeuten unsere Erklärungen weniger eine Schmälerung der Anschauung von der auch nach Frag noch intensiv betriebenen britischen Appeasement-Politik (die dann allerdings doch nicht ganz so kraß erscheint), als vielmehr eine Berichtigung der Meinung über die Entstehung des in dem „Vermerk“ Wohlthats enthaltenen deutsch-englischen Verhandlungsprogramms.

Vierteljahrshefte 4/4

von Chamberlain als diskutierbar, als Verhandlungsgrundlage akzeptiert wurden¹²⁹. Wohlthat hätte es als seinen größten Erfolg betrachtet, wenn auch Hitler sie als solche angesehen hätte.

IV.

Am 21. Juli 1939 flog Wohlthat nach Berlin zurück¹³⁰. Er unterrichtete Göring über seine Gespräche in London und fertigte für seinen Chef einen Bericht („Vermerk“) an über seine Unterredung mit Wilson, Hudson und Ball¹³¹. Göring war von dem Bericht „sehr beeindruckt“¹³²; er erklärte Gritzbach gegenüber, „daß er mit Hitler darüber sprechen“ werde, vorher wolle er sich aber vielleicht noch einmal mit dem britischen Botschafter Henderson, mit dem er einen „guten Kontakt“ hatte, unterhalten¹³³.

Einen Tag nach Wohlthats Abreise aus London, am 22. Juli, erschienen in der britischen Presse „phantastische und absurde Berichte“ über den Inhalt der Besprechungen Wohlthats mit Hudson und Wilson¹³⁴. Damit war gerade das eingetreten, was besonders die englische Seite hatte vermeiden wollen.

¹²⁹ Wohlthat-Aufzeichnung.

¹³⁰ Telegramm Dirksens an das AA vom 22. 7. 1939, ADAP D, VI, Nr. 698.

¹³¹ „Vermerk“ Wohlthats vom 24. 7. 1939, ADAP D, VI, Nr. 716. – Nach einer brieflichen Mitteilung Dr. Gritzbachs, des persönlichen Referenten Görings, an Vf. vom 5. 4. 1962 übergab Wohlthat ihm (Gritzbach) den Bericht, den er noch „einige Tage“ zurückbehalten habe, weil er „wegen der Bedeutung der Aufzeichnung“ für die Vorlage bei Göring „einen passenden ruhigen Zeitpunkt“ habe aussuchen wollen. Wohlthat erklärt, Göring den Bericht persönlich übergeben zu haben, Gritzbach habe sich wohl „stark dafür eingesetzt, daß im Sinne des Memorandums mit der englischen Regierung verhandelt werden sollte“ (Wohlthat-Protokoll).

¹³² Briefliche Mitteilung Gritzbachs. Dem widerspricht die Aussage des schwedischen Geschäftsmannes Birger Dahlerus, dem gegenüber Göring in einem Gespräch am 22. Juli 1939 auch „die neuesten Friedensvorschläge berührte, die Wohlthat ihm überbracht hatte und von denen ihm einige als völlig unsinnig erschienen“, so daß er „sie überhaupt nicht als ernste Vorschläge betrachten“ könnte (BDFP III, 6, Anhang IV, Bericht Dahlerus' über Unterredung mit Göring vom 22. 7. 1939). Es scheint allerdings denkbar, daß Göring später, nach Einsicht des recht eindrucksvollen und die einzelnen Programmpunkte gut begründenden „Vermerks“ von Wohlthat anders dachte. Nach Dahlerus' Aufzeichnung vom 22. 7. 1939 muß Wohlthat schon unmittelbar nach seiner Rückkehr aus London Göring über seine Unterredungen mit Wilson und Hudson Bericht erstattet haben.

¹³³ Briefliche Mitteilung Gritzbachs.

¹³⁴ Telegramm Dirksens an das AA vom 22. 7. 1939, ADAP D, VI, Nr. 698. Dirksen erklärte, die Berichte der „kriegshetzerischen Korrespondenten wie Gordon Lennox und Vernon Bartlett“ im „Daily Telegraph“ und „News Chronicle“ seien „von anderen Blättern (z. B. Times) richtiggestellt“ worden (Ebenda). Wie die Presse von den Gesprächen mit Wohlthat Kenntnis erhielt, ist bisher unklar gewesen. Man vermutete, daß die Presse durch die französische Botschaft, die von den Gesprächen erfahren und sofort Alarm geschlagen habe, in Kenntnis gesetzt worden sei (vgl. Übersicht Hesses über die englische Presse in der Zeit vom 10.–24. Juli, 24. 7. 1939, Archiv Dirksens 2, Nr. 16). Viel wahrscheinlicher erscheint die Erklärung M. Freunds, daß die Gespräche möglicherweise durch das Foreign

Die britische Regierung konnte die Öffentlichkeit erst dann von ihren Absichten und „von den bisher getanen Schritten“ in Kenntnis setzen, wenn die Verhandlungsbereitschaft Deutschlands feststand und „zum mindesten Einigkeit über das Programm, vielleicht über einige allgemeine Grundsätze erzielt“ war¹³⁵. Im augenblicklichen Stadium der Gespräche mußten alle Pläne über Verhandlungen mit Deutschland von Churchill, Duff Cooper u. a. sofort mit der Parole „Kein zweites München!“ torpediert werden¹³⁶. Die Fortsetzung der Gespräche war nun, bei dem zu erwartenden scharfen Protest der britischen Öffentlichkeit und der alarmierten Opposition, wesentlich schwieriger geworden, im Augenblick vielleicht sogar unmöglich. Es mußte erst wieder Ruhe eintreten, ehe man die Gespräche „in größter Vertraulichkeit“ wiederaufnahm, wozu die britische Regierung durchaus bereit war.

Die in der Presse erschienenen Meldungen von deutsch-englischen Gesprächen erhielten eine dramatische Zuspitzung in der Öffentlichkeit, als am 22. und 23. Juli von deutsch-feindlich gesinnten Blättern, wie dem „Daily Telegraph“ und dem „News Chronicle“, ein „ganz phantastisches und verlogenes Verhandlungsprogramm“¹³⁷ herausgebracht wurde, das das sensationell aufgebauschte Gerücht enthielt, die britische Regierung habe Deutschland als Grundlage für eine endgültige Verständigung eine Anleihe von 1 Milliarde Pfund angeboten¹³⁸. Diese sensationelle Meldung explodierte in der britischen Öffentlichkeit wie eine Bombe und richtete in der gesamten Diplomatie große Verwirrung an¹³⁹.

Office, in dem zahlreiche Gegner einer Verständigungspolitik gegenüber Deutschland saßen, an die Öffentlichkeit gedrungen sei (M. Freund, Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten, Bd. II: An der Schwelle des Krieges, München 1955, S. 406). Ganz unwahrscheinlich klingt die Darstellung F. Hesses, der in seinen Erinnerungen äußert, daß die Pressemeldungen auf ein Mißverständnis zurückzuführen seien. Hudson habe Chamberlain Bericht erstatten wollen und unter alkoholischer Einwirkung irrtümlicherweise statt beim Premier bei dem ihm befreundeten Chefredakteur des „Daily Express“ angerufen (F. Hesse, Spiel um Deutschland, S. 171; vgl. dazu H. Krausnick, a. a. O., S. 217 ff.). Wollen wir Wohlthats Aussage folgen, so wissen wir nun, wem die Presse ihre Kenntnisse zu verdanken hatte. Das Gespräch Hudson-Wohlthat wurde durch eine Indiskretion Hudsons bekannt. Hudson ließ unvorsichtigerweise bei einem Essen am Abend nach seiner Unterredung mit Wohlthat in sehr „gehobener Stimmung“ etwas über den Inhalt des Gesprächs verlauten, ein anwesender Journalist veröffentlichte dann das Gehörte unter starker Entstellung (Wohlthat-Protokoll).

¹³⁵ Bericht Dirksens an das AA vom 24. 7. 1939, ADAP D, VI, Nr. 710. Dirksen erklärte, wenn sich „auf diese Weise die Aussicht auf einen deutsch-englischen Ausgleich“ eröffnete, würde nach Meinung der britischen Regierung „eine solche Ankündigung“ von der britischen Öffentlichkeit „mit größter Freude“ aufgenommen und die „Quertreiber zum Schweigen bringen“ (Ebenda).

¹³⁶ Ebenda.

¹³⁷ Bericht Dirksens an das AA vom 24. 7. 1939, ADAP D, VI, Nr. 710.

¹³⁸ ADAP D, VI, Nr. 708, Anm. 5. Nach Meinung Dirksens sahen die „Gegner jeder Verständigung mit Deutschland“ die „Gelegenheit gekommen . . ., um durch Verbreitung phantastischer Ideen, die in Deutschland . . . nur Empörung auslösen konnten, jede Möglichkeit einer Entwicklung konstruktiver Tendenz im Keime zu ersticken“ (Dirksen an das AA, 24. 7. 1939, ADAP D, VI, Nr. 708).

¹³⁹ Wohlthat-Protokoll.

Nachdem – offenbar unter dem Einfluß amtlicher Stellen – die „Sunday Times“ den Wohlthat angeblich vorgelegten Plan dementiert hatte, brachten die britischen Morgenblätter außer der „Times“ am 24. Juli „in größter Aufmachung“ angebliche Erklärungen Hudsons über seine Besprechungen mit Wohlthat¹⁴⁰. Hudson distanzierte sich darauf in heftiger Form von den ihm zugeschriebenen Plänen. Wohlthat habe sich an ihn herangedrängt, er aber habe Wohlthat ganz deutlich zu verstehen gegeben, daß England nicht einen Schritt entgegenkomme, bevor Deutschland nicht seiner aggressiven Politik abschwöre¹⁴¹. Die Indiskretion hinsichtlich seines Gesprächs mit Wohlthat sei übrigens nicht von ihm, sondern von der deutschen Botschaft oder von Wohlthat selbst begangen worden¹⁴².

Die Erklärungen Hudsons veranlaßten Botschafter v. Dirksen, bei Sir Horace Wilson und beim Staatssekretär im Foreign Office, O. Sargent, telefonisch darauf hinzuweisen, daß die Initiative zur Unterredung Hudson–Wohlthat nicht von Wohlthat, sondern vom norwegischen Delegierten bei der Walfang-Konferenz ausgegangen sei, daß „weder ein Mitglied der Botschaft noch Wohlthat selbst irgend jemanden“ über sein Gespräch mit Hudson Mitteilung gemacht habe, daß der in den Zeitungen veröffentlichte Bericht Hudsons im Vergleich zu dem ihm von Wohlthat Mitgeteilten „– gelinde gesagt – höchst unrichtig“ sei. Dirksen erklärte dem Staatssekretär, der sich nach dem tatsächlichen Inhalt der Unterredung Hudson–Wohlthat erkundigte, daß die „angebliche Anleihe keine Rolle in der Unterhaltung gespielt“ habe, sondern lediglich über „Erschließung der Weltmärkte, Zusammenarbeit, Preisregulierung und Währungsfragen“ gesprochen worden sei¹⁴³.

Die Erklärungen Hudsons waren bezeichnend „für die psychologische Situation“ in der britischen Öffentlichkeit, „die es maßgeblichen Regierungsleuten . . . offenbar nicht einmal“ gestattete, „auch nur den Anschein eines Verständigungswillens zu zeigen“. Die teilweise übertriebenen Erklärungen Hudsons waren „jedenfalls

¹⁴⁰ Dirksen an das AA, 24. 7. 1939, ADAP D, VI, Nr. 708. Hesse berichtet, nach den zahlreichen Dementis der „angeblichen Unterredung“ Wohlthat-Hudson habe es Hudson „selbst . . . für richtig befunden . . ., der Presse auf Anruf überflüssige Auskünfte zu geben“ (Übersicht Hesses über die englische Presse in der Zeit vom 10.–24. Juli 1939, 24. 7. 1939, Archiv Dirksens 2, Nr. 16). Dirksen zufolge gab der „von geradezu krankhaftem Geltungsbedürfnis geleitete Hudson . . . durch seine Schwatzhaftigkeit kriegshetzerischen Korrespondenten und ihren Hintermännern (gewissen Persönlichkeiten im Foreign Office, Winston Churchill und seinem Sohn Randolph) Gelegenheit“, ihre anti-deutschen Tendenzen „in die Welt zu setzen“ (Dirksen an das AA, 24. 7. 1939, ADAP D, VI, Nr. 708). Vgl. auch Telegramm Dirksens an das AA vom 25. 7. 1939, ADAP D, VI, Nr. 723.

¹⁴¹ Vgl. M. Freund II, S. 408; vgl. auch Vermerk Dirksens über Telefongespräch mit H. Wilson und O. Sargent vom 24. 7. 1939, Archiv Dirksens 2, Nr. 15.

¹⁴² Vgl. Archiv Dirksens 2, Nr. 15.

¹⁴³ Vermerk Dirksens vom 24. 7. 1939, Archiv Dirksens 2, Nr. 15. Vgl. auch Aufzeichnung O. Sargents über Telefongespräch mit Dirksen vom 24. 7. 1939, DBFP III, 6, Nr. 426. Nach einer Aktennotiz Sargents vom 27. Juli (DBFP III, 6, Nr. 467) entsteht der Eindruck, als habe sich Dirksen am 27. Juli noch einmal telefonisch beim Foreign Office über die falschen Meldungen in der Presse beschwert, besonders hinsichtlich der „Sache mit der phantastischen Anleihe“.

nur daraus zu erklären“, daß Hudson befürchtete, „er könnte als Verständigungspolitiker gelten“¹⁴⁴.

Am gleichen Tag sah sich auch Chamberlain auf Anfragen im Unterhaus gezwungen, in brüsker Form von dem Gespräch Wohlthat-Hudson abzurücken. Er dementierte entschieden jeden Anleihevorschlag an Deutschland und betonte, daß Hudson lediglich seine privaten Ansichten geäußert habe¹⁴⁵.

Im Oberhaus stellte Lord Snell Außenminister Halifax die Frage, „wie diese vermutlich vertrauliche Unterredung zwischen einem Mitglied der Regierung Seiner Majestät und einem Vertreter einer anderen Macht in die Presse komme“, und „ob irgendein Regierungsbeamter irgendwie mit den Erkundigungen oder Besprechungen, die stattfanden, befaßt“ gewesen sei. Darauf antwortete Halifax: So weit ihm bekannt sei, nein¹⁴⁶.

Duff Cooper schlug in der Presse vor, „eine Art parlamentarischer Aufsichtsrat hauptsächlich aus den Gegnern jeder Verständigungspolitik“ einzusetzen, der verhindern sollte, daß Chamberlain zu seiner Befriedigungspolitik zurückkehre¹⁴⁷.

V.

Bei den Verbündeten in Paris und Warschau fanden die englischen Presseberichte über das Wohlthat-Hudson-Gespräch starke Beachtung. Sie lösten beim französischen Verbündeten Unruhe aus. Noch am 22. Juli sprach der französische Botschafter in London, Corbin, auf Anweisung aus Paris bei Außenminister Halifax vor¹⁴⁸. Halifax antwortete auf Corbins Frage nach der Richtigkeit der Pressemeldungen ausweichend, er müsse erst Erkundigungen einziehen. Er glaube jedoch nicht, daß die Meldungen wahr seien. Hätte die britische Regierung derartig bedeutungsvolle Projekte ins Auge gefaßt, dann wäre die französische Regierung selbstverständlich konsultiert worden¹⁴⁹. Doch schien Paris erst durch Chamberlains Erklärung vor dem Unterhaus beruhigt zu sein. Voller Genugtuung erklärte die französische Presse am 25. Juli, der „Vorfall sei ein deutsches Manöver“ und „beweise die Hinterlist der Nazi-Politik“; er bestärke die Bündnispartner, „in ihrer neuen Politik festzubleiben“¹⁵⁰.

Der polnische Verbündete ließ sich durch die englischen Presseberichte nicht aus der Ruhe bringen. Beinahe einstimmig äußerte die Warschauer Presse in ihren Kommentaren die Meinung, die ganze Sache sei „ein typisch deutsches Manöver,

¹⁴⁴ Übersicht Hesses über die englische Presse in der Zeit vom 10.–24. Juli 1939, 24. 7. 1939, Archiv Dirksens 2, Nr. 16.

¹⁴⁵ Vgl. Parl. Deb., 5. Serie, House of Commons, Bd. 350, Sp. 1025–1028.

¹⁴⁶ Gilbert/Gott, S. 177.

¹⁴⁷ Übersicht Hesses vom 24. 7. 1939, Archiv Dirksens 2, Nr. 16; vgl. auch Gilbert/Gott, S. 177.

¹⁴⁸ Zur Besorgnis des französischen Verbündeten vgl. auch Bericht des britischen Geschäftsträgers in Paris, Campbell, an Halifax vom 24. 7. 1939, DBFP III, 6, Nr. 423.

¹⁴⁹ DBFP III, 6, Nr. 420.

¹⁵⁰ Bericht Campbells an Halifax vom 25. 7. 1939, DBFP III, 6, Nr. 439.

mit dem Ziel, die Anti-Aggressionsfront zu durchbrechen, ein Bluff, um Alliierte zu trennen, ein Versuch, Verwirrung und Zweifel zu stiften“¹⁵¹.

Die Presse der Achsenländer reagierte auf die englischen Pressemeldungen mit heftigen Angriffen gegen die britische Politik. Die italienische Presse bezeichnete es als „eine groteske britische Illusion, das Reich mit einer Anleihe kaufen zu können“. Die ersten Enthüllungen seien vom Foreign Office der Presse mitgeteilt worden, „um die britische öffentliche Meinung zu alarmieren und Deutschland zu irritieren. Das Ergebnis der ganzen Affäre sei, die öffentliche Meinung gegen jeden Gedanken einer Versöhnung einzunehmen“¹⁵².

Die deutsche Presse nannte Hudsons Friedenspläne phantastisch; sie könnten von der deutschen Regierung nicht ernst genommen werden. Nach Ansicht des „Völkischen Beobachters“ hätten sie die Taktik der britischen Regierung klar zutage treten lassen: Erst lasse man einen „Versuchsballon“ steigen, dann leugne man jedes Wissen von einem solchen Plan, schließlich drücke man seine große Überraschung aus. Diese Taktik zeige, „was die britische Regierung unter Frieden und Zusammenarbeit verstehe“¹⁵³.

Nicht nur in Paris und Warschau, Rom und Berlin erregten die Nachrichten von einem deutsch-englischen Friedensplan Aufsehen. Sie müssen auch in Moskau Beachtung gefunden haben. Denn es ist auffällig, daß am 22. Juli die gesamte Sowjetpresse die Mitteilung brachte: „In diesen Tagen sind sowjetisch-deutsche Verhandlungen über Handel und Kredit wieder aufgenommen worden.“ Der Zeitpunkt der Pressemeldung läßt einen Zusammenhang mit den inoffiziellen deutsch-englischen Gesprächen vermuten¹⁵⁴.

In der Tat wurden auf russische Initiative die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsgespräche am 22. Juli 1939 wiederaufgenommen, die schließlich zu dem für alle Welt überraschenden deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 führten. Fast gleichzeitig, am 24. Juli, brachte Molotow auch die seit Wochen festgefahrenen Verhandlungen mit den Westmächten durch geringfügige Konzessionen wieder in Gang.

Es ist gesagt worden, daß sich Moskau angesichts der Gespräche, die Wohlthat

¹⁵¹ Bericht des brit. Botschafters in Warschau, Norton, an Halifax vom 25. 7. 1939, DBFP III, 6, Nr. 442.

¹⁵² Bericht des brit. Botschafters in Rom, Lorraine, an Halifax vom 24. 7. 1939, DBFP III, 6, Nr. 425.

¹⁵³ Bericht des brit. Botschafters in Berlin, Henderson, an Halifax vom 24. 7. 1939, DBFP III, 6, Nr. 440.

¹⁵⁴ Telegramm Schulenburgs an das AA vom 22. 7. 1939, ADAP D, VI, Nr. 699. Nach Walther Hofer war die Meldung deshalb auffällig, weil sie durch den Gang der Verhandlungen, die nie abgebrochen worden seien, keineswegs motiviert war (W. Hofer, Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges [Handbuch der deutschen Geschichte, begr. von O. Brandt, neu hrsg. von L. Just, Bd. 4, 4. Abschnitt], 1959, S. 183). Nun war es aber tatsächlich so, daß die deutsch-russischen Wirtschaftsgespräche seit Wochen in eine Sackgasse geraten und damit zum Stillstand gekommen waren. Auffällig ist die Pressemeldung u. E. nur wegen ihres Zeitpunktes, der einen Zusammenhang mit den Wohlthat-Gesprächen vermuten läßt.

im Juni/Juli 1939 mit britischen Regierungsvertretern geführt hat, zu diesem diplomatischen Doppelspiel gezwungen gefühlt haben müsse. Das Schreckgespenst eines möglichen deutsch-britischen Ausgleichs habe den Sowjets vor Augen gestanden. Moskau habe geglaubt, „in der Nachgiebigkeit der Westmächte eine Ermutigung zum Vorgehen gegen den Bolschewismus zu sehen“, voll Schrecken habe man gefürchtet, einem deutschen Angriff „in voller Isolierung“ ausgesetzt zu werden¹⁵⁶.

Die Sowjets haben nach dem Kriege immer wieder betont und in Dokumenten und Abhandlungen zu beweisen versucht, daß die „zweigleisige Außenpolitik“ der britischen Regierung, „die Hinterhältigkeit der britischen Politik“, die einerseits „mit der Sowjetunion über ein Bündnis verhandele und andererseits einen Ausgleich mit Hitler-Deutschland auf breiter Basis anstrebte“¹⁵⁶, zur „Intensivierung der Annäherungspolitik der Sowjetunion an Deutschland“ um der eigenen Rettung willen beigetragen und die Sowjetunion zum schließlichen Vertrag mit Hitler getrieben habe¹⁵⁷.

¹⁵⁶ M. Braubach, *Hitlers Weg zur Verständigung mit Rußland*, Bonn 1960, S. 8.

¹⁵⁶ H. Schützer, Die politischen Verhandlungen der Sowjetunion mit Großbritannien und Frankreich im Frühjahr und Sommer 1939, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 7 (1949), S. 1741.

¹⁵⁷ K. D. Erdmann, Die britischen und deutschen Dokumente des Jahres 1939, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 6 (1955), S. 711. Als Beweis „für die zweideutige Politik der britischen Imperialisten am Vorabend des zweiten Weltkrieges“ veröffentlichten die Sowjets 1949 „Dokumente und Materialien“ aus dem Archiv des früheren deutschen Botschafters in London, H. v. Dirksen (Dirksens Berichte und Aufzeichnungen aus seiner Londoner Botschaftertätigkeit waren 1945 von den Russen auf seinem Gut Gröditzberg erbeutet worden). Das sog. Archiv Dirksens kam der – oben dargelegten – These der Sowjets sehr entgegen. Offensichtlich bemühte sich Dirksen in seiner Berichterstattung über die Gespräche Wohlthats – hier hat W. Hofer schon richtig gesehen –, „die für die deutsche Zielsetzung günstigen Aspekte“ einer deutsch-englischen Zusammenarbeit herauszustreichen (vgl. Hofer, *Diktatur Hitlers*, S. 185) und Ribbentrop „eine möglichst bedeutende Darstellung davon zu geben, was Sir Horace Wilson für diskutierbar hielt“ (Wohlthat-Aufzeichnung), um die deutsche Führung für offizielle deutsch-englische Gespräche und Verhandlungen zu gewinnen (vgl. Hofer, *Diktatur Hitlers*, S. 185. Hofer meint – stark übertrieben – sogar, daß die Berichterstattung Dirksens über die Besprechungen Wohlthats „offensichtlich stark entstellt“ sei. Vgl. W. Hofer, *Die Entfesselung des zweiten Weltkrieges*, Stuttgart 1955, Anm. 19, S. 25). Vor allem – was entscheidender war – wies Dirksen in seinen Berichten und Aufzeichnungen immer wieder darauf hin, wie sehr die britische Regierung an Verhandlungen und an einem Ausgleich mit Deutschland interessiert sei, daß die britische Regierung ihre Paktverhandlungen mit der Sowjetunion nur als „Behelfsmittel“ betrachte, „die hinfällig werden, wenn das allein wichtige und erstrebenswerte Ziel der Einigung mit Deutschland einmal wirklich erreicht“ sei (so Dirksen am 3. 8. 1939 an das AA, Archiv Dirksens 2, Nr. 24), daß London an den Verhandlungen mit Moskau „kein großes Interesse“ habe (so Dirksen am 1. 8. 1939 an das AA, Archiv Dirksens 2, Nr. 22). Die Sowjets konnten so unter Hinweis auf das Archiv Dirksens mit einem Anschein von Berechtigung von einer „doppelzünglerischen und hinterhältigen britischen Politik“ sprechen, deren Ziel einzig und allein eine Einigung mit Deutschland gewesen sei; sie konnten so das Archiv Dirksens im Zeichen des „Kalten Krieges“ politisch „ausschlachten“ (Hofer weist auf die „politisch-propagandistische“ Bedeutung des „Wohlthat-Intermezzos“ im west-östlichen Nachkriegsgegensatz, in der Pro-

Natürlich registrierte man auf russischer Seite sorgfältig alle deutsch-britischen Annäherungsversuche. Aber die Sowjets waren doch zu sehr Kenner der britischen und deutschen Politik und der deutsch-englischen Beziehungen. Sie wußten, daß die britische Regierung einen erneuten Rückfall in die so schmachvoll gescheiterte „Befriedungspolitik“ gegenüber der nun überwiegend deutsch-feindlich gesinnten Öffentlichkeit kaum würde durchsetzen können, daß Hitler auf der anderen Seite – zumindest solange ein Bündnis England–Frankreich–Rußland nicht zustande kam – unbeirrbar und unaufhaltsam seine Ziele und Pläne im Osten verfolgte und sie unter allen Umständen verwirklichen wollte. Sie würde sich daher in der Gestaltung und Zielsetzung der eigenen Politik durch die inoffiziellen, mehr privaten Gespräche Wohlthats kaum entscheidend beeinflussen lassen.

Wenn wir auch angesichts des Fehlens jeglicher sowjetischen Dokumente in dieser Frage nur Vermutungen äußern können, so ist es doch sicher falsch, und es fehlt auch jede Grundlage dafür, die Gespräche Wohlthats vom Juni/Juli 1939 als entscheidenden Faktor für die sowjetische Annäherungspolitik an Deutschland anzusehen.

Es ist hier nicht unsere Aufgabe, die tatsächlichen Gründe für die sowjetische Politik der Annäherung an Deutschland zu untersuchen. Nur eines sei gesagt: An der Klugheit und Geschicklichkeit der sowjetischen Diplomatie und Politik war schon damals nicht zu zweifeln. Die Politik der Sowjets, ebenso maßlos, willkürlich und imperialistisch wie die Hitlers, ließ sich in ihren Entscheidungen nur von dem Gedanken des Vorteils und Gewinns leiten. In dem monatelangen, über Krieg oder Frieden entscheidenden Doppelspiel Moskaus mit Deutschland einerseits und den Westmächten andererseits, das zu den erregendsten Kapiteln in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges gehört, ging es für die Sowjets vor allem darum, die eigenen Pläne um jeden Preis zu verwirklichen, in erster Linie Deutschland mit England und Frankreich zu verfeinden und möglichst große territoriale Gewinne zu erzielen. Die entscheidende Frage für Rußland war: Was würde die Schaffung der „Friedensfront“ bewirken? Vielleicht ein Einlenken Hitlers und möglicherweise eine „Belohnung“ des deutschen Diktators durch England? Das hätte bedeutet, daß Rußland keinen Gewinn davontragen würde. Die Sowjetrussen entschieden sich für einen Pakt mit Deutschland, weil er ihren Zielen und Wünschen am ehesten entsprach, weil er ihnen den größten Gewinn versprach.

VI.

Die Bemühungen Wohlthats um Verhandlungen zwischen der deutschen und britischen Regierung waren mit dem Erscheinen der Pressemeldungen und der darauf einsetzenden Reaktion der internationalen Presse, vor allem aber mit den Erklärungen Chamberlains und Hudsons wenn auch nicht gescheitert, so doch außerordentlich erschwert. Wohlthats Bericht mußte der deutschen Führung nach

paganda im „Kalten Krieg“ hin, die praktisch größer gewesen sei als die „diplomatisch-historische“ Bedeutung. Vgl. Hofer, Diktatur Hitlers, S. 182).

Chamberlains und Hudsons Erklärungen unglaublich erscheinen und konnte, abgesehen von anderen, letztlich entscheidenden Umständen (auf die wir noch zu sprechen kommen), nicht die von den Engländern gewünschte Wirkung haben.

Es gab auf deutscher Seite jemanden, der in besonderem Maße bemüht war, die begonnenen Gespräche fortzusetzen und offizielle deutsch-englische Gespräche oder Verhandlungen herbeizuführen: Herbert v. Dirksen, der deutsche Botschafter in London. Trotz aller Pressemeldungen und der Erklärungen Chamberlains und Hudsons war er unermüdlich bestrebt, Berlin von der Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit der britischen Verhandlungsbereitschaft zu überzeugen. Dirksen äußerte in einem Bericht an Weizsäcker die Meinung, daß die wirklich bedeutenden Besprechungen Wohlthats mit Wilson der Öffentlichkeit noch nicht bekannt seien und sich so die Möglichkeit ergebe, die begonnenen Gespräche fortzusetzen¹⁵⁸.

Am 24. Juli 1939 berichtete Dirksen zum ersten Mal offiziell an das Auswärtige Amt über die Unterredungen Wohlthats mit Wilson und Hudson. Er betonte, daß die britische Regierung immer noch zu dem Wohlthat gegenüber dargelegten Programm der Verständigung mit Deutschland bereit sei. Eine Einigung mit Deutschland sei „immer noch das wünschenswerteste, höchste Ziel“ der britischen Politik, wenn es auch angesichts der Hetze in der englischen Presse und der „Einkreisung“ unglaubwürdig erscheinen möge¹⁵⁹. Wie sehr die britische Regierung an Verhandlungen mit Deutschland interessiert sei, so führte Dirksen aus, komme in einem Gespräch des Labour-Politikers Charles R. Buxton mit dem deutschen Botschaftsrat Theo Kordt zum Ausdruck, in dem Buxton – wie Kordt in einer Anlage zu Dirksens Bericht darlegte – weitgehende, noch über Hudsons und Wilsons Vorschläge hinausgehende Zugeständnisse gemacht habe¹⁶⁰.

Ribbentrop schien den Berichten Dirksens keinen Wert beizumessen, ja sie nicht einmal des Lesens wert zu erachten. Er ist wohl überhaupt erst durch Wohlthats „Vermerk“, den Göring schließlich an ihn weitergeleitet hatte, aufmerksam geworden. Am 31. Juli forderte er in leicht gereiztem Ton von Dirksen einen Bericht

¹⁵⁸ Bericht vom 25. 7. 1939, ADAP D, VI, Nr. 723.

¹⁵⁹ Bericht Dirksens an das AA vom 24. 7. 1939, ADAP D, VI, Nr. 746.

¹⁶⁰ Das Gespräch Buxton-Kordt fand am 29. 7. 1939 statt; Kordt übersandte eine Aufzeichnung der Unterredung als Anlage zu Dirksens Bericht vom 1. 8. 1939, Archiv Dirksens 2, Nr. 22. – Ch. R. Buxton arbeitete in dem Gespräch mit Kordt einen großzügigen und weitgehenden Plan deutsch-englischer Zusammenarbeit aus, den Gilbert/Gott (S. 178) bringen. Buxton erklärte, daß „er weder für die Labour-Party noch für die Regierung spreche“, doch glaubte Kordt, daß Buxton den Plan von Wilson hatte. Gilbert/Gott, S. 178 f., bezeichnen es als „genialen Einfall“ der britischen Regierung, „mit den Deutschen über den außenpolitischen Fachmann der Opposition zu verhandeln“. Die tschechische Historikerin A. Teichova bezeichnet das Gespräch Buxton-Kordt übertrieben als ein „Super-München“. Buxtons Angebot, daß England bei einem Ausgleich mit Deutschland auf Paktverhandlungen mit der Sowjetunion verzichte, sei kennzeichnend für die britische Politik und die Einstellung der britischen Regierung zu den Moskauer Verhandlungen (A. Teichova, Die geheimen britisch-deutschen Ausgleichsversuche am Vorabend des zweiten Weltkrieges, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 7 [1959], S. 779). Es scheint doch sehr zweifelhaft, ob Buxton im Auftrag der britischen Regierung handelte und ob sein Plan von Wilson stammte.

an „über den Inhalt der politischen Besprechungen, die Wohlthat beim letzten Aufenthalt in London geführt hat“¹⁶¹. Der Außenminister versuchte auch über seinen Verbindungsmann in London, den Vertreter des Deutschen Nachrichten-Büros und Pressebeirat an der deutschen Botschaft, Fritz Hesse¹⁶², weitere Einzelheiten über die Gespräche Wohlthats in Erfahrung zu bringen. Er bat Hesse, nach Berlin zu kommen¹⁶³.

Dirksen antwortete noch am selben Tage. Man glaubt eine leichte Empörung durchzuhören. Er verwies auf seine Berichte vom 24. und 25. Juli und legte noch einmal die Motive dar, warum die britische Regierung einen Ausgleich mit Deutschland ins Auge fasse¹⁶⁴.

Am selben Tag noch, neun Stunden nach Ribbentrops Telegramm, erbat Weizsäcker von Dirksen einen weiteren Bericht über den Inhalt der Unterredungen Wohlthats und eine Stellungnahme dazu, warum Wohlthat seinen Gesprächspartnern nicht die Frage gestellt habe, „ob das Angebot unter gleichzeitiger Aufgabe der Einkreisungspolitik, besonders der Verhandlungen mit Moskau gemacht worden sei“¹⁶⁵.

In seiner Antwort vom 1. August erklärte Dirksen, Wohlthat habe sich rezeptiv verhalten und die „Frage der Einkreisungsverhandlungen nicht angeschnitten“. Noch einmal führte Dirksen die Gründe dafür an, warum führende Persönlichkeiten der britischen Regierung einen Ausgleich mit Deutschland erstrebten. Er betonte, daß man in London an den Verhandlungen mit Moskau kein großes Interesse habe¹⁶⁶.

Am 3. August 1939 führte Dirksen eine zweistündige, sehr bedeutsame Unterredung mit Sir Horace Wilson¹⁶⁷.

Über dieses Gespräch besitzen wir einen Bericht Dirksens¹⁶⁸ und eine Aufzeichnung Wilsons¹⁶⁹, die uns auch diesmal erlauben, Verlauf und Inhalt des Gespräches nachzuzeichnen.

In der Unterredung ging es vor allem um das Programm, das Wohlthat mit Dirksen vor seiner Abreise erörtert hatte und das Dirksen nun Wilson zur Bestätigung unterbreitete. Wilson bestätigte und akzeptierte das Programm, er sah es als eine diskutierbare Verhandlungsgrundlage an¹⁷⁰. Wilsons Aufzeichnung enthält

¹⁶¹ Telegramm Ribbentrops an Dirksen vom 31. 7. 1939, ADAP D, VI, Nr. 748.

¹⁶² F. Hesse war von 1935–1939 Vertreter des Deutschen Nachrichten-Büros in England und Pressebeirat der deutschen Botschaft in London; seit 1939 gehörte er als „England-spezialist“ bis 1945 zur Umgebung Ribbentrops.

¹⁶³ Gilbert/Gott, S. 177.

¹⁶⁴ Bericht Dirksens an das AA vom 31. 7. 1939, ADAP D, VI, Nr. 746.

¹⁶⁵ Weizsäcker an Dirksen, 31. 7. 1939, ebenda, Nr. 748.

¹⁶⁶ ADAP D, VI, Nr. 752.

¹⁶⁷ Archiv Dirksens 2, Nr. 24; DBFP III, 6, Nr. 533.

¹⁶⁸ Bericht Dirksens über seine Unterredung mit Wilson an das AA vom 3. 8. 1939, Archiv Dirksens 2, Nr. 24.

¹⁶⁹ Aufzeichnung Wilsons über sein Gespräch mit Dirksen vom 3. 8. 1939, DBFP III, 6, Nr. 533.

¹⁷⁰ Wohlthat-Protokoll; Wohlthat-Aufzeichnung. Gilbert/Gott, S. 179, schreiben einfach:

nichts über das Verhandlungsprogramm, Wilson gibt nur an, daß er sich streng an die Linie der Reden von Chamberlain und Halifax gehalten habe. Dirksens Bericht dagegen bestätigt alle Punkte des von Wohlthat in seinem „Vermerk“ dargelegten Programms. Starke Betonung legt Dirksen auf die Bereitschaft der britischen Regierung zu Verhandlungen mit Deutschland über das Programm, was wohl aus den schon erwähnten Gründen geschah¹⁷¹.

Breiten Raum nahm die Erörterung der Frage ein, wie die Gespräche fortgesetzt und in ein greifbares, offizielles Stadium überführt werden könnten, wer die Initiative zu den Verhandlungen ergreifen sollte, wie der Bericht Wohlthats in Berlin aufgenommen worden sei und welche Schritte Hitler nun plane.

Nach Ansicht Wilsons hatte Hitler als erster öffentlich die Initiative zu Verhandlungen zu ergreifen. Die englische Vorleistung liege in der Bereitschaft, über alle deutschen Forderungen zu sprechen. Hitler könne die Initiative eher ergreifen als die britische Regierung, weil er keine Opposition zu fürchten habe. Hitler allein könne den „circulus vitiosus“, in dem sich die Beziehungen beider Länder befänden, durchbrechen¹⁷². Wilson meinte – laut Dirksen –, daß es für die englische Seite eine große Enttäuschung bedeute, „wenn der Faden der Gespräche nicht weitergesponnen würde“. Eine Fortsetzung der Gespräche sei trotz der Indiskretion Hudsons möglich, man könne sich in der Schweiz treffen¹⁷³. Am Ende seiner Ausführungen stellte Wilson folgende präzise Fragen: Welche Instruktionen habe der Führer bezüglich der weiteren Behandlung des von Wohlthat erstatteten Berichts gegeben, welche Vorstellungen habe die deutsche Regierung „hinsichtlich des nächsten, jetzt zu ergreifenden Schrittes“? Werde es „dem Führer möglich sein, die Ereignisse in den nächsten Wochen, so weit es an ihm liegt, so zu bestimmen, daß sie keine Verschärfung der Lage herbeiführen“? Wodurch könne der „Führer“, vorausgesetzt, daß das Verhandlungsprogramm ausgearbeitet ist, seinen Entschluß kundtun, die Initiative zu ergreifen, „um eine Atmosphäre zu schaffen, in der das Verhandlungsprogramm mit Aussicht auf Erfolg erörtert werden könnte“¹⁷⁴?

Dirksen war offensichtlich bemüht, bei Wilson den Eindruck zu erwecken, als sei die deutsche Führung an Verhandlungen interessiert. Möglicherweise glaubte Dirksen auch selber daran. Er erklärte Wilson, die Anfragen Ribbentrops zeigten, „daß Wohlthats Informationen beachtliches Interesse hervorgerufen hätten“. Er halte es „für unzweifelhaft, daß das Interesse von Hitler geteilt würde. Er erwarte Instruktionen mit der Wirkung, daß Kordt nach Berlin kommen sollte“. Er selbst werde demnächst nach Berlin fliegen¹⁷⁵. Dirksen betonte jedoch, unter den gege-

Wilson und Dirksen besprachen „zwei Stunden lang das Programm, das Wilson Wohlthat vorgelegt hatte“.

¹⁷¹ Vgl. Anm. 157.

¹⁷² DBFP III, 6, Nr. 533.

¹⁷³ Archiv Dirksens 2, Nr. 24. Nach Wohlthat teilte ihm Sir Horace mit, daß er „jederzeit“ bereit sei, die Gespräche fortzusetzen, „wenn es von deutscher Seite gewünscht wurde, auch in einem neutralen Lande, z. B. der Schweiz“ (Wohlthat-Aufzeichnung).

¹⁷⁴ DBFP III, 6, Nr. 533; vgl. auch Archiv Dirksens 2, Nr. 24.

¹⁷⁵ Archiv Dirksens 2, Nr. 24.

benen Umständen könne er keine Erklärung der von den Engländern erwarteten Art abgeben, da die britische Regierung gegenüber Deutschland eine Politik der Einkreisung verfolgte.

Darauf wies Wilson noch einmal nachdrücklich auf den rein defensiven Charakter der Bündnisverträge hin. Alle Verträge würden wirkungslos, wenn die deutsche Regierung ihre aggressive Politik aufbebe¹⁷⁶.

VII.

Als Dirksen in seinem Bericht vom 5. August an das Auswärtige Amt abschließend bemerkte, daß die englische Seite das ihm gegenüber bestätigte Verhandlungsprogramm Wohlthats als „offiziellen Fühler“ ansehe, auf den nun eine deutsche Antwort erwartet werde¹⁷⁷, ahnte er nicht, daß diese Antwort in Berlin nicht mehr erwogen wurde, daß alle seine Berichte gegenstandslos geworden waren. Schon Wohlthats Bericht mit der abschließenden Bitte um eine Instruktion, „ob und in welcher Form“ er Sir Horace Wilson „eine Antwort erteilen“ könnte, war von der deutschen Führung „mehr als allgemeines Stimmungsbild betrachtet worden“¹⁷⁸ und hatte bei ihr keine Beachtung gefunden. Denn die Voraussetzung, unter der sich die britische Regierung zu Verhandlungen mit Deutschland bereit fand, war erkannt: Verzicht auf eine gewaltsame Lösung der polnischen Frage. Das wollte man nicht und zählte nun auf die Wirkung des angestrebten deutsch-russischen Paktes.

Es ist überhaupt nicht sicher, ob Wohlthats Bericht Hitler vorgelegen hat. Wir können in dieser Frage nur Vermutungen äußern¹⁷⁹. Gritzbach hatte etwa acht Tage vor dem Einmarsch in Polen ein Gespräch mit Göring, in dem ihm dieser „in deprimierter Stimmung“ sagte, daß Hitler seine „wiederholten warnenden Vorstellungen“, England werde sich im Falle eines kriegerischen Konflikts mit Polen keinesfalls neutral verhalten, „scharf“ zurückgewiesen habe¹⁸⁰. Mit diesen „wiederholten Vorstellungen“ könnte gemeint sein, daß Göring verschiedene Male mit dem Bericht Wohlthats bei Hitler gewesen ist, was auch bestätigt würde durch die Aussage Wohlthats, sein „Vermerk“ sei „Anlaß und Grundlage von drei Vorstellungen Görings bei dem Führer“ gewesen¹⁸¹. Eine derartige Deutung des Wortes „Vorstellungen“ erscheint uns bei Betrachtung von Görings Charakter doch ein wenig ungläubwürdig. Denkbar erscheint, daß Göring Hitler vielleicht einige Male – aber auch nur in schwacher Form – zu bedenken gegeben hat, England werde im Falle eines deutsch-polnischen Konflikts nicht neutral bleiben, und daß

¹⁷⁶ Ebenda.

¹⁷⁷ Ebenda. Vgl. auch Wohlthat-Aufzeichnung.

¹⁷⁸ Wohlthat an Dirksen, 25. 8. 1939, Archiv Dirksens 2, Nr. 28.

¹⁷⁹ Auch Dr. Gritzbach kann uns keine sichere Auskunft geben. Er war seit 1957 „unerwünschte Person“ in der Reichskanzlei und begleitete Göring seitdem nicht mehr zu Kabinettsitzungen oder zum Vortrag in die Reichskanzlei; von Anfang bis Mitte August war er zudem in Urlaub (Briefliche Mitteilung Gritzbachs).

¹⁸⁰ Briefliche Mitteilung Gritzbachs.

¹⁸¹ Wohlthat-Aufzeichnung.

er dabei auf den Bericht Wohlthats hinwies, daß er dann vielleicht versucht hat, den Bericht Hitler vorzulegen, daß dieser ihn aber gar nicht des Lesens wert erachtete und ihn sozusagen vom Tisch fegte¹⁸².

Hitler hatte sich zu diesem Zeitpunkt schon für eine Verständigung mit Rußland entschieden. Lange hatte er geschwankt, nachdem er überhaupt erst seit der Ablehnung seiner Vorschläge an Polen eine Annäherung an Rußland ins Auge gefaßt hatte. Doch dann hatte er sich Mitte Juli, als nach einer Unterhausrede Chamberlains vom 10. Juli 1939¹⁸³ klar wurde, daß mit einem Nachgeben Englands in der Danziger Frage nicht mehr zu rechnen war, entschlossen, unter allen Umständen eine Verständigung mit der Sowjetunion herbeizuführen. „Deutschland segelte, als Wohlthats Bericht Hitler erreichte, mit vollem Wind gen Osten.“¹⁸⁴

Die deutsche Diplomatie war denn auch inzwischen gegenüber der Sowjetunion sehr aktiv geworden.

Am 22. Juli 1939 hatten die Sowjets die Wirtschaftsbesprechungen mit Deutschland durch Gespräche zwischen dem Leiter der sowjetischen Handelsmission in Berlin, Babarin, und dem Leiter des Ost-Europa-Referats im Auswärtigen Amt, Legationsrat J. Schnurre, wieder eröffnet¹⁸⁵. Am selben Tage hatte der deutsche Botschafter in Moskau, Graf v. der Schulenburg, von Staatssekretär Weizsäcker Anweisung erhalten, „ohne irgendwie zu drängen, Faden weiterzuspinnen und Unterhaltungen hierfür auszunutzen“¹⁸⁶. Am 25. Juli hatte Ribbentrop auf die Nachricht hin, daß Frankreich und England die Absicht hätten, Militärmissionen nach Moskau zu entsenden und ein Abschluß zwischen den Westmächten und Rußland zu befürchten war, angeordnet, die Verhandlungen mit den Sowjets „auf breitmöglichster Basis und mit dem größten Tempo“ zu forcieren¹⁸⁷. Am 27. Juli hatte Schnurre auf Anweisung Ribbentrops dem russischen Geschäftsträger in Berlin, Astachow, und Babarin erklärt, ein Ausgleich der beiderseitigen Interessen „unter Berücksichtigung der lebenswichtigen russischen Fragen“ könne erreicht werden. Die deutsche Politik sei in erster Linie gegen England gerichtet¹⁸⁸. Am 29. Juli hatte Weizsäcker Schulenburg angewiesen, „bei Heraustreten Molotows aus der Reserve Schritt weiterzugehen und Schnurres Darlegungen zu konkretisieren, besonders in der polnischen Frage“, aber auch in der Balkanfrage, weiter „Respektierung lebenswichtiger sowjetischer Ostseeinteressen“ kundzutun¹⁸⁹. Am Abend des 2. August hatte Ribbentrop ein Gespräch mit dem russischen Geschäftsträger Astachow geführt, in dem er neue Zusicherungen machte und betonte, es

¹⁸² Vgl. H. v. Dirksen, *Moskau Tokio London, Erinnerungen und Betrachtungen zu 20 Jahren deutscher Außenpolitik 1919–1939*, Stuttgart 1949, S. 255.

¹⁸³ Brit. Blaubuch, Nr. 55.

¹⁸⁴ Craig/Gilbert, *The Diplomats 1919–1939*, Princeton 1953, S. 507.

¹⁸⁵ Telegramm Weizsäckers an den deutschen Botschafter in Moskau vom 22. 7. 1939, ADAP D, VI, Nr. 700.

¹⁸⁶ Ebenda.

¹⁸⁷ ADAP D, VI, Nr. 720.

¹⁸⁸ Aufzeichnung Schnurres vom 27. 7. 1939, ADAP D, Nr. 729.

¹⁸⁹ ADAP D, VI, Nr. 756.

käme nun ganz auf Moskau an¹⁹⁰. Am 3. August, am selben Tage, an dem Dirksen in London das Gespräch mit Wilson führte und über den Inhalt seiner Unterredung an das Auswärtige Amt berichtete, gab Ribbentrop Schulenburg Anweisung, die deutsch-sowjetischen Gespräche voranzutreiben und konkrete Verhandlungen herbeizuführen¹⁹¹.

Zu dem Zeitpunkt, als Wohlthats „Vermerk“ Ribbentrop, vielleicht auch Hitler vor Augen kam, erst recht als Dirksens Berichte, besonders der vom 3. August, in der Wilhelmstraße eintrafen, hatte sich also die deutsche Führung schon gegen England zugunsten der Sowjetunion entschieden, war jede Chance, doch noch zu Verhandlungen mit England zu gelangen, ausgeschlossen. Es erscheint uns kaum glaubhaft, daß – wie die amerikanischen Historiker Craig und Gilbert meinen – das Chamberlain-Wilson-Angebot noch einmal die ganze Frage der deutschen Außenpolitik, wenn auch nur für kurze Zeit, bei den verantwortlichen Männern in Berlin aufgeworfen hat¹⁹².

Abgesehen von der – natürlich – entscheidenden Tatsache, daß eine Erörterung der britischen Vorschläge bei der Überzeugung Hitlers, England werde auf keinen Fall bei einem deutschen Angriff auf Polen seinen Verpflichtungen nachkommen, und bei dem einmal getroffenen Entschluß, seine Pläne durch einen Ausgleich mit der Sowjetunion zu verwirklichen, gegenstandslos geworden war, zeigte Hitler

¹⁹⁰ Ebenda, Nr. 755.

¹⁹¹ Ebenda, Nr. 758.

¹⁹² Craig und Gilbert stützen sich wahrscheinlich auf die uns unglaublich erscheinende Darstellung Fritz Hesses über die Aufnahme des englischen „Angebots“ bei Hitler und Ribbentrop (Spiel um Deutschland, S. 183 ff.). Danach hat sich Hitler über Hesses Mitteilung von dem Wilson-„Angebot“ außerordentlich gefreut und sie als die „großartigste Nachricht“ bezeichnet, die er seit Jahren bekommen habe. Hitler habe die Vorteile einer Verständigung mit England eingesehen, dann wieder Mißtrauen gezeigt, daß England ihn nur von der polnischen Frage abbringen wolle, und sofort „handfeste Garantien“ verlangt. Schließlich habe der Bericht Dirksens über sein Gespräch mit Wilson vom 3. 8. 1939 auf Ribbentrop „wie eine kalte Dusche gewirkt“, da er „an den wesentlichen Punkten der Wilsonschen Konzeption vorbeiredete“. Ribbentrop sei es am Ende gelungen, Hitler für eine Verständigung mit England zu gewinnen. Da sei am 12. August die Nachricht eingetroffen, daß die Sowjetunion einem Abschluß mit Deutschland zustimme. Hitler habe nun geglaubt, den „englischen Bluff“ durch einen deutsch-russischen Pakt „überbluffen“ zu können; er habe fest damit gerechnet, England werde Polen nun mit Sicherheit fallenlassen. Am 14. August habe Ribbentrop Hesse erklärt, Hitler könne auf Chamberlains Angebot leider nicht eingehen, er habe „etwas ganz anderes vor“. Allerdings wolle man den britischen Vorschlag nicht ad acta legen, sondern ihn „wieder aufgreifen, wenn es an der Zeit sei“. Auf keinen Fall wolle man mit Polen in einen kriegerischen Konflikt geraten. – Nach H. Krausnick, *Legenden um Hitlers Außenpolitik*, a. a. O., S. 231, erscheint Hitlers freudige Reaktion auf Hesses „großartige Meldung“ aus London, „im Sinne seiner Verkennung der englischen Haltung verstanden“, nicht unglaublich. Ribbentrops angebliche Zusage, den englischen Vorschlag zu gegebener Zeit „wieder aufzugreifen“, ließe sich durchaus mit der im Halder-Tagebuch festgehaltenen Äußerung Hitlers vereinbaren: „Den Engländern angedeutet, daß er nach Erledigung der polnischen Frage nochmals mit einem Angebot an England herangehen wird“ (Halder, *Kriegstagebuch*, Bd. I: Vom Polenfeldzug bis zum Ende der Westoffensive, bearb. von H.-A. Jacobsen, Stuttgart 1962, S. 11).

sich auch wirtschaftspolitischen Überlegungen unzugänglich. Es ist bezeichnend, wenn Wohlthat in dem Gespräch mit Hudson bedauernd feststellte, „daß wirtschaftliche Überlegungen in den Überlegungen des Führers eine sehr geringe Rolle“ spielten¹⁹³. Hitler interessierte erst in zweiter Linie die „schwierige wirtschaftliche und finanzielle Lage des Reiches“¹⁹⁴. Er suchte nicht nach wirtschaftspolitischen Lösungen, sondern nur nach militärischen. W. Hofer meint mit Recht, aus „Mein Kampf“ und den „Führeransprachen“ werde deutlich, daß eine wirtschaftspolitische Lösung der „Deutschen Frage“ für Hitler nicht in Frage gekommen sei. Sie widerstrebe „seinem Wesen und seiner politischen Weltanschauung“. Eine „Preisgabe politischer oder militärischer Ziele um wirtschaftlicher oder finanzieller Vorteile willen“ lehnte er ab. Es widersprach seiner politischen Konzeption. Das britische „Angebot“ muß ihm fast wie ein „Bestechungsversuch“ vorgekommen sein¹⁹⁵.

So blieben denn alle Hoffnungen und Bemühungen der um einen Ausgleich mit England bemühten Kreise vergebens. Dirksen, der bis zum Schluß wohl davon überzeugt war, daß eine deutsche Antwort auf die englischen Vorschläge die Lage entspannen und retten könnte, beschloß endlich, da er keine Instruktionen erhielt und auch keine Aufforderung, sich zur Berichterstattung nach Berlin zu begeben, in die deutsche Hauptstadt zu fliegen, um den britischen Vorschlägen Nachdruck zu verleihen, – vielleicht im Zusammengehen mit Wohlthat. Am 14. August traf Dirksen in Berlin ein. Er erkundigte sich bei Weizsäcker nach der Aufnahme seiner Berichte und des „Vermerks“ von Wohlthat. Weizsäcker „zuckte mit den Schultern und machte eine Geste, als wolle er etwas vom Tisch fegen“¹⁹⁶. Die Berichte über die Wilson-Hudson-Gespräche waren also in den Papierkorb gewandert, waren gar nicht beachtet worden. Weizsäcker erklärte Dirksen, daß die englischen Vorschläge als weiteres Zeichen englischer Schwäche ausgelegt worden seien, als weiteres Anzeichen dafür, daß England bei einem deutsch-polnischen Konflikt nicht eingreifen werde¹⁹⁷. Diese Annahme Hitlers und auch Ribbentrops, England werde

¹⁹³ Protokoll Hudsons vom 20. 7. 1939, DBFP III, 6, Nr. 370.

¹⁹⁴ Hofer, Diktatur Hitlers, S. 184.

¹⁹⁵ Ebenda, S. 185.

¹⁹⁶ H. v. Dirksen, Moskau Tokio London, S. 255. Namier, Europe in decay, S. 228, schreibt: „Thus Chamberlain's last attempt at appeasement met with a contemptuous rebuff from Berlin: they showed not the least interest in it.“

¹⁹⁷ Dieser Sachverhalt wird eindrucksvoll durch folgende Tagebuch-Eintragungen Halders über Ausführungen Hitlers bei einer Besprechung auf dem Obersalzberg am 14. August belegt: „England hat zu verlieren . . . England überlastet mit Verantwortung in allen Erdteilen . . . England und Frankreich allein müssen die Last auf sich nehmen . . . Ausmaß der britischen Aufrüstung . . . Noch nicht zur Auswertung gekommen: Maritime Rüstung; Programm noch nicht angelaufen . . . Im ganzen also im Entwicklungsstadium . . . Kein Zwang zum Kriege . . . Die Köpfe von München werden das Risiko nicht auf sich nehmen. Weltweites Risiko . . . Innerlich nicht ehrlich gemeint: Wäre England entschlossen, so hätte es Polen Geld gegeben. Der Engländer steckt kein Geld mehr in das verlorene Geschäft . . . Dafür, daß von englischer Seite kein entscheidendes Handeln zu erwarten ist, spricht vor allem auch die Haltung Polens. Polen wäre noch viel frecher, wenn es sich auf England verlassen könnte. England hat Polen wegen der letzten Noten schwere Vorhalte gemacht und

im Falle eines deutschen Angriffs auf Polen nicht zu seinen Garantien stehen, besonders dann nicht, wenn Deutschland einen Pakt mit der Sowjetunion abschließen, war der entscheidende Grund dafür, warum die deutsche Führung nicht an Verhandlungen mit London interessiert war.

Dirksen bemühte sich nun um eine Unterredung mit Ribbentrop. Der Außenminister, der keine unangenehmen Mahner duldete, ließ sich nicht sprechen. Es muß Dirksen nun klar geworden sein, daß die deutsche Führung keine friedliche Lösung der strittigen politischen Probleme wollte, daß alle, die einer vernünftigen und maßvollen Politik das Wort redeten, nicht angehört wurden. Resigniert zog sich Dirksen auf sein Gut Gröditzberg zurück^{197a}.

Den Engländern ist dann doch noch eine Antwort auf ihre Vorschläge gegeben worden. Im Auftrage Ribbentrops teilte Hesse Wilson am 20. August mit, daß die deutsche Regierung an Verhandlungen mit England kein Interesse habe. Will man Hesses Brief an Ribbentrop vom 22. August 1939¹⁹⁸ folgen, so nahm Wilson die Absage sehr ernst auf. Er legte noch einmal Sinn und Zweck seiner Vorschläge dar und stellte die Frage, ob es nicht doch noch einen Weg gebe, der „gleichzeitig uns Danzig und der Gegenseite die Allgemeinlösung gewähre“¹⁹⁹. Wie Hesse berichtete, zeigte sich Wilson sogar bereit, notfalls insgeheim nach Deutschland zu kommen. Auf der anderen Seite betonte er jedoch die Entschlossenheit der britischen Regierung, jeder Aggression Hitlers entschieden entgegenzutreten.

VIII.

Was ist nun auf Grund einer Analyse des uns vorliegenden, nicht widerspruchsfreien Dokumentenmaterials und damit aus dem Inhalt der Gespräche zu entnehmen? Welche Schlüsse können wir aus ihnen ziehen? Welches waren die Intentionen der englischen und deutschen Gesprächspartner?

Auf Grund der Akten ist nicht mit völliger Sicherheit festzustellen, ob die Gespräche auf englische oder deutsche Initiative erfolgten. Die britischen und

bremst dauernd . . . England wird nicht wieder wie 1914 in einen jahrelangen Krieg hineintappen. England kennt den Krieg und weiß, daß es in einem Krieg zu verlieren hat . . . Es hat keine Führer von großem Ausmaß . . . Man weiß außerdem, daß man es mit einem anderen Deutschland zu tun hat als 1914 (Sozialismus, Kirche). (Wofür sollte England kämpfen? Für einen Verbündeten stirbt man nicht) . . . England streckt schon jetzt Fühler aus, wie sich der Führer die Weiterentwicklung nach der Erledigung Polens denkt. Daher Überzeugung, daß England vielleicht sehr laute Töne machen wird, vielleicht Gesandten abberufen, vielleicht Handelsverkehr ganz drosseln, aber nicht bewaffnet in den Konflikt eingreifen wird“ (Halder, Kriegstagebuch I, S. 8 ff.). Die Eintragungen Halders werden auch bestätigt durch Hesses Darstellung, Ribbentrop und sein Verbindungsmann zu Hitler, Gesandter Hewel, hätten ihm Anfang August 1939 erklärt, Hitler glaube einfach nicht, daß England „wegen Danzig“ Krieg führen werde (Spiel um Deutschland, S. 183).

^{197a} Dirksen verließ Berlin am 16. August, nachdem er von Weizsäcker die Erlaubnis erhalten hatte, nach Gröditzberg zu gehen und dort weitere Instruktionen abzuwarten (vgl. Namier, Europe in decay, S. 228).

¹⁹⁸ In Hesse, Spiel um Deutschland, S. 195 ff.

¹⁹⁹ Ebenda.

deutschen Dokumente widersprechen sich besonders in dieser Frage. Jede Seite schiebt in ihren Berichten und Aufzeichnungen der anderen Seite die Initiative zu²⁰⁰.

Ohne Zweifel fürchteten die maßgebenden britischen Politiker, bei Bekanntwerden einer eigenen Initiative in eine sehr unangenehme Situation zu geraten. Es war sicher, daß jeder Versuch, mit den Deutschen ins Gespräch zu kommen, als Rückfall in die schmachvolle und so sehr kritisierte „Appeasement-Politik“ ausgelegt wurde. Und der Gefahr, als Beschwichtigungspolitiker bezeichnet zu werden, konnte und wollte sich kein englischer Politiker aussetzen.

Auf deutscher Seite war man bemüht, jeden Verdacht einer eigenen Initiative zu vermeiden, um Ribbentrop, der „auf jeden Fall“ politische Gespräche mit den Engländern ohne Instruktionen von seiner Seite und ohne seine Beteiligung zu verhindern suchte, nicht zu verärgern. Die Sprache, die Dirksen in seiner Berichtserstattung verwandte, trug ebenso wie Wohlthats Formulierungen „diesen besonderen Verhältnissen Rechnung“²⁰¹. Sicher wollten Dirksen und auch Wohlthat mit der besonderen Betonung der britischen Initiative – sie stellten es ja auch im ganzen so dar, als seien alle Vorschläge, Pläne und Gedanken von den Engländern ausgegangen (bei Wohlthat haben wir ebenfalls diesen Eindruck²⁰²) –, vor allem darauf hinweisen, wie sehr der britischen Regierung an Gesprächen und Verhandlungen mit der deutschen Führung gelegen war und so Hitler zu offiziellen Gesprächen mit den Engländern bewegen. Daß sie damit im Grunde gerade das Gegenteil erreichten, gehört zu den in diesem Zusammenhang geradezu tragisch anmutenden Irrtümern Dirksens und Wohlthats²⁰³.

Wir wissen ja nun, wie die Gespräche zustande kamen. Wohlthat suchte, als er

²⁰⁰ Dies ist schon öfter vorgekommen, so z. B. bei den deutsch-englischen Bündnisverhandlungen 1901. – Vgl. „Vermerk“ Wohlthats vom 24. 7. 1939, ADAP D, VI, Nr. 716; Aufzeichnung Dirksens vom 21. 7. 1939, Archiv Dirksens 2, Nr. 15; Telefongespräch Dirksens mit O. Sargent vom 24. 7. 1939, Archiv Dirksens 2, Nr. 15; Bericht Dirksens an das AA vom 31. 7. 1939, Archiv Dirksens 2, Nr. 18; Telegramm Dirksens an das AA vom 22. 7. 1939, ADAP D, VI, Nr. 698; Bericht Dirksens vom 3. 8. 1939, Archiv Dirksens 2, Nr. 24; Protokoll Hudsons vom 20. 7. 1939, DBFP III, 6, Nr. 370; Bericht Wilsons vom 18. 7. 1939, DBFP III, 6, Nr. 354. Es ist festzustellen, daß die englischen Gesprächspartner weniger deutlich und entschieden, als vor allem Dirksen auf der Gegenseite, der deutschen Seite die Initiative zu den Gesprächen zuweisen. Auf Grund des Akten- und Dokumentenstudiums entsteht jedenfalls eher der Eindruck, als habe sich die englische Seite um die Gespräche bemüht.

²⁰¹ Wohlthat-Aufzeichnung.

²⁰² Wohlthat stellte es so dar, als sei ihm von englischer Seite ein präzise ausgearbeitetes Programm in einem Memorandum unterbreitet worden.

²⁰³ Gewiß wiesen Wohlthat und vor allem Dirksen immer wieder auf den Willen der britischen Regierung hin, beim Scheitern von Verhandlungen einem deutschen Angriff auf Polen gewaltsam entgegenzutreten. Indem sie aber ständig von dem Wunsch der britischen Regierung nach Verhandlungen sprachen, konnten sie auf der anderen Seite bei Hitler mit dem wiederholten Hinweis, England werde im Falle eines Angriffs auf Polen seinen Verpflichtungen nachkommen, nicht glaubwürdig durchdringen. Hitler sah eben den Verhandlungswillen der britischen Regierung als Schwäche an, nicht als letzten Versuch, den allgemeinen europäischen Krieg zu verhindern.

im Juni 1939 in London war, wie gewöhnlich die ihm befreundeten Wilson und Ashton-Gwatkin auf. Wilson und Wohlthat vereinbarten, daß Wohlthat, wenn er im Juli wieder nach London käme, Wilson aufsuchen würde. Die Unterredung vom 18. Juli zwischen Wilson und Wohlthat entsprang also der Initiative bzw. dem Wunsch beider Gesprächspartner. Das Gespräch Wohlthats mit Hudson vom 20. Juli ging vom britischen Unterstaatssekretär aus und kam durch Vermittlung des norwegischen Delegierten bei der Walfang-Konferenz zustande²⁰⁴.

Auf britischer Seite scheinen die Gespräche, die Wilson-Wohlthat-Gespräche zumindest, letztlich von Chamberlain ausgegangen zu sein. Hinter Wilson stand der Premierminister. Nicht nur aus den deutschen, sondern auch aus den britischen Dokumenten ist zu entnehmen, daß Wilson in offiziellem Auftrag handelte. Dafür spricht vor allem, daß Wilson Wohlthat anbot, wegen einer „verantwortlichen Stellungnahme“ Rücksprache mit Chamberlain zu nehmen. Es ist anzunehmen, daß Hudson mit Wissen und Billigung des Premiers die Unterredung mit Wohlthat geführt hat, daß er aber wohl nicht im offiziellen Auftrag Chamberlains den Plan einer deutsch-englischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Wohlthat besprach. Ob Außenminister Halifax von Wilsons und Hudsons Gesprächen Kenntnis hatte, ist nicht festzustellen^{204a}.

Auf deutscher Seite handelte Wohlthat, wie wir schon feststellten, nicht im Auftrag Görings, sondern aus eigenem Antrieb, wie schon W. Hofer angenommen hat²⁰⁵. Hinter Wohlthat standen aber einflußreiche Kräfte der deutschen Politik, Wirtschaft und Armee sowie des Widerstandes. Wohlthat hielt „enge Verbindung“ zu Staatssekretär von Weizsäcker, der ihn „in jeder Weise“ unterstützte²⁰⁶. Göring verfolgte seine Bemühungen „mit Sympathie“. Eine „besonders enge Föhlung“ hielt Wohlthat mit Botschafter v. Dirksen, bei dem er in seinen Bemühungen um eine deutsch-britische Verständigung eine starke Stütze fand. Wohlthat, Dirksen und Weizsäcker vor allem strebten danach, ein „umfassendes“ Programm für Verhandlungen mit der britischen Regierung aufzustellen²⁰⁷. Aus Kreisen der Wirtschaft und Industrie unterstützten Wohlthats Pläne und Gespräche neben zahlreichen Industriellen und Geschäftsleuten der ehemalige Reichswirtschaftsminister und Präsident der Deutschen Reichsbank, H. Schacht, unter dem Wohlthat Abteilungsleiter gewesen war, und der Reichswirtschaftsminister Funk, möglicherweise auch der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt, E. Wiehl, sowie der Vortragende Legationsrat in derselben Abteilung, Rüter. Nach Wohlthats Aussage befürworteten führende Männer der Armee seine weit-

²⁰⁴ Wohlthat-Protokoll; vgl. Anm. 82.

^{204a} Nach Namier, *Europe in decay*, S. 227, wußte Halifax zumindest nichts von den Gesprächen Wilsons. Dirksen habe am 9. August eine lange Unterredung mit Halifax gehabt, „not one word was said about the Wilson-Wohlthat and Wilson-Dirksen talks – the back-stair negotiations, in which the Prime Minister unwisely engaged, had not reached the Foreign Office level“.

²⁰⁵ Hofer, *Diktatur Hitlers*, S. 184.

²⁰⁶ Wohlthat-Aufzeichnung.

²⁰⁷ Wohlthat-Aufzeichnung.

reichenden wirtschaftspolitischen Pläne und Überlegungen. Zu ihnen gehörten Generaloberst Beck, Generalmajor Kühlenthal, vor allem Generalmajor Georg Thomas, der Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes, die Wohlthat seit seiner Tätigkeit als Stabsoffizier im ersten Weltkrieg gut kannte. Wohlthat stand – eigener Aussage zufolge – auch in Verbindung mit Ulrich v. Hassell, Goerdeler, Stauffenberg, H. v. Moltke, vor allem mit Canaris, zu dem er ein „Vertrauensverhältnis“ hatte und den er genau unterrichtete²⁰⁸. Wohlthat unterhielt sogar „engen Kontakt“ zu dem amerikanischen Botschafter in London, Joseph P. Kennedy, dessen „Unterstützung er in allen Bemühungen erhielt, eine Verständigung zwischen Deutschland und Großbritannien herbeizuführen“²⁰⁹. Dies ging so weit, daß Kennedy Wohlthat mitteilte, „Präsident Roosevelt sei bereit, diese Verhandlungen, wenn sie von beiden Regierungen offiziell eröffnet würden, zu unterstützen“²¹⁰.

Aus dem Studium der Akten gewinnen wir den Eindruck, daß es die Absicht und das Ziel Chamberlains und der hinter ihm stehenden Kreise war, zunächst einmal überhaupt mit führenden deutschen Stellen ins Gespräch zu kommen, um aus dem Dilemma, in dem sich die deutsch-britischen Beziehungen, überhaupt die gesamte politische Lage in Europa befanden, herauszukommen. Sie versuchten, diese Gespräche oder Verhandlungen auf dem Umweg über wirtschaftliche Fragen zu erreichen; denn sie gingen von der Überlegung und Überzeugung aus, daß Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen Krieg führen müsse. Wohlthat, der die schwierige wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands offen bestätigte, bestärkte sie in dieser Ansicht. Von diesem Zwang wollte man Deutschland befreien. So zeigte die britische Regierung in wirtschaftlicher Hinsicht großes Entgegenkommen und die Bereitschaft, über den Plan einer weltweiten deutsch-englischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu verhandeln. In einem solchen Plan sahen Chamberlain und seine Mitarbeiter auf der einen, Wohlthat und die hinter ihm stehenden Kräfte auf der anderen Seite eine Chance, Hitler für Verhandlungen

²⁰⁸ Wohlthat-Protokoll. Wohlthats Aussage, mit führenden Personen des Widerstandes in Verbindung gestanden zu haben, erscheint im Lichte folgender Tagebuchaufzeichnungen Ulrich von Hassells (Vom anderen Deutschland, Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938 bis 1944, Zürich 1946) nicht unglauwürdig: „Interessante Unterhaltung mit Welczek [Botschafter in Paris], der sehr tätig ist. Sein Aktionskreis sind Leute der obersten SS-Führung – Stuckart und Höhn –, von denen er behauptete, daß sie im Grunde so dächten wie wir und besonders schon erwägen, ob man Ribbentrop der Gegenseite zum Fraß hinwerfen solle. Man überlege dort schon die Zusammensetzung eines neuen Ministeriums. Ihn habe man gefragt, ob er das Außenministerium übernehmen wolle, worauf er sich als ungeeignet bezeichnet, aber Wohlthat [!] oder mich vorgeschlagen habe.“ (Aufzeichnung vom 16. 10. 1939, ebenda, S. 95). – „Aus Polen, Norwegen, Holland nach wie vor üble Nachrichten. Ein unbeschreiblicher Haß wird großgezogen. Bei einem Abendessen mit Wohlthat [!] und Thomas erzählte ersterer beeindruckend aus Holland, wo er Seyß-Inquart und Fischböck weichen muß. Er soll nach Ostasien gehen, eine sonderbare, aber bezeichnende Maßnahme bezüglich eines hier höchst nötigen Mannes.“ (Aufzeichnung vom 16. 3. 1941, ebenda, S. 184f.).

²⁰⁹ Wohlthat-Aufzeichnung.

²¹⁰ Ebenda.

zu gewinnen. War man erst einmal auf Grund des wirtschaftlichen Angebots zu Verhandlungen gelangt, so ließ sich nach englischer Meinung wohl schnell der Gewaltverzicht, der von Dirksen „Nichtangriffspakt“ genannt worden war, vertraglich fixieren. Auf dieser Basis konnte man dann nicht nur alle wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragen bis ins Detail regeln, sondern man konnte auch über alle politischen Probleme verhandeln. So wurde die Frage entscheidend, ob Hitler wirtschaftspolitischen Überlegungen und Erwägungen zugänglich war, ob er sie in seine Pläne mit einbezog. Daß Hitler es nicht oder nur zu einem ganz geringen Teil tat, bedeutete für Chamberlain und Wilson sicher eine große Enttäuschung.

Wie weit nun die britische Regierung bereit war, in zukünftigen deutsch-englischen Verhandlungen nicht nur Konzessionen wirtschaftlicher, sondern auch politischer Art zu machen (daß sie auf wirtschaftlichem Gebiet Konzessionen machen wollte, darüber gibt es wohl keinen Zweifel), ist auf Grund der Akten und Dokumente nicht eindeutig zu beantworten. Die britischen und deutschen Quellen lassen gerade in dieser Frage einen widersprüchlichen Eindruck entstehen²¹¹.

Die britischen Quellen erwähnen das Verhandlungsprogramm überhaupt nicht. Ihnen zufolge verhielt sich die englische Seite, was politische Fragen anlangt, sehr zurückhaltend und vorsichtig²¹². Zumindest haben wir aus den Aufzeichnungen Wilsons diesen Eindruck, der (ihnen zufolge) zwar die Bereitschaft betonte, bei späteren Verhandlungen über alle Fragen, die für die deutsche Politik von Interesse waren, zu sprechen, der auch nach den politischen Absichten Hitlers fragte, sich aber in den Unterredungen nicht zu politischen Zugeständnissen oder Vorleistungen, etwa in der Danziger Frage, verleiten ließ²¹³. Es entsteht jedenfalls auf Grund der britischen Quellen, zumindest der Niederschriften Wilsons, nicht der Eindruck, den wir im allgemeinen durch die Berichte und Aufzeichnungen der deutschen Seite haben: daß die britische Regierung in zukünftigen deutsch-englischen Verhandlungen zu folgenden Zugeständnissen bereit schien: Bei Voraussetzung

²¹¹ Bereits hinsichtlich des Wunsches der britischen Regierung, in offizielle deutsch-englische Verhandlungen – so bald wie möglich – einzutreten, widersprechen sich die britischen und deutschen Aktenaussagen. Im Gegensatz zu den deutschen Quellen erklärte Wilson – den britischen Dokumenten zufolge –, England sei nicht so sehr an Verhandlungen interessiert, es erstrebe keinesfalls unter allen Umständen Verhandlungen mit Deutschland (vgl. DBFP III, 6, Nr. 554).

²¹² In Wirklichkeit wurden ja in den Gesprächen alle politischen Fragen und Probleme freimütig erörtert, zumindest in den Wohlthat-Wilson-Gesprächen (Wohlthat-Protokoll und Wohlthat-Aufzeichnung).

²¹³ Wilson erklärte in der Unterredung mit Dirksen am 3. August: Die englische Vorleistung liege in der Bereitschaft, über alle deutschen Forderungen zu sprechen (DBFP III, 6, Nr. 535). Hudson war ja – seinem Protokoll über seine Unterredung mit Wohlthat vom 20. 7. 1939 zufolge – in politischen Fragen weniger zurückhaltend und vorsichtig. Er unterschied – laut Protokoll – ausdrücklich zwischen einem Danzig in einem abgerüsteten und wirtschaftlich zusammenarbeitenden Europa und einem Danzig in einem hochgerüsteten und mobilisierten Europa, und machte so deutlich, daß sich im ersten Falle wohl über eine Revision des Status von Danzig reden ließe (DBFP III, 6, Nr. 370).

einer prinzipiellen deutschen Gewaltverzichtserklärung Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären, wobei man anscheinend bereit war, Deutschland „freie Hand“ im Osten zu lassen, Anerkennung der deutschen wirtschaftlichen Machtstellung in Ost- und Südosteuropa, die deutsche Seite begünstigende Wirtschaftsabsprachen, großzügige Wirtschaftshilfe²¹⁴.

Angesichts der den deutschen Quellen und den tatsächlichen Gegebenheiten und Intentionen der englischen Seite widersprechenden Aussagen der britischen Dokumente, vor allem der Tatsache, daß die britischen Quellen nichts von einem Verhandlungsprogramm erwähnen, möchten wir uns der Vermutung der tschechischen Historikerin A. Teichova anschließen: daß die englischen Gesprächspartner nur gekürzte (oder auch leicht veränderte) Niederschriften der Unterredungen dem Aktenschrank überließen, „da die britischen Pläne geheim bleiben mußten“ und „die Opposition gegen die Regierungspolitik bis in das Foreign Office reichte“²¹⁵.

Die Gespräche Wohlthats und Dirksens mit den Engländern im Sommer 1939 beweisen die große Unsicherheit der britischen Regierung über die Richtigkeit der seit dem 15. März 1939 eingeschlagenen Außenpolitik und deren Erfolg²¹⁶. Sie bringen auch deutlich das Unbehagen der britischen Regierung bei dem Gedanken an Krieg oder eine Bindung an Rußland zum Ausdruck. Es entsteht – letztlich – der Eindruck, als seien Chamberlain und Wilson in deutsch-englischen Verhandlungen zu einem Ausgleich mit Deutschland sogar zu dem Preis bereit gewesen, den Hitler forderte, zur Aufgabe weiterer westlicher Positionen, nämlich Danzigs (ja vielleicht sogar ganz Polens)²¹⁷.

²¹⁴ Gilbert/Gott, S. 203, erklären zu den Bemühungen der britischen Regierung um einen Ausgleich mit Deutschland, die Haltung der Engländer scharf verurteilend: „Während sich Simon wirtschaftliche Einspruchsrechte gegen Polen vorbehielt, boten die Beamten des Schatzamtes den Deutschen im Austausch gegen einen englisch-deutschen Nichtangriffspakt großzügig wirtschaftliche Vorteile an . . . Die englisch-deutsche Wirtschaftszusammenarbeit war ein Traum, den die Besänftigungspolitiker nur ungeru fahren ließen. Die Notlage Polens durfte seiner Verwirklichung nicht im Wege stehen. Wohlthat[!] sagte man, daß die Danziger Frage unter der Voraussetzung eines Nichtangriffspaktes und einer engen englisch-deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der britischen Politik eine untergeordnete Rolle spielen würde. Wilson verstieg sich so weit, daß er behauptete, eine derartige Zusammenarbeit würde den englisch-polnischen Vertrag ‚überflüssig‘ erscheinen lassen.“

²¹⁵ A. Teichova, Die geheimen deutsch-britischen Ausgleichsbemühungen, a. a. O., S. 775.

²¹⁶ G. Ritter hat den – richtigen – Eindruck, Wilson habe Dirksen gegenüber „recht deutlich“ erkennen lassen, „wie froh man wäre, durch eine Entente mit Deutschland auf weltweiter Basis die lästige Verpflichtung den Polen gegenüber wieder loszuwerden“. Im übrigen zeigten „die sehr merkwürdigen Unterhaltungen“ Wilsons mit Wohlthat und Dirksen „überraschend deutlich, wie unsicher sich die britische Diplomatie fühlte, ob sie den richtigen Weg eingeschlagen habe“ (G. Ritter, Carl Goerdeler, 1959), Anm. 49, S. 498). Vgl. auch Erdmann, S. 711f.

²¹⁷ Gilbert/Gott, S. 203f., schreiben: „Die Befriedigungspolitiker erblickten in der Rückgabe Danzigs an Deutschland eine notwendige Revision des Versailler Vertrages. Sie würde selbst zu einem Zeitpunkt als gerecht anzusprechen sein, in dem Deutschlands eigenes Verhalten es weit daran fehlen ließ, von Gerechtigkeit zu sprechen. Aber die Öffentlichkeit wollte unbedingt auf der Seite Polens stehen. Für viele war der Verrat an der Tschechoslowakei

Wir sind entgegen W. Hofer der Meinung, daß es sich bei den deutsch-englischen Gesprächen vom Juni/Juli/August 1939 um einen Rückfall in die „Befriedigungspolitik“ von 1938 handelt²¹⁸.

Welche Motive haben nun Chamberlain und seine Umgebung im Sommer 1939 zu den Gesprächen mit Wohlthat und Dirksen, zu ihren weitreichenden Angeboten und Plänen, zu ihren Bemühungen um einen deutsch-englischen Ausgleich überhaupt bewogen?

Chamberlain mußte angesichts der sich immer mehr zuspitzenden Bedrohung Danzigs, ja ganz Polens einsehen, daß seine Politik der Garantien, der „aktiven Abwehr“ doch nicht die erwartete Wirkung zeigte: Hitler schien sich von weiteren Aggressionen nicht abhalten lassen zu wollen. Die weiterhin entgegen den englischen Erwartungen aggressive, maß- und zügellose Politik Hitlers mußte – das sah man in London immer deutlicher – zu einem deutsch-polnischen Konflikt führen. Hitler konnte nur dann von seinen Aggressionsplänen abgehalten werden, wenn die Sowjetunion in die Anti-Hitler-Koalition eingefügt wurde. Aber die Einfügung der Sowjetunion war angesichts der russischen Forderungen nur unter großen Zugeständnissen zu erreichen, die zu bringen Chamberlain wegen seiner prinzipiellen Abneigung gegenüber Sowjetrußland und dem Kommunismus²¹⁹ nicht bereit war. So war die britische Politik in die unglückliche Situation geraten, sich durch die Garantie an Polen die Hände gebunden zu haben und bei einem zu erwartenden Vorgehen Hitlers gegen Polen unweigerlich in einen Krieg mit Deutschland verwickelt zu werden, während andererseits ein Abkommen mit der Sowjetunion nur zu deren Forderungen zu erreichen war. K. D. Erdmann ist mit Recht der Meinung, es sei verständlich, wenn Chamberlain angesichts der internationalen Lage, angesichts eines drohenden deutsch-polnischen Konflikts und eines Krieges, in dem Großbritannien die Hauptlast zu tragen hatte, während die Sowjetunion möglicherweise abwartend beiseite stand, die Möglichkeit und den Versuch eines Ausgleichs ins Auge faßte. Durch einen Ausgleich mit Deutschland habe er dem Krieg und zugleich einer Erpressung durch die Sowjetunion entgehen zu können geglaubt²²⁰.

ein Akt der Schande, dessen Wiederholung unerträglich erschien.“ – Ebenso entsteht aber auch deutlich der Eindruck, daß die brit. Regierung willens war, wegen Danzig oder Polen zu kämpfen, wenn Hitler ohne Verhandlungen gewaltsam voringing.

²¹⁸ Hofer, Diktatur Hitlers, S. 187.

²¹⁹ Bei den höheren Klassen in England herrschte ein prinzipieller Anti-Kommunismus und eine noch prinzipiellere Sorge vor der Weltrevolution (H. Rothfels in der Einleitung zu Gilbert/Gott, Der gescheiterte Frieden, S. XII). In Chamberlains politischer Konzeption hatte Sowjetrußland keinen Platz, es blieb außerhalb Europas. Für ihn konnte man mit einer Hilfe Sowjetrußlands bei der Lösung der europäischen Probleme nicht rechnen, von ihr ging letzten Endes nur Gefahr aus. Chamberlains Wunsch, die Freundschaft Deutschlands zu gewinnen, spiegelt nach Meinung von Gilbert und Gott „seine offenkundige Abneigung gegen Rußland“ wider (Gilbert/Gott, S. 112).

²²⁰ Erdmann, a.a.O., S. 711f. – Zu den Motiven der brit. Regierung für die Initiative mit dem Ziel eines deutsch-englischen Ausgleichs vgl. Bericht Dirksens an das AA vom 31. 7. 1939, ADAP D, VI, Nr. 746.

Die Sorge Chamberlains und seiner Anhänger war, ein großer europäischer Krieg werde letztlich nur dem Kommunismus zugute kommen. Für ihn gab es in einem Krieg „bei seiner Tendenz zum Totalen“ keine Sieger, nach seiner Ansicht mußte er mit einer „Selbstzerfleischung“ enden. Das war – wie wir mit Rothfels sagen können – „gewiß nicht Pessimismus aus Schwäche . . ., sondern ein Stück realer Einsicht in die Gefahr einer Situation, die erst danach Allgemeingut geworden ist und um deren Abwendung bis an die äußerste Grenze, an der allerdings gekämpft werden mußte, es dem Appeasement offenbar ging“²²¹.

Wie schon R. Stadelmann richtig meinte und neuerdings Gilbert und Gott in einer eindringlichen Studie über Chamberlains Appeasement-Politik darlegten, hatte sich der britische Premier „trotz aller Mißerfolge und Vertrauensbrüche, gegen alle vorwurfsvolle Kritik im eigenen Lager, durch die Vergewaltigung Prags und die Bedrohung Polens hinweg einen Rest von guten Glauben an Hitler“ bewahrt²²². Er glaubte trotz der schweren Enttäuschungen in der Vergangenheit, Hitler doch noch durch vernünftige und großzügige Vorschläge zu einer friedlichen Regelung aller strittigen politischen Fragen auf dem Verhandlungswege veranlassen zu können. Das war der Zweck der Gespräche: festzustellen, ob es irgendwo einen Punkt gab, an dem die Interessen Englands und Deutschlands sich so nahe kamen, daß es für beide Seiten günstig erschien, ein Abkommen zu schließen. Noch einmal mußten – wie Chamberlain meinte – alle Möglichkeiten zu einer friedlichen Lösung, zu einer Verständigung ausgeschöpft werden, ehe man zu dem letzten Mittel griff: zu Krieg und Gewalt. Es war Chamberlains tragischer Irrtum, daß er auch jetzt noch, wie schon von Anfang an, „das Wesen des Nationalsozialismus und den Charakter seines Führers falsch“ einschätzte und einem „gefährlichen Phantom“ nachjagte²²³.

IX.

K. D. Erdmann hat sicher nicht ganz unrecht, wenn er die inoffiziellen deutsch-englischen Gespräche vom Juni/Juli/August 1939 „mit seinen für Deutschland verpaßten Chancen zu den wohl erregendsten Episoden der unmittelbaren Vor-

²²¹ H. Rothfels in Einleitung zu Gilbert/Gott, S. XIII.

²²² R. Stadelmann, Deutschland und England am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, in: Festschrift für G. Ritter zu seinem 70. Geburtstag, Tübingen 1950, S. 426. – Das beweisen ja auch Chamberlains Selbstzeugnisse. In einem Brief Chamberlains vom 30. Juli 1939 heißt es: „Let us convince Germany, that the chances of winning a war without getting thoroughly exhausted in the process are too remote to make it worth while. But the corollary to that must be that she has a chance of getting fair and reasonable consideration and treatment from us and others, if she will give up the idea that she can force it from us, and convince us that she has given it up.“ (K. Feiling, *The Life of Neville Chamberlain*, London 1947, S. 409). Und in einem Brief vom 10. September 1939 schrieb Chamberlain noch deutlicher: „... They gave the impression, probably with intention, that it was possible to persuade Hitler to accept a peaceful and reasonable solution of the Polish question, in order to get to an Anglo-German agreement, which he continually declared to be his greatest ambition.“ (Ebenda, S. 416 ff.).

²²³ Hofer, *Diktatur Hitlers*, S. 187.

geschichte des zweiten Weltkrieges“ rechnet²²⁴. Die Gespräche mit dem sich daraus ergebenden Angebot hätten „weltgeschichtliche Bedeutung“²²⁵ erlangen können, wenn Hitler ein anderer gewesen wäre, wenn er eine Verständigung mit England gewollt hätte, die nicht einfach eine britische Zulassung der deutschen Hegemonie in Europa bedeutete. In dem nach dem Gedankenaustausch mit Wilson und Hudson von Wohlthat aufgestellten und von Wilson dann als Verhandlungsgrundlage akzeptierten Programm einer deutsch-englischen Zusammenarbeit lag eine große Chance für Deutschland, wenn man das Programm mit seinen Möglichkeiten objektiv, d.h. rein theoretisch betrachtet. Subjektiv, d.h. praktisch gesehen war die Bedeutung der Gespräche und des Programms angesichts der gegebenen politischen Verhältnisse und Ziele, wie sie sich auf deutscher Seite darboten, gering. Denn war Wohlthats „Vermerk“, waren Dirksens Berichte von Hitler überhaupt beachtet worden, hatten sie dazu Anlaß gegeben, daß Hitler seine außenpolitischen Ziele und Pläne noch einmal überdachte und mögliche Konsequenzen seiner Politik erwog? Das war ja, wie wir sahen, keineswegs der Fall. Hitler sah in der erneut bekundeten Verhandlungsbereitschaft der britischen Regierung nur ein weiteres Zeichen der englischen Schwäche und einen Beweis für seine Überzeugung, daß England im Falle eines deutschen Angriffs auf Polen neutral bleiben werde. Die Warnungen Wohlthats und Dirksens wurden von ihm nicht ernst genommen. Hitler hatte kein Interesse mehr an Verhandlungen, für ihn gab es nur noch die militärische Lösung der polnischen Frage. Da die britische Regierung eine friedliche Lösung suchte, Hitler aber den Krieg wollte, bestand keine Aussicht auf eine Erörterung der gebotenen, sicher großen Möglichkeiten des Programms einer deutsch-englischen Zusammenarbeit.

²²⁴ Erdmann, a. a. O., S. 712.

²²⁵ Hofer, Diktatur Hitlers, S. 187.

GEORGE H. STEIN und H. PETER KROSBY

DAS FINNISCHE FREIWILLIGEN-BATAILLON DER WAFFEN-SS:
EINE STUDIE ZUR SS-DIPLOMATIE UND ZUR
AUSLÄNDISCHEN FREIWILLIGEN-BEWEGUNG*

Als der deutsche Angriff auf die Sowjet-Union am 22. Juni 1941 begann, war die Beteiligung Finnlands bereits gesichert. Der deutsche Oberbefehlshaber des Armeekorps 20 in Norwegen, dessen Feldhauptquartier am 15. Juni in Rovaniemi aufgeschlagen worden war, hatte schon den Befehl über alle finnischen Streitkräfte in Nordfinnland übernommen. Die deutschen und finnischen Truppen in diesem Gebiet überschritten die sowjetische Grenze planmäßig am 29. Juni und 1. Juli.

Das war das Endergebnis der Beziehungen, die sich während der vorausgegangenen zwölf Monate zwischen Finnland und Deutschland entwickelt hatten. Finnland, seit Juni 1940 unter schwerem sowjetischem Druck, hatte Schutz gesucht, wo er zu finden war, um dem Schicksal der baltischen Staaten zu entgehen. Deutschland hatte seine eigenen Gründe, Finnland in wachsendem Maße Schutz zu gewähren. Ursprünglich war ihm hauptsächlich an der Sicherung seiner wirtschaftlichen Interessen im Petsamo-Gebiet in Nordfinnland gelegen¹, aber als die Planung für die Invasion der Sowjet-Union fortschritt, nahm finnisches Territorium auch erhebliche strategische Bedeutung für Deutschland an. In Hitlers Weisung Nr. 21 für den Fall Barbarossa wurde Finnland als einer der voraussichtlichen Verbündeten aufgeführt². Die Finnen wußten nichts davon. Erst einen Monat vor dem Angriff lüfteten die Deutschen den Schleier der Geheimhaltung weit genug und selbst dann sprachen sie mehr von Hypothesen als von festen Plänen³.

* Die Verfasser möchten Herrn Regierungsrat Esko Riekki, Helsinki, ihren Dank für die Mühe aussprechen, eine frühere Version dieses Artikels gelesen und in mehreren Briefen an H. Peter Krosby kommentiert zu haben. Herr Riekki hat die vorliegende Fassung jedoch nicht gesehen und ist in keiner Weise für Darstellungen und Urteile, außer den in Anmerkung 65 und 95 verzeichneten, verantwortlich.

¹ Siehe H. Peter Krosby, *The Diplomacy of the Petsamo Question and Finnish-German Relations, March-December 1940*, in *Scandia* 31 (1965), S. 291-330.

² *Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal*, Bd. XXVI, Nürnberg 1947, S. 47-52, bes. S. 48-49.

³ Während des Nürnberger Prozesses behauptete der sowjetische Ankläger, daß die Finnen von Anfang an über die deutschen Pläne unterrichtet gewesen seien, und daß der finnische Stabschef in Berlin anwesend war, als die Weisung Nr. 21 am 18. Dezember 1940 ausgegeben wurde. Deutsche Offiziere, die sich zur Zeit in sowjetischer Kriegsgefangenschaft befanden, besonders Generalfeldmarschall Friedrich Paulus und General d. Inf. Erich Buschenhagen, bestätigten das in Zeugnisaussagen vor dem International Military Tribunal (siehe ebenda, Bd. VII, Nürnberg 1947, S. 161, 258, 309-10, 328, 337). Ihre Aussagen waren unrichtig. Die Akten des OKW, OKH, AOK 20 und des Auswärtigen Amtes liefern den Beweis hierfür. General Buschenhagen, der 1955 von den Russen entlassen wurde, hat seitdem seine Nürnberger Aussage berichtigt (z.B. in seinen Briefen an H. Peter Krosby vom 25. 11. 1963 und

Obwohl Finnlands Rolle im Zweiten Weltkrieg, einschließlich der Ereignisse, die zu seiner Teilnahme am deutschen Angriff auf die Sowjet-Union führten, Thema einer Reihe von historischen Studien gewesen ist⁴, sind noch viele Fragen ungenügend geklärt. Zum Teil ist das der Abneigung finnischer Forscher, sich mit diesem heiklen und schmerzhaften Kapitel in der Geschichte ihres Landes zu befassen, zuzuschreiben. Aber von größerer Bedeutung ist die Tatsache, daß bis vor kurzem finnische und nicht-finnische Forscher keinen Zugang zu den relevanten Dokumenten hatten⁵. Sie waren deshalb gezwungen, sich hauptsächlich auf die veröffentlichten Erinnerungen verschiedener Beteiligten und naher Beobachter zu verlassen⁶. Es dürfte kaum überraschen, daß diese persönlichen Darstellungen an vielen für Memoiren charakteristischen Mängeln leiden, besonders an einer apologetischen Tendenz.

Wenige Aspekte der finnischen Zusammenarbeit mit Nazi-Deutschland könnten

18. 2. 1964). Mehrere Autoren haben die Nürnberger Version vertreten, so z. B. Walter Görnitz (*Der Zweite Weltkrieg 1939–1945*, Stuttgart 1951, Bd. I, S. 218; Paulus, „Ich stehe hier auf Befehl!“ *Lebensweg des Generalfeldmarschalls Friedrich Paulus*, Frankfurt/M. 1960, S. 127–28).

Nach anderen Darstellungen habe ein gründlicher Informationsaustausch über die Kriegspläne auf einem Treffen zwischen Generaloberst Franz Halder und dem finnischen Stabschef Ende Januar 1941 stattgefunden (siehe Anm. 2 der Eintragung vom 30. 1. 1941 in Halders Kriegstagebuch, hrsg. v. Arbeitskreis f. Wehrforschung, bearbeitet v. Hans-Adolf Jacobsen, Stuttgart 1965, Bd. II, S. 264; Helmuth Greiner, *Die Oberste Wehrmachtführung 1939–45*, Wiesbaden 1951, S. 557, Anm. 50). Halder (im Brief vom 24. 11. 1964 an H. Peter Krosby) und General d. Art. a. D. Walter Warlimont (im Brief vom 28. 11. 1964 an H. Peter Krosby) haben das bestritten. Siehe dazu Erik Heinrichs, *Mannerheimgestalten*, Bd. II, Helsingfors 1959, S. 255.

⁴ Vgl. dazu u. a. Heinrichs, a. a. O.; Max Jacobson, *The Diplomacy of the Winter War*, Cambridge, Mass., 1961; Avri Korhonen, *Barbarossaplanen och Finland*, Tammerfors 1963; Eero Kuussaari und Vilho Niitemaa, *Finlands krig 1941–1945*, Stockholm 1949; C. Leonard Lundin, *Finland in the Second World War*, Bloomington, Ind. 1957; Martti V. Terä, *Tienhaarassa*, Helsinki 1962; Anthony F. Upton, *Finland in Crisis 1940–1941*, Ithaca, N. Y. 1965; Krister Wahlbäck, *Finlandsfrågan i svensk politik 1937–1940*, Stockholm 1964; Gerhard L. Weinberg, *Germany and the Soviet Union 1939–1941*, Leiden 1954; John H. Wuorinen, *Finland and World War II, 1939–1944*, New York 1948; Earl F. Ziemke, *The German Northern Theater of Operations 1940–1945*, Washington 1960, siehe dazu Ernst Klink, *Deutsch-finnische Waffenbrüderschaft 1941–1944*, in *Wehrwissenschaftliche Rundschau* 8 (1958), S. 389–412.

⁵ Bisher haben nur drei Forscher von den zugänglichen, aber unveröffentlichten deutschen Dokumenten intensiven Gebrauch gemacht, nämlich A. Korhonen (siehe Anm. 4), E. Ziemke (siehe Anm. 4) und H. P. Krosby (siehe Anm. 1, ferner: *The Diplomacy of the Petsamo Question and Finnish-German Relations, January–June 1941*, in *Scandia* 52 [1966]).

⁶ Es seien vor allem genannt: Wipert v. Blücher, *Gesandter zwischen Diktatur und Demokratie*, Wiesbaden 1951; Ernst v. Born, *Levnadsminnen*, Helsingfors 1954; Waldemar Erfurth, *Der finnische Krieg 1941–1944*; Wiesbaden 1951; C. O. Frietsch, *Finlands ödesår 1939–1943*, Helsingfors 1945; Wilhelm Heß, *Eismeerfront 1941*, Heidelberg 1956 (*Die Wehrmacht im Kampf*, Bd. IX); Hermann Hölter, *Armee in der Arktis*, Bad Nauheim 1953; C. G. E. Mannerheim, *Minnen*, Helsingfors 1952, 2 Bände; J. K. Paasikivi, *President Paasikivis minnen*, Helsingfors 1958–59, 2 Bände; Väinö Tanner, *The Winter War*, Stanford 1957.

peinlicher und möglicherweise belastender für die finnischen Beteiligten sein als die Bildung des finnischen Freiwilligen-Bataillons der Waffen-SS während der Monate, die der deutschen Invasion der Sowjet-Union voraus gingen. Daher ist es nicht verwunderlich, daß Memoirenliteratur und Protokolle von Nachkriegszeugenaussagen nur unklare und oft sich widersprechende und unvereinbare Darstellungen über die mehr als 1500 finnischen Freiwilligen geben, die vom Frühling 1941 bis zum Sommer 1943 in der Waffen-SS dienten. Nun aber machen es die der Öffentlichkeit zugänglichen, aber noch unveröffentlichten Akten des Auswärtigen Amtes und des Reichsführers-SS möglich, klarer zu sehen.

Auf der Grundlage der diplomatischen und SS-Dokumente sollen die Vorgänge beschrieben werden, die zur Aufstellung, zum Einsatz und zur schließlichen Auflösung des finnischen Freiwilligen-Bataillons der Waffen-SS führten. Solch eine Untersuchung wird neues Licht auf mindestens drei Fragen werfen: den Verlauf der finnisch-deutschen Beziehungen während des Zweiten Weltkrieges, die selbständige Diplomatie der SS und die Mobilisierung ausländischer Mannschaften für den Dienst in der Waffen-SS.

I

Die Vereinigung aller „germanischen“ Völker in einem Großgermanischen Reich war eines der Ziele des späten Nationalsozialismus und insbesondere Heinrich Himmlers. Er verfocht durch die SS das Konzept eines germanischen Reiches von 120 Millionen Menschen, das Dänen, Niederländer, Flamen, Schweden, Norweger und die Volksdeutschen Osteuropas umfassen würde. Die Waffen-SS wurde als Vorhut und militärische Verkörperung dieser theoretischen Neuordnung betrachtet⁷.

Die deutschen militärischen Eroberungen der ersten sechs Monate des Jahres 1940 führten zur Erfüllung von Himmlers Hoffnung. Nachdem er sich der Zustimmung Hitlers versichert hatte, eine breite Rekrutierung germanischer Freiwilliger durchzuführen, betraute Himmler den damaligen Chef des Ergänzungsamtes der Waffen-SS, SS-Brigadeführer Gottlob Berger, mit dieser Aufgabe. Er wurde damit zum führenden Verfechter einer multinationalen Waffen-SS⁸.

⁷ Siehe George H. Stein, *The Waffen SS, Hitler's Elite Guard at War 1939–1945*, Ithaca, N. Y. 1966, S. 137 ff. Eine gründliche Analyse der vielgestaltigen „germanischen Politik“ der Nationalsozialisten gibt Hans-Dietrich Looock, *Zur „großgermanischen Politik“ des Dritten Reiches*, in dieser Zeitschrift 8 (1960), S. 57–63.

⁸ Kurz nach seiner Ernennung zum Chef des SS-Hauptamtes am 15. 8. 1940 gründete Berger innerhalb des SSHA eine Germanische Freiwilligen-Leitstelle (später einfach Germanische Leitstelle), die unter der Leitung von Dr. Franz Riedweg, einem Schweizer SS-Freiwilligen, als Koordinierungsstelle des germanischen Freiwilligen-Programms dienen sollte. Siehe Bericht Dr. Riedwegs vom 28. 4. 1947, Nürnberg Dokument NO-2957; Looock, a. a. O., S. 59 ff.; und Hans Buchheim, *Anatomie des SS-Staates*, Bd. I, Olten und Freiburg/Br. 1965, S. 255.

Innerhalb weniger Monate nach der Beendigung des Westfeldzuges hatten die Bemühungen der Bergerschen Werber genügend Dänen, Elsässer, Norweger und Niederländer gefunden, um die Grundlage für zwei Regimenter zu bilden. Im Dezember 1940 wurden diese Regimenter („Westland“ und „Nordland“), zusammen mit einem erprobten deutschen SS-Regiment („Germania“), das Herz einer neuen SS-Division – der SS-Division „Wiking“ unter dem Befehl des SS-Brigadeführers Felix Steiner⁹. Im Zuge der Vorbereitungen für die deutsche Invasion der Sowjet-Union wurde Steiner beauftragt, seine Division Mitte 1941 kampfbereit zu haben. Trotz der Anfangserfolge war jedoch die Zahl der Dänen und Norweger, die sich zu Beginn des Jahres 1941 als Freiwillige für das SS-Regiment „Nordland“ gemeldet hatten, völlig unzureichend¹⁰. Das muß Berger veranlaßt haben, sich nach einer anderen Quelle für Freiwillige umzusehen, um das Regiment auf Gefechtsstärke zu bringen. Da man mit der Teilnahme Finnlands am Angriff auf die Sowjet-Union rechnete, war es nur logisch, daß Berger in diese Richtung blickte¹¹.

Es ist nicht geklärt, zu welchem Zeitpunkt Berger sich zu dem Versuch entschloß, Finnen für das Regiment „Nordland“ zu rekrutieren. Mitte März behauptete er, es hätten sich beim Militär-Attaché in Helsinki schon im Dezember über 100 Leute zum deutschen Kriegsdienst gemeldet¹². Die Akten der Deutschen Gesandtschaft in Helsinki enthalten keinerlei Bestätigung dieser Behauptung. Doch Berger hatte seine eigenen Informationsquellen in Finnland, und zweifellos hatte er seine Entscheidung über die Anwerbung getroffen, ehe der deutsche Militärattaché in Helsinki jemanden von dieser Möglichkeit unterrichtet hatte. Am 30. Januar bestätigte Himmler Bergers Plan und wies ihn an, mit den Vorbereitungen für die Anwerbung Freiwilliger fortzufahren¹³. Scheinbar ganz zufällig meldete der deutsche Militärattaché in Helsinki am nächsten Tag der Attaché-Abteilung des Oberkommandos des Heeres, daß einige Finnen seinem Stab zu erkennen

⁹ Einzelheiten und Hinweise, siehe bei Stein, a. a. O., S. 94, 106f.

¹⁰ Da die Waffen-SS zu dieser Zeit nur eine streng begrenzte Zahl von Reichsdeutschen rekrutieren konnte, wurde die Bildung der SS-Division „Wiking“ von der Bedingung abhängig gemacht, daß sie zum großen Teil mit Freiwilligen aus Norwegen, Dänemark und Holland bemannt würde. Siehe hierzu ebenda, S. 98ff.

¹¹ Da die Finnen kein germanisches Volk waren, scheint die SS dieses Vorhaben damit gerechtfertigt zu haben, daß sie die Rekrutierung angeblich auf „Finnländer“ beschränkte (d. h. Finnen schwedischer Herkunft); praktisch scheint man sich jedoch kaum ernsthaft bemüht zu haben, diese Begrenzung einzuhalten (s. u., Anm. 85).

¹² Schreiben von SS-Brigadeführer Berger an den RFSS vom 14. 3. 1941, „Betr.: Finnland“, Chef Be./We. Tgb. Nr. 80/41, Geheime Kommandosache, Records of the Reich Leader of the SS and Chief of the German Police (Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei), National Archives, Washington, D. C., Mikrokopie T-175, Rolle 110, Rahmen 2634984 (in Zukunft als RFSS/T-175 zitiert, gefolgt von Rollen- und Rahmennummern).

¹³ Schreiben von SS-Brigadeführer Berger an den RFSS vom 6. 3. 1941, „Betr.: Finnland“, Tgb. Nr. 134/41, Geheim, RFSS/T-175, 110/2634992. Der erste Satz lautet: „Es sind heute auf den Tag 5 Wochen, daß ich von Reichsführer-SS die Erlaubnis erhielt, finnische Freiwillige untersuchen zu lassen und anzunehmen.“

gegeben hätten, sie würden gern in das Regiment „Nordland“ eintreten¹⁴. Dieser Bericht ist das erste Dokument über die Freiwilligenfrage, das sich in den Akten der Deutschen Gesandtschaft in Helsinki findet. Die Antwort kam dreieinhalb Wochen später durch das Armee-Oberkommando 20 in Oslo: „Durch Rückfrage beim Höheren SS- und Polizeiführer Norwegen wurde festgestellt, daß seitens der Waffen-SS beabsichtigt ist, auch finnische Freiwillige in das Regiment „Nordland“ einzustellen. Durchführungsbestimmungen sind jedoch noch nicht erlassen. Auf Grund der dortigen Meldung sollen diese aber beschleunigt ausgearbeitet werden. Die sich meldenden Freiwilligen müssen also vorläufig hingehalten werden.“¹⁵

Der Grund dafür, daß sich die Antwort auf den Bericht vom 31. Januar bis zum 25. Februar hinauszögerte, ist offensichtlich. Obwohl Himmler Bergers Pläne am 30. Januar gutgeheißen hatte, war es unmöglich, ohne eine politische Entscheidung der Frage durch Hitler und ohne die Mitarbeit des Auswärtigen Amtes mit der Anwerbung in Finnland zu beginnen. Hitlers Entscheidung kam am 22. Februar, als er sich mit Himmler anläßlich der Beisetzung Ministerialdirektor Hermann Kriebels, des Chefs der Personal- und Verwaltungs-Abteilung des Auswärtigen Amtes, traf¹⁶. Himmler muß Berger unverzüglich informiert haben, denn Berger begab sich noch am selben Tag ins Auswärtige Amt, um Verhandlungen mit dem Ministerium zu beginnen. Er wurde vom Gesandten Werner von Grundherr, dem Chef des IV. Referates (Skandinavien und Baltische Staaten) der Politischen Abteilung, empfangen. Es ist schwer zu sagen, wie Grundherr reagierte, da die Berichte, die beide darauf für ihre jeweiligen Vorgesetzten schrieben, wesentlich voneinander abweichen. Berger schrieb Himmler, daß Grundherr den Plan, finnische Freiwillige zu rekrutieren, befürworte. „Dort vollstes Verständnis“, meldete Berger, „Gesandter Grundherr glaubt, daß wir mehr als 1000 SS-taugliche Freiwillige aus Finnland im Zeitraum von 14 Tagen bekommen könnten.“ Berger fügte hinzu, daß Grundherr versprochen hätte, die Angelegenheit sofort Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop vorzulegen¹⁷.

Grundherrns Bericht an Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, der am selben Tag an Ribbentrop weitergeleitet wurde, nimmt keine Stellung zu Bergers Plan. Der Bericht führte nur an, daß sich rund 700 Finnen beim Militärattaché in Hel-

¹⁴ Schreiben von Major Körner an OKH Attaché Abteilung vom 31. 1. 1941, „Betr.: Finnland – Eintritt finn. Freiwilliger in das Regiment „Nordland““, Deutsche Gesandtschaft Helsinki, Schriftwechsel, Telegramme, Bd. 11/5, „Freiwilligenfrage“, Foreign Office Library, London, Serien Nr. 6509, Rahmen HO 72161 (in Zukunft als Dtsch. Ges. schaft Helsinki, „Freiwilligenfrage“, Bd. 11/5 zitiert, gefolgt von Serien- und Rahmennummern).

¹⁵ Schreiben von Oberstleutnant v. Buttler an den Militärattaché bei der Deutschen Gesandtschaft Helsingfors vom 25. 2. 1941, „Betr.: Eintritt finn. Freiwilliger in das Regiment „Nordland““, AOK Norwegen, Abt. Ic. Nr. 363/41, Geheim, in ebenda.

¹⁶ Fernschreiben von Weizsäcker an Ribbentrop vom 22. 2. 1941, e. o. Pol. VI 806, Geheim, Auswärtiges Amt, Büro des Staatssekretärs, „Akten betreffend Finnland“, Bd. 2, Foreign Office Library, London, Serien B 19, Rahmen B 004040 (in Zukunft als AA/St. S., „Akten betreffend Finnland“, Bd. 2 zitiert, gefolgt von Serien- und Rahmennummern).

¹⁷ Schreiben von SS-Brigadeführer Berger an den RFSS vom 22. 2. 1941, „Betr.: Nachersatz Finnland, Generalgouvernement, Niederlande“, RFSS/T-175, 110/2635024.

sinki um Einstellung in das Regiment „Nordland“ beworben hätten und daß Hitler Himmler bevollmächtigt hätte, sie zu rekrutieren. Weiter hätte Berger darum ersucht, daß Gesandter Wipert von Blücher in Helsinki angewiesen werde, inoffizielle, vertrauliche Verhandlungen mit der finnischen Regierung zu beginnen, um den Weg für die Anwerbung zu ebnen. Die finnische Regierung solle ebenso ersucht werden, die Verleihung doppelter Staatsangehörigkeit an die Freiwilligen zu gestatten und sie von der finnischen Wehrpflicht zu befreien. Die Anmusterung in Finnland solle möglichst in unauffälliger Form vor sich gehen, und die Freiwilligen sollten unter Vermeidung schwedischen Gebietes per Schiff nach Deutschland gebracht werden¹⁸.

Vier Tage später, am 26. Februar, wurde Berger vom Gesandten Martin Luther, dem Leiter der Abteilung Deutschland im Auswärtigen Amt, empfangen. Man vereinbarte, daß SS-Standartenführer Dahm nach Helsinki geschickt werden solle, sobald Ribbentrop seine offizielle Genehmigung gegeben habe, „voraussichtlich Ende dieser Woche“. Dahm, mit der Durchführung des Projektes beauftragt, sollte einen finnischen Reserve-Leutnant namens Kim Lindberg¹⁹ mitnehmen, „der die Werbung bis jetzt gemacht hat“. Weiter wurde beschlossen, daß Dahm alle seine Unternehmungen über den Gesandten Blücher einleiten solle, der den Kontakt mit der finnischen Regierung, „insbesondere dem Generalfeldmarschall Mannerheim“, handhaben werde. Die Bedingungen für die finnischen Freiwilligen sollten die gleichen „wie in Norwegen und Dänemark“ sein. Berger gab zu verstehen, daß das erste Freiwilligenkontingent sich auf 1000 Mann, ein geschlossenes Bataillon, eine Batterie und möglicherweise auch die Männer für eine Pionier-Kompanie belaufen könne²⁰.

Allerdings betonte Luther Berger gegenüber, daß alles von der Genehmigung Ribbentrops abhinge, der von Himmler eine schriftliche Bestätigung gefordert hatte, daß Hitler das Projekt genehmigt habe und daß die Mitarbeit des Auswärtigen Amtes erwünscht sei. Nach Luther rechnete Ribbentrop damit, das offizielle Schreiben am selben Abend von SS-Gruppenführer Karl Wolff, dem Chef des Persönlichen Stabes RFSS, zu erhalten²¹. In Bergers Bericht an Himmler findet sich kein Hinweis auf eine Reaktion auf Ribbentrops Forderung. Erst acht Tage später, nachdem es immer deutlicher geworden war, daß das Auswärtige Amt nicht nach Erwarten mitarbeitete, behauptete Berger, er sei recht ungehalten gewesen, als Luther die verlangte Erklärung erwähnte: „Bei dieser Gelegenheit sagte ich den Herren in aller Klarheit, daß ich es unerhört finde, wenn man von einem

¹⁸ Fernschreiben Weizsäckers vom 22. 2. 1941 (s. Anm. 16).

¹⁹ Lindberg, ein Jagdflieger der finnischen Armee, hatte eine deutsche Mutter und prominente Verwandte in Deutschland. Als Mitglied der Waffen-SS war er von Berger schon mit mehreren Aufgaben betraut worden. Für die kommende Mission in Finnland hatte er 1941 den Rang eines SS-Untersturmführers erhalten.

²⁰ Schreiben von SS-Brigadeführer Berger an den RFSS vom 26. 2. 1941, „Betr.: Besprechung mit dem Gesandten Lutter [sic] im Auswärtigen Amt“, Tgb. Nr. 104/41, Geheim, RFSS/T-175, 2634997-99.

²¹ Ebenda, 110/2634997.

Reichsleiter der NSDAP im allgemeinen und vom Reichsführer-SS im besonderen eine Bestätigung verlange über das, was der Führer genehmigt hat.“²² Offensichtlich zögerte das Auswärtige Amt, auf der Basis mündlicher Versicherungen eines SS-Brigadeführers mit einer ausländischen Regierung Verhandlungen zugunsten der SS zu beginnen. Am 6. März hatte Berger entdeckt, daß das Auswärtige Amt sogar seine Behauptungen bei Hitlers Militäradjutant überprüfte. „Heute wird die Sache nun so hingestellt“, schrieb Berger an Himmler, „daß [sic] der Militäradjutant des Führers . . . die ganze Angelegenheit vergessen hätte“²³.

Tatsächlich hatte Berger niemals beabsichtigt, sein Vorhaben durch das Auswärtige Amt kontrollieren zu lassen. Wie er Himmler wissen ließ, unterhielt er zu Luther hauptsächlich deshalb Kontakte, um „mit meinen Zielen in der Ergänzung rascher voran zu kommen“²⁴. Als er des Wartens auf das Auswärtige Amt müde wurde, ließ er deshalb die Regeln des diplomatischen Protokolls außer acht und begann seine eigenen Verhandlungen direkt mit dem finnischen Gesandten in Berlin, Professor Toivo M. Kivimäki. Er besuchte ihn am 1. März und unterrichtete ihn „im Auftrage des Reichsführers SS“, daß Hitler Himmler bevollmächtigt hätte, „700 finnische Freiwillige, die sich in den letzten Wochen in Finnland gemeldet hätten, zum Eintritt in ein aus Finnen zu bildendes SS-Regiment anzunehmen“. Berger fügte hinzu, daß ein SS-Arzt, ein Hilfsarzt und ein SS-Offizier am 4. März zur Annahme der Freiwilligen nach Helsinki gehen würden²⁵.

Sobald Berger ihn verließ, eilte Kivimäki ins Auswärtige Amt, um Grundherr über die Unterredung zu informieren²⁶. Als seine „rein persönliche Meinung“ gab er zu verstehen, „er hätte keine Einwendungen gegen diesen Plan. Er halte es aber für gut, daß er mündlich die Finnische Regierung ins Bild setzen und rechtzeitig auf die Finnische Regierung entsprechend einwirken könne.“ Er wolle deshalb bereits am 5. März nach Helsinki fliegen. Er war recht zuversichtlich, daß die finnische Regierung nicht dem Beispiel Schwedens, Freiwilligen die Ausreise zu verweigern, folgen würde²⁷.

Grundherr war offenbar verärgert, daß Berger hinter dem Rücken des Auswärtigen Amtes Kontakte mit dem finnischen Gesandten aufgenommen hatte. Er wies

²² Schreiben Bergers vom 6. 3. 1941 (s. Anm. 13), 110/2634992.

²³ Ebenda.

²⁴ Schreiben Bergers vom 26. 2. 1941 (s. Anm. 20), 110/2634999.

²⁵ So gab, etwas später am selben Tag, Kivimäki Bergers Erklärung an Grundherr weiter. Siehe Aufzeichnung von Grundherr vom 1. 3. 1941, Pol. VI 942, Geheim, in AA/St. S., „Akten betreffend Finnland“, Bd. 2, a. a. O., B 19/B 004047–48.

²⁶ In seinem Schreiben an den RFSS vom 6. 3. 1941 (s. Anm. 13), 110/2634993, behauptete Berger, daß Grundherr sich mit dem finnischen Gesandten in Verbindung setzte. Grundherr stellte jedoch fest, daß „Gesandter Kivimäki betonte, daß er mich sofort nach dem Besuch von SS-Brigadeführer Berger aufgesucht habe“. Siehe Aufzeichnung Grundherr vom 1. 3. 1941 (Anm. 25), B 19/B 004048. Es ist selbstverständlich möglich, daß Grundherr Kivimäki schon früher auf die Rekrutierungsfrage aufmerksam gemacht hatte. In seinem Bericht beruft er sich auf eine „Unterhaltung, die ich vor mehreren Tagen mit ihm hatte“, in einer Weise, die andeutet, daß Bergers Plan schon zu der Zeit Gesprächsthema war. Siehe ebenda.

²⁷ Aufzeichnung Grundherr vom 1. 3. 1941 (s. Anm. 25).

Kivimäki nachdrücklich darauf hin, „daß eine derartige Angelegenheit natürlich nur durch das Auswärtige Amt offiziell an ihn und die Finnische Regierung herangebracht werden könne,“ und daß Ribbentrop „irgendeine Weisung bezüglich eines Herantretens an die Finnische Regierung bisher noch nicht gegeben“ hätte. Folglich könnte Bergers Vorsprache „nur als eine inoffizielle Vorfühlungnahme angesehen werden.“ Kivimäki erklärte sogleich, daß er „unter diesen Umständen“ die weitere Entwicklung in Berlin abwarten werde. Er bat jedoch, über alle neuen Entwicklungen in dieser Sache unterrichtet zu werden, so daß er „rechtzeitig auf seine Regierung vorbereitend einwirken“ könnte²⁸.

Am 5. März traf Grundherr mit Berger und Legationsrat SS-Obersturmbannführer Picot zusammen. Gemeinsam arbeiteten die drei Männer eine Instruktion für den Gesandten Blücher aus, die Ribbentrop genehmigen sollte. Wie Berger in seinem darauffolgenden Bericht an Himmler feststellte,²⁹ sollten 1000 finnische Freiwillige angeworben werden, hiervon mindestens 500 „Gediente“. Unteroffiziere und Offiziere bis zum Hauptmann würden mit dem gleichen Dienstgrad übernommen. Alle würden doppelte Staatsangehörigkeit erhalten. Die Rekrutierung sollte nach außen als „Arbeitswerbung“ getarnt werden, und Bergers Beauftragte würden mit Pässen des Reichsarbeitsministeriums nach Finnland reisen. Die angenommenen Freiwilligen sollten „möglichst unmittelbar nach der Untersuchung auf dem nächsten Weg, nicht über Rußland“, nach Deutschland gebracht werden. Kivimäki würde am 7. März nach Helsinki fliegen, um seine Regierung zu unterrichten. Drei Tage später würde Blücher offiziell Fühlung mit der Finnischen Regierung in dieser Sache aufnehmen. Am selben Tag würde SS-Standartenführer Dahm Blücher in Helsinki zu Verfügung gestellt werden, und am nächsten Tag würde SS-Hauptsturmführer Dr. Tack, der Leiter der Abteilung R im SS-Hauptamt, als Eignungsprüfer (Rassereferent) zusammen mit einem SS-Arzt in der finnischen Hauptstadt eintreffen.

Ribbentrop bestätigte den Entwurf dieser Instruktion und schickte ihn am 9. März ans Auswärtige Amt zurück³⁰. Am gleichen Tag erging ein Telegramm Ribbentrops an Blücher, das den Kompetenzstreit spüren ließ³¹. Danach hatte Dahm sich nicht nur Blücher zur Verfügung zu stellen, wie Berger es in seiner Meldung an Himmler formuliert hatte; er sollte überhaupt keine Bewegungsfreiheit haben. „Mit finnischen Stellen hat er keinerlei Fühlung aufzunehmen“, stellte Ribbentrops Telegramm an Blücher fest. „Er ist an Ihre Weisung gebunden.“ Dasselbe galt überhaupt für die ganze Anwerbung, wie Ribbentrops abschließender Satz zeigt: „Gesamte Tätigkeit der Beauftragten der SS, die sich in diesem

²⁸ Ebenda.

²⁹ Schreiben Bergers vom 6. 3. 1941 (s. Anm. 13), 110/2634993–94.

³⁰ Tel. von Ribbentrop an Auswärtiges Amt vom 9. 3. 1941, Nr. 166 (Akt. Z. E. O. Pol. VI 999, Geheim), AA/St. S., „Akten betreffend Finnland“, Bd. 2. a. a. O., B 19/B 004066–67.

³¹ Tel. von Ribbentrop an Blücher vom 9. 3. 1941, Nr. 184, AA/St. S., „Akten betreffend Finnland“, Bd. 2, a. a. O., B 19/B 004066–67.

Zusammenhang nach Finnland begeben, unterliegt selbstverständlich Ihrer Kontrolle und ist an Ihre Weisung gebunden.“

Offensichtlich verübelte das Auswärtige Amt der SS ihren Versuch zur eigenen Diplomatie. Nicht ohne Grund hatte Berger Himmler geklagt, daß die Verzögerungen „einzig und allein“ beim Auswärtigen Amt lägen³². Da das Projekt jedoch Hitlers persönliche Zustimmung hatte, waren dem Widerstand des Auswärtigen Amtes Grenzen gesetzt. Er konnte nur damit begründet werden, daß die SS die Vorrechte des Auswärtigen Amtes auf dem Feld der auswärtigen Beziehungen usurpiere. Ribbentrop war empfindlich in diesem Punkt, wie Berger schnell entdeckte. Er schrieb Himmler: „Um nicht eine weitere Verzögerung aufkommen zu lassen, verhandelte ich unmittelbar nach der Besprechung mit Lutter [sic] mit dem finnischen Gesandten, – und verstieß damit angeblich gegen eine erhebliche Anzahl von gegebenen Bestimmungen.“³³ Ebenso beunruhigte das Auswärtige Amt die Tatsache, daß Berger eine positive Antwort von Kivimäki erhalten hatte. Nach Bergers Bericht soll Kivimäki gesagt haben: „Wenn es ist möglich, daß dienen 1000 oder 2000 meiner Landsleute bei Garde des Führers, dann machen die mehr Politik für mein Finnland als ich.“³⁴

Insoweit scheint Bergers Unternehmen trotz des Ärgers, den seine unorthodoxen Methoden der Privatdiplomatie im Auswärtigen Amt erregt hatten, erfolgreich begonnen worden zu sein. Doch blieben Unannehmlichkeiten für den Chef des Ergänzungsamtes der Waffen-SS nicht aus.

II

Am 11. März legte Blücher den SS-Plan nach Ribbentrops Anweisungen dem finnischen Außenminister, Rolf Witting, vor³⁵. Witting bedeutete ihm, daß er sich nicht offiziell äußern könne, solange er sich nicht mit seinen Kollegen im Kabinett, vor allem Präsident Risto Ryti, Ministerpräsident Johan W. Rangell und dem Gesandten Kivimäki besprochen habe. Danach würden Generalfeldmarschall Mannerheim und Verteidigungsminister Rudolf Waldén hinzugezogen werden; schließlich Innenminister Ernst von Born³⁶. „Er für seine Person lehne den Eintritt von finnischen Freiwilligen in deutsche bewaffnete Macht keineswegs ab“,

³² Schreiben Bergers vom 6. 5. 1941 (s. Anm. 13), 110/2634992.

³³ Ebenda, 110/2634993.

³⁴ Ebenda, 110/2634994.

³⁵ Aufzeichnung von Blücher, „Unterhaltung mit Außenminister am 11. März 1941“, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Freiwilligenfrage“, Bd. 11/5, a. a. O., 6509/H 072173–74; Tel. von Blücher an Auswärtiges Amt vom 11. 3. 1941, Nr. 153, Deutsche Gesandtschaft Helsinki, „Berichte“, Bd. 6/1 (in Zukunft als Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Berichte“, Bd. 6/1 zitiert), 6440/H 066710–11.

³⁶ In seinen Memoiren behauptet Born, daß er niemals von der Anwerbung in Kenntnis gesetzt worden sei, obwohl sich „die ganze Angelegenheit mit Wissen und Zustimmung der höheren Stellen abgespielt zu haben scheint“. Siehe von Born, a. a. O., S. 375.

sagte Witting, aber er hatte doch einige persönliche Vorbehalte gegenüber dem SS-Plan. Er sah es zum Beispiel nicht gern, daß Finnen an der Seite von Holländern, Dänen und Norwegern dienen sollten, denn „Holland, Dänemark und Norwegen seien besetzte Gebiete“. Zweitens war es ihm unangenehm, Finnen in der SS zu sehen, denn es sei recht wahrscheinlich, „daß daraus von einzelnen Finnen abwegige Schlußfolgerungen gezogen werden“. Es wäre viel besser, „wenn die finnische Formation etwa als Fortsetzung der 27. Jäger in die deutsche Wehrmacht eintreten könnte“³⁷. Schließlich wies Witting, obwohl er glaubte, daß Freiwillige „sich wohl in genügender Anzahl melden werden“, darauf hin, daß es sehr schwierig sein würde, die Rekrutierung geheim zu halten.

Am 11. März besprach Blücher den SS-Plan auch mit Kivimäki³⁸. Wie Witting glaubte auch Kivimäki nicht, daß die Anwerbung geheimgehalten werden könne, es sei deshalb geraten, sie von einem privaten Komitee durchführen zu lassen. Der gegebene Mann, solch eine Gruppe zu leiten, wäre Oberst Ragnar Nordström aus Loviisa, meinte Kivimäki. Er beschrieb Nordström als „geschickt, energisch, deutschfreundlich und außerdem selbst [ein] alter Jäger“. Mit seinen ausgezeichneten Verbindungen schien er der rechte Mann, ein Werbebüro aufzuziehen. Er könnte „über den Jägerbund und die Frontkämpferorganisation die Werbung vorantreiben“. Sollte Nordström nicht zur Verfügung stehen, dann schlug Kivimäki den früheren Chef der Geheimen Staatspolizei, Regierungsrat Esko Rieki, als geeigneten Mann für den Werbefeldzug in Finnland vor. Kivimäki hielt es für richtig, daß Himmler direkt aus finnischem Munde die finnische Ansicht über die Angelegenheit hören solle. Hierfür sei Rieki der beste Mann, denn er „unterhalte persönliche Beziehungen mit Herrn Himmler“. Blücher versprach, Rieki unverzüglich ein Visum für einen Besuch in Berlin zu geben³⁹.

³⁷ Während des Ersten Weltkrieges sah eine Reihe von jungen Finnen im russisch-deutschen Konflikt eine Gelegenheit, Finnland von Rußland zu befreien. Sie appellierten an Schweden, ihnen mit der militärischen Ausbildung und Vorbereitung des Befreiungskrieges zu helfen. Als ihr Gesuch dort abgelehnt wurde, wandten sie sich an Deutschland und erhielten eine positive Antwort. Gegen Ende des Sommers 1915 waren genug junge Finnen in Deutschland eingetroffen, um eine Freiwilligeneinheit zu bilden, nämlich das 27. königlich-preussische Jägerbataillon. Diese Einheit wurde, nachdem sie auf 2000 Mann angewachsen war, 1916–17 an der Ostfront gegen die Russen eingesetzt. Nach der bolschewistischen Revolution in Rußland wurden die Jäger aus deutschem Dienst entlassen und kamen rechtzeitig nach Finnland zurück, um in General Mannerheims Weißer Armee zu kämpfen. Die meisten Jäger wurden Offiziere und Unteroffiziere im Freiheitskrieg und dienten mit Auszeichnung. Siehe Olof Enckell, *Jägernas historia*, Helsingfors 1943; Bernh. Estlander, *Elva årtionden ur Finlands historia*, Helsingfors 1950, Bd. 4, S. 128–237, Bd. 5, S. 125–29, 250–54; Mannerheim, a. a. O., Bd. 1, S. 210–11, 214–15, 227, 245–51; Heinrichs, a. a. O., Bd. 1, S. 42–45, 74–80. Während des Zweiten Weltkrieges waren die meisten finnischen Generale alte Jäger. 1941 sahen Finnen und deutsche Diplomaten schnell ein, daß die berühmte Jägertradition beschworen werden mußte, um die deutsche Werbung in Finnland erfolgreich und politisch schmackhaft zu machen. Die SS besaß diese Einsicht jedoch nicht.

³⁸ Aufzeichnung von Blücher, „Unterhaltung mit Herrn Kivimäki am 11. März 1941“, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Freiwilligenfrage“, Bd. 11/5, a. a. O., 6509/H 072179–80.

³⁹ Ein Telegramm von Blücher an das Auswärtige Amt über diese Unterhaltung wurde

Außenminister Witting besprach umgehend den SS-Plan mit seinen Kollegen und am 12. März unterrichtete er Blücher, daß er das Projekt mit Präsident Ryti, Ministerpräsident Rangell, Verteidigungsminister Waldén und Gesandtem Kivimäki beraten hätte. „Alle aufnahmen Plan günstig“, berichtete Witting, aber sie hatten „Bedenken gegen Verbindung finnischer Formation mit norwegischen, dänischen und holländischen und wünschen Wiederaufleben Jägerbewegung in neuer Form“. Auf diese Weise würde der Plan unverzüglich „große Popularität in den in Frage kommenden Kreisen“ erhalten⁴⁰. Drei Tage später teilte Witting Blücher mit, Generalfeldmarschall „nehme gleichen Standpunkt wie befragte Kabinettsmitglieder“ ein⁴¹.

Insoweit waren alle offiziellen Hindernisse aus dem Weg geräumt, aber am 11. März hatte Blücher zu berichten: „Es stimmt nicht, daß sich 700 finnische Freiwillige beim diesseitigen Militärattaché zum Eintritt in eine in Deutschland zu bildende finnische Formation gemeldet. Es handelt sich um weniger als zwei Dutzend Leute, die in deutsches Heer eintreten wollten.“⁴² Das Auswärtige Amt leitete diese alarmierende Nachricht sofort an Ribbentrop, der sich in Fuschl aufhielt, weiter. Von hier aus setzte am 13. März Gesandter Emil von Rintelen, der Dirigent der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Grundherr in Berlin über die Reaktion Ribbentrops in Kenntnis.

Ribbentrops ärgerlicher Ausbruch ist es wert, voll zitiert zu werden⁴³:

Zu dem Telegramm aus Helsinki Nr. 153 vom 11. 3. hat der Herr RAM bemerkt, daß Ihnen anscheinend von dem SS-Brigadeführer Berger völlig falsche Auskünfte gegeben worden sind, so daß vor allem weiteren die Angelegenheit jetzt zunächst einmal wirklicher Klarstellung bedürfe. Er beauftragt Sie, dem Brigadeführer Berger sofort mitzuteilen, daß die gesamte Werbungsaktion in Finnland jetzt zunächst einmal auszusetzen sei und keine weiteren Ausreisen von Beauftragten stattfinden dürfen, bis der wirkliche Sachverhalt geklärt ist. Das von Ihnen auf Grund der Angaben von Berger entworfene Telegramm ging davon aus, daß die Freiwilli-

nicht gefunden. Nach seiner Rückkehr nach Berlin wiederholte Kivimäki jedoch all seine Gedanken in einer Unterredung mit Grundherr, die am 17. März stattfand. Siehe Aufzeichnung von Grundherr vom 17. 3. 1941, Pol. VI 1181, Geheim, AA/St. S., „Akten betreffend Finnland“, Bd. 2, a. a. O., B 19/B 004081–82.

⁴⁰ Tel. Nr. 156 vom 12. 3. 1941 von Blücher an Auswärtiges Amt, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Berichte“, Bd. 6/1, a. a. O., 6440/H 066738–39.

⁴¹ Nach dem Krieg behauptete Mannerheim, er hätte den SS-Plan zurückgewiesen, weil er „wahrscheinlich Finnland in Deutschlands imperialistische und rassistische Politik in höchst unglücklicher Weise gezogen hätte“ und weil „Finnland alles Soldatenmaterial zu Hause brauchte“. Er behauptete, er habe Außenminister Wittings Argument, daß die Gegenwart finnischer Freiwilliger in den deutschen Streitkräften einen günstigen „politischen Effekt“ haben könnte, nicht anerkennen können. Seine Ablehnung des Planes wurde um so heftiger, als er erfuhr, „daß unter den Werbem einige waren, die behaupteten, mit der Zustimmung des Oberbefehlshabers zu handeln“ (d. h., Mannerheims). Siehe Mannerheim, a. a. O., Bd. 2, S. 263.

⁴² Siehe Anm. 35.

⁴³ Fernschreiben Nr. 178 vom 13. 3. 1941 von Rintelen an Ministerbüro über St. S. für Ges. v. Grundherr, AA/St. S., „Akten betreffend Finnland“, Bd. 2, a. a. O., B 19/B 004074.

gen mehr oder weniger nur noch zu sammeln, ärztlich zu untersuchen und dann nach Deutschland zu überführen seien, während sich aus dem Drahtbericht des Ges. v. Blücher ergibt, daß Freiwilligenmeldungen in größerem Umfang noch gar nicht vorliegen. Berger will offenbar jetzt erst eine Werbungsaktion in Finnland selbst in Gang bringen, wodurch sich natürlich das Bild völlig ändert. Der Herr RAM bittet Sie, ihm nach voller Klarstellung des wirklichen Sachverhaltes einen Bericht darüber vorzulegen und Vorschläge für die weitere Behandlung der Sache zu machen.

Grundherr leitete sofort eine Untersuchung der Tätigkeit und der Behauptungen Bergers in die Wege, und schon am nächsten Tag konnte er Ribbentrop einen langen Bericht über die vorläufigen Ergebnisse senden. Er habe Berger zu sich gerufen, schrieb er, ihm Blüchers Telegramm und Ribbentrops Reaktion darauf entgegengehalten und eine Erklärung verlangt. „General Berger war sich über die Tragweite dieser Weisungen im klaren“, bemerkte Grundherr und fügte hinzu: „Er war über Angelegenheit offensichtlich bestürzt.“ Von Grundherr ins Verhör genommen, gab Berger zu, daß seine frühere Behauptung, 700 Freiwillige hätten sich beim Deutschen Militärattaché in Helsinki gemeldet, nicht gestimmt hätte. Aber er bestand darauf, daß 700 Freiwillige vorhanden wären und gab dann folgendes Bild der Lage:

Einer der Agenten Bergers, ein schwedischer Staatsangehöriger namens Ola Vinberg, wohnhaft in Berlin, habe Helsinki besucht „und habe dort Bewerbungen von mindestens 700 finnischen Freiwilligen festgestellt“. Mehr als 500 seien aktive Angehörige oder Reservisten der finnischen Wehrmacht gewesen. Vinberg selbst sei im Besitz einer Liste mit den Namen der Freiwilligen gewesen, habe sich aber leider Unannehmlichkeiten in Schweden bereitet und sei zur Zeit im Gefängnis in Malmö. Berger rechnete mit Vinbergs Entlassung für den 17. März. Dieser werde darauf sofort nach Berlin zurückkommen. Jedoch habe er wegen seiner Schwierigkeiten mit der schwedischen Polizei die Namenliste zerstören müssen. Außerdem hatte Berger infolge der Eskapade Vinbergs seit etwa neun Wochen die Fühlung mit den finnischen Freiwilligen verloren. Möglicherweise sei infolge der längeren Unterbrechung der Verbindung nach Finnland bei den finnischen Freiwilligen Unsicherheit entstanden, gab Berger Grundherr zu verstehen, so daß sie die Anmeldung beim Deutschen Militärattaché, die er angeordnet hatte, nicht wagten. Auf jeden Fall sei sein „zuverlässiger und bewährter finnischer Vertrauensmann“, SS-Untersturmführer Lindberg, jetzt in Helsinki und SS-Standartenführer Dahm sei auf dem Weg dorthin, um Verbindung mit Lindberg aufzunehmen. Da Dahm die strikte Weisung habe, sich sofort bei Gesandtem Blücher zu melden, könnte die ganze verworrene Angelegenheit bald geklärt werden. „Ich habe General Berger nachdrücklich darauf hingewiesen,“ schrieb Grundherr in seinem Bericht, „daß jetzt entstandene Unklarheiten und Schwierigkeiten leicht hätten vermieden werden können, wenn er pflichtgemäß vor Beginn jeder Betätigung im Ausland die Angelegenheit Herrn Reichsaußenminister unterbreitet hätte.“

Grundherr schloß seinen Bericht an Ribbentrop mit der Empfehlung, „daß, falls Aktion nicht ganz gestoppt werden soll, Gesandter von Blücher . . . die Draht-

weisung erhält, daß nach seinen Weisungen SS-Standartenführer Dahm mit finnischem Vertrauensmann Lindberg vorsichtig Verbindung aufnimmt zwecks Klärstellung Zahl und Art der finnischen Freiwilligen, sowie der Frage, ob Freiwillige Eintritt in SS-Formation oder in deutsche Wehrmacht erstreben⁴⁴.

Berger, der sich schon bei Himmler beschwert hatte, daß gewisse Beamte im Auswärtigen Amt seine Äußerungen und Handlungen in ihren Berichten über ihn zu verdrehen schienen⁴⁵, setzte sich nun hin und schrieb Himmler eine unterwürfige Mitteilung über den entmutigenden Lauf der Dinge. „Bei der Werbung in Finnland scheint es eine Panne zu geben“, begann er. „Es wäre dies das erste Mal, daß eine Sache von mir vorbereitet, so anscheinend armselig ausgeht. Die tieferen Gründe sind mir noch nicht bekannt.“ Er habe jedoch den Eindruck, daß gewisse Herren im Auswärtigen Amt, besonders Gesandter Luther, sich verschworen hätten, ihn in Mißkredit zu bringen. Grundherr, der ihm nicht zu trauen scheine, habe angedeutet, daß die Finnen den Gedanken, in der Waffen-SS zu dienen, kaum schätzten: „Für die Wehrmacht ein ganzes Regiment, aber für die Waffen-SS sei der Gedanke noch nicht vorgedrungen.“ Grundherr habe sogar verlangt, „ich möchte die Namen meiner Vertrauensleute, die ich oben in Finnland hätte, preisgeben. Ich habe das abgelehnt . . . Gäbe ich die Namen dieser Männer heraus, so würde ich mir den schwersten Vertrauensbruch zu Schulden kommen lassen.“ Um Himmler noch weiter mit der großen Bedeutsamkeit seiner Untergrundarbeit in Finnland zu beeindrucken, fügte Berger folgende mysteriöse Andeutungen hinzu: „Es bildet sich dort eine neue revolutionäre, rein nationalsozialistische, auf das Großdeutsche Reich ausgerichtete Partei aus einer Wehrorganisation heraus, die ähnlich unserem Stahlhelm aufgezogen ist.“ Berger beendete sein Schreiben mit der folgenden Bitte:

- a) jetzt die Sache nicht aufzugeben, auch wenn es etwas langsam geht.
- b) mich nur dem Herrn Reichsaußenminister gegebenüber in Schutz zu nehmen, insofern als Reichsführer-SS ihm bestätigen wolle, daß sich die von mir gemeldeten Zahlen bis jetzt immer noch als ganz zuverlässig herausgestellt haben.
- c) Es mir nicht übel nehmen zu wollen, daß diese Sache nicht so klappt, wie von mir auf Grund meiner Vorarbeiten angenommen und gemeldet werden konnte⁴⁶.

Um Himmlers Unterstützung zu erlangen, versuchte Berger, die Haltung des Auswärtigen Amtes als eine Verschwörung gegen die SS im allgemeinen hinzustellen⁴⁷. Außerdem übertrieb er wahrscheinlich das Wesen und Ausmaß seiner

⁴⁴ Fernschreiben vom 14. 3. 1941 von Grundherr an Sonderzug Heinrich für Altenburg – Sonneithner, zu Pol. VI 1131, Geheim, ebenda, B 19/B 004075–78.

⁴⁵ Schreiben von SS-Brigadeführer Berger an den RFSS vom 13. 3. 1941, „Betr.: Besuch beim finnischen Gesandten“, Geheime Kommandosache, RFSS/T–175, 110/2634987.

⁴⁶ Schreiben Bergers vom 14. 5. 1941 (s. Aum. 12), 110/2634983–86.

⁴⁷ Berger schrieb, z. B.: „Ob nun die Wehrmacht versucht, ein Freiwilligenregiment unter Hinblick auf die Tradition des Jäger-Bataillons 27 aufzubauen und wir als unliebsame Konkurrenz betrachtet werden, kann ich nicht sagen. Jedenfalls besteht die Möglichkeit.“ Ebenda, 110/2634985.

Untergrundarbeit in Finnland. Seine Behauptung von der angeblichen Bildung einer revolutionären und rein nationalsozialistischen Bewegung innerhalb einer finnischen Wehrorganisation ist durch kein Beweismaterial belegt⁴⁸. Bergers Weigerung, die Namen der in dieser Bewegung beteiligten Finnen preiszugeben, war vermutlich eine Finte, um Himmler zu beeindrucken.

Während der nächsten Wochen versuchte Berger verzweifelt herauszufinden, woran seine scheinbar vielversprechende Werbeaktion in Finnland gescheitert war. Offenbar wollte die finnische Regierung selbst die Sache mit Vorsicht anfassen. Die Finnen hatten dem Projekt prinzipiell zugestimmt, doch machten sie Vorbehalte, finnische Freiwillige in der Waffen-SS dienen zu lassen.

Das Auswärtige Amt hatte ebenfalls Vorbehalte und war offensichtlich erzürnt über die Art, mit der es von Bergers unrichtigen Behauptungen irreführt worden war. Die Untersuchung seiner Angabe wurde fortgesetzt. Am 14. März teilte Oberst Horst Rössing, der deutsche Militärattaché in Helsinki, Blücher mit, daß keine finnischen Gruppen sich in seinem Büro als Freiwillige für das Regiment „Nordland“ gemeldet hätten; nur sechs oder acht Einzelpersonen hätten sich nach der Möglichkeit eines solchen Dienstes erkundigt. Diese „machten zum großen Teil keinen guten Eindruck, sondern den von Abenteurern. Der größte Teil von ihnen war arbeitslos.“ Ungefähr 25 andere hätten angedeutet, daß sie in die Deutsche Wehrmacht eintreten möchten, darunter einige Weißrussen und ganz vereinzelt finnische Reserveoffiziere. „Auch diese Persönlichkeiten machten . . . keinen guten Eindruck“, und sie seien alle abgewiesen worden. „Von Seiten des Mil.Att.“, schloß Rössing, „ist niemals ein Bericht nach Berlin übersandt worden, der davon spricht, daß sich 700 Freiwillige für das Regiment ‚Nordland‘ oder zum Eintritt in die Wehrmacht gemeldet haben.“⁴⁹

Blücher unterrichtete das Auswärtige Amt unverzüglich hiervon und fügte hinzu, daß ein anonymer Finne gerade den Militärattaché angerufen hätte und sich als der Sprecher für 240 Arbeitslose vorgestellt hätte, die in das Regiment „Nordland“ eintreten wollten. Er sei aufgefordert worden, zur Gesandtschaft zu kommen, sei aber bisher noch nicht erschienen⁵⁰. Tatsächlich erschien er niemals, und

⁴⁸ Der finnische Innenminister, der als erster von irgendwelchen umstürzlerischen Entwicklungen in seinem Land gewußt haben mußte, widmete in seinen Nachkriegsmemoiren der Erörterung des Nationalsozialismus in Finnland während des Krieges genau eine Seite. Er war der Meinung, daß er keine bemerkenswerte Gefolgschaft oder Einfluß hatte und beschrieb ihn als eine Bewegung, „für die ein paar Träumer arbeiteten, aber ohne bemerkenswerten Erfolg“. Siehe von Born, a. a. O., S. 274–275. Man beachte, daß Born als liberaler Demokrat und Kritiker seiner Regierung, die er im Frühjahr 1941 verließ, offen über die Betätigung des extremen rechten Flügels schreiben konnte.

⁴⁹ Schreiben von Rössing an „Herrn Minister v. Blücher“ vom 14. 3. 1941, Tgb. Nr. 108/41, Geheim, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Freiwilligenfrage“, Bd. 11/5, a. a. O., 6509/H 072160.

⁵⁰ Tel. Nr. 163 vom 14. 3. 1941 von Blücher an Auswärtiges Amt, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Berichte“, Bd. 6/1, a. a. O., 6440/H 066707–08. Als Berger diese Nachricht erhielt, deutete er hoffnungsvoll an, daß der anonyme Anrufer die vermißte Gruppe der 700 Freiwilligen repräsentiere und daß die „Bezeichnung Arbeitslose finnische-seits nur aus Tar-

Blücher wurde mitgeteilt, daß Bergers Vertrauensmann, Lindberg, nichts von einer Gruppe von 240 oder von der angeblichen Gruppe von 700 Freiwilligen wüßte⁵¹.

Zu Bergers Ärger veranlaßte das Auswärtige Amt Blücher sogar, Bergers Geschichte von jenem „Ola Vinberg“, der am 17. März aus dem Gefängnis in Malmö entlassen werden und nach Berlin zurückkehren sollte, zu überprüfen. Am 31. März antwortete Blücher: einer der finnischen Eingeweihten „hat sich bei der schwedischen Kriminalpolizei nach diesem Manne erkundigt und dabei erfahren, daß ein Mann dieses Namens nicht in Schweden bekannt ist. Es liegt die Annahme nahe, daß ‚Vinberg‘ ein Schwindler ist, der unter falschem Namen aufgetreten ist.“⁵² Vielleicht liegt es noch näher, daß „Vinberg“ in Wirklichkeit eine bequeme Erfindung Bergers in der Stunde der Not war.

III

Wenn die Untersuchung des Auswärtigen Amtes auch SS-Brigadeführer Bergers Ruf Schaden getan haben mag, so hielt sie doch sein Unternehmen nicht auf. Bergers Beauftragter, SS-Standartenführer Dahm, traf am 14. März in Helsinki ein⁵³ und bezog bei Lindberg Quartier⁵⁴. Gesandter Kivimäki kehrte auf seinen Posten in Berlin zurück und teilte Grundherr am 17. März mit, daß die finnische Regierung und Generalfeldmarschall Mannerheim den SS-Plan prinzipiell gutheißen, obwohl sie es lieber sähen, wenn die finnischen Freiwilligen nach der Tradition der Jägerbewegung in der Wehrmacht dienten⁵⁵. Das Auswärtige Amt entschied jedoch, daß diese Vorstellungen „nicht weiter zu verfolgen“ seien⁵⁶. Am 21. März beauftragte das Auswärtige Amt Blücher, die Vorbereitungen für die Rekrutierung finnischer Freiwilliger im Rahmen des in Ribbentrops Telegramm vom 10. März skizzierten Plans zu treffen. Es wurde unterstrichen, daß alles unter

nungsgründen gewählt wurde“. Siehe Tel. Nr. 208 vom 18. 3. 1941 von Weizsäcker an Blücher, Deutsche Gesandtschaft Helsinki, „Erlasse“, Bd. 1/1 (in Zukunft als Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Erlasse“, Bd. 1/1 zitiert), 6434/H 059282.

⁵¹ Tel. Nr. 181 vom 19. 3. 1941 von Blücher an Auswärtiges Amt, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Berichte“, Bd. 6/1, a. a. O., 6440/H 066678–79.

⁵² Schreiben von Blücher an Auswärtiges Amt vom 31. 3. 1941, „Inhalt: Freiwilligenfrage“, Tgb. Nr. 57/41, Geheim, Deutsche Gesandtschaft Helsinki, „Geheimer Schriftwechsel“, Bd. 24/1 (in Zukunft als Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Geh. Schriftwechsel“, Bd. 24/1 zitiert), 6674/H 090712.

⁵³ Tel. Nr. 167 vom 15. 3. 1941 von Blücher an Auswärtiges Amt, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Berichte“, Bd. 6/1, a. a. O., 6440/H 066705–04; Tel. Nr. 172 vom 17. 3. 1941 von Blücher an Auswärtiges Amt (von Dahm für Brigadeführer Berger, SS Hauptamt), ebenda, 6440/H 066697.

⁵⁴ Telegramm Blüchers Nr. 181 (s. Anm. 51).

⁵⁵ Aufzeichnung Grundherr vom 17. 3. 1941 (s. Anm. 39).

⁵⁶ Telegramm Weizsäckers Nr. 208 (s. Anm. 50).

Blüchers eigener Kontrolle und Aufsicht und „in Ihnen geeignet und unbedenklich erscheinender Weise“ geschehen müsse⁵⁷.

Inzwischen hatte die finnische Regierung die Schaffung der notwendigen Organisation für die eigentliche Rekrutierung in Finnland angeordnet. Regierungsrat Esko Rieki wurde beauftragt, sie aufzubauen und zu leiten. Seine einzigartige Befähigung und Erfahrung ließen ihn als geeignetsten erscheinen, auch galt er der finnischen Regierung als politisch zuverlässig, da er weder Nationalsozialist noch Anhänger der Vaterländischen Volksbewegung (IKL) war⁵⁸. Als ehemaliger Chef der finnischen Staatspolizei (1923–38) kannte er die Spitzen vieler ausländischer Sicherheitsdienste, einschließlich des deutschen Sicherheitsdienstes und seiner Geheimen Staatspolizei, persönlich. Weiterhin war er während des Ersten Weltkrieges in der Jägerbewegung aktiv gewesen. Als Offizier während des finnisch-sowjetischen Winterkrieges 1939–40 hatte er zudem wichtige Erfahrungen in der Arbeit mit Freiwilligen gesammelt, als er mit der Leitung der Freiwilligenstelle in Tornio beauftragt war, wo circa 10 000 ausländische Freiwillige angenommen worden waren.

Aus den kurzen Darstellungen der kleinen Gruppe finnischer und deutscher Eingeweihter, die in ihren Nachkriegserinnerungen die Freiwilligenfrage überhaupt erwähnen, gewinnt man den Eindruck, als ob die finnische Regierung entweder ein bloßer Zuschauer gewesen wäre oder der Rekrutierung nur widerwillig und unter Druck zugestimmt hätte. Die Initiative sei von den Deutschen selbst und einer privaten finnischen Kommission ausgegangen. Generalfeldmarschall Mannerheim behauptete, daß das ganze Unternehmen auf privater Basis begonnen hätte und daß, als die Angelegenheit die Aufmerksamkeit der Regierung erregte, „die Vorbereitungen schon so weit fortgeschritten waren, daß man sich zu Zugeständnissen gezwungen fühlte“, um nicht Finnlands wirtschaftliche Beziehungen mit Deutschland zu gefährden und „generell keinen ungünstigen Eindruck in Deutschland zu machen“⁵⁹. Selbst Blücher stellt in seinen Erinnerungen eine ähnliche Behauptung auf⁶⁰. In seinem Buch besteht er darauf, daß er von dem SS-Projekt zum ersten Mal Mitte März von einem finnischen Politiker gehört hätte; dieser „tat sehr geheimnisvoll“ und erzählte, „er habe die Absicht, maßgebende Persönlichkeiten für eine Sache zu gewinnen, die äußerst sekret betrieben werden müsse“.

⁵⁷ Tel. Nr. 222 vom 21. 3. 1941 von Weizsäcker an Blücher, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Erlasse“, Bd. 1/1, a. a. O., 6454/H 059278.

⁵⁸ Die IKL (Isänmaallinen kansanliike) war die einzige Bewegung in der Nachbarschaft einer faschistischen Partei, die Finnland aufzuweisen hatte. Sie war 1931 als Ableger der fanatisch antikommunistischen Lapuabewegung (1929–32) gegründet worden. In drei Parlamentswahlen erhielt sie 1933 und 1936 14 (von 200) Sitze und 1939 8 Sitze. 1938 wurde sie durch einen Erlass von Justizminister Urho Kekkonen verboten; das Verbot wurde durch ein Gesetz des finnischen Parlamentes bestätigt, aber 1939 erklärte der Oberste Gerichtshof das Gesetz für verfassungswidrig. 1944 wurde die IKL unter den Bestimmungen des finnisch-sowjetischen Waffenstillstandsabkommens aufgelöst.

⁵⁹ Mannerheim, a. a. O., Bd. 2, S. 263.

⁶⁰ Blücher, a. a. O., S. 8.

Blücher deutet nicht an, daß diese maßgebenden Persönlichkeiten Mitglieder der Regierung waren, und er vermittelt wie Mannerheim den Eindruck, daß die Angelegenheit in aller Stille von Privatpersonen auf eigene Initiative und Verantwortung durchgeführt worden sei: „Es gründete sich ein finnisches Komitee, das die Anwerbung und Betreuung der Freiwilligen vornahm.“⁶¹ Selbst der finnische Innenminister, der nicht zu den Eingeweihten zählte, wußte, daß es sich um mehr als das handelte⁶². Regierungsrat Riecki, der jenes Privatkomitee gründete, das die deutschen Akten als finnisches SS-Komitee führten, bestätigt selbst, daß seine Berufung zum Vorsitzenden jenes Komitees „von Regierungsseite“ kam⁶³. Und die Akten des Auswärtigen Amtes und der Deutschen Botschaft in Helsinki machen es klar, daß Herr Riecki zu jeder Zeit unter der direkten Kontrolle Außenministers Witting stand, dem er regelmäßig Bericht erstattete.

Fest steht, daß die maßgeblichen Persönlichkeiten innerhalb der finnischen Regierung, die Finnlands Außenpolitik während dieser kritischen Zeit bestimmten⁶⁴, die Werbungsaktion als eine höchst politische Frage betrachteten. Seit dem sowjetischen Vorgehen gegen die drei baltischen Staaten im Sommer 1940 mußten sie befürchten, daß die Russen ähnliche Pläne mit Finnland hätten. Auf ihrer Suche nach deutscher Unterstützung hatten die finnischen Führer bewußt versucht, durch eine Reihe von Konzessionen erhöhtes deutsches Interesse an Finnland zu wecken. Sie hatten die finnische Wirtschaft durch eine Reihe von Wirtschaftsverträgen, die zwischen Juni 1940 und März 1941 abgeschlossen worden waren, nach Deutschland hin orientiert. Durch eine Serie von Abkommen, die den Durchmarsch deutscher Truppen von finnischen Ostseehäfen nach Kirkenes in Norwegen gestatteten, hatten sie deutsche Streitkräfte auf finnischen Boden gebracht. Sie hatten die Entwicklung enger Kontakte zwischen finnischen und deutschen Militärkreisen erlaubt⁶⁵. Die Freiwilligenfrage wurde von finnischen Führern daher als eine weitere Möglichkeit betrachtet, das deutsche Interesse an Finnland zu fördern.

Unter diesen Umständen ist die positive Reaktion der finnischen Eingeweihten zum SS-Plan verständlich. Als Kivimäki durch Berger erstmals von dem Projekt hörte, hatte er instinktiv seine Zustimmung erklärt⁶⁶. Witting erfaßte die politische Seite der Frage ebenfalls sofort, als Blücher ihn am 11. März von der Sache unterrichtete. So berichtete Blücher: „Nach Schluß Unterhaltung bemerkte Außenminister leichthin, auf diese Weise könne vielleicht Finnland in Dreier-

⁶¹ Ebenda, S. 217.

⁶² Siehe Anm. 36.

⁶³ Schreiben von Herrn Esko Riecki an H. Peter Krosby vom 5. 7. 1965.

⁶⁴ Diese waren in erster Linie Staatspräsident Ryti, Ministerpräsident Rangell, Außenminister Witting und Verteidigungsminister Waldén. Letzterer war im wesentlichen Generalfeldmarschall Mannerheims Vertreter im Kabinett.

⁶⁵ Zur Erhärtung dieser allgemeinen Darstellung sollte der Leser die Werke unter Anm. 1, 4 und 5 einsehen.

⁶⁶ Siehe Anm. 34.

pakt hineinmarschieren.“⁶⁷ Wie schon bemerkt, hatte Kivimäki als erster vorgeschlagen, daß Riecki mit der eigentlichen Anwerbung beauftragt werden solle. Kivimäki hatte außerdem Oberst Nordström als möglichen Kandidaten für die Aufgabe vorgeschlagen. Witting bestellte daraufhin Riecki, das finnische SS-Komitee zu organisieren, und Nordström wurde Mitglied des Komitees. Der Auftrag des Komitees kam von Regierungsseite, aber aus politisch ratsamen Gründen sollte es so operieren, als ob die Regierung nichts mit ihm zu tun hätte. Außenminister Witting erklärte Blücher, „er dürfe offiziell davon nichts wissen“⁶⁸.

Sofort nach seiner Ernennung fuhr Riecki zu direkten Gesprächen mit SS-Führern nach Berlin. Am 20. März konferierte er mit SS-Brigadeführer Berger, mit SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich, dem Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, mit SS-Gruppenführer Heinrich Müller von der selben Organisation und mit SS-Gruppenführer Karl Wolff, dem Chef des Persönlichen Stabes RFSS. Riecki legte ihnen die finnischen Bedingungen vor, auf deren Basis die Richtlinien für die Werbungsaktion in Finnland ausgearbeitet wurden. Riecki kehrte dann nach Helsinki zurück und berichtete Blücher und Witting über die Resultate seiner Mission⁶⁹. In einem Telegramm nach Berlin faßte Blücher Rieckis Darlegungen folgendermaßen zusammen:

1. Es würden sich Freiwillige in Finnland finden. An sich bestände in vielen Kreisen auf Grund Propaganda Vorurteil gegen SS, aber er persönlich glaube, daß Projekt im Rahmen Waffen SS durchführbar.
2. Man dürfe von Freiwilligen keine Verpflichtung auf Nationalsozialismus verlangen, wohl aber Anerkennung Führers als „Führers germanischer Völker“.
3. Freiwillige könnten Reichsangehörigkeit erwerben, sie würden aber sicherlich nach Absolvierung Dienstes sämtlich nach Finnland zurückkehren.
4. Bei Auswahl Freiwilliger dürfe man sich nicht auf kleine Gruppen stützen, die nichts hinter sich hätten, sondern müsse sich auf breite Basis von IKL bis Sozialisten einschließlich einstellen.
5. Finnische Formation müsse so selbständig und so „separiert“ wie möglich gehalten werden.
6. Es müßten mindestens in jeder Kompanie finnische Offiziere und finnische Unteroffiziere sein.
7. Am besten wenn nur Freiwillige genommen würden, die bereits in Finnland Wehrpflicht absolviert und bereits gegen Rußland gekämpft. In keinem Falle Abenteurer oder Arbeitslose.
8. Als erstes müsse Kontingent von Offizieren und Unteroffizieren nach Deutschland geschickt werden, die dort deutsche Ausbildung lernten. Später sollten Gruppen von 50–100 Unteroffizieren und Mannschaften folgen.
9. Werbung würde in Hand von Finnen liegen, die hier eigenes Komitee mit An-

⁶⁷ Telegramm Blüchers Nr. 184 (s. Anm. 51).

⁶⁸ Tel. Nr. 204 vom 29. 3. 1941 von Blücher an Auswärtiges Amt, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Berichte“, Bd. 6/1, a. a. O., 6440/H 066625–28.

⁶⁹ Telegramm Weizsäckers Nr. 222 (s. Anm. 57); Aufzeichnung von Blücher, „Unterhaltung mit Herrn Riecki am 24. März 1941“, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Freiwilligenfrage“, Bd. 11/5, a. a. O., 6509/H 072151–53; Tel. Nr. 103 vom 24. 3. 1941 von Blücher an Auswärtiges Amt, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Berichte“, Bd. 6/1, a. a. O., 6440/H 066648–53; Tel. Nr. 200 vom 27. 3. 1941 von Blücher an Auswärtiges Amt, ebenda, 6440/H 066635–55.

- gestellten und Agenten bilden würden. Mit Untersuchung durch SS-Ärzte sei er einverstanden, doch sollten sie erst eintreffen, wenn Werbeaktion eingeleitet.
10. Finnischerseits würden Kosten für Werbeaktion in Finnland getragen. Transport und alle Ausgaben in Deutschland gingen zu deutschen Lasten.
 11. In zwei Monaten könne man vielleicht bis zu 1000 Mann zusammenbringen.
 12. Geheimhaltung würde versucht, sei aber nicht durchführbar.
 13. Die gesamten Bedingungen für die Freiwilligenaktion müßten deutscherseits schriftlich formuliert werden. Es genüge, wenn davon zwei Exemplare existierten, je eins in der Hand der beiden Regierungen.

Blücher fügte hinzu, daß laut Riecki diese Bedingungen von Berger, Heydrich, Müller und Wolff genehmigt worden wären und daß Himmler sie offenbar angenommen hätte⁷⁰.

Es ist bemerkenswert, daß die Bedingung, die Riecki als die wichtigste ansah, von Blücher nur unklar als Punkt 5 seines Telegramms aufgeführt wurde. Als Riecki Blücher die Bedingungen vorlegte, begann er: „Aus psychologischen Gründen müßte die finnische Truppe so selbständig wie möglich gehalten werden.“⁷¹ Er kam nochmals darauf zurück: „Zum Schluß wiederholte Herr Riecki, die finnische Formation müsse so separiert und selbständig wie möglich werden.“⁷² Auch in der Mitte seines Vortrages betonte er: „Es müsse aber immer eine finnische Truppe sein, nur höchste Leitung und Versorgung könne mit anderen Formationen zusammen sein.“⁷³ Mit „anderen Formationen“ meinte er die norwegischen, dänischen, flämischen und holländischen Freiwilligen. Jene Freiwilligen aus den Ländern, die Deutschland angegriffen und besetzt hatte, wurden als Landesverräter von den Finnen ebenso wie von ihren Landsleuten verachtet. Diese Frage verursachte noch erhebliche Spannung zwischen den Finnen und Deutschen, die mit der Freiwilligenfrage zu tun hatten.

Am 25. März berief Riecki eine Tagung des finnischen SS-Komitees ein. Unter den Anwesenden waren Pehr H. Norrmén, ein prominenter Bankier und Veteran der Jägerbewegung, ein Nazifreund, der bald ernüchert wurde; Oberst Martti Vihma vom Hauptstab der finnischen Schutzkorps; Kalle Lehmus, der Führer des rechten Flügels der finnischen Sozialdemokratischen Partei; und Oberst Ragna Nordström, ein Schiffsreeder und Schwerbeschädigter aus dem finnischen Unabhängigkeitskrieg 1918⁷⁴. Als ersten Punkt der Tagesordnung legte das Komitee die

⁷⁰ Telegramm Blüchers Nr. 195 (s. Anm. 69). Berger, der eine Abschrift dieses Fernschreibens erhielt, nahm einige kleine Änderungen vor (vgl. RFSS/T-175, 110/2634975-76), besonders in Punkt 4, wo er die drei Worte, die auf „IKL“ (d. h., „bis Sozialisten einschließlich“) folgten, strich; „da sonst der russischen Propaganda Tür und Tor geöffnet sei“. Siehe Schreiben von SS-Brigadeführer Berger an den RFSS vom 28. 3. 1941, „Betr.: Auswärtiges Amt“, CdSSHA/Be./Wv. Tgb. Nr. 93/41, Geheime Kommandosache, RFSS/T-175, 110/2634969-70. Was Berger mit dieser Erklärung meinte, ist schwer zu verstehen. Seine anderen „Erleichterungen und Verbesserungen“ bedeuteten keine wesentlichen Änderungen der dreizehn Punkte.

⁷¹ Aufzeichnung Blüchers, „Unterhaltung mit Herrn Riecki am 24. März 1941“ (s. Anm. 69), 6509/H 072151.

⁷² Ebenda, 6509/H 072153.

⁷³ Ebenda, 6509/H 072152.

⁷⁴ Witting übergab Blücher diese Namen. Blücher schloß sie in sein Tel. Nr. 204 an Aus-

drei finnischen Bedingungen fest, unter denen die SS finnische Staatsbürger sollte rekrutieren können. Am nächsten Tag diktierte Riecki diese Bedingungen Dahm, der als Verbindungsmann zwischen dem finnischen SS-Komitee und Blücher agierte⁷⁵. Dahm legte sie dann Blücher vor, der sie am 27. März in leicht gekürzter Form nach Berlin telegraphierte⁷⁶:

1. Kein finnischer Freiwilliger gegen England, Griechenland, Afrika oder weiteren gegen Deutschland in Krieg eintretenden Staat, ausgenommen Rußland.
2. Kein finnischer Freiwilliger darf in Regiment Nordland oder Division Wiking eingegliedert werden, da Finnen ablehnen, mit Norwegern, Dänen, Holländern in demselben Verbands Dienst zu tun. Dagegen bereit zur Dienstleistung in jedem deutschen Verband sowie gemeinsam mit Schweden.
3. Kein finnischer Freiwilliger darf auf Führer Deutschen Reiches vereidigt werden. Es müsse Formel Eides gefunden werden, die Verpflichtung etwa auf Führer Großgermanischen Reiches enthielte.
4. Schriftliche Formulierung vorstehender drei Voraussetzungen und Deponierung je eines Exemplars in Berlin und Helsinki.

Zwei Tage später informierte Blücher das Auswärtige Amt, daß die Anwerbung in Finnland nicht eher beginnen könnte, als bis Deutschland diese Bedingungen, die von Riecki früher aufgestellten dreizehn Punkte und eine zusätzliche Bedingung des finnischen SS-Komitees angenommen hätte: „Für den Fall, daß Finnland mit Rußland in Krieg gerät, Deutschland dagegen nicht, müssen Freiwillige freigegeben werden.“⁷⁷

Die finnischen Bedingungen stellten Bergers Geduld auf die Zerreißprobe. Es war ihm unerträglich, daß die Finnen versuchten, ihm das Projekt aus den Händen zu nehmen und ihre eigenen Richtlinien für seine Ausführungen aufzustellen. „Punkt 1 und 2 entfallen vollkommen“, schrieb er Himmler in Bezug auf die Bedingungen des finnischen SS-Komitees, doch wolle er nicht darum streiten. Stattdessen werde er am 31. März noch einen Vertrauensmann, SS-Hauptsturmführer Schulte, nach Helsinki schicken: „Es werden ihm von mir ganz klare Weisungen gegeben, insbesondere wird den Leuten mitgeteilt, daß Verhandlungen nicht in Frage kommen, sondern wir nur ganz klar wissen wollen, ob sie mitmachen oder nicht mitmachen.“⁷⁸ Schulte sollte im Einvernehmen mit dem SD-Beauf-

wärtiges Amt vom 29. 3. 1941 (s. Anm. 68) ein. Er fügte hinzu: „Ich lege Gewicht auf die Anwesenheit Führers nationalen rechten Flügels finnischer Sozialisten Lehmus im Comité. Herr Lehmus ist Pressereferent im Kriegsministerium.“

⁷⁵ „Diktat von H. Dahm“, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Freiwilligenfrage“, Bd. 11/5, a. a. O., 6509/H 072144.

⁷⁶ Tel. Nr. 200 vom 27. 3. 1941 von Blücher an Auswärtiges Amt, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Berichte“, Bd. 6/1, a. a. O., 6440/H 066633-35. Vgl. Abschrift, die Grundherr Berger am 28. 3. 1941 sandte (Pol. VI 1350, Geheim) und die Berger am nächsten Tag an Himmler weiterleitete, RFSS/T-175, 110/2634966.

⁷⁷ Telegramm Blüchers Nr. 204 (s. Anm. 68).

⁷⁸ Schreiben von SS-Brigadeführer Berger an den RFSS vom 29. 3. 1941, „Betr.: Finnlandwerbung“, CdSSHA/Be./We. Tgb. Nr. 95/41, Geheime Kommandosache, RFSS/T-175, 110/2634964.

trugten für Finnland ohne das Wissen des Auswärtigen Amtes arbeiten⁷⁹. Berger glaubte zuversichtlich, daß diese Methode dazu dienen werde, „die Angelegenheit unter allen Umständen rasch in Fluß zu bringen“⁸⁰.

Was Schultes Tätigkeit wirklich erreichte, ist schwer zu bestimmen. Die Aufzeichnungen der Deutschen Gesandtschaft in Helsinki und des Auswärtigen Amtes erwähnen sie überhaupt nicht. Das spricht dafür, daß zumindest die Geheimhaltung klappte. Auf der anderen Seite wäre es jedoch praktisch unmöglich gewesen, der Aufmerksamkeit der zahlreichen Agenten – sowohl des finnischen SS-Komitees als auch des deutschen Militärattachés – zu entgehen, hätten Schulte und seine finnischen Kollaborateure wirklich die Tätigkeit entfaltet, die zum Erfolg des Rekrutierungsprojektes führte. Man kann daraus schließen, daß Schultes Tätigkeit sehr unbedeutend war. Jedoch ist es durchaus möglich, daß er sich für den Strom der Freiwilligen, der sich bald in die Rekrutierungszentrale des SS-Komitees ergoß, verantwortlich hielt. Schulte war kaum genügend mit finnischen Verhältnissen vertraut, um zu wissen, wie wenig Einfluß die wichtigsterischen Nazis ausübten, mit denen er Verbindungen anknüpfte. Deshalb gab er Berger wahrscheinlich einen sehr positiven Rechenschaftsbericht über seine Untergrundarbeit in Finnland. Auf jeden Fall nahm Berger in seinen darauffolgenden Meldungen an Himmler das Verdienst für den Erfolg des finnischen Freiwilligenprojektes völlig für sich in Anspruch; ein Anspruch, der durch kein verfügbares dokumentarisches Beweismaterial gerechtfertigt wird.

Berger schrieb die sonderbarste dieser Meldungen an Himmler am 12. April⁸¹. Er widmete sie größtenteils einer Beschreibung der Schwierigkeiten, die ihm „von seiten des Auswärtigen Amtes und der finnischen Regierung“ und auch vom finnischen SS-Komitee in den Weg gelegt worden seien. „Das finnische Volk – sowohl Finnländer wie Finnen – ist ausgesprochen pro-deutsch eingestellt“, versicherte er, und trotzdem verfolge die finnische Regierung nur vorübergehend und „aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen“ eine deutschfreundliche Politik. Zu einer Aufgabe der Beziehungen und Verbindungen zu Großbritannien und den USA sei man „jedoch nicht bereit“. So komme es, schrieb Berger, daß SS-Standartenführer Dahm seit vier Wochen auf dauernden Widerstand „sowohl von dem deutschen Gesandten von Blücher“ als auch der finnischen Regierung treffe. Die Mitglieder des finnischen SS-Komitees seien auch nicht positiver eingestellt, fuhr Berger fort. Riecki „ging sogar soweit, daß er in einer Versammlung der mit der Werbung beauftragten Vertrauensmänner aus den einzelnen finnischen politischen Gruppen erklärte, daß es ihm leid tue, diesen Auftrag habe annehmen zu müssen, er könne jedoch versichern, daß er niemals Nationalsozialist werden könne und wolle“⁸².

⁷⁹ Schreiben von SS-Brigadeführer Berger an den RFSS vom 12. 4. 1941, „Betr.: Werbung finnischer Freiwilliger für die Waffen-SS“, VI – Schu/We. Tgb. Nr. 114/41, Geheime Kommandosache, RFSS/T-175, 110/2634792.

⁸⁰ Schreiben Bergers vom 28. 3. 1941 (s. Anm. 70), 110/2634970.

⁸¹ Siehe Anm. 79, 110/2634790–95.

⁸² Nachdem Himmler Bergers Bericht gelesen hatte, machte er Reinhard Heydrich auf die Anti-Nazi-Äußerungen Riekkis aufmerksam. Siehe Schreiben von RFSS (Persönlicher

Berger faßte dann die finnische Einstellung in folgender treffenden Weise zusammen: „Es konnte auch festgestellt werden, daß die maßgebenden politischen finnischen Regierungskreise mit der Entsendung von Freiwilligen nach Deutschland ausschließlich beabsichtigen, hierdurch das Reich bei einem evtl. Eingriff der UdSSR moralisch an Finnland zu binden und zweitens durch die Ausbildung der Freiwilligen im Reich eine modern ausgerüstete und ausgebildete Truppe zum Kampf gegen Rußland zur Verfügung zu haben.“

Aus diesem Grund, fuhr Berger in seinem Bericht an Himmler fort, habe er Schulte nach Helsinki gesandt. Schulte habe bald zwei Dinge herausgefunden, nämlich daß „eine Bereitschaft des finnischen Volkes für das Reich“ und „eine Verschleppung der finnischen Regierung in der Freiwilligenfrage besteht“. Daraufhin wurde von Schulte „mit den nationalsozialistisch und großgermanisch eingestellten Kreisen um den Generalinspekteur der finnischen Armee, Generalleutnant Österman, eine vertrauliche Vereinbarung getroffen, nach der die von der Gruppe Österman gestellten Freiwilligen *bedingungslos* zur Waffen-SS kommen, um in dieser für das großgermanische Reich eingesetzt zu werden“. Die Verhandlungen wurden „vor allem mit Oberstleutnant a. D. Fabritius“ geführt⁸³, schrieb Berger und fügte hinzu, daß Schulte ebenfalls „mit den großgermanischen und nationalsozialistischen Kreisen um den Bankdirektor Normen [sic], um Karsta [sic] und Linquist [sic]“⁸⁴ Verbindung aufgenommen habe. Berger schloß seinen Bericht mit der Feststellung: „Dahm wird nunmehr in erster Linie etwa 60–70% Freiwillige aus diesem Kreis aufnehmen, die weltanschaulich und politisch schon mehr oder weniger nationalsozialistisch aber zumindest großgermanisch ausgerichtet sind.“ Die SS-Musterungskommission, ein Eignungsprüfer und ein Arzt sollten am 15. April nach Helsinki geschickt werden, und Berger rechnete damit, daß ein erstes Kontingent von ungefähr 400 Leuten gegen Ende des Monats in Deutschland eintreffen würde⁸⁵.

Stab) an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD vom 4. 5. 1941, „Betr.: Werbung finnischer Freiwilliger für die Waffen-SS“, Geheime Kommandosache, RFSS/T-175, 110/2634789.

⁸³ Oberstleutnant Johan Fabritius, den Berger großzügig aber fälschlich als den „Erbauer der Mannerheim-Linie und Verteidiger der Karelischen Landenge im russisch-finnischen Krieg“ beschrieb, war 1941 einflußlos. Er war zu der Zeit körperlich krank und geistig unausgeglichen. Er versuchte mehrmals, Zugang zu den Sitzungen des SS-Komitees zu erhalten, wurde aber jedesmal abgewiesen.

⁸⁴ Arvi Kalsta und Gunnar Lindqvist waren beide ehemalige Jägeroffiziere und beide waren Nazis. Sie umgaben sich mit gleichgesinnten Anhängern und versuchten, sich bei den Deutschen in Finnland einzuschmeicheln, indem sie ihre Bedeutung übertrieben. Wahrscheinlich erhielt die SS den falschen Bericht über die angebliche Existenz von 700 Freiwilligen in Finnland von ihren Leuten.

⁸⁵ In seinem Bericht schrieb Berger, Finnländer und Finnen machten einen „rassisch vorzüglichen und gesunden Eindruck. Es wäre zu erwägen, ob man neben den Finnländern (schwedischer Abstammung) auch die Freiwilligen rein finnischer Abstammung annimmt und diese den ‚Schutzbataillonen‘ anschließt, ohne sie in die Schutzstaffel aufzunehmen“. Siehe Anm. 79, 110/2634791. In Übereinstimmung mit dem Konzept einer germanischen SS hatte

Aus Bergers Bericht muß man folgern, daß die Werbungsaktion schließlich durch sein eigenes Eingreifen ins Rollen kam – daß der „Diplomatie“ der SS gelungen war, was die Diplomatie des Auswärtigen Amtes nicht erreicht hatte. Die Dokumente enthalten jedoch keine Beweise für Bergers Version. Doch gibt es auf der anderen Seite eine Fülle dokumentarischen Beweismaterials in den diplomatischen Archiven, das erkennen läßt, wie die Rekrutierung in Wirklichkeit anlief, unter welchen Bedingungen sie durchgeführt wurde, und unter wessen Führung sie stand. Diese Dokumente weisen deutlich darauf hin, daß sich nichts rührte, ehe das deutsche Auswärtige Amt und das finnische Außenministerium, vertreten durch Riekkis SS-Komitee, sich geeinigt hatten. Am 29. März hatte Blücher alle finnischen Bedingungen an das Auswärtige Amt weitergegeben. Er hatte seinen Vorgesetzten in Berlin mitgeteilt, daß er und Dahm die „Durchführung Werbungsaktion durch privates Komitee für zweckmäßigste Lösung“ hielten, und er hatte seine persönliche Billigung der Mitglieder des Komitees angezeigt⁸⁶.

Am 2. April antwortete das Auswärtige Amt auf Riekkis ursprüngliche dreizehn Punkte mit einem Telegramm. „Wir sind mit dem Gedanken Riekkis über finnische Freiwilligenfrage . . . grundsätzlich einverstanden“, teilte Staatssekretär Weizsäcker in diesem Telegramm mit und bemerkte, daß Himmler ebenfalls „sein Einverständnis erklärt“ hätte. Nur im Blick auf die Punkte 5 und 9 verlangte man wichtige Änderungen⁸⁷:

Zu Punkt 5: Finnischer Wunsch nach Selbständigkeit und Separiertheit kann insofern Rechnung getragen werden, daß eigenes finnisches Bataillon eventuell mit Sonderbewaffnung 2 cm M.G.-Flak, direkt der deutschen Führung der SS-Division unterstellt wird. . . .

Zu Punkt 9: Finnisches Komitee müßte jedoch unter Leitung deutschen SS-Führers, z. B. Standartenführer Dahm, stehen, der an Weisungen Gesandtschaft gebunden.

Blücher setzte sich unverzüglich mit Riekkis zusammen, und die beiden sprachen Weizäckers Telegramm Punkt für Punkt durch.⁸⁸ Riekkis erklärte, daß er während seiner Konferenz mit den SS-Leuten in Berlin den Einschluß der finnischen Einheit in die Division „Wiking“ – oder selbst in das Regiment „Nordland“ – nicht kategorisch abgelehnt hätte. Nachdem er jedoch die Angelegenheit mit etwa 20 Vertrauensleuten besprochen habe, „müsse er hervorheben, daß, wenn man an einer Verbindung Nordland und Wiking festhielte, man keine guten Menschen bekäme . . .“. Wenn die Finnen hörten, sie würden mit Holländern und Norwegern zusammengespannt, „dann würden überall Hemmungen eintreten“. Auch Witting

man ursprünglich vorgehabt, nur die finnischen Freiwilligen schwedischer Abstammung anzunehmen. Wie sich jedoch später herausstellte, waren 90% der Freiwilligen Finnen und nicht Finnländer, und alle dienten in der Schutzstaffel. Vgl. Bericht über die Untersuchung bis zum 20. Mai von SS-Standartenführer Dahm, S. 441 f.

⁸⁶ Telegramm Blüchers Nr. 204 (s. Anm. 68).

⁸⁷ Tel. Nr. 260 vom 2. 4. 1941 von Weizsäcker an Blücher, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Erlasse“, Bd. 1/1, a. a. O., 6454/H 059267–68.

⁸⁸ Aufzeichnung von Blücher, „Unterhaltung mit Herrn Riekkis am 3. April 1941“, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Freiwilligenfrage“, Bd. 11/5, a. a. O., 6509/H 072141–43.

und die Regierungsmitglieder wären dieser Ansicht, erklärte Riecki. Die etwa 20 führenden Persönlichkeiten, mit denen er die Lage erörtert hätte, wären „nicht begeistert, aber sie sind alle einverstanden“. Einer dieser Herren, Generalstabschef Erik Heinrichs, habe gemeint, „er dürfe offiziell von der Angelegenheit nichts wissen, Armee und Schutzkorps müßten offiziell abseits stehen . . . Er sähe [jedoch] kein Hindernis, daß Vertrauensleute bei Armee und Schutzkorps arbeiteten. Wenn einige aktive Offiziere sich für die Angelegenheit melden wollten, so könnten sie den Abschied bekommen und nachher wieder in die Armee zurückkehren.“ Riecki konnte sogar berichten, daß Väinö Tanner, der Führer der Sozialdemokratischen Partei, seine widerwillige Zustimmung gegeben habe, nachdem Staatspräsident Ryti ihm die Sache erklärt hatte. Ryti hatte Tanner nicht gesagt, daß das Regiment „Nordland“ in Frage kam, sondern er hatte betont, daß die finnischen Freiwilligen keinen Eid auf Hitler schwören müßten und nicht gegen England kämpfen würden. Tanner wäre „natürlich kein Freund der Idee“, sagte Riecki, „aber er will nicht dagegen arbeiten“.

Den Vorschlag des Auswärtigen Amtes, daß Dahm die Leitung der Tätigkeit des finnischen SS-Komitees übernehmen sollte, lehnte Riecki entschieden ab, „denn er kennt die Finnen nicht, insbesondere nicht ihre psychologischen Hemmungen“. Dahm habe einen sehr guten Eindruck auf die Finnen, denen er begegnet sei, gemacht, meinte Riecki, aber das tue nichts zur Sache. Als Deutscher und SS-Offizier sollte er nicht in direkte Berührung mit den verschiedenen Organisationen im Lande, die das SS-Komitee unterstützten, kommen, „und außerdem würde eine ausländische Leitung solcher Angelegenheit viele Finnen zurückstoßen“. Augenblicklich liefen die Dinge zufriedenstellend, schloß Riecki, und „die Angelegenheit würde schon klappen, wenn man nicht glauben würde, daß in Finnland alles auf einmal fertig werden könnte“. Er hätte eine Tagung für den 7. April nach Helsinki einberufen, die von 20 Vertrauensleuten aus allen Teilen des Landes, „die aus den Waffenbrüderschaften und der Akademischen Karelischen Gesellschaft [AKS]⁸⁹ kommen“, besucht werden würde.

Blücher legte am 4. April Rieckis Ausführungen in einem langen Telegramm an das Auswärtige Amt nieder⁹⁰. Er bemerkte darin, daß die Tagung am 7. April bezwecke, den 20 Vertrauensleuten „Instruktionen und Aufträge“ für die Werbungsaktion zu geben. Jedoch warnte er: „Endgültige Aufnahme der Arbeit erst

⁸⁹ Die AKS (Akateemien Karjala-seura) war 1922 von Studenten gegründet worden, die in der fehlgeschlagenen Rebellion der ethnischen Finnen in Ostkarelien gegen das Sowjetregime gekämpft hatten. Ursprünglich war die AKS eine Organisation, die den Flüchtlingen aus den Gebieten östlich der Grenze helfen sollte. Sie entwickelte sich jedoch bald zu einer disziplinierten patriotischen Aktivistengruppe. Sie wurde in die fanatisch anti-kommunistische Lapuabewegung verwickelt und blieb nach deren Zerfall auf dem politischen rechten Flügel aktiv. 1944 wurde sie unter den Bestimmungen des finnisch-sowjetischen Waffenstillstandsabkommens aufgelöst.

⁹⁰ Tel. Nr. 219 vom 4. 4. 1941 von Blücher an Auswärtiges Amt, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Berichte“, Bd. 6/1, a. a. O., 6440/H 066601-07.

nachdem sämtliche Bedingungen deutscherseits formuliert und finnischerseits angenommen.“

Es vergingen fast vier Wochen, ehe sich Auswärtiges Amt und finnisches SS-Komitee einigen konnten. Der Aufschub scheint allein vom Auswärtigen Amt und nicht von den Finnen verursacht worden zu sein. Das Auswärtige Amt ging während dieser Wochen auf keine der Mahnungen Blüchers ein. Man muß annehmen, daß andere und dringendere Entwicklungen, vornehmlich auf dem Balkan, dem Auswärtigen Amt keine Zeit für so untergeordnete Angelegenheiten wie das finnische Projekt der SS ließen. Die Finnen waren jedenfalls bereit, mit der Werbung zu beginnen, sobald Berlin zusagte, und Blücher unterhielt ständige Verbindung mit Riecki und dem immer ungeduldigeren SS-Standartenführer Dahm.

Blücher hielt am 15. April getrennte Besprechungen mit den beiden Herren. Dahm meldete ihm, daß einige Finnen, die sich für die Freiwilligenfrage interessierten, wegen des Aufschubs besorgt wären und meinten, er sei auf die von den Finnen aufgestellten Voraussetzungen zurückzuführen, die in ihren Augen nicht als absolut zu betrachten seien. Laut Dahm waren unter diesen Finnen Ingenieur Fabritius, Direktor Normén, Dr. Reino Castrén, der Vorsitzende der AKS, Oberst Per Ole Ekholm, der Kommandant des Helsinki-Regimentes des Schutzkorps und „Professor Ossala“⁹¹. Sie alle hätten Riecki gebeten, bei Blücher über den Verzug vorzusprechen, behauptete Dahm, jedoch habe dieser dem Wunsch noch nicht stattgegeben. Augenscheinlich wolle er zuerst mit einigen maßgebenden Persönlichkeiten sprechen. Blücher befahl Dahm darauf, Riecki unverzüglich aufzusuchen und ihm den Eindruck zu vermitteln, daß das „hartnäckige Festhalten an den sogenannten Voraussetzungen in Berlin verschnupft habe. Die Verzögerung der Angelegenheit sei hierauf zurückzuführen. Wenn Herr Riecki Schaden verhüten wolle, soll er sich schnellstens mit mir in Verbindung setzen.“⁹²

Riecki eilte am selben Abend in die Deutsche Gesandtschaft und erklärte Blücher, „die Finnen müßten immer erst weich gemacht werden“. Doch könne er berichten, die Rekrutierungsaktion gehe nun „etwas vorwärts und könne nicht mehr gehemmt werden“. Unter den etwa 30 Vertrauensleuten, die an der Planungskonferenz am 7. April in Helsinki teilgenommen hatten, habe vollkommene Übereinstimmung geherrscht, daß die Sache weitergeführt werden müsse. Nur Herr Kalsta wäre aufgebracht gewesen, hauptsächlich weil „er nicht mit der Angelegenheit von Anfang betraut war“, hätte sich aber „durch sein Verhalten ziemlich lächerlich in der Versammlung“ gemacht. Herr Fabritius war auch „sehr erregt und prozedierte ebenfalls nicht klug“. Doch war man übereingekommen, daß die Werbung auf eine breite Grundlage gestellt werden müsse. „Nur einige schwedisch sprechende Männer waren dagegen.“ „Die Frage Nordland und Wiking spiele nicht mehr eine

⁹¹ „Ossala“ mag ein Irrtum gewesen sein. Dahm meinte wahrscheinlich Professor Nils Arthur Osara, den Vorsitzenden der Liga der Reserve-Offiziere, der Mitglied des SS-Komitees war.

⁹² Aufzeichnung von Blücher, „Unterhaltung mit Herrn Dahm am 15. April 1941“, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Freiwilligenfrage“, Bd. 11/5, a. a. O., 6509/H 072136–37.

entscheidende Rolle“, sagte Rieki, „wenn die Finnen nur während ihrer Dienstzeit separiert werden“. Der Eid wäre auch nur „eine Formalie“. Wenn die Finnen schon als deutsche Soldaten dienten, „so bestehen keine Bedenken dagegen, daß sie ihren Eid auf den Obersten Befehlshaber ablegen“.

Eben am Tag zuvor, fuhr Rieki fort, habe er in einer Versammlung mit „6 maßgebenden Herren alles noch einmal rekapituliert“, und es hätte sich eine erhebliche Milderung einiger finnischer Bedingungen ergeben. Nunmehr *hoffe* man nur noch, daß die finnischen Freiwilligen nicht gegen andere Staaten als Rußland eingesetzt würden, und man *hoffe*, daß sie im Falle eines finnisch-russischen Krieges, in den Deutschland nicht verwickelt wäre, an Finnland zurückgegeben würden. Jedoch fügte er hinzu: „Wenn schon finnische Soldaten in Deutschland stehen, dann möchten die Finnen dies so auslegen, daß Finnland nicht allein gegen Osten zu kämpfen braucht.“ Dazu äußerte sich Blücher nicht. Rieki hatte auch mit Außenminister Witting gesprochen. Dieser hatte ihm gesagt, er könnte Blücher „das, was seine Kameraden dächten, mitteilen“. Rieki gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß „alles jetzt so schnell wie möglich von deutscher Seite eingeleitet wird, daß die erste Gruppe ohne Zögern abgeschickt werden kann und daß weitere folgen“. Eine Gruppe von 30–40 jungen Leuten, alles Offiziere oder Unteroffiziere, unter ihnen Riekis eigener Sohn⁹³, ständen schon marschbereit. Andere würden „unter der Hand“ geworben. Die Angelegenheit, schloß Rieki, „ist jetzt so weit reif, daß sie jederzeit anlaufen kann. Die Sache ist sogar eilig, denn die aus allen Teilen des Landes ins Vertrauen gezogenen Finnen müssen jetzt sehen, daß etwas positives herauskommt.“⁹⁴ Blücher stellte dann die Ausführungen Riekis in einem Telegramm an das Auswärtige Amt zusammen. Rieki schrieb selbst einen Teil des Telegramms. Das Telegramm schloß mit dem Satz: „Angelegenheit soll weiter ohne offizielle Kenntnis der Regierung privat durchgeführt werden.“⁹⁵

Es war nun völlig Sache des Auswärtigen Amtes, grünes Licht zu geben. Aber es vergingen wieder zwölf Tage ohne weitere Instruktionen aus Berlin. Ein Memorandum in Blüchers Akten, vom 21. April, deutet auf Verhandlungen über die Frage, was Deutschland den finnischen Freiwilligen für ihren Dienst zu geben

⁹³ Mehrere Mitglieder des SS-Komitees schickten ihre eigenen Söhne mit dem finnischen Bataillon nach Deutschland. Norrmén, zum Beispiel, sandte einen Sohn und Diplomingenieur Harry Backberg zwei Söhne. Beide Männer waren während des Ersten Weltkrieges in der Jägerbewegung aktiv gewesen und neigten dazu, die Freiwilligenfrage im Licht ihrer eigenen Vergangenheit zu sehen. Rieki bemerkt, daß sich weit mehr Freiwillige als ursprünglich angenommen meldeten, nachdem die jungen Männer hörten, daß sie „den Fußstapfen ihrer Väter folgen könnten“. Schreiben von Regierungsrat Esko Rieki an H. P. Krosby vom 18. 8. 1965. Berger schrieb in einem Schreiben an den RFSS vom 9. 5. 1941 (CdSSHA/Be./We. Tgb. Nr. 407/41, Geheim, RFSS/T-175, 110/2634840): „Väter, die seinerzeit im Jäger-Batl. 27 mitgekämpft haben, schicken 2–3 Söhne.“

⁹⁴ Aufzeichnung von Blücher, „Unterhaltung mit Regierungsrat Rieki am 15. April 1941“, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Freiwilligenfrage“, Bd. 11/5, a. a. O., 6509/H 072153–35.

⁹⁵ Tel. Nr. 240 vom 16. 4. 1941 von Blücher an Auswärtiges Amt, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Berichte“, Bd. 6/1, a. a. O., 6440/H 066573–74.

gedachte⁹⁶, hin, doch findet sich kein Hinweis auf die Informationsquelle. Möglicherweise ließ Dahm, der einem anderen Dokument in Blüchers Akten zufolge den Gesandten am Morgen des 21. April besuchte, das Memorandum bei Blücher⁹⁷. In diesem Fall mag das Memorandum von SS-Gruppenführer Berger selbst verfaßt worden sein⁹⁸.

Was auch immer die Herkunft des Memorandums gewesen sein mag, es faßte die Angebote an die finnischen Freiwilligen in sieben Punkten zusammen: Sie würden die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten; könnten nach zwei-, vier- oder zwölfjähriger Dienstzeit in den deutschen Polizei- oder Staatsdienst (Zoll, Forst usw.) eintreten; würden nach vier- oder zwölfjähriger Dienstzeit Anspruch auf „einen 25 Hektar in guter Bodenlage liegenden Hof“ haben; würden normale Wehrmachtsfürsorge und Versorgung erhalten; würden bei Eintritt von Invalidität oder Tod unter die normalen Hinterbliebenenfürsorgegesetze fallen; würden bei Geeignetheit mit dem bei der finnischen Wehrmacht erreichten Dienstgrad bei der Waffen-SS übernommen; und würden dieselben Rechte und Pflichten wie jeder deutsche Wehrmachtsangehörige haben⁹⁹.

Der hauptsächliche Grund für Dahms Besuch bei Blücher am 21. April war jedoch seine wachsende Ungeduld, die Anwerbung in Bewegung zu setzen. Freiwillige trafen schon in Helsinki ein, und er wünschte, deren Untersuchung zusammen mit den beiden SS-Ärzten zu beginnen. Blücher erklärte ihm, „daß die Arbeit nicht begonnen werden dürfte, bevor von Berlin eine endgültige Weisung vorläge. Das einzige, was gemacht werden könnte, wäre eine private Voruntersuchung“, doch sollte den Freiwilligen gesagt werden, „daß die Aktion offiziell noch nicht ange laufen sei“¹⁰⁰.

Alle Beteiligten in Helsinki wurden ungeduldig. Am 22. April rief Blücher Riecki an. „Noch keine Antwort“, meldete er. „Aktion darf noch nicht anlaufen.“¹⁰¹ Am 26. April beklagte er sich beim Auswärtigen Amt, daß in Helsinki alles bereit sei, aber nichts getan werden könne, ehe man von Berlin höre. Er fügte hinzu: „Trotzdem haben sich in Helsinki bereits 150 Freiwillige gemeldet und im Lande sollen nach Herrn Dahm gemachten Angaben einige weitere hundert bereitstehen.“ Auf Grund privater unverbindlicher Voruntersuchungen glaubten die beiden SS-Ärzte, daß 110 von 150 für tauglich erklärt werden könnten¹⁰².

Am 29. April erhielt Blücher schließlich ein Telegramm von Staatssekretär

⁹⁶ Ungezeichnetes Memorandum vom 21. 4. 1941, „Die Freiwilligen erhalten . . .“, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Freiwilligenfrage“, Bd. 11/5, a. a. O., 6509/H 072123.

⁹⁷ Aufzeichnung von Blücher, „Unterhaltung mit Herrn Dahm am 21. April 1941“, ebenda, 6509/H 072123.

⁹⁸ Berger wurde am 20. April 1941 zum SS-Gruppenführer befördert.

⁹⁹ Siehe Anm. 96.

¹⁰⁰ Siehe Anm. 97.

¹⁰¹ Handschriftliche Anmerkung Blüchers zum erwähnten Memorandum. Ebenda.

¹⁰² Tel. Nr. 274 vom 26. 4. 1941 von Blücher an Auswärtiges Amt, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Freiwilligenfrage“, Bd. 11/5, a. a. O., 6509/H 072121 (das original handschriftliche Exemplar ist in Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Berichte“, Bd. 6/2, 6440/H 067104-05).

Weizsäcker, das auf sein Telegramm vom 16. April antwortete. Die finnischen Wünsche würden respektiert, schrieb Weizsäcker, obwohl eine der Garantien aus ersichtlichen praktischen Gründen nicht gegeben werden könne. Während der Zeit der Ausbildung könnten die finnischen Freiwilligen wohl getrennt von den dänischen, norwegischen, holländischen und flämischen Freiwilligen gehalten werden, doch sei dies in Gefechtssituationen nicht möglich. „Bei Kampfhandlungen ist unter Umständen Vermischung Verbände nicht zu umgehen (Verluste in Nachverbänden, Aufgaben als Kampfesreserve usw.).“ Weizsäcker gab weiter zu verstehen, zuverlässige Finnen könnten „aus allen Kreisen finnischen Volkes angenommen werden“. Verteidigung sollte auf den „Führer der großgermanischen Schicksalsgemeinschaft Adolf Hitler“ erfolgen. Den Freiwilligen würde gestattet, nach Finnland zurückzukehren, falls Finnland – aber nicht Deutschland – in einen Krieg mit der Sowjetunion verwickelt würde. Man hoffe sehr, daß die finnischen Freiwilligen bis zum 10. Mai in Deutschland eintreffen würden. Um Dienstgradprobleme zu vermeiden, möge man Acht geben, Offiziere nur in entsprechendem Verhältnis zu Mannschaften anzuwerben. Es folgte eine Aufzählung der Bedingungen für die Freiwilligen, die annähernd mit denen des obengenannten Memorandums übereinstimmten¹⁰³. Schließlich kam als letzter Satz des Telegramms die lang ersehnte Anweisung: „Bitte demgemäß das Notwendige sogleich veranlassen.“¹⁰⁴ Die Werbung konnte beginnen.

IV

Gesandter von Blücher teilte Regierungsrat Riecki die gute Nachricht am nächsten Tag mit. Riecki „äußerte seine Befriedigung und erklärte abschließend Angelegenheit sei jetzt klar“¹⁰⁵. Die SS-Musterungskommission, bestehend aus SS-Hauptsturmführer Dr. Tack als Eignungsprüfer und Dr. Weiss als Arzt, begann die offizielle Untersuchung der Freiwilligen umgehend, und zwei Tage später konnte Blücher dem Auswärtigen Amt melden, daß schon 190 angenommen worden seien. Doch gab es Schwierigkeiten mit den Dienstgraden. Über die Hälfte der 190 waren Offiziere (70) und Unteroffiziere (27). Nur 93 waren Mannschaften. SS-Standartenführer Dahm wollte wissen, ob er überhaupt noch Offiziere annehmen könne. Blücher erbat Instruktionen vom Auswärtigen Amt¹⁰⁶, und am nächsten Morgen, am 3. Mai, telephonierte Gesandter von Grundherr aus Berlin: „Verhältnis von 1 : 20 zwischen Offizieren und Mannschaften muß bleiben. Das braucht

¹⁰³ Siehe Anm. 96.

¹⁰⁴ Tel. Nr. 317 vom 28. 4. 1941 von Weizsäcker an Blücher, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Erlasse“, Bd. 1/1, 6434/H 059258–59.

¹⁰⁵ Tel. Nr. 285 vom 30. 4. 1941 von Blücher an Auswärtiges Amt, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Berichte“, Bd. 6/2, a. a. O., 6440/H 067117–18.

¹⁰⁶ Tel. Nr. 291 vom 2. 5. 1941 von Blücher an Auswärtiges Amt, ebenda, 6440/H 067130 bis 31.

aber nicht schematisch bei jeder Werbung beobachtet zu werden. Es genügt, wenn Endergebnis dahin kommt.“ Grundherr erteilte der SS-Musterungskommission auch die Erlaubnis, 33 Esten, die am finnisch-russischen Krieg teilgenommen hatten, anzunehmen¹⁰⁷. Am 5. Mai konnte Blücher dem Auswärtigen Amt mitteilen, daß der erste Transport von 116 finnischen Freiwilligen am nächsten Tag an Bord des Dampfers „Adler“ von Turku nach Danzig abgehe. Dahm werde das Kontingent begleiten und sich dann in Berlin zu Gesprächen mit Grundherr melden. Während der kurzen Abwesenheit werde Dr. Tack die Leitung in Helsinki übernehmen¹⁰⁸.

Die Arbeit der SS-Musterungskommission ging zügig voran. Bis zum 9. Mai hatte man 716 Freiwillige untersucht, von denen 566, einschließlich 108 Offiziere und 52 Unteroffiziere, für tauglich befunden worden waren. Fast alle waren rein finnischer Abstammung. „Die Meldungen sind weiterhin zahlreich“, berichtete Dr. Tack¹⁰⁹. Am 14. Mai benachrichtigte er das SS-Hauptamt in Berlin, daß ein zweiter Transport von 255 Freiwilligen am nächsten Tag auf der „Adler“ abgehen werde¹¹⁰. Eine Woche später meldete Dahm, daß ein drittes Kontingent von ca. 330 Freiwilligen am 22. Mai auf der „Adler“ gen Danzig segeln werde¹¹¹. Die vierte Abteilung mit ungefähr derselben Anzahl von Freiwilligen verließ Vaasa mit Kurs auf Stettin am 2. Juni auf dem Dampfer „Bahia Laura“¹¹², und der fünfte Transport mit 220 Freiwilligen, der letzte, der Deutschland vor dem Angriff auf die Sowjetunion erreichte, ging am 5. Juni auf der „Adler“ von Turku nach Danzig ab¹¹³.

Insgesamt scheinen ungefähr 1200 finnische Freiwillige vor Beginn des Krieges in Deutschland eingetroffen zu sein. Die meisten von ihnen waren vor dem 20. Mai untersucht und für tauglich erklärt worden; vollständiges statistisches Material über die Werbung ist bis zu diesem Zeitpunkt vorhanden. Aus Dahms Bericht vom 21. Mai erhält man einen deutlichen Überblick über die Leute, die das finnische Freiwilligen-Bataillon der Waffen-SS anzog. Es stellte darin fest, daß bis zum 20. Mai 1326 Leute untersucht und 1084 für tauglich befunden worden waren.

¹⁰⁷ Aufzeichnung von Blücher, „Telephonische Unterhaltung mit Herrn von Grundherr am 3. Mai 1941“, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Freiwilligenfrage“, Bd. 11/5, a. a. O., 6509/H 072115. Blücher hatte in seinem Tel. Nr. 285 um Erlaubnis gebeten, die Esten annehmen zu können (s. Anm. 105).

¹⁰⁸ Tel. Nr. 297 vom 5. 5. 1941 von Blücher an Auswärtiges Amt, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Berichte“, Bd. 6/2, a. a. O., 6440/H 067144. Vgl. Schreiben Bergers vom 9. 5. 1941 (s. Anm. 93).

¹⁰⁹ Aufzeichnung von Dr. Tack vom 12. 5. 1941, „Aufzeichnung über die Untersuchung bis 9. Mai 1941“, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Geh. Schriftwechsel“, Bd. 24/2, 6674/H 090887.

¹¹⁰ Tel. Nr. 357 vom 14. 5. 1941 von SS-Hauptsturmführer Tack über Blücher für SS-Hauptamt über Auswärtiges Amt, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Berichte“, Bd. 6/2, a. a. O., 6440/H 067205.

¹¹¹ Tel. Nr. 348 vom 21. 5. 1941 von Dahm über Blücher an Auswärtiges Amt, ebenda, 6440/H 067215.

¹¹² Tel. Nr. 376 vom 3. 6. 1941 von Blücher an Auswärtiges Amt, ebenda, 6440/H 067258.

¹¹³ Tel. Nr. 381 vom 4. 6. 1941 von Blücher an Auswärtiges Amt, ebenda, 6440/H 067265.

Davon waren 125 Offiziere, 109 Unteroffiziere und 850 Mannschaften¹¹⁴. Die berufliche Gliederung der Untersuchten ergab folgendes Bild: 15.7% Schüler, 14.4% Studenten und Abiturienten, 20.2% Arbeiter, 15.7% Bauern und 34.2% sonstige Berufe. 34.5% stammten aus den größeren Städten Finnlands und 65.5% aus kleineren Orten und vom Lande. Nur 12% der Untersuchten waren schwedischsprachig! Es scheint fast so, als ob SS-Hauptsturmführer Tack, der Rassenspezialist und Eignungsprüfer, sich in diesem Fall kaum viele Gedanken über die üblichen SS-Forderungen an Rassenreinheit machte. Dahm schloß seinen Bericht wie folgt: „Die Meldung der Freiwilligen hält in gleicher Stärke an.“¹¹⁵

Es muß darauf hingewiesen werden, daß die finnische Freiwilligenfrage inzwischen internationale Aufmerksamkeit erregt hatte. Schweden hatte von Anfang an davon gewußt, denn Außenminister Witting hatte während eines Stockholmbesuchs im März die Frage mit dem schwedischen Außenminister Christian Günther besprochen. Günther fand den Plan „ziemlich natürlich“, berichtete Witting Blücher¹¹⁶. Am 1. Mai unterrichtete Blücher das Auswärtige Amt, daß Englands Interesse an Finnland wiedererwacht sei und daß die Sowjetunion die Entwicklung sorgsam zu beobachten scheine. „Beschleunigend kann hier wirken Anklang, den Werbung für Wiking unter finnischer Jugend gefunden. Tatsache muß in nächsten Tagen London und Moskau bekanntwerden und kann dazu führen, daß von englischer und russischer Seite Finnland präzise Fragen über politische Orientierung vorgelegt werden.“¹¹⁷ Am 20. Mai meldete Blücher, daß der englische Gesandte in Helsinki, Gordon Vereker, den Generalsekretär des finnischen Außenministeriums Aaro Pakaslahti, über die finnischen Freiwilligen in Deutschland befragt hätte. Der englische Gesandte in Stockholm hätte den finnischen Gesandten dort ebenfalls über die Angelegenheit befragt. „In beiden Fällen wurde geantwortet, Regierung sei davon nichts bekannt. Es könne sein, daß einige finnische Freiwillige ebenso wie z. B. nach Spanien, Polen und Norwegen jetzt auch nach Deutschland gingen.“ Blücher legte dem Außenminister nahe, „falls er darauf angesprochen, zu antworten, daß es sich um Arbeiter für Hermann Göring-Werke handle“¹¹⁸.

¹¹⁴ Das Mißverhältnis zwischen Offizieren (und in geringerem Maß Unteroffizieren) und Mannschaften ist offensichtlich und machte der Waffen-SS bald erhebliche Schwierigkeiten.

¹¹⁵ Aufzeichnung von SS-Standartenführer Dahm vom 21. 5. 1941, „Bericht über die Untersuchung bis zum 20. Mai 1941“, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Berichte“, Bd. 6/2, a. a. O., 6440/H 067216–17. In seinem Schreiben an den RFSS vom 9. 5. 1941 (s. Anm. 93) prophezeite Berger, man könne 2000 Freiwillige aus Finnland erwarten, genug für ein ganzes Regiment. Er beschrieb das „Menschenmaterial“ als „sehr gut“.

¹¹⁶ Tel. Nr. 192 vom 24. 5. 1941 von Blücher an Auswärtiges Amt, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Berichte“, Bd. 6/1, a. a. O., 6440/H 066654–57.

¹¹⁷ Tel. Nr. 290 vom 1. 5. 1941 von Blücher an Auswärtiges Amt, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Berichte“, Bd. 6/2, a. a. O., 6440/H 067126–29. Es stimmt, daß Englands Interesse an Finnland wuchs, doch hatte das sehr wenig mit der Freiwilligenfrage zu tun. England war über die wachsenden Anzeichen eines unmittelbar bevorstehenden deutsch-russischen Krieges und der damit zusammenhängenden zunehmend pro-deutschen Orientierung der finnischen Außenpolitik besorgt. Die Freiwilligenfrage war nur eines dieser Anzeichen.

¹¹⁸ Tel. Nr. 349 vom 20. 5. 1941 von Blücher an Auswärtiges Amt, ebenda, 6440/H 067218.

Als die „Adler“ am 5. Juni Finnland verließ, befanden sich Dahm, Tack, Weiss und eine Delegation des finnischen SS-Komitees an Bord, die die Verhältnisse, unter denen die finnischen Freiwilligen in Deutschland lebten und ausgebildet wurden, inspizieren sollte. Die Delegation bestand aus Regierungsrat Riecki, dem Chef der finnischen Staatspolizei B. S. Aaltonen, Diplomingenieur Harry Backberg (dessen beide Söhne unter den Freiwilligen waren) und Magister Kalervo Tamminen. Blücher beschrieb sie dem Auswärtigen Amt als die Männer, die „die ganze Freiwilligenaktion aufgezogen“ hatten¹¹⁹. Die vier Finnen wurden unangenehm überrascht. SS-Gruppenführer Berger hatte es verstanden, die ersten Abteilungen der finnischen Freiwilligen von der Notwendigkeit zu überzeugen, sie unverzüglich in die Division „Wiking“ einzugliedern. Da die Mehrzahl der Finnen Veteranen des finnisch-russischen Winterkriegs waren, hatte Himmler sofort zugestimmt, und die erste Abteilung von 400 Finnen traf kurz vor dem Krieg auf dem Truppenübungsplatz Heuberg in Württemberg ein. Dort wurden sie vom Befehlshaber der Division „Wiking“, SS-Brigadeführer Felix Steiner, herzlich willkommen geheißen. Dieser war so erfreut, erfahrene Soldaten zu erhalten, daß er jedem persönlich die Hand schüttelte. Die Finnen wurden dem Dritten Bataillon des Regiments „Nordland“, das hauptsächlich aus Dänen und Norwegern bestand, als besondere Stoßtruppe zugewiesen¹²⁰.

Als die vier Mitglieder des SS-Komitees auf dem Truppenübungsplatz eintrafen, protestierten sie unverzüglich gegen die Einteilung ihrer Landsleute in das Regiment „Nordland“. Steiner konnte sie jedoch von der dringenden Notwendigkeit dieser Maßnahme überzeugen. Er erklärte Riecki und seinen drei Kollegen, daß die finnischen Freiwilligen nicht länger in dieser Einheit dienen würden, als bis sie die deutschen Kampfmethoden erlernt hätten. Dann könnten sie sich mit dem Rest der finnischen Freiwilligen vereinigen und ein rein finnisches Bataillon bilden. Da die Maßnahme nur provisorisch zu sein schien und da keine Anzeichen dafür vorhanden waren, daß die finnischen Freiwilligen nationalsozialistischer Propaganda ausgesetzt waren, willigten Riecki und seine Begleiter ein, die Sache fürs erste ruhen zu lassen¹²¹.

Mitte Juni wurde die Division „Wiking“ in die Nähe von Lublin verlegt, wo sie den Russen auf der anderen Seite der Demarkationslinie direkt gegenüberstand. Am 22. Juni 1941 stand die SS-Division „Wiking“ mit ihren 400 finnischen Freiwilligen kampfbereit als ein Teil des XIV. Panzerkorps der deutschen Wehrmacht (unter dem Befehl des Generals der Infanterie Gustav von Wietersheim)¹²².

¹¹⁹ Tel. Nr. 277 vom 3. 6. 1941 von Blücher an Auswärtiges Amt, ebenda, 6440/H 067259. Siehe auch Tel. Nr. 363 vom 27. 5. 1941 von Blücher an Auswärtiges Amt, ebenda, 6440/H 067240; Tel. Nr. 428 vom 31. 5. 1941 von Woermann an Blücher, Dtsch. Ges.schaft Helsinki, „Erlasse“, Bd. 1/1, a. a. O., 6434/H 059237; und Tel. Blüchers Nr. 381 (s. Anm. 113).

¹²⁰ Felix Steiner, *Die Freiwilligen, Idee und Opfergang*, Göttingen 1958, S. 70f.

¹²¹ Ebenda.

¹²² Die Division kam erst einige Tage nach Beginn der Offensive mit dem Feind in Berührung. Siehe ebenda, S. 87 ff.

Es kann hier keine Geschichte der finnischen Freiwilligen während des Rußland-Feldzuges geschrieben werden. Es genügt festzustellen, daß die erste Gruppe der Finnen tapfer kämpfte. Sie waren in den Worten ihres Divisionschefs „eisenharte Soldaten, kameradschaftlich und freimütig, die bereit waren, selbst den Teufel aus der Hölle zu holen“¹²³.

Während sich das erste finnische Kontingent im Kampf auszeichnete, wurden später kommende Finnen in das SS-Freiwilligen-Bataillon „Nordost“ in der SS-Kaserne Wien geschickt¹²⁴. Obwohl das Bataillon am 19. Juni auf Befehl des Reichsführers-SS als Einheit für ausschließlich finnische Freiwillige aufgestellt worden war, wurde es von deutschen Offizieren befehligt¹²⁵. Das war eine direkte Verletzung der Vereinbarungen und führte zusammen mit anderen Mißständen fast zum Zusammenbruch der gesamten finnischen Freiwilligenbewegung.

Am 2. Dezember meldete Blücher aus Helsinki, daß Witting ihn auf einige Mängel in der Behandlung finnischer Freiwilliger hingewiesen habe, unter anderem das Versäumnis der Waffen-SS, genügend finnischen Offizieren und Unteroffizieren führende Kommandos im finnischen Freiwilligen-Bataillon zu geben. Die finnischen Behörden seien auch über die Tatsache besorgt, daß die Freiwilligen in der SS-Division „Wiking“ – die laut ursprünglicher Vereinbarungen mit ihren Landsleuten zusammengelegt werden sollten, sobald sie Gefechterfahrung gesammelt hätten – nach mehr als fünfmonatigem Kampf, in dem 40 von ihnen gefallen und 100 verwundet worden seien, immer noch an der Front seien. Blücher übermittelte dem Auswärtigen Amt (und damit indirekt auch dem SS-Hauptamt) den Wunsch des finnischen Außenministers, „daß Einsatz Freiwilliger nicht Unzufriedenheit unter Mitgliedern schaffe, sondern ähnlich günstige Wirkung hervorrufe wie während des Weltkrieges Jägerbewegung“. Er fügte eine eigene Bemerkung hinzu, die zur Vorsicht mahnte: „Ich möchte dazu bemerken, daß alle Vorgänge in Freiwilligenverband Stimmung hierzulande beeinflussen. Es besteht politisches Interesse daran, Quelle von Unzufriedenheit, wenn berechtigt, rechtzeitig zu verstopfen.“¹²⁶

Berger erhielt eine Abschrift des Blücherschen Telegramms. Es verstärkte seine Besorgnis über die Art und Weise, in der die Finnen – wie alle ausländischen Freiwilligen in der Waffen-SS – behandelt wurden. Berger wußte nur zu gut, daß den

¹²³ Ebenda, S. 70. Während der ersten drei Kampfmonate verloren die Finnen 27 Gefallene und 84 Verwundete und errangen 44 E.K. II, 103 Sturmabzeichen und 5 Beförderungen wegen Tapferkeit vor dem Feind. Siehe SS-Division „Wiking“, „Aufstellung über Verluste und Auszeichnungen der germanischen Freiwilligen“, 19. 9. 1941, RFSS/T-175, 107/2630532.

¹²⁴ Die Einheit wurde später in Groß-Born ausgebildet. Das Ersatz-Bataillon war in Graz stationiert.

¹²⁵ Der Bataillonskommandeur war SS-Hauptsturmführer Collani. Anschluß über die Struktur des Bataillons und eine vollständige Liste seiner deutschen Offiziere finden sich in SSHA-Befehl vom 19. 6. 1941, „Betr.: Aufstellung des SS-Freiwilligen-Btl. „Nordost“, Geheim, RFSS/T-175, 110/2634722f.

¹²⁶ Abschrift eines Telegramms Blüchers aus Helsinki an das AA vom 2. 12. 41, Geheim, RFSS/T-175, 109/2633665.

Ausländern von den SS-Werbern (die Bergers SS-Hauptamt unterstanden) ein anderes Lied gesungen wurde als vom SS-Führungshauptamt (unter der Leitung von SS-Gruppenführer Hans Jüttner), dem sie nach ihrer Vereidigung in die Waffen-SS unterstanden. Berger sah hier die Wurzel des Übels und begann, genügend Beweismaterial über die ungeschickte Handhabung der ausländischen Freiwilligen zu sammeln, um Himmlers persönliches Eingreifen zugunsten einer Reform zu bewirken¹²⁷.

Kaum einen Monat nach Blüchers Warnung unterrichtete SS-Obersturmführer Gerlinger (der offenbar im Auftrag des SS-Hauptamtes eine Untersuchungsreise nach Helsinki unternommen hatte) Berger von dem Ergebnis einer Besprechung, die er mit dem Leiter der finnischen Staatspolizei, Aaltonen, über die „Schwierigkeiten im finnischen Freiwilligenbataillon“ hatte¹²⁸. Wie Witting betonte auch Aaltonen, daß „die Nichtbeachtung der finnischen Führer- und Unterführerdienstgrade bei der Einstellung in die Waffen-SS“ der Grund für die Unzufriedenheit unter den finnischen Freiwilligen sei. Der finnische Beamte erklärte, „es sei ein Ding der Unmöglichkeit, daß man die altgedienten aktiven Unteroffiziere der finnischen Armee als Rekruten behandle“. Er betonte, „in Finnland sei es so, daß derart qualifizierte aktive finnische Unteroffiziere die deutschen Offiziere ausbildeten“. Die Lage werde noch dadurch verschlimmert, daß die deutschen Offiziere des finnischen Freiwilligen-Bataillons, einschließlich des Kommandeurs, kaum oder keine Kriegserfahrung hätten und eine Menge von den finnischen Leuten lernen könnten. Schließlich hob Aaltonen hervor, daß die Finnen, die sich als Freiwillige für die Waffen-SS gemeldet hätten, sich niemals als „Fremdenlegion“ betrachtet hätten. Deshalb stempelte die andauernde Verwendung von Finnen in SS-Einheiten außerhalb des finnischen Freiwilligen-Bataillons ihn und alle, die die Werbung unterstützten, zu „Lügnern“.

Unter anderen Meldungen dieser Art fand Berger, daß das SS-Führungshauptamt plötzlich eine Reihe von finnischen Offizieren entlassen hatte, die sich nach ihrer Rückkehr nach Finnland bitter über die Art und Weise beschwert hatten, in der ihre Waffenbrüder sie behandelt hatten. Gleichzeitig reichten immer mehr finnische Offiziere und Unteroffiziere ihren Abschied ein. Diese Entwicklung bewegte mindestens einen Beobachter zu der Feststellung, daß „der ganze Freiwilligen-Verband Gefahr laufe, auseinanderzufallen“¹²⁹. Als ob dies alles nicht genug wäre, verlangten die finnischen Behörden plötzlich die unverzügliche Heimkehr aller überlebenden Finnen, die zu besonderer Verwendung in der SS-Division „Wiking“

¹²⁷ Siehe Stein, a. a. O., S. 156 ff.

¹²⁸ Abschrift eines Aktenvermerks von SS-Obersturmführer Gerlinger, „Betr.: Unterredung mit dem Leiter der finnischen Staatspolizei Aaltonen, am 8. Januar 1942“, Geheim, RFSS/T-175, 109/2633666 f.

¹²⁹ Diese Bemerkung wurde Baronin Ruth Munck, der Führerin der Lotta-Bewegung, zugeschrieben. Die Lotta-Bewegung war eine freiwillige Frauenhilfsorganisation, die Ende des Ersten Weltkrieges gegründet worden war. Siehe Abschrift eines Vermerks von SS-Sturmbannführer Dr. Riedweg an den Chef des SS-Hauptamtes vom 10. 2. 1942, „Betr.: Finnische Kriegsfreiwillige“, Geheim, RFSS/T-175, 109/2633666 f.

dienten¹³⁰, was zu der Befürchtung Anlaß gab, daß *alle* Finnen aus der Waffen-SS abberufen würden.

Die Rückwirkungen der Mängel des finnischen Freiwilligenprogramms machten sich auch auf anderen Gebieten der germanischen Aufgabe der SS bemerkbar. Daß die Versprechungen der Werber nicht gehalten wurden, daß Individuen und Gruppen schlecht behandelt wurden, daß die politischen Folgen dieser Handlungsweise völlig unberücksichtigt blieben, brachte die gesamte ausländische Freiwilligenbewegung unweigerlich an den Rand des Ruins¹³¹.

Gottlob Berger, der Apostel der germanischen SS, hielt die Lage für bedenklich. Um die Situation zu retten, übergab er am 9. Februar 1942 Himmler sein gesammeltes Material und einen langen Bericht, der die Fehler in der Behandlung der ausländischen Freiwilligen umriß und warnte: „Die Gewinnung von Freiwilligen aus dem germanischen und volksdeutschen Raum wird immer schwerer und hört ganz auf, wenn nicht grundsätzliche Änderungen getroffen werden.“¹³² Abschließend schlug Berger eine Reihe spezifischer Maßnahmen vor, die die schlimmsten Mängel des Programms beheben sollten. Himmler nahm sie zum größten Teil wohlwollend auf und erließ sie schleunigst als Direktiven.

Das Ergebnis der Himmlerschen Intervention war, daß die Anzahl der ausländischen Offiziere in den ausländischen Einheiten erhöht wurde. Gleichzeitig bemühte man sich, qualifizierte junge Ausländer für die Zulassung zu den Offiziers- und Unteroffiziersakademien der SS auszusuchen. Außerdem wurde von allen verantwortlichen deutschen Leuten, die den aus Ausländern zusammengestellten Einheiten zugeteilt waren, verlangt, an einem Lehrgang teilzunehmen, der von der Germanischen Leitstelle des Bergerschen SS-Hauptamtes durchgeführt wurde. Obwohl diese (und andere) Abhilfsmaßnahmen höchstens teilweise erfolgreich waren, retteten sie doch das germanische Freiwilligenprogramm vor dem völligen Zusammenbruch¹³³. Es steht fest, daß sie viel zum Fortbestehen des finnischen Freiwilligen-Bataillons beitrugen. Auf jeden Fall wurde die Einheit im Augenblick nicht zurückgerufen, und die finnischen Behörden willigten ein, den Finnen in der Waffen-SS zu erlauben, für den Rest der zweijährigen Dienstzeit als geschlossener Verband in der SS-Division „Wiking“ zu dienen¹³⁴.

Die Finnen – nun gründlich ausgebildet, gut ausgerüstet und von einem integrierten finnisch-deutschen Offizierskorps geführt – trafen im Februar 1942 an der Front ein. Als III. Bataillon des SS-Regiments „Nordland“ (befehligt von SS-

¹³⁰ Steiner, a. a. O., S. 76.

¹³¹ Siehe Stein, a. a. O., S. 158 ff.

¹³² Schreiben von SS-Gruppenführer Berger an den RFSS (über SS-Führungshauptamt) vom 9. 2. 1942, „Betr.: Freiwillige aus germanischen Ländern“, Geheime Kommandosache, RFSS/T-175, 109/2633657 ff.

¹³³ Stein, a. a. O., S. 161.

¹³⁴ Steiner, a. a. O., S. 76 und 120. Den SS-Akten zufolge dienten Mitte Januar 1180 Finnen in der Waffen-SS. Siehe Abschrift einer Aufstellung des SS-Hauptamtes Amt VI/2, „Übersicht über die in der Waffen-SS befindlichen germanischen Freiwilligen“, Stand v. 15. 1. 1942, RFSS/T-175, 109/2633910.

Standartenführer v. Scholz) kämpften die Finnen in den bitteren Schlachten der Jahre 1942–43¹³⁵. Falls noch Unzufriedenheit unter ihnen herrschte, scheint sie im Kampf gegen den gemeinsamen Feind verschwunden zu sein. Die jungen Finnen dienten in der Waffen-SS so treu und tüchtig wie ihre Landsleute daheim in der finnischen Wehrmacht. Hinter der Front jedoch regierte die Politik.

Schon gegen Ende 1941, als klar wurde, daß Hitlers Blitzkrieg den Sowjetstaat nicht zerstören konnte, regten sich Zweifel in finnischen Militärkreisen, ob Deutschland den Krieg gewinnen könnte. Diese Zweifel zeigten sich bald in der Haltung der finnischen Regierung, die immer vorsichtiger und zurückhaltender in ihren Beziehungen zu Deutschland wurde. Die neue Haltung drückte sich in der zunehmenden Neigung in militärischen und politischen Kreisen aus, Finnlands möglicherweise unbequeme Bindung an die Nazi-SS zu lösen¹³⁶.

Berger und seine finnischen Helfer waren sich dieser Tendenz wohl bewußt. Sie gründeten deshalb im Frühjahr 1942 ein neues finnisches SS-Komitee, dessen Aufgabe es war, die Stellung der SS in Finnland zu stärken und jeden Versuch, das finnische Freiwilligen-Bataillon vorzeitig zurückzurufen, zu vereiteln. Im Hinblick auf die heikle politische Lage beschloß man, „eine neutrale finnischsprechende Persönlichkeit“ als Vorsitzenden des Komitees zu berufen¹³⁷. Die Wahl fiel auf den Rektor der Universität Helsinki, Professor Rolf Nevanlinna, einen hervorragenden Mathematiker und Mitglied der Finnischen Akademie. Er war nach Berger „stellvertretender Vorsitzender der finnisch-deutschen Gesellschaft, anerkannt deutsch-freundlich, gleichzeitig aber parteipolitisch nicht abgestempelt“¹³⁸. Die Berufung Nevanlinnas scheint jedoch den Einfluß Bankdirektor Norméns nicht gemindert zu haben. Dieser blieb für den Augenblick der rührigste Verfechter der SS-Ziele in Finnland und war, zumindest im Frühjahr 1942, der Sprecher der SS in den Verhandlungen mit Außenminister Witting.

Wie Berger Himmler seinen Plan beschrieb, sollte das neue SS-Komitee aus 15 prominenten Finnen bestehen, unter ihnen Rieki (dessen offizieller Regierungsauftrag mit der Beendigung der Werbung abgelaufen war und der nun ausschließlich „als Privatmann ohne offizielle Beauftragung“ teilnahm), Oberst Lindh (Führer des finnischen Frontkämpferverbandes), Oberst Leander (Kriegsministerium, Leiter der Propagandaabteilung der „Waffenbruder“-Organisation), Veterinäroberst Talvitie (Vorstandsmitglied der Vereinigung der ehem. 27er Jäger), Rautala (IKL), Oberstleutnant Levälähti (ehem. finn. Verbindungsoffizier in Groß-Born), Baronin Munck (Lotta-Organisation) und Oberst Vihma (Hauptstab des Schutzkorps). Berger hoffte, auch andere „maßgebliche Persönlichkeiten“ aus militärischen, politischen und Wirtschaftskreisen zu gewinnen¹³⁹. Ob all diese Persönlichkeiten wirklich

¹³⁵ Steiner, ebenda.

¹³⁶ Siehe Schreiben von SS-Gruppenführer Berger an RFSS vom 28. 4. 1942, „Betr.: Finnland“, Geheim, RFSS/T-175, 125/2650322ff.

¹³⁷ Ebenda, 2650322.

¹³⁸ Ebenda.

¹³⁹ Ebenda, 2650323.

aktiviert werden konnten, ist aus den SS-Akten nicht ersichtlich. Doch besteht kein Zweifel, daß es zur Bildung des Komitees kam, daß es zumindest die stillschweigende Zustimmung der Regierung hatte und daß Professor Nevanlinna sein prominentestes Mitglied war.

Obwohl der Plan, Präsident Ryti zur Ernennung des angeblich deutsch-freundlichen Generals Hugo Österman (zur Zeit Wehrmachtsinspekteur) zum offiziellen Vertreter der finnischen Regierung in allen SS-Fragen zu bewegen, fehlschlug¹⁴⁰, gelang es Bergers finnischen Freunden, dank Finnlands wachsender wirtschaftlicher und militärischer Abhängigkeit von Deutschland, die Tendenz zur Abberufung des Freiwilligen-Bataillons fürs erste im Zaum zu halten. Obwohl die finnischen Behörden 1942 einen völligen Bruch mit der SS nicht wagen konnten, waren sie doch nicht geneigt, in noch engere Zusammenarbeit mit der immer zweifelhafteren Organisation gezogen zu werden. Selbst Mitte 1942 waren sie weder bereit, die Zeit, die die Finnen in der Waffen-SS verbrachten, als Kriegsdienst anzuerkennen¹⁴¹, noch gestatteten sie die Werbung von Ersatz für das Freiwilligen-Bataillon, das durch die unvermeidlichen Verluste ständig an Kampfkraft verlor. Kurz, man überließ die finnische Waffen-SS ihrem Schicksal, langsam aufgerieben zu werden.

Nach den Erfolgen der Jahresmitte verschlechterte sich das deutsche Kriegsglück im Herbst 1942 wieder. Im November wurden die Streitkräfte der Achse in Ägypten zum Rückzug gezwungen, britische und amerikanische Truppen landeten in Marokko und Algerien, und ein gewaltiger russischer Gegenangriff schnitt die VI. deutsche Armee in Stalingrad ab. Gegen Ende des Jahres mußten Marschall Mannerheim und die anderen Mitglieder des engeren Kreises, der Finnlands Außenpolitik während des Krieges geleitet hatte, den offensichtlichen, doch schmerzhaften Schluß ziehen, daß sie sowohl Deutschlands Stärke als auch Rußlands Schwäche überschätzt hatten¹⁴². Als realistische und intelligente Männer begannen die finnischen Führer jetzt, sich nach einem Weg umzuschauen, der sie aus der Waffenbrüderschaft mit Deutschland herausführte, ohne Finnlands Unabhängigkeit zu gefährden.

Es lag dabei für die Männer, die Finnlands Geschicke zu der Zeit in Händen hielten, nahe, daß ein Versuch, aus dem Krieg auszusteigen, ernstlich durch die Tatsache behindert wurde, daß noch 1000 Finnen in den deutschen Streitkräften dienten, ja sogar in ihren berüchtigsten Nazi-Einheiten. Jedoch scheint die Freiwilligenfrage bis März 1943 geruht zu haben. Dann schlug Himmler im Rahmen der Reorganisation der SS-Division „Wiking“ vor, die überlebenden Finnen in ein neues deutsch-finnisches Regiment, das den Namen „Kalevala“ erhalten sollte, zu verlegen¹⁴³. Die Durchführung dieses Vorschlags verlangte natürlich das Wiederauflösen des ganzen heiklen Problems der Zukunft der finnischen Waffen-SS.

¹⁴⁰ Ebenda, 2650324.

¹⁴¹ Ebenda.

¹⁴² Zur politischen Situation in Finnland und zur Haltung seiner Führer siehe besonders Lundin, a. a. O., und Mannerheim, a. a. O.

¹⁴³ Die Kalevala ist das große Volksepos der finnischen Nation.

Himmler bemerkte in einem Memorandum: „Die Frage des Ersatzes der heute bei uns dienenden Finnen, deren Dienstzeit im Mai abläuft, muß erst durch Verhandlungen mit Finnland, deren Führung ich nach Genehmigung des Auswärtigen Amtes vorschlage, sichergestellt werden.“¹⁴⁴

Es ist hier nicht möglich, auf die Einzelheiten der finnischen Innen- oder Außenpolitik einzugehen. Zu erwähnen ist, daß der neuernannte finnische Außenminister Henrik Ramsay am 26. März 1943 nach Berlin flog, um mit den Deutschen über die Möglichkeit Finnlands, sich vom Krieg zurückzuziehen, zu verhandeln. Die Mission wurde ein völliger Mißerfolg. Finnland wurde gedrängt, nicht nur zu versprechen, alle weiteren Versuche, einen Separatfrieden zu schließen, aufzugeben, sondern auch einen bindenden Verzicht darauf zu unterzeichnen. Obwohl die letztere Forderung angesichts des entschlossenen finnischen Widerstandes zeitweilig aufgegeben wurde, suchten die Deutschen durch allerlei Druckmittel die Finnen zur Unterwerfung zu zwingen. Zum Beispiel berief die Wilhelmstraße in der ersten Aprilwoche Blücher aus Helsinki ab; zu derselben Zeit begannen die Deutschen, die Lieferung von Lebensmitteln, Brennstoff und anderen Vorräten, die die wirtschaftlich bedrängten Finnen nötig brauchten, zurückzuhalten¹⁴⁵. Unter diesen Umständen nahm die SS die Verhandlungen über die Zukunft des finnischen Freiwilligen-Bataillon wieder auf.

Am 15. April 1943 traf SS-Obergruppenführer Berger mit dem Vorsitzenden des finnischen SS-Komitees, Professor Nevanlinna, zusammen, den die finnische Regierung gesandt hatte, um ihre Absichten in der Freiwilligenfrage zu vertreten¹⁴⁶. Ehe er zur Hauptsache kam, verwickelte Berger seinen Gast in ein formloses Gespräch über die politische Lage in Finnland. Doch mußte er feststellen: „Nevanlinna war nicht über alles orientiert, insbesondere wußte er nicht, daß der finnische Außenminister mit dem Sonderfriedensangebot im Führerhauptquartier war.“ Nevanlinna, so scheint es, war mehr Botschafter als Unterhändler. Er war von der finnischen Regierung beauftragt worden, folgende Erklärung abzugeben¹⁴⁷:

Nach dem Ablauf der Verpflichtungszeit des finnischen SS-Freiwilligen-Bataillons im Juni dieses Jahres kann der Fortbestand des Bataillons auf folgende Weise gewährleistet werden:

1. Anstelle jedes felddiensttauglichen Soldaten, der nach Beendigung seiner Verpflichtungszeit nach Finnland zurückkehrt, kann von Finnland ein Mann als Ersatz gestellt werden. Die neue Verpflichtungszeit läuft so lange, wie der Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion dauert, jedoch nicht länger als bis zum 1. 6. 45.

¹⁴⁴ Niederschrift Himmlers vom 3. 3. 1943, „Aufstellung des Germanischen Korps“, RFSS/T-175, 111/2655157.

¹⁴⁵ Eine ausführliche Darstellung dieser Ereignisse auf der Grundlage der relevanten Memorialliteratur ist in Lundin, a. a. O., S. 183 ff. zu finden.

¹⁴⁶ Siehe Schreiben von SS-Gruppenführer Berger an den RFSS vom 15. 4. 1943, „Betr.: Besprechung mit Professor Nevanlinna“, Geheime Kommandosache, RFSS/T-175, 111/2655359 ff.

¹⁴⁷ Ebenda, 2655360 f.

2. Die jetzigen Angehörigen des Bataillons haben, wenn sie ihre Verpflichtungszeit verlängern wollen, das Recht, die neue Verpflichtungszeit auf nur ein Jahr, also bis zum 1. 6. 44 zu beschränken.
3. Die finnischen SS-Freiwilligen bilden weiterhin innerhalb der Waffen-SS eine geschlossene Einheit wie bisher, deren Führerkorps nach Möglichkeit aus Finnen bestehen soll.

Nach all den Schwierigkeiten, die die SS in früheren Verhandlungen mit den finnischen Behörden, ganz zu schweigen vom Auswärtigen Amt, hatte, überrascht es nicht, daß Berger über den Vorschlag höchst erfreut war und Himmler schrieb, daß seines Erachtens „damit der Bestand des finnischen Bataillons in jeder Form gewährleistet“ sei¹⁴⁸. Doch Bergers kühne Hoffnungen wurden nicht erfüllt. Zwar legt das vorhandene Material nahe, daß Staatspräsident Ryti und Ministerpräsident Linkomies – wie immer ungerne – in das Fortbestehen des Bataillons eingewilligt hatten¹⁴⁹, doch hatten sich Marschall Mannerheim und vielleicht auch einige andere Kabinettsmitglieder dieser Entscheidung widersetzt oder sie zumindest nicht unterstützt. Wie dem auch sei, die Dissidenten setzten sich durch.

Inzwischen wurden Vorkehrungen getroffen, das Freiwilligen-Bataillon auf Urlaub nach Finnland zu schicken, um es gemäß Nevanlinnas Vorschlag aufzufrischen. Die 320 Finnen, die noch in der SS-Division „Wiking“ kämpften, sollten am 20. April von ihrem Dienst entbunden werden und zum Truppenübungsplatz Grafenwöhr geschickt werden, wo sie sich mit den 400–450 ihrer Landsleute treffen sollten, die sich zur Zeit in Ersatzeinheiten oder Erholungsheimen befanden. So zusammengestellt sollte das ganze Bataillon einen vierzehntägigen Urlaub im exklusiven SS-Kurort Ruhpolding verbringen. Dann sollten die Finnen, frisch gestärkt und gut gelaunt, nach Finnland geschickt werden¹⁵⁰.

Alles scheint auch plangemäß abgelaufen zu sein, und am 2. Juni 1943 traf das Bataillon in Hanko ein. Aber hier schritt Marschall Mannerheim ein: er bestand darauf, daß das Heimkehrzeremoniell, das in Helsinki stattfinden sollte, auf die Hafenstadt beschränkt blieb. Gesandter von Blücher vertrat die deutsche Regierung, SS-Gruppenführer Felix Steiner den Reichsführer-SS und Generalleutnant Malmberg, der Kommandeur des finnischen Schutzkorps, die finnischen Streitkräfte. Nach einem kurzen Zeremoniell, in dem Steiner das Kommando des Bataillons offiziell an Malmberg übergab, wurden die finnischen SS-Leute entwaffnet und in ein finnisches Armeelager in Tampere zur Demobilisierung abtransportiert¹⁵¹.

¹⁴⁸ Ebenda, 2635361.

¹⁴⁹ Berger schrieb Ryti und Linkomies das Verdienst zu, was er für die Garantie des Fortbestehens des Bataillons hielt. Siehe ebenda. Nach der Präsidentenwahl im Spät-Februar (in der Ryti wiedergewählt wurde) ersetzte Edwin Linkomies J. W. Rangell als Ministerpräsident und Henrik Ramsay folgte Rolf Witting als Außenminister.

¹⁵⁰ Schreiben Bergers vom 15. 4. 1943 (s. Anm. 146), 111/2635361.

¹⁵¹ Siehe Steiners langen und detaillierten Bericht an Himmler mit dem Titel „Bericht über den Besuch in Finnland vom 31. 5. bis 7. 6. 43“, RFSS/T-175, 56/2570792ff. Der Bericht ist nicht datiert. Himmler forderte ihn am 22. Juni an und bestätigte seinen Empfang am 29. Juni. Vgl. dazu Steiner, a. a. O., S. 210ff. Eine bedeutsame Einzelheit, die Steiner

Ehe Steiner am 7. Juni nach Deutschland zurückkehrte (er war am 31. Mai in Hanko eingetroffen), traf er mit führenden finnischen politischen und militärischen Persönlichkeiten zusammen, u. a. Staatspräsident Ryti, Ministerpräsident Linkomies, Außenminister Ramsay, Verteidigungsminister General Waldén, General Österman und Marschall Mannerheim¹⁵². Obwohl sich fast alle finnischen Führer mit gewisser Besorgtheit über die sich verschlechternde militärische Lage äußerten, scheint niemand etwas gesagt zu haben, was als ausdrückliche Bedrohung des Fortbestehens des Freiwilligen-Bataillons gedeutet werden konnte.

Zurückschauend nimmt jedoch Mannerheims Haltung während seiner Zusammenkunft mit Steiner, in der er sorgfältig jedes Gespräch über die Zukunft des Freiwilligen-Bataillons vermied, dafür aber „die schwierige militärische Lage Finnlands“ betonte¹⁵³, größere Bedeutung an, als man ihr ursprünglich zugemessen hat. Denn trotz der geringen Anzahl dokumentarischer Unterlagen und trotz der sich widersprechenden Angaben in der Literatur¹⁵⁴ kann man im Licht der weiteren Ereignisse mit gewisser Sicherheit annehmen, daß Marschall Mannerheim sich schon entschlossen hatte – oder wenigstens im Begriff war, sich zu entschließen – die finnische Waffen-SS aufzulösen. Es ist jedoch unklar, ob der Marschall auf eigene Faust (wie seine Memoiren anzudeuten scheinen)¹⁵⁵ oder im Auftrage der Regierung handelte.

Wie dem auch sei, Marschall Mannerheim tritt als der Mann in Erscheinung, der das Ende des Freiwilligen-Bataillons herbeiführte. Am 28. Juni meldete General Waldemar Erfurth, der deutsche General beim Ob.-Ko. der finn. Wehrmacht, dem OKW, daß Mannerheim ihm mündlich und schriftlich von seiner Entscheidung, „keine Ersatzleute mehr für das finn. Freiwilligen-Btl. der Waffen-SS zu stellen“ unterrichtet habe¹⁵⁶. Der Marschall hatte seine Entscheidung damit begründet,

sowohl in seinem Buch wie auch in seinem Bericht an Himmler erwähnt, ist, daß Mannerheim offensichtlich entgegen aller Erwartungen die Entwaffnung des Bataillons schon am Tag der Ankunft befahl. Steiner zufolge erzürnte das die Freiwilligen so sehr, daß sie ihren deutschen Offizieren nur widerwillig gehorchten.

¹⁵² Steiner traf ebenfalls mit vielen anderen wichtigen Mitgliedern des finnischen SS-Komitees zusammen. Sein Bericht an Himmler straft übrigens die Behauptung, die er in seinem Nachkriegsbuch macht, sein Besuch sei „völlig unpolitisch“ gewesen, Lügen. (Ebenda, S. 211.) Tatsächlich hatte Himmler folgendes über den Bericht zu sagen: „Lieber Steiner . . . Ich habe Ihren Bericht und die kurze Beurteilung der leitenden finnischen Persönlichkeiten gelesen und finde beide Berichte sehr gut. Ich werde sie morgen dem Führer zur Kenntnisnahme zuleiten. Ich nehme an, daß Sie dem Reichsaußenminister Ihren Bericht selbst zuschicken. Die Charakteristiken der führenden Persönlichkeiten lasse ich dem Reichsaußenminister dann in Abschrift zugehen.“ Schreiben von Himmler an SS-Obergruppenführer Steiner vom 6. Juli 1943, RFSS/T-175, 56/2570854.

¹⁵³ Bericht Steiners (s. Anm. 151), 56/2570796.

¹⁵⁴ Ein dienlicher Vergleich und eine Analyse der Memoirendarstellungen Mannerheims, Erfurths, Tanners und Blüchers ist in Lundin, a. a. O., S. 162ff. zu finden.

¹⁵⁵ Siehe Mannerheim, a. a. O., S. 367–68.

¹⁵⁶ Kriegstagebuch des OKW (WFSt), hrsg. v. Percy Ernst Schramm. – Frankfurt/M. 1965 [künftig zit. als „KTB OKW“], Bd. III/2, Eintragungen vom 4. 7. 1943, S. 744f.

daß seines Erachtens das Bataillon mit dem Eintritt Finnlands in den Krieg seine Daseinsberechtigung verloren hätte und daß Finnland nun selbst jeden Mann für seine eigenen Streitkräfte brauchte. Die Antwort auf Erfurths Anfrage, wie er in der Angelegenheit vorgehen solle, ist folgendermaßen im Kriegstagebuch des OKW festgehalten¹⁵⁷:

Der Chef WFSt hat dazu in einer Notiz bemerkt, daß es am besten sei, dieses Btl. den Finnen zur Verfügung zu stellen; es könne durch den guten Geist seiner Männer in Finnland mehr wirken, als wenn es als kleine Kampfgruppe im Rahmen unserer Verbände kämpfe.

Das OKW nimmt von der Anordnung des Marschalls von Finnland Kenntnis und befiehlt dem Dt. General, das Bataillon nicht einzuschiffen, sondern im Einladerraum (Hangö) zusammenzuhalten, bis es durch den RF. SS verabschiedet wird.

Der zweite Abschnitt der zitierten Kriegstagebucheintragung bezieht sich offenbar auf jene Mitglieder des Bataillons, die sich für eine Verlängerung ihrer Dienstzeit entschieden hatten und sich demgemäß nach Ablauf ihres Urlaubs in Hanko zum Rücktransport nach Deutschland eingefunden hatten. Mannerheim erinnert sich dieser Situation in seinen Memoiren: er hatte einen General zum Hafen geschickt, um den Leuten mitzuteilen, „daß ich die Erneuerung des Kontraktes und das Betreten des Schiffes, das sie nach Deutschland bringen sollte, verbot. Der Oberbefehlshaber der SS-Truppen, Himmler, mußte in einem Tagesbefehl bekanntmachen, daß das Bataillon aufgelöst worden war, welche Maßnahme er damit begründete, daß er dessen Mitgliedern eine Pflichtkollision ersparen wollte.“¹⁵⁸

Daß die bevorstehende Auflösung des Bataillons den überraschten finnischen SS-Leuten spätestens am 10. Juli 1943 bekanntgemacht wurde, geht klar aus den SS-Dokumenten hervor, denn an diesem Tag erhielt SS-Obergruppenführer Steiner folgendes Fernschreiben¹⁵⁹:

„Das finnische Freiwilligen-Bataillon der Waffen-SS hat eben erfahren, daß das Bataillon aufgelöst werden soll. Diese Nachricht hat die finnischen SS-Männer, die zum Abmarsch bereit waren, tief erschüttert. Bevor das Bataillon an die finnische Front zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind zieht, sprechen wir, die finnischen Führer, Unterführer und Männer des Bataillons Ihnen, Herr General, unseren herzlichsten Dank aus für die erhaltene soldatische Lehre und die innige Waffenbrüderschaft und Treue, die uns mit unseren deutschen Kameraden in den vergangenen Kampfjahren vereinigt hat. Dieses bitten wir Sie, Herr General, dem Führer und dem Reichsführer-SS zu übermitteln.

gez. Wawaw, SS-Hauptsturmführer
Attonen, SS-Oberscharführer
Vuokk, SS-Rottenführer.“

¹⁵⁷ KTB OKW, ebenda, S. 745.

¹⁵⁸ Mannerheim, a. a. O., S. 568.

¹⁵⁹ Fernschreiben des finn. Freiw. Btl. an General Steiner vom 10. 7. 1943 (übermittelt an den RFSS am selben Tag) RFSS/T-175, 56/2570848 ff.

Am 15. Juli sandte Himmler Hitler eine Abschrift dieses Fernschreibens¹⁶⁰, und am 15. gab er den Tagesbefehl zur Auflösung des Bataillons¹⁶¹.

¹⁶⁰ Schreiben (mit der Abschrift des Fernschreibens des finn. Freiw. Btl. vom 10. 7. 1943) vom RFSS an den Führer vom 13. 7. 1943, RFSS/T-175, 56/2570841 f.

¹⁶¹ In den hier untersuchten SS-Akten fand sich keine Abschrift des Himmlerschen Tagesbefehls, doch erwähnt Himmler in einem Brief an Berger, daß er ausgegeben wurde; Schreiben vom RFSS an SS-Obergruppenführer Berger vom 15. 7. 1943, Persönlich, RFSS/T-175, 56/2570839. Nach der Auflösung des SS-Bataillons wurden seine Mitglieder auf verschiedene Einheiten der finnischen Wehrmacht verteilt; Mannerheim, a. a. O., S. 368-9. Ein Versuch der SS, kurz nach Finnlands Entschluß, einen Waffenstillstand mit der Sowjetunion zu schließen (September 1944), wieder einen finnischen Freiwilligenverband für die Waffen-SS aufzubauen (diesmal ein Regiment), schlug völlig fehl. Von finnischen Gefangenen, die die Deutschen in Lappland machten (der sogenannte Lappland-Krieg, der Mitte September begann, stellte die deutschen Streitkräfte ihren ehemaligen Waffenbrüdern in einem wenig bekannten, aber blutigen Konflikt gegenüber) und den politischen Flüchtlingen (einigen Deserteuren der finnischen Wehrmacht), die nach Norwegen, Schweden und Deutschland geflohen waren, hatte die SS nur 5 Offiziere und 60 Mann rekrutieren können. Siehe Schreiben von SS-Obergruppenführer Berger an den RFSS vom 8. 9. 1944, „Betr.: Aufstellungsbefehl finnisches SS-Freiwilligen-Regiment“, Geheime Kommandosache, RFSS/T-175, 120/2645918 f.; Schreiben von SS-Obergruppenführer Berger an den RFSS vom 23. 9. 1944, „Betr.: Finnland“, Geheime Kommandosache, RFSS/T-175, 120/2645920 ff.; Schreiben von SS-Obergruppenführer Berger an den RFSS vom 4. 12. 1944, „Betr.: Bisheriger Stand der Finnlandarbeit“, Geheime Kommandosache, RFSS/T-175, 120/2645857 ff.

Dokumentation

DIE REGIERUNGSBILDUNG IN THÜRINGEN ALS MODELL
DER MACHTERGREIFUNG

Ein Brief Hitlers aus dem Jahre 1930

Hitler war kein Briefschreiber. Das gilt nicht nur für den Menschen Hitler – wir wissen von keiner persönlichen Bindung, die eng genug gewesen wäre, ihn zu brieflicher Selbstmitteilung zu veranlassen –, sondern auch für den Politiker. Sein Instrument, um sich der Menschen zu bemächtigen und sie als Mittel für seine Zwecke verfügbar zu machen, war die Rede, das ihm gemäße Milieu die Massenversammlung. Selbst wenn er im kleinsten Kreise sprach, verfiel er meist in den Redestil, den er sich als Parteidemagoge selber gebildet und als erfolgreich zur Fanatisierung der Massen erprobt hatte. Daß er kein echtes Gespräch führen konnte, sondern stets Monologe hielt, ist mehrfach bezeugt¹. Wie das Gespräch, war ihm auch der dem Gedankenaustausch dienende, auf Geben und Nehmen angewiesene Briefwechsel wesensfremd. Wir kennen bis heute kaum einen Privatbrief von ihm, und die wenigen Schreiben, die vielleicht der Form nach als solche gelten könnten, dienten in der Regel nicht dem menschlichen Kontakt, sondern einem bestimmten politischen Zweck und wurden nur um dieses Zweckes willen in das Gewand eines Privatbriefes gekleidet².

Ein persönliches Schreiben Hitlers darf also Seltenheitswert beanspruchen. Warum das hier abgedruckte in dieser Form abgefaßt und in einem bei Hitler höchst seltenen Ton persönlicher Herzlichkeit gehalten wurde, ist schnell erklärt: Der Empfänger war ein in Übersee lebender Deutscher, der zu Anfang der zwanziger Jahre bei einem Besuch in München mit Hitler und der NSDAP in Berührung kam und von da an ein begeisterter Anhänger und Bewunderer des „Führers“ blieb. Gerade bei Auslandsdeutschen war das ja kein seltener Fall. Hitler erschien, vom Ausland her gesehen, als der Erneuerer deutscher Größe und deutschen Ansehens in der Welt, unter dessen Niedergang in der Zeit nach dem Versailler Frieden die Auslandsdeutschen besonders gelitten hatten. Die dunklen Seiten, die Unmenschlichkeiten des Nationalsozialismus blieben für diese Betrachter aus der Ferne gewissermaßen unter dem Horizont, wurden nicht geglaubt oder übersehen. Nicht selten verlor allerdings die magische Fernwirkung Hitlers ihren Zauber, wenn ein solcher Auslandsdeutscher durch einen längeren Besuch in der Heimat den Dingen näher trat. Bei dem Empfänger des hier publizierten Briefes scheint das nicht der Fall gewesen zu sein. Er hat in den zwanziger und dreißiger Jahren Deutschland

¹ Hermann Rauschnig, *Gespräche mit Hitler*, Zürich 1940, S. 60; Henry Picker, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942*, Stuttgart 1963, S. 126f.

² Erst recht scheiden natürlich die zahlreichen Handschriften, die er als Parteiführer oder Staatsoberhaupt an einzelne Persönlichkeiten richtete und die rein konventionell die Form des persönlichen Briefes trugen, als solche aus.

mehrfach besucht, an Parteitagern der NSDAP teilgenommen und ist, soweit man seinen Weg weiter verfolgen kann, ein unbeirrbarer Bewunderer Hitlers geblieben; ein Photo aus dem Jahre 1935 zeigt ihn und seine Frau in der Reichskanzlei als Gäste Hitlers mit ihm allein an der Kaffeetafel. Aus Hitlers Brief kann man schließen, daß der Empfänger wohl schon frühzeitig bedeutende finanzielle Opfer für die Partei gebracht hat. Es gab also Gründe für eine so außergewöhnliche Ehrung, wie sie Hitler mit diesem langen, fast schmeichlerisch gehaltenen persönlichen Dankschreiben dem Empfänger erwies und für die Vertraulichkeit, mit der er ihm seine Beurteilung der politischen Lage wissen, seine Erwartungen und Hoffnungen teilen ließ. Daß diese Ehre auch als solche gewürdigt wurde, ergibt sich daraus, daß der Empfänger den Brief sorgfältig aufbewahrte und ihn Jahre später, als Hitler Reichskanzler geworden war, photokopieren ließ, um einigen Freunden einen Abzug zum Geschenk zu machen. Der Freundlichkeit eines der Beschenkten verdanke ich die Kenntnis des Briefes und die Erlaubnis zur Veröffentlichung, doch ohne Nennung des inzwischen verstorbenen Empfängers, dessen Name ohnehin, da es sich um keine irgendwie bekannte Persönlichkeit handelt, nichts zur Sache tun würde.

An der Echtheit des Schreibens ist nicht zu zweifeln. Die Photokopie, die mir vorgelegen hat, läßt vermuten, daß kein Entwurf angefertigt wurde, sondern daß Hitler den Text entweder unmittelbar in die Maschine oder ins Stenogramm diktiert hat, denn die Reinschrift ist an einigen Stellen handschriftlich korrigiert und dann von Hitler unterzeichnet worden. Soweit man erkennen kann, scheinen die wenigen Korrekturen von Hitler selbst herzurühren. Auch Inhalt und Diktion tragen alle Kennzeichen der Echtheit. Alle tatsächlichen Angaben erweisen sich bei Nachprüfung als zutreffend, der Stil ist unverkennbar der Hitlers, wie man an vielen Einzelheiten nachweisen kann. Dafür spricht die Häufung grell übertreibender Beiwörter: Die Partei wird von ihren Gegnern „infernalisches“ gehaßt, die Ablehnung der anderen Parteien ist „arrogant, hochnäsiger und dumm“, die Menschen hängen in „verzehrender“ Hingabe an der Bewegung, Dr. Frick ist ein „fanatischer“ Nationalsozialist, und Hitler selbst sagt mit „hellschender“ Sicherheit den Zeitpunkt des Sieges voraus. Charakteristisch für Hitlers immer auf oratorische Wirkung berechneten Stil ist die Gewohnheit, durch gewagte Umstellung der Satzglieder einen effektvollen Schluß anzustreben, der wie ein Fanfarenstoß wirken soll; der letzte Satz des Briefes bietet dafür ein bezeichnendes Beispiel. Unverkennbar hitlerisch ist auch das aufgeregt-prophetische Pathos, untermischt mit elegischen Partien, wo er von sich und seinem Privatleben spricht und die bei ihm übliche Pose eines Mannes annimmt, der sich selbst und sein persönliches Sein der großen Sache zum Opfer bringt.

An Fakten enthält der Brief nichts, was wir nicht schon wüßten, doch ist zweierlei bemerkenswert: Einmal die Offenherzigkeit, mit der Hitler seine Absichten und seine Taktik bei der Regierungsbildung in Thüringen im Januar 1930 darlegt, und zweitens die verblüffende Sicherheit, mit der er zu diesem Zeitpunkt bereits den Sieg seiner Partei in zweieinhalb bis drei Jahren voraussagt – eine Prophezeiung, die sich ja dann fast auf den Tag genau erfüllt hat.

Zunächst einige Bemerkungen zur politischen Lage, auf die Hitler anspielt: Der Eintritt der Nationalsozialisten in die thüringische Landesregierung im Januar 1930 war ein Höhepunkt in der Geschichte der Partei und ein Vorzeichen ihres künftigen Sieges über Deutschland. Auf den ersten Blick mochte das Ereignis nicht so überwältigend scheinen. Die Landtagswahl vom 8. Dezember 1929 hatte für den thüringischen Landtag folgende Zusammensetzung ergeben³:

Sozialdemokraten	18 Sitze
Landbund	9 „
Wirtschaftspartei	6 „
Kommunisten	6 „
Nationalsozialisten	6 „
Deutsche Volkspartei	5 „
Deutschnationale	2 „
Deutsche Demokratische Partei	1 „
	53 Sitze

Mit ihren 90236 Wählerstimmen hatte die NSDAP also doch nicht mehr als 11,3 % der Stimmen und Mandate gewonnen, sie nahm mit Wirtschaftspartei und Kommunisten den dritten Platz unter den Parteien ein und lag in weitem Abstand hinter der dreimal so starken Sozialdemokratischen Partei. Immerhin hatte sie gegenüber der Wahl vom 30. Januar 1927, die ihr nur 2 von 56 Mandaten gebracht hatte, gewaltig aufgeholt und in nur drei Jahren ihr Gewicht verdreifacht – ein nicht zu unterschätzender moralischer Erfolg, weil symptomatisch für das sprunghafte Ansteigen der nationalsozialistischen Flut im ganzen Reich. Das unterirdische Grollen, das den bevorstehenden Erdrutsch ankündigte, war nicht mehr zu überhören. Hitlers Taktik bei der Regierungsbildung zeigte, daß er und seine bürgerlichen Verhandlungspartner sich dessen bewußt waren und von der nächsten Wahl mit Sicherheit ein weiteres Ansteigen der nationalsozialistischen Stimmen erwarteten. Schon das gab Hitler eine starke Verhandlungsposition. Dazu kam aber noch die für ihn sehr günstige Verteilung der Mandate: Es zeigte sich, daß ohne die NSDAP den 24 Sozialdemokraten und Kommunisten nur 23 bürgerliche Abgeordnete gegenüberstanden, denen also nur die Wahl blieb, sich entweder mit den Sozialdemokraten oder mit den Nationalsozialisten zu verbünden. Zum ersten waren vielleicht die Demokraten, allenfalls auch noch die Deutsche Volkspartei bereit, nicht aber Deutschnationale, Wirtschaftspartei und Landbund, die sich vielmehr, wenn auch aus verschiedenen Motiven, in der schroffen Ablehnung des „Marxismus“ in jeder Gestalt einig waren und die bisherige bürgerliche Regierungsfront fortsetzen wollten. Damit lieferten sie sich aber der NSDAP aus und waren gezwungen, deren Forderungen fast bedingungslos zu akzeptieren oder – Neuwahlen zu riskieren.

Hitler war durchaus der Mann, diese von ihm klar erkannte Situation rücksichts-

³ Nach Georg Witzmann, *Thüringen von 1918 bis 1933, Erinnerungen eines Politikers*, Meisenheim 1958, S. 153, und Hans Volz, *Daten zur Geschichte der NSDAP*, 10. Aufl., Leipzig 1939, S. 27.

los auszunutzen. Zum erstenmal kam er in die Lage, als ernsthafter Verhandlungspartner bürgerlicher Parteien und als Teilnehmer an einer Regierungsbildung aufzutreten. Sein Verhandlungsstil unterschied sich deutlich von dem bisher in solchen Fällen gewohnten: Er präsentierte den bürgerlichen Parteien mit seinem Parteigenossen Dr. Frick einen Ministerkandidaten, dessen Name, wie er wohl wußte, auf sie schockierend wirken mußte, denn Frick war auf Grund seiner Teilnahme am Münchener Putsch 1923 wegen Hochverrates rechtskräftig verurteilt worden. Der schärfste Widerspruch kam von der Deutschen Volkspartei, die von Frick im Reichstag scharf angegriffen worden war. Die thüringische Landesgruppe der Deutschen Volkspartei wurde von ihren Freunden im ganzen Reich vor einer Koalition mit der NSDAP eindringlich gewarnt. „Es tut mir in der Seele weh, daß ich euch in der Gesellschaft seh“ rief der Parteiführer von Kardorff auf dem Mannheimer Parteitag seinen Thüringer Freunden zu⁴. Die Herausforderung, die Hitler sich leistete, war um so schroffer, als er sie, wie wir nunmehr aus seinem eigenen Munde erfahren, mit einem auf drei Tage befristeten Ultimatum an die Adresse der bürgerlichen Parteien verband und mit einem Antrag auf Neuwahlen drohte. Auch ist für seine Taktik bezeichnend, wie er ständig die Rückwirkung der Regierungsverhandlungen auf die Stimmung draußen im Lande und die Chancen einer Neuwahl im Auge behielt. Er urteilte ganz richtig, daß ein neuer Wahlgang nach so kurzer Zeit den Nationalsozialisten nur dann einen weiteren Zuwachs bringen werde, wenn sie die Stimmung der Wähler mit einer zugkräftigen Parole anpeitschen und hochreißen konnten. Ein prinzipielles Nein zur Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung hätte den Nationalsozialisten den Ruf der Unfähigkeit, Verantwortungsscheu und Tatenlosigkeit eingetragen, wenn aber ihre Beteiligung an einem Nein der bürgerlichen Parteien scheiterte, so war damit eine Wahlparole gewonnen, die man sich nicht besser wünschen konnte. Der Wahlkampf konnte dann in schroffer Frontstellung gegen diejenigen geführt werden, deren Wähler man für sich zu gewinnen hoffte, und mit der einleuchtenden Zielsetzung, daß die NSDAP gestärkt werden müsse, um den Widerstand gegen ihre Regierungsbeteiligung zu brechen. Genauso hat Hitler alle seine Wahlkämpfe bis 1933 geführt: Nicht für sachliche Forderungen, sondern stets mit dem Blick auf die nächste Wahlschlacht, deren Chancen im voraus abwägend und den gegenwärtigen Wahlerfolg nur als Voraussetzung weiterer, noch größerer Siege wertend.

Doch waren es nicht nur taktische Erwägungen, die Hitler eine Beteiligung an der Regierungsbildung ratsam erscheinen ließen. Warum er, kaum daß seine Partei wenig mehr als ein Zehntel der Stimmen in einem der kleinsten deutschen Länder gewonnen hatte, sofort an die Macht drängte, ja warum er überhaupt hier so etwas wie eine Machtchance witterte, hat er in seinem Brief sehr offenherzig dargelegt. Es ging ihm um die Eroberung der gesamten Exekutive von innen her durch Besetzung der den staatlichen Machtapparat beherrschenden und kontrollierenden Positionen. Das waren in einer Landesregierung die Posten des Innen- und Kultusministers, die einzigen, die mit der Verfügungsgewalt über die Polizei und mit der

⁴ Witzmann, a. a. O., S. 154

Aufsicht über das Schul- und Hochschulwesen noch die Ausübung staatlicher Hoheitsrechte in eigener Zuständigkeit ermöglichten. Hier ließen sich Machtpositionen schaffen und ausbauen, während alle anderen Länderministerien mehr oder weniger Auftragsangelegenheiten des Reiches wahrzunehmen und nach dessen Richtlinien zu bearbeiten hatten. Mit den beiden Ministerien, die Hitler forderte, beherrschte seine Partei nahezu alles, was die Weimarer Verfassung an Landesexekutive noch übrig gelassen hatte. Allerdings erwies sich später die Polizeiherrschaft des kleinen Landes Thüringen als eine doch sehr bescheidene Machtposition, weil die Länder zum Unterhalt ihrer Polizeikräfte auf Zuschüsse des Reiches angewiesen waren, also durch ihre finanzielle Abhängigkeit vom Reich in der Ausübung ihrer Polizeirechte doch wieder beschränkt werden konnten. Der sozialdemokratische Reichsinnenminister Severing hat sich dann auch gegenüber der rücksichtslosen und verfassungsfeindlichen Personalpolitik Fricks in der thüringischen Polizei dieser scharfen Waffe mit ziemlichem Erfolg bedient und dafür gesorgt, daß Fricks Bäume nicht in den Himmel wuchsen⁵. In der Kultur- und Bildungspolitik hat Frick die Erwartungen seines Parteichefs besser erfüllen können, indem er der Universität Jena den nationalsozialistischen Rassenideologen Hans Günther als ordentlichen Professor aufkrotyierte und die Schule zum Schauplatz nationalsozialistischer Agitation zu machen wußte.

Hitler hat also die beschränkten, aber doch ausbaufähigen Möglichkeiten, die ihm eine Regierungsbeteiligung in Thüringen bot, im wesentlichen richtig eingeschätzt. Sein Verfahren bei den Vorverhandlungen erinnert, wie man leicht bemerken wird, an seine Taktik bei der Regierungsbildung im Reich im Januar 1933, und die Vorgänge vom Januar 1930 in Thüringen erscheinen fast wie eine Generalprobe zur „Machtergreifung“ drei Jahre später. Übrigens nicht die einzige, denn in den folgenden drei Jahren hatte Hitler noch mehrfach Gelegenheit, das in Thüringen erstmals befolgte Rezept weiter zu erproben. Man weiß längst und es ist oft geschildert worden, wie Hitler bei allen Gesprächen über eine Regierungsbeteiligung seiner Partei im Reich oder in den Ländern in zähem Ringen die Schlüsselpositionen zu erobern suchte und sich in sachlichen Fragen gleichgültig, ja entgegenkommend zeigen konnte, weil es ihm zunächst auf nichts anderes als die Erringung der Macht ankam. So 1930, nur wenige Monate nach den Thüringer Ereignissen, als im Zuge der Bestrebungen, das Kabinett Brüning von den Sozialdemokraten unabhängig zu machen, eine Beteiligung der NSDAP an der Regierung im Reich erörtert wurde; damals forderte Hitler das Innen- und Wehrministerium, zeigte sich allerdings nach seinem Wahlsieg vom September 1930 nicht mehr so sehr interessiert und schien mehr Wert auf Machtzuwachs durch weitere Wahlen als auf Teilnahme an der politischen Verantwortung zu legen⁶. Ähnlich, doch nicht

⁵ Vgl. Witzmann, a. a. O., S. 166 ff. und Koellreutter-Haentzschel, Der Konflikt Reich-Thüringen in der Frage der Polizeikostenzuschüsse, Archiv des öffentlichen Rechts Bd. 20 (1931), S. 68–102, 384–411.

⁶ Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, 3. Aufl., Villingen 1960, S. 360, 372.

mehr so bescheiden lauteten seine Forderungen 1932, wie aus Goebbels' Tagebuchnotiz vom 6. August hervorgeht: „Der Führer besteht auf seiner Kanzlerschaft und auf dem preußischen Ministerpräsidentenposten; das Reichs- und preußische Innenministerium, ein neu zu gründendes Volkserziehungs- und Propagandaministerium, Landwirtschaft und Luftfahrt sollen uns überantwortet werden. Ebenso die Justiz.“⁷ Viele dieser Ansprüche mußte Hitler zurückschrauben, als er nach der schweren Krise des Winters 1932/33 mit Papens Hilfe dann doch noch in den Sattel gelangte, aber unverändert blieb auch bei diesen im Januar 1933 geführten Kabinettsverhandlungen sein Bestreben, die wirklichen Machtpositionen zu gewinnen und sich lieber mit einer kleinen Minderheit in der Regierung zu begnügen, als auf die Verfügung über die Polizei zu verzichten. Darüber hat uns Papen einen vielleicht etwas kolorierten, im Tatsächlichen aber zutreffenden Bericht gegeben in einer Notiz vom 29. Januar 1933: „Meine ersten Besucher sind Hitler und Göring. Sie erklären mir, daß der Abgeordnete Dr. Frick für den Posten des Reichsinnenministers und Göring für den des preußischen Innenministers präsentiert werden . . . Was Preußen anbelangt, wiesen beide Herren darauf hin, daß der Apparat der preußischen Polizei, seit mehr als einem Jahrzehnt in den Händen der SPD, einer Säuberung unterzogen werden müsse . . . Ich erklärte indessen Herrn Hitler, der Reichspräsident gedenke nicht, ihn mit der Vollmacht eines Reichskommissars für Preußen auszustatten. Diese Vollmacht würde er mir, dem Vizekanzler des Kabinetts, übertragen. Hitler schluckte diese offenbare Enttäuschung mit mühsam verhaltenem Groll.“⁸ – Das Ergebnis der Verhandlungen vom Januar 1933 ähnelt also insofern dem vom Januar 1930 in Thüringen, als in beiden Fällen die Nationalsozialisten zwar eine Minderheit im Kabinett bildeten, dafür aber die für den weiteren Ausbau ihrer Macht nutzbaren Positionen besetzten. Der Hauptunterschied liegt darin, daß Hitler 1933 den Reichskanzlerposten erhielt und damit die Richtlinien der Politik bestimmte. Das war 1930 in Thüringen noch nicht möglich, weil der Ministerpräsident natürlich von der stärksten Regierungspartei gestellt wurde, sonst aber ist die Parallele vollkommen; es ist sogar derselbe Mann, Frick, der erst in Thüringen und später im Reich an die Schaltstelle der Macht gesetzt und mit der Durchsetzung der Polizei im nationalsozialistischen Sinne betraut wird. Was er in Thüringen nur unvollkommen durchführen konnte und vorzeitig abbrechen mußte⁹, konnte er jetzt im Reich erfolgreich zu Ende führen. Wenn die Kulturpolitik bei der Regierungsbildung im Reich keine Rolle zu spielen

⁷ Joseph Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1934, S. 139. Vgl. auch Thilo Vogelsang, Zur Politik Schleichers gegenüber der NSDAP 1932, in dieser Zeitschrift 6 (1958), S. 92.

⁸ Franz von Papen, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 271f. S. auch Erich Matthias u. Rudolf Morsey, Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 569–572 und Bracher, a. a. O., S. 720.

⁹ Die im Januar 1930 gebildete thüringische Regierung mußte am 1. April 1931 zurücktreten, als die Deutsche Volkspartei, durch wüste Angriffe der Thüringer nationalsozialistischen Presse gereizt, einem sozialdemokratisch-kommunistischen Mißtrauensantrag im Landtag zustimmte, Witzmann, a. a. O., S. 175.

schien, weil es kein Reichskultusministerium zu besetzen gab, so wurde das doch sehr bald durch die Ernennung von Goebbels zum Reichspropagandaminister und durch die Gleichschaltung der Länder nachgeholt; beides war zweifellos von vornherein so geplant. Wie das schwierige Problem der Verfügung über die Reichswehr durch die Ernennung Blombergs zum Reichswehrminister fast ohne Zutun Hitlers eine für ihn befriedigende Lösung fand, ist bekannt.

In alledem enthüllt sich ein zielbewußt angelegter Feldzug zur Eroberung der Macht im Reich, zu dem die Regierungsbildung in Thüringen, wie wir nun von Hitler selbst hören, nur das erste Vorgefecht war. Hitlers Pressechef hat später von der „planmäßigen Demonstrations- und Einkreisungspolitik“ gesprochen, die Hitler Ende 1929 mit der „Eroberung“ Koburgs eingeleitet habe, um „von der Seite der Kommunen und Länder her vorzudringen und sich dort eine Machtposition nach der anderen zu schaffen, solange das Reich selbst für die NSDAP noch nicht sturmreif war“¹⁰. Das wird durch Hitlers Brief bestätigt. Er reiht sich damit den nicht allzu zahlreichen authentischen Dokumenten über Hitlers politische Vorstellungen, Ziele und Methoden vor der Machtübernahme an und verdient es, der Vergessenheit entzogen zu werden.

Für den Abdruck kam es nur darauf an, die (wahrscheinlich von Hitler herührenden) handschriftlichen Korrekturen und Zusätze zu kennzeichnen. Rechtschreibung und Zeichensetzung des Originals sind beibehalten, nur offensichtliche Versehen (Tippfehler), die aber sachlich ohne Bedeutung sind, wurden stillschweigend berichtigt. Auf ungewöhnliche Schreibweisen oder Formulierungen ist durch Ausrufungszeichen in eckigen Klammern aufmerksam gemacht.

Fritz Dickmann

Dokument

München, den 2. Februar 1930

Lieber Herr . . . !

Durch eine Reihe widriger Umstände wurde das Weihnachtsgeschenk für Sie und Ihre verehrte Frau Gemahlin, das ich zur Erinnerung an die Nürnberger Tage¹¹ nach meinem Entwurf anfertigen ließ, statt Dezember erst Januar fertig. Sie werden mir aber wohl nicht böse sein, wenn ich damit so verspätet all die Glückwünsche verbinde, die ich sonst zum neuen Jahr übermittelt hätte. Ich benütze diese Gelegenheit aber auch, um Ihnen einiges über die Bewegung zu schreiben, die Ihnen und Ihrer lieben hochverehrten Frau Gemahlin so sehr am Herzen liegt.

Seit Sie uns im August verlassen haben, konnte die Bewegung einen Aufschwung nehmen, der alles, was wir in dieser Richtung zu hoffen wagten, weit zurückließ. Die Landtagswahlen und Kommunalwahlen verdoppelten bis verzehnfachten an manchen Orten unsere Stimmen. Wir waren überhaupt die einzige Partei, die wirklich und zwar rapid gewachsen ist. Den größten Erfolg erzielten wir in Thüringen. Dort sind wir heute wirklich die ausschlaggebende Partei. Es trat damit eine Frage

¹⁰ Otto Dietrich, *Mit Hitler in die Macht*, 21. Aufl., München 1935, S. 34.

¹¹ Parteitag der NSDAP im August 1929.

von großer grundsätzlicher Bedeutung an die Bewegung heran. Die Parteien in Thüringen, die bisher die Regierung bildeten, vermögen ohne unsere Mitwirkung keine Majorität aufzubringen. Wir haben ja auch schon vordem eine Zeitlang – vor Dinters¹² Ausscheiden – einen ausschlaggebenden Einfluß ausüben können. Allein erst die Neuwahl brachte uns die ziffermäßige Stärke, die jede Regierungsbildung ohne unser Mittun kurzerhand verbietet¹³. Außerdem hat sich seitdem in der öffentlichen Meinung ein sehr großer Umschwung vollzogen. Es ist staunenswert, wie sich hier die vor wenigen Jahren noch selbstverständliche arrogante, hochnäsige oder dumme Ablehnung der Partei in eine erwartungsvolle Hoffnung verwandelt hat. Es lag im Wesen dieser Umwälzung, wenn daher die früheren Koalitionsparteien in Thüringen an uns zum ersten Male die Forderung nach aktiver Beteiligung an der Regierung richteten. Ich glaube man erwartete (besonders auf Seite der deutschen Volkspartei!), daß ich irgend einen national schimmernden Regierungsbeamten zur Verfügung stellen würde, mit dem man dann schnell fertig geworden wäre. Man mußte deshalb dieses Mal gleich vom Anfang an den Herrn Parteipolitikern zeigen, daß jeder Versuch einer Übertölpelung der nationalsozialistischen Bewegung lächerlich ist. So erklärte ich zunächst prinzipiell mein Einverständnis, uns an der Regierungsbildung in Thüringen aktiv zu beteiligen. Hätte ich „Nein“ gesagt und wäre es darüber zu einer Neuauflösung des Landtags gekommen, würden manche Wähler vielleicht den Entschluß uns das Vertrauen zu schenken wieder bedauert haben. Von dem Moment an, an dem unser prinzipielles Einverständnis vorlag, wäre jede Neuwahl zu ungunsten der anderen Parteien ausgegangen. Nachdem auf solche Art unsere prinzipielle Bereitschaft zur Beteiligung an der Regierung abgegeben und angenommen worden war, stellte ich zwei Forderungen: Innenministerium und Volksbildungsministerium. Es sind dies in meinen Augen die beiden in den Ländern für uns wichtigsten Ämter. Dem Innenministerium untersteht die gesamte Verwaltung, das Personalreferat, also Ein- und Absetzung aller Beamten, sowie die Polizei. Dem Volksbildungsministerium untersteht das gesamte Schulwesen, angefangen von der Volksschule bis zur Universität in Jena sowie das gesamte Theaterwesen. Wer diese beiden Ministerien besitzt, und rücksichtslos und beharrlich seine Macht in ihnen ausnützt, kann Außerordentliches wirken. Natürlich ist die Voraussetzung hiezu die geeignete Persönlichkeit. Ich war mir darüber klar, daß für diese Stelle nicht irgend ein kleiner Parlamentarier oder ein ergebener Regierungsbeamter in Frage kommen kann, sondern nur ein durchgekochter Nationalsozialist von ebenso großer Fachkenntnis wie bedingungsloser nationalsozialistischer Gesinnung. Ich habe nun das Glück in unserem Parteigenossen Dr. Frick einen Mann zu besitzen, der diesen Anforderungen in höchstem Ausmaße gerecht wird. Ein energischer, kühner und verantwortungsfreudiger Beamter von außerordentlich großem Können und fanatischer Nationalsozialist! Als ich den Unterhändlern der anderen Regierungsparteien diesen meinen Kandidaten mitteilen ließ, war man dort^a zunächst auf das unangenehmste berührt. Das entsprach nicht dem, was man sich zuerst vorstellte. Natürlich konnte man Dr. Frick nicht aus den wahren Gründen ablehnen. So griff man zu ebenso unwahren wie lächerlichen Vorwänden. Die deutsche Volkspartei, die im Reiche in den Koalitionen mit den Parteien der ehemaligen Landesverräter sitzt¹⁴, empfand es auf einmal als

a) „dort“ handschriftlich nachgetragen.

¹² Dr. Artur Dinter, Verfasser antisemitischer Romane, bis Ende 1928 Gauleiter in Thüringen, wurde wegen Differenzen mit Hitler abgesetzt und aus der Partei ausgeschlossen. Vgl. Konrad Heiden, *Geschichte des Nationalsozialismus*, Berlin 1932, S. 201, 245.

¹³ Vgl. oben S. 456.

¹⁴ Reichkabinett Hermann Müller (Sozialdemokrat), eine Regierung der sogenannten „großen Koalition“.

„untragbar“ mit einem wegen „Hochverrat“^b zu Festungshaft verurteilten Nationalisten zusammen zu arbeiten. Man glaubte, daß wir vor der Drohung eines Mißlingens der Regierungsbildung vielleicht doch klein begeben würden. So fuhr ich denn selbst nach Weimar und habe den Herren^c ganz kurz in aller Bestimmtheit versichert, daß entweder Dr. Frick unser Minister wird, oder Neuwahlen kommen. Ich setzte von Freitag den 10^d bis Montag den 13 Jan.^d eine kurze Frist der Überlegung und versicherte, daß andernfalls am Dienstag unser Antrag auf Auflösung des Landtags eingebracht würde, und am Mittwoch der Wahlkampf von unserer Seite wieder begönne. In einer Industriellenversammlung, die ich am selben Tage hielt¹⁵ und zu der alles was in der mitteldeutschen Wirtschaft überhaupt eine Rolle spielt nach Weimar gekommen war, vertrat ich unsere nationalsozialistischen Gedanken und Prinzipien mit dem Erfolge, daß auf einmal gerade von dieser Seite ein sehr scharfer Druck auf die deutsche Volkspartei ausgeübt wurde¹⁶ mit dem Gesamtergebnis, daß wir am Montag abend die prompte [!] Einwilligung zu unserem Kandidaten und zu den beiden Ministerien erhielten¹⁷. Parteigenosse Frick hat in der Regierung noch einen zweiten Nationalsozialisten. Wir haben gefordert, daß unser Parteigenosse Marschler¹⁸ Staatsrat wird, und als solcher damit an den Abstimmungen der Regierung stimmberechtigt teilnimmt. Damit hat nun allerdings ein Kampf begonnen, der nicht leicht sein wird, von dem ich mir aber um so mehr Erfolg verspreche, als unser Staatsminister, Parteigenosse Dr. Frick, alle übrigen Herrn des Kabinetts an Fähigkeiten und Willensstärke turmhoch überragt. Dazu kommt noch, daß hinter ihm die aktivste und entschlossenste Partei steht!

Unsere Aufgabe in Thüringen erstreckt sich damit auf zwei Gebiete. Als Innenminister wird Dr. Frick eine langsame Säuberung des Verwaltungs- und Beamtenkörpers von den roten Revolutionserscheinungen vornehmen. Dr. Frick wird hier

b) Anführungszeichen handschriftlich nachgetragen.

c) handschriftlich korrigiert aus „Herrn“.

d) die Daten „den 10“ und „den 13 Jan.“ handschriftlich nachgetragen.

¹⁵ Über diesen Vortrag Hitlers am Sonnabend, den 11. Januar 1930 in Weimar, zu dem die nationalsozialistische Fraktion des Thüringer Landtages „im Einvernehmen mit führenden Persönlichkeiten der thüringischen Wirtschafts- und Industrieverbände und auf deren Anregung“ eingeladen hatte, berichtete der „Völkische Beobachter“ am 17. Januar 1930. Hitler sprach nach dieser Meldung vor mehr als 200 „maßgeblichen Persönlichkeiten der Politik und Verwaltung, des Handels, der Wirtschaft und Industrie sowie der Kunst und Wissenschaft aus ganz Thüringen“ über das Thema „Politik und Wirtschaft“. Bemerkenswert sind die vom VB wörtlich wiedergegebenen Schlußsätze mit der massiven Drohung: „Versöhnung gibt es für uns nicht! Es gibt nur eins: Rettung unseres Volkes, und wenn es sein muß, durch die Erledigung unserer Gegner!“ – Es ist immerhin bemerkenswert, daß die bürgerlichen Parteien trotz dieser brutalen Äußerungen die Koalitionsverhandlungen mit Hitler fortsetzten und zu einem positiven Abschluß brachten.

¹⁶ Eine natürlich nicht nachprüfbare, aber durchaus ernst zu nehmende Behauptung. Die finanzielle Unterstützung Hitlers durch industrielle Kreise begann nach George W. F. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt 1955, S. 96, gleichfalls um diese Zeit. Hitler selbst entschloß sich nach Otto Dietrich, a. a. O., S. 45, erst im Sommer 1931 zu einer systematischen „Bearbeitung“ der Industrie.

¹⁷ Frick wurde (nach Volz, a. a. O., S. 28) am 23. Januar 1930 mit 28 gegen 22 Stimmen der SPD, KPD und der Demokratischen Partei zum Innen- und Volksbildungsminister gewählt.

¹⁸ Wilhelm Marschler, damals Vizepräsident des Thüringer Landtages, später nationalsozialistischer Ministerpräsident in Thüringen. Über ihn: Albert Krebs, Tendenzen und Gestalten der NSDAP, Stuttgart 1959, S. 217f.

mit rücksichtsloser Entschlossenheit eine Nationalisierung einleiten^e, die den anderen bürgerlichen Regierungen zeigen kann, was wir Nationalsozialisten unter diesem Worte verstehen. Vor allem auf dem Gebiete des Polizeiwesens gibt es sehr viel zu tun. Die zweite große Aufgabe wird Dr. Frick als Volksbildungsminister in der Nationalisierung des Schulwesens erblicken. Wir werden in Thüringen nunmehr das gesamte Schulwesen in den Dienst der Erziehung des Deutschen zum fanatischen Nationalisten stellen. Wir werden ebenso sehr den Lehrkörper von den marxistisch-demokratischen Erscheinungen säubern, wie umgekehrt den Lehrplan unseren nationalsozialistischen Tendenzen und Gedanken anpassen. Der erste Schritt wird die Errichtung eines Lehrstuhls für Rassenfragen und Rassenkunde an der Universität in Jena sein. Ich habe die bestimmte Hoffnung, daß es gelingen wird Dr. Hans Günther¹⁹ zum ordentlichen Professor der Universität Jena zu gewinnen. Damit wird Thüringen, von dem in der deutschen Geschichte schon einige Male große geistige Erneuerungen ausgegangen sind, abermals der Ausgangspunkt einer solchen geistigen Umwälzung werden. Eine weitere Aufgabe ist es, von Thüringen aus der verhängnisvollen Reichspolitik entgegenzutreten²⁰. Der erste Erfolg in dieser Richtung ist die Ablehnung des Youngplans durch den Thüringischen Staat im Reichsrat²¹.

Aber was sich hier in einem Bundesstaat abspielt, wiederholt sich in zahlreichen Kommunen und bereitet sich in einigen anderen Ländern vor. Wir haben in 5 Jahren hunderttausend^f Mitglieder gewonnen. Im vergangenen Jahr aber allein achtzigtausend^f dazu. Im Monat Dezember aber^g allein bereits zwanzigtausend^f. Die Bewegung wird in ein bis einerhalb[!] Jahren die Zahl von vierhunderttausend Mitglieder[!] mindest erreicht, wenn nicht überschritten haben²². Die große Arbeit der ersten Jahre nach der Wiedererlangung meiner Freiheit beginnt jetzt ihre Früchte zu tragen. Es wird bei uns kommen wie in der ganzen Natur. Man muß pflügen und eggen, säen und immer wieder arbeiten bis endlich die Zeit kommt, in der die Ernte fast sichtbar in wenigen Wochen der Reife entgegengeht und endlich in Tagen als Frucht eingebracht^h werden kann. Es ist bei Bewegungen nicht anders. Wir haben einen gründlichen Unterbau geschaffen. Wir haben unser Volk durchgepflügt wie keine andere Partei es tut. Wenn der Moltkesche Satz, daß das Glück auf die Dauer beim Tüchtigen ist, auch heute noch zutrifft kann es nur bei uns sein. Alles was sich an großen Ereignissen in den letzten Monaten abspielte, hat deswegen auch unserer Bewegung gedient und genützt. Das Volksbegehren und der Volksentscheid²³ waren

e) handschriftlich verbessert aus „vornehmen“.

f) Die Zahlenangaben sind handschriftlich unterstrichen.

g) „aber“ handschriftlicher Zusatz.

h) handschriftlich verbessert aus „geerntet“.

¹⁹ der bekannte nationalsozialistische Rassenideologe.

²⁰ In einem Aufruf Hitlers an die Partei vom 23. Januar 1930, abgedruckt im „Völkischen Beobachter“ vom 25. Januar heißt es: „Wenn wir Nationalsozialisten deshalb heute, sei es in einer Kommune oder in einem Lande, an der öffentlichen Gewalt teilnehmen oder in eine Regierung eintreten, dann keine Sekunde etwa in dem Glauben, damit diese Gebiete dem allgemeinen Schicksal entziehen zu können, sondern nur in der Hoffnung, von diesen Stationen aus die Erkenntnis über die Notwendigkeit des Sieges unserer Idee leichter und weiter verbreiten zu mögen, und dem Siege unserer Bewegung, in dem wir die Voraussetzung für die Rettung unseres Volkes erblicken, damit besser dienen zu können.“

²¹ Die Abstimmung im Reichsrat war allerdings erst am 6. Februar.

²² Über den Mitgliederzuwachs der NSDAP vgl. Wolfgang Schäfer, NSDAP, Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches, Hannover 1957, S. 11, 17.

²³ Das Volksbegehren gegen die Annahme des Youngplanes wurde am 21. September 1929 eingereicht, der Volksentscheid darüber fand am 22. Dezember 1929 statt.

der Anlaß für eine Propagandawelle, wie sie ähnlich in Deutschland noch nie da war. Und darin liegt in erster Linie ihr Nutzen. Allein darüber hinaus wurde die Nation so aufgerüttelt, daß es den anderen Parteien heute schon sehr schwer wird, ihr neues Verbrechen an unserem Volke so leichten Herzens zu begehen, wie dies früher oft der Fall war. Daß sie uns deshalb nicht lieben, ist selbstverständlich. Ich glaube nicht, daß jemals eine politische Partei in Deutschland so infernalisches gehaßt wurde als wir. Allein ich glaube auch nicht, daß jemals an einer Bewegung Menschen in so verzehrender Hingabe hingehen als ebenfalls an der unseren.

Was mein eigenes Leben betrifft, so geht es auf in der großen Tätigkeit und dem ärgerlichem[!] Kleinkram, der dazwischen nun einmal immer mitläuft. Es wäre auch sonst zu schön, wenn einem nicht kleinliche Stänkereien, Prozesse und sonstige Sorgen von Zeit zu Zeit immer wieder das Bewußtsein brächten, daß man nicht in einer Welt der eiteln Freude, sondern tausendfältiger Unzulänglichkeit lebt. Ich meine dabei natürlich nicht die Welt an sich, sondern nur das Zeug, das sich auf ihr herumtreibt!

So darf ich Ihnen lieber Herr . . . und Ihrer so sehr verehrten Frau Gemahlin denn auch an dieser Stelle danken für die Art und Weise, in der Sie mir wenigstens einen Teil meiner Sorgen abnehmen und erleichtertenⁱ. Ich weiß wie sehr Sie an unserem Werke hängen, an unserem gemeinsamen Werk, und weiß, wie für Sie selbstverständlich der schönste Dank das wunderbare Werden dieses unseres Werkes ist. Ich bin früher in vielen Dingen ein Prophet gewesen und habe wenigstens im Großen meist recht behalten. Ich habe aber fast nie über die Zeit des Erfolges unserer Bewegung prophezeit. Heute kann ich das mit fast hellsehender Sicherheit. Lieber Herr . . ., wenn mich das Schicksal gesund erhält und nicht ungeahnte Katastrophen kommen, wird das deutsche Volk längstens in^k zweieinhalb bis drei Jahren den tiefsten Punkt seiner Erniedrigung verlassen haben. Ich glaube, daß in dieser Zeit der Sieg unserer Bewegung eintritt und damit die Periode unseres Verfalls beendet ist und eine solche des Wiederaufstiegs unseres Volkes beginnt. Vielleicht ist es Ihnen trotz allem möglich noch vorher in unsere deutsche Heimat zu einem kurzen Besuch zurückzukehren, vielleicht aber betreten Sie diesen Boden schon in der Zeit, in der Sie das neue Banner begrüßen wird.

Ich habe das Nürnberger Abzeichen als Briefbeschwerer verarbeiten lassen und möchte Ihnen und Ihrer verehrten Frau Gemahlin dies als kleines Zeichen meiner Dankbarkeit schicken, in der Überzeugung, daß es Sie immer an Tage zurückerinnern wird, die einst ein Fest waren, in der Zukunft aber Deutschland sein werden. Sie haben diese Tage selbst miterlebt und werden aus ihnen heraus besser verstehen als aus toten Nachrichten den lebendigen Siegeszug unserer Bewegung.

Seien Sie und die gnädige Frau Gemahlin nachmals [!] herzlichst bedankt und gegrüßt von
Ihrem ergebenen

Adolf Hitler

i) handschriftlich verbessert aus „erleichtern“.

k) „längstens in“ handschriftlich verbessert aus „bis längstens“.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Wilhelm Deist, Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Freiburg im Breisgau, Schwarzwaldstr. 169.

Dr. Fritz Dickmann, Ord. Professor für neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin, Berlin 45, Augustastr. 20b.

H. Peter Krosby, Assistant Professor of Hi-

story and Scandinavian Studies, University of Wisconsin, Madison, Wisconsin 53706, USA.

Dr. Helmut Metzmacher, Bad Godesberg, Germanenstr. 36.

Dr. George H. Stein, Associate Professor of History, State University of New York at Binghamton, Binghamton, New York 13901, USA.